

Diese Differenz der beiden Parteiflügel kam auch in der Bewertung einer Rede Stresemanns am 30.3. zum Ausdruck. Der "Vorwärts" interpretierte diese Ansprache, in der Stresemann scharfe Kritik an der Entente übte, als taktisches Manöver zur Beschwichtigung der DVP-Rechten, das keine Absage an eine Koalition mit der VSPD darstelle. 71) Levi hingegen sah darin eine offene Abkehr von der Erfüllungspolitik und ein Bekenntnis zur Bürgerblockregierung. 72)

Die Reichstagswahlen am 4.5.1924 brachten der VSPD eine vernichtende Wahlniederlage. Sie erhielt nur noch 23,9 % der Stimmen (SPD und USPD zusammen 1920 39,5 %) und statt der bisherigen 171 Reichstagssitze nur noch 100. Die großen Sieger der Wahlen waren die radikalen Parteien. Die DNVP verbesserte sich von bisher 65 Mandaten auf 106 Mandate, die DVFP und NSDAP zusammen von 3 auf 32 und die KPD von 17 auf 62. Alle bürgerlichen Mittelparteien verloren Mandate, v.a. an die Rechtsparteien: das Zentrum ging von 68 Sitzen auf 65 zurück, die DVP von 66 auf 44, die DDP von 39 auf 28 und die BVP von 20 auf 16. 73)

Dem "Vorwärts" fiel die unangenehme Aufgabe zu, das Wahlergebnis zu kommentieren. 74) Er versuchte der Niederlage noch positive Aspekte abzugewinnen und tröstete die Partei damit, daß die jetzigen VSPD-Wähler keine "Mitläufer" bzw. "Treibholz" oder "Schwemmsand" seien, wie viele Wähler der Jahre 1919 und 1920, sondern "felsenfester Grund" und ein "eisernes, im schwersten aller Kämpfe erprobtes Millionenheer". Im Vergleich zu den letzten Kommunal- und Landtagswahlergebnissen sei die VSPD bereits wieder im Aufwind: "Das beweist, daß der Tiefpunkt schon wieder überwunden ist und die Konsolidierung wieder eingesetzt hat." Der Erfolg der Rechtsparteien sei niedriger ausgefallen, als dies selbst erwartet hätten. Das gute Ergebnis der KPD erklärte der "Vorwärts" nur mit der Wirtschaftspolitik der Regierung Marx und der politischen Unreife vieler Arbeiter: "Der Erfolg der Kommunisten zeigt, daß

es leider immer noch sehr viele Arbeiter gibt, die von politischen Dingen noch gar nichts begriffen haben." Die Wahlniederlage der eigenen Partei wurde nicht selbstkritisch mit Fehlern der VSPD erklärt, sondern mit dem "noch nie erlebten Hagel feindlicher Angriffe" auf die Partei.

Die VSPD-Linke sah im schlechten Wahlergebnis der Partei die Folge der Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit den Mißerfolgen der Koalitions- und Tolerierungspolitik der VSPD in den letzten Jahren, die zu großen Wählerverlusten an die KPD geführt habe. Paul Levi erkannte darin das wichtigste Ergebnis der Wahlen. 75) Die Schuld an der Wahlniederlage gab er allein der Parteimehrheit. Die Ursache der hohen Verluste der VSPD an die KPD im Ruhrgebiet und im Rheinland sah er im Nationalismus der dortigen VSPD-Parteimehrheit und in arbeiterfeindlichen Schiedssprüchen der VSPD angehörender staatlicher Schlichter bei Tarifkonflikten. Für das schlechte Abschneiden der VSPD in der Berliner Region machte er allein den Parteivorstand verantwortlich: "Den Berliner Wahlen ist das Eingreifen des Parteivorstandes in die Kandidatenliste nicht gut bekommen." Für die relativ geringen Stimmenverluste der VSPD in Sachsen und Thüringen führte er als Erklärung den linken politischen Kurs der dortigen Parteigliederungen an: "Sie (Politik der VSPD Sachsens und Thüringens -E.W.) hat den realen Bedürfnissen und dem Verständnis der Massen, die der Sozialdemokratie lange gefolgt sind, offenbar mehr entsprochen als die Berliner Staatsmännerei."

Als Lehre aus dem Wahlergebnis für die VSPD zog Levi, daß die verlorengegangenen Wähler nur durch eine entschiedene Klassenkampfpolitik, d.h. Oppositionspolitik im Reichstag, wiedergewonnen werden könnten, nicht aber durch ein Festhalten an einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte.

Die "SPW" leitete aus der Analyse der Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, in denen ehemalige USPD-Mitglieder

Spitzenkandidaten waren, ab, daß in diesen Gebieten die VSPD besser abgeschnitten habe als in Wahlkreisen, in denen ehemalige SPD-Mitglieder Spitzenkandidaten gewesen seien. In den 8 Wahlkreisen mit den ehemaligen USPD-Mitgliedern an der Spitze der Liste seien - bis auf einen Wahlkreis (Chemnitz/Zwickau) - die VSPD-Ergebnisse höher als die SPD-Ergebnisse 1920 (in Berlin, Potsdam II, Halle-Merseburg, Thüringen, Dresden, Leipzig, Weser-Ems). In allen 20 Wahlkreisen, in denen ehemalige USPD-Mitglieder nur auf aussichtslosen Plätzen oder gar nicht aufgestellt worden seien, habe die VSPD dagegen schlechter abgeschnitten als die SPD 1920. Als Schlußfolgerung hieraus zog die "SPW", daß gerade die VSPD-Linke in ihren Hochburgen eine Abwanderung ehemaliger USPD- und SPD-Wähler zur KPD eher behindert habe als die VSPD-Rechte. 76)

Der "Vorwärts" verurteilte diesen Artikel der "SPW": "Der Versuch den Ausgang der Wahl richtungspolitisch zu werten führt auf Abwege." Als Gegenbeispiel führte er an daß im Wahlkreis Köln, wo die Parteimehrheit dominierte, die Stimmverluste gegenüber 1920 genau so hoch seien, wie im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, wo die Parteilinke starken Einfluß habe. 77)

Innerhalb der neuen Reichstagsfraktion der VSPD stellte die VSPD-Linke nur knapp ein Fünftel der Mitglieder. Der VSPD-Linken war es trotz der Mißerfolge der Parteimehrheit 1923 nicht gelungen, an Terrain zu gewinnen. In folgenden Wahlkreisen wurden VSPD-Linke gewählt: 78)

Berlin: Aufhäuser, Künstler; Potsdam II. Zubeil; Pommern: Schumann; Halle-Merseburg: Kuhnert; Thüringen: Bock, Rosenfeld, Frölich, Wurm; Hessen-Nassau: Dissmann; Düsseldorf-Ost: Agnes; Dresden-Bautzen; Fleißner, Sender, Schirmer, Stegmann; Leipzig: Seger, Lipinski, Saupe; Chemnitz-Zwickau: Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Levi. Nur in den 3 Wahlkreisen Thüringen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau gehörten alle VSPD-Reichstagsabgeordneten zur Parteilinken. Dagegen

gehörten in 25 von 35 Wahlkreisen alle VSPD-Abgeordneten zur Parteimehrheit.

Die gewählten 5 Vorsitzenden der VSPD-Reichstagsfraktion rechneten sich alle zur Parteimehrheit. Von den 11 weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes gehörten nur 2 Linke. Diese beiden (Dißmann und Schumann) wurden aber wohl v.a. deswegen gewählt, weil sie Vorsitzende von Einzelgewerkschaften des ADGB waren. Alle Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Reichstagsausschüsse, die die VSPD stellte, waren Vertreter der Parteimehrheit. Linke Abgeordnete waren nur einfache Ausschußmitglieder. Bei dieser Konstellation war klar, daß die Linke auf die Politik der Reichstagsfraktion kaum Einfluß ausüben konnte. 79)

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung wurden durch die Stellung der Parteien zum Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission über die deutschen Reparationszahlungen bestimmt. Die DVP drängte auf die Bildung einer Bürgerblockregierung unter Beteiligung der DNVP. Das Hauptproblem bei den Koalitionsverhandlungen stellte die bisherige Ablehnung dieses Sachverständigengutachtens durch die DNVP dar.

Der Plan der Dawes-Kommission sah vor, daß Deutschland ab 1924/25 jährlich 1 Milliarde Goldmark an Reparationen zahlen sollte. Diese Summe sollte ab 1928/29 auf jährlich 2,5 Milliarden Goldmark erhöht werden. Eine Gesamtsumme der Reparationen wurde noch nicht festgelegt. Finanziert werden sollten diese Zahlungen v.a. durch Entnahmen aus dem Reichshaushalt und durch die Gewinne der Reichsbahn. Zur Stabilisierung der Wirtschaft sollte Deutschland einen Kredit in Höhe von 8000 Millionen Goldmark erhalten. 80)

Die VSPD plädierte sofort für die Annahme des Sachverständigengutachtens. In dieser Frage gab es in der Partei keinerlei Differenzen. Der "Vorwärts" forderte am 10.4.1924, am Tage nach der Veröffentlichung des Gutachtens, die Regierung Marx auf, das Gutachten zu akzeptieren,

da nur so eine Räumung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien und eine Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit Deutschlands möglich sei. 81)

In der "SPW" kündigte Kämmer die politische Stoßrichtung der VSPD-Linken in dieser Frage an. 82) Eine Annahme des Gutachtens, die zur Fortsetzung der Erfüllungspolitik unbedingt notwendig sei, dürfe nicht dazu führen, daß dessen finanzielle Lasten v.a. von der Arbeiterschaft durch Reallohnabbau, Arbeitszeitverlängerung und Kürzungen der Sozialausgaben getragen werden müßten, wie es die Bourgeoisie plane. Auch Levi sah in dem Kampf um die Art der Finanzierung der Reparationszahlungen das Hauptthema der deutschen Innenpolitik: "Diese innere Lastenverteilung wird das A und O unseres Kampfes in den nächsten Jahren nicht nur, vielleicht in den nächsten Jahrzehnten, sein." Die Strategie der VSPD müsse es sein, ihre Zustimmung zu den Ausführungsgesetzen zum Dawes-Plan davon abhängig zu machen, daß die Reichsregierung Garantien gebe, daß die Lasten nicht v.a. von den Arbeiterschaften getragen werden müßten: "Wir müssen die Frage der inneren Verteilung lösen, solange die deutsche Bourgeoisie uns braucht". 83)

Die Regierung Marx billigte am 15.4.1924 im Prinzip das Sachverständigengutachten.

Die DNVP führte ihren Reichstagswahlkampf v.a. mit einer Kampagne zur Ablehnung des Gutachtens.

Kurs nach den Reichstagswahlen beschloß der Parteivorstand der VSPD einstimmig ein Volksbegehren zur Annahme des Dawes-Planes einzuleiten, falls der Reichstag das Sachverständigengutachten ablehnen würde. Auch der Parteiausschuß nahm am 15.5. dieselbe Haltung ein. 84)

Die Verhandlungen über die Bildung einer Bürgerblockregierung zwischen DVP, DDP, Zentrum, BVP und DNVP führten zu keinem Erfolg. Um die Verhandlungspartner unter Druck zu setzen, trat das Kabinett Marx am 26.5. zurück. Die neuen Gespräche scheiterten aber schon nach wenigen

Tagen an der unnachgiebigen Haltung der DNVP, die eine Ablehnung des Sachverständigengutachtens, die Bildung einer Bürgerblockregierung auch in Preußen und für ihr Mitglied Großadmiral von Tirpitz den Reichskanzler-Posten forderte. 85)

2.2. Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik durch
die VSPD in der Phase des Kabinetts Marx II
(ab 3.6.1924)

2.2.1. Der Reichsparteitag der VSPD in Berlin: Kon-
troversen über das Verhältnis zu den Parteien
der Mitte und über das neue Parteistatut

Am 3.6.1924 bildete Marx erneut eine Minderheits-
regierung der Mitte aus Vertretern des Zentrums, der DVP
und der DDP, die mit Ausnahme des ausgeschiedenen Vertre-
ters der BVP, identisch mit dem vorherigen Kabinett war. 1)

Der "Vorwärts" forderte von der neuen Regierung
sofort, für die Annahme des Sachverständigengutachtens
einzutreten. Andernfalls seien Reichstagsneuwahlen oder
eine Volksentscheid zur Annahme des Dawes-Plans unvermeid-
lich. 2) In Verhandlungen mit den Regierungsparteien sagte
die VSPD eine fallweise Tolerierung der Regierung Marx zu,
wenn diese an der Erfüllungspolitik festhalte.

Am 6.6. unterstützte die VSPD im Reichstag bei
zwei entscheidenden Abstimmungen die neue Regierung und
garantierte dadurch ihr Weiterbestehen. Ein Mißtrauens-
votum der DNVP wurde mit 239:194 Stimmen abgelehnt. Das
Sachverständigengutachten wurde mit 247:183 Stimmen prin-
zipiell gebilligt. Wegen der Ablehnung der Außenpolitik
der Regierung durch die DNVP war Marx auf die Tolerierung
durch die VSPD angewiesen. 3)

Die VSPD befand sich also in der unangenehmen
Lage, zwar nicht an der Regierung beteiligt zu sein, aber
auch keine reine Oppositionspolitik betreiben zu können.
Damit war die Entstehung neuer Auseinandersetzungen in
der Partei unvermeidbar, da die VSPD-Linke diese Tolerie-
rung der Regierung Marx ablehnte.

Der Reichsparteitag im Juni 1924 in Berlin bot
beiden Richtungen die Gelegenheit, ihre Sicht der Entwick-

lung seit dem Nürnberger Vereinigungsparteitag darzustellen und eine Strategie für die Zukunft zu entwerfen.

In einer Vorschau auf den Reichsparteitag in der "SPW" bemühte sich Levi nicht, die Gegensätze in der Partei herabzuspielen, da er damit rechnete, daß die Tagung von "inneren Parteiauseinandersetzungen" beherrscht sein werde, sondern erklärte, daß sich in der VSPD, wie schon in der Vorkriegs-Sozialdemokratie, "Marxisten" und "Revisionisten" gegenüberstünden. 4) Die Revisionisten seien für eine Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte und mit den Unternehmern, also für die "Koalition auf politischem, die Arbeitsgemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiet". Die Ursache für diese politische Praxis sei ihre falsche Staatstheorie, die die Form der demokratischen Republik verabsolutiere und den Klassencharakter des bürgerlichen Staates verkenne. Die Marxisten dagegen erkannten: "Die Staatsform beweist noch nichts über die Klassenlage der Arbeiter, nichts beweist auch die Tatsache, ob der Staat von der Arbeiterklasse geschaffen worden ist oder nicht." Sie sähen den "Unterschied zwischen Staatsform und Staatsinhalt, zwischen bürgerlicher Freiheit und Klassenunterdrückung." Im Rahmen der Staatsform demokratischer Republik regiere heute in Deutschland "ein Regime kapitalistischer Willkür schrankenloser politischer und wirtschaftlicher Despotie ..., das selbst die Zeiten des Kaisertums in den Schatten stellt". Für die VSPD könne es in diesem Staat nur die Politik bedingungsloser Opposition gegen alle bürgerlichen Parteien geben. Auch die Durchsetzung einer wirklichen Erfüllungspolitik sei nur aus eigener Kraft der Arbeiterklasse möglich, denn die Außenpolitik könne die VSPD nur dann effektiv beeinflussen, wenn sie in der Innenpolitik reale Machtpositionen erobere.

Vom 11.-14.6.1924 fand der Reichsparteitag der VSPD in Berlin statt. 5) Gleich zu Beginn des Parteitages

kam es zu einem Kräftemessen zwischen den beiden Flügeln.

Ein von 80 Delegierten unterstützter Antrag forderte, daß neben dem Berichterstatter der Reichstagsfraktion H. Müller als Vertreter der Fraktionsminderheit R. Dißmann ein Koreferat halten solle. Fleißner begründete diesen Antrag damit, daß H. Müller nur die Position der Fraktionsmehrheit in so wichtigen Fragen wie beim Ruhrkonflikt, der Großen Koalition und den Ermächtigungsgesetzen objektiv darstellen könne. Es sei eine Tradition der Sozialdemokratie, bei tiefgreifenden Gegensätzen Koreferate zuzulassen. Als Vertreter der Parteimehrheit lehnte Schreck diesen Antrag ab, da es in der Reichstagsfraktion wechselnde Minderheiten gegeben habe, je nach Sachthema, und keine feste, einheitliche Minderheit und ein Koreferat den Eindruck der Geschlossenheit der Partei gegenüber allen Angriffen von links und rechts gefährden würde. Der Antrag Fleißners wurde mit 228:111 Stimmen abgelehnt. Damit stand gleich zu Beginn des Parteitags fest, daß die Linken nur etwa 1/3 der Delegierten stellten. 6)

Der Berichterstatter des Parteivorstandes Wels versuchte den zu erwartenden Richtungskämpfen die Schärfe zu nehmen. Es gäbe zwar "Strömungen in der Partei bei taktischen Fragen, aber in den Grundprinzipien des Klassenkampfes und der Verteidigung der Republik sei man sich in der Partei "heute einiger den je". 7) Gegen Schluß seines Referates, das v.a. die Politik der KPD und der DNVP angriff, übte er jedoch Kritik an der Zusammenarbeit von linken Sozialdemokraten und Kommunisten in der "Internationalen Arbeiterhilfe". Er warf Teilen der ehemaligen USPD vor, die Vereinigung mit der SPD nur mit "halben Herzen" mitgemacht zu haben und in Nürnberg zwar die Hand für die Einigung gehoben zu haben, aber nur "nach der Art jenes Bäuerleins bei der Eides-

leistung, der mit zwei Fingern bei dem Schwur Erdleitung gab, um sein Gelöbnis unwirksam zu machen. 8) Er verteidigte die Notwendigkeit der Herausgabe der Dokumentation des Parteivorstandes gegen die organisierte Opposition, fügte aber hinzu, daß im Reichstagswahlkampf die Linke loyal zur Partei gestanden sei.

H. Müller fiel die Aufgabe zu, die Koalitions- und Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion zu rechtfertigen. Er begründete sie mit den unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstag, der Verpflichtung der Partei, Deutschland nicht von einer Regierungskrise in die andere taumeln zu lassen und mit dem Ziel, die Fortsetzung der Erfüllungspolitik zu gewährleisten. Seine Argumentation war dabei rein defensiv: "Wenn wir die Koalitionsbildungen der letzten Jahre überschauen ... so sind wir nur in der Regierung vertreten gewesen, wenn wir in die Regierung mußten. Die Gründe, die uns dazu gezwungen haben, sind fast immer außenpolitisch gewesen." 9) Auch die Tolerierung der Regierung Marx verfolge nur den Zweck, die Durchführung der Ausführungsgesetze des Dawes-Planes zu garantieren. Die Tolerierung der Regierung Cuno habe nur dazu gedient, eine unlösbare Regierungskrise zu verhindern, die zu einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe geführt hätte. Auf eine Analyse der vernichtenden Niederlage der VSPD bei den Reichstagswahlen verzichtete er, wies aber die Ursachenanalyse der Linken zurück: "Ich bestreite aufs entschiedenste, daß die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben, schuld an der sogenannten Niederlage (!! -E.W.) der Sozialdemokratischen Partei ist." 10)

Nach diesen beiden Referaten wurde ein Antrag der Linken, Dißmann statt 10 Minuten 20 Minuten Redezeit zu geben, abgelehnt. 11) Allerdings erhielten in der Debatte 5 Vertreter der Linken Gelegenheit als erste nacheinander ihre Kritik vorzubringen.

Dißmann trug die gewohnte Argumentation der Linken vor. Die Fraktionsmehrheit wolle immer an der Regierung beteiligt sein und sei dabei bereit, "die Verantwortung und Rücksichtnahme auf Staat und bürgerliche Koalitionspartner" zu übernehmen, anstatt in Koalitionsregierungen ein nur in Ausnahmefällen notwendiges Übel zu sehen, bei denen die Partei einen "Höchstpreis" für die Realisierung von Arbeiterinteressen fordern müsse. 12) Die bürgerlichen Parteien wollten in Koalitionsregierungen mit der VSPD diese nur diskreditieren und schwächen. Dies sei ihnen, wie das Wahlergebnis zeige, gelungen. Die bisherige Politik der Parteiführung sei völlig gescheitert. In Deutschland herrsche wieder eine "Diktatur der Bourgeoisie". 13)

Sender warf der Parteimehrheit vor, auf der Basis einer falschen Staatstheorie eine fehlerhafte Politik zu betreiben: "Sie überschätzen die Form der Republik, die sie mit allen Mitteln verteidigen und erkennen nicht, daß für die Arbeiterklasse der soziale Inhalt der Staatsform entscheidend sei." 14)

Aufhäuser sah ebenfalls die Hauptursache aller Meinungsunterschiede in der Partei in der unterschiedlichen "Stellung der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands zu diesem Staate". Die Position der Linken sei, "daß wir wohl die Republik als Staatsform verteidigen und sie als Kampfboden für den Sozialismus betrachten, daß wir aber nicht vergessen wollen, daß diese Republik nach wie vor großkapitalistisch geblieben ist". 15) Da auch der republikanische Staat letztlich von der Wirtschaft abhängig sei, ergebe sich als Maxime für die Politik der Partei: "Die Sozialdemokratie kann im heutigen kapitalistischen (im Protokoll steht den Sinn ins Gegenteil verkehrend sozialistischen -E.W.) Staat nicht mehr politische Verantwortung übernehmen, als sie wirtschaftliche Macht in

diesem Staat hat." Er berief sich dabei auf einen Berliner Antrag an den Parteitag, in dem es zur Staatsanalyse hieß: 16) "Die republikanische Staatsform darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das kapitalistische Produktionssystem noch nicht beseitigt und daß demzufolge die Republik ein Klassenstaat geblieben ist. Das Maß der Verantwortlichkeit für den Gegenwartsstaat kann nur so weit gehen, als die Arbeiterklasse im Staat tatsächliche Macht hat. Eine Unterordnung der Arbeiterinteressen unter das angebliche Allgemeininteresse wäre nichts anderes als eine Unterordnung der erdrückenden proletarischen Mehrheit der Bevölkerung unter die Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse ..." Ziel der Arbeiterklasse müsse die "Eroberung der Macht zur Überwindung des Klassenstaates" sein. Die dazu erforderliche Mehrheit sei nur durch die Gewinnung neuer Arbeiterwähler, auch aus den "neuen proletarischen Schichten", für die VSPD zu erringen. Dies sei jedoch nur dann möglich, wenn die Partei "in eine entschiedene Opposition zu den kapitalistischen Parteien" trete.

Die weiteren Redner der Linken wie Seydewitz, Ströbel und Marckwald unterzogen auf der Grundlage derselben Staatstheorie die Politik der Partei in den letzten eineinhalb Jahren einer scharfen Kritik.

Die Redner der Parteimehrheit teilten im wesentlichen die Position von H. Müller und Wels. Sie bekannten sich zur Notwendigkeit von Koalitionsregierungen und lehnten mit dem Argument, daß dieser Staat von der Sozialdemokratie geschaffen worden sei und von ihr getragen werde, die These der Linken vom rein bürgerlichen Klassencharakter dieses Staates, ab. Heinig forderte ein "positives Verhältnis" der Partei zu diesem Staat. 17) Nachdem 8 Redner der Linken und 7 der Parteimehrheit gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 136:131 Stimmen unter Protest der Linken angenommen. Eck-

stein bezweifelte die Richtigkeit der Auszählung, verzichtete aber auf Bitten Dittmanns auf eine nochmalige Auszählung. 18) Das Schlußwort von Wels zeigte, daß die Debatte wieder die Gegensätze in der Partei zum Ausdruck gebracht hatte, die während des Reichstagswahlkampfes verdeckt worden waren. Wels warf einigen ehemaligen USPD-Mitgliedern noch einmal vor, nur mit einer geistigen "Reservatio" in die VSPD gegangen zu sein und daraus ihr Recht abzuleiten, "eine besondere Stellung in der Partei einzunehmen". 19) Ihre Hauptaufgabe sähe diese Gruppierung nicht in der Bekämpfung der Gegner der VSPD, sondern in Angriffen auf die eigene Parteiführung: "Der Parteivorstand hat in eineinhalb Jahren seit der Einigung aus dem eigenen Lager fast mehr Beschimpfungen erfahren als von den Kommunisten." 20) Er versuchte die VSPD-Linke in die Nähe der KPD zu rücken, eine Methode, die die Parteimehrheit immer wieder anwandte: "Wir erblicken in der unausgesetzten Schaffung von neuen Reibungsflächen nichts anderes als die Verfolgung der kommunistischen Parole, gegen die Führer anderer Richtungen vorzugehen. (Große Unruhe und erregte Zurufe)." 21) Die organisierte Opposition in der Partei wende gegen Vertreter der Parteimehrheit "Terror" an. In seiner Erregung sprach er sogar der Linksopposition die Existenzberechtigung ab: "Wir lehnen es ab, den Richtungsstreit als etwas zur Partei Gehöriges anzuerkennen." 22)

Trotz ihrer scharfen Kritik an der Parteiführung stimmten die linken Delegierten der einstimmig erfolgten Entlastung des Parteivorstandes zu. 23) Zur Frage der Koalitionspolitik wurde ein Antrag H. Müllers mit 262:105 Stimmen angenommen, der die prinzipielle Haltung der Parteimehrheit in dieser Frage während der gesamten Dauer der Weimarer Republik wiedergab: "Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Vielparteiensystem hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürger-

lichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür erstens außen- und zweitens innenpolitische Gründe. Das Interesse der Arbeiterklasse erforderte außenpolitisch die Befriedung Europas, innenpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche Außenpolitik getrieben werden. Gleichzeitig ist die Republik der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel. Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalte zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat." 24)

Mit der Annahme des Antrages H. Müller wurden alle anderen Anträge zu diesem Thema für erledigt erklärt. Darunter befand sich aus der Leitantrag der linken Delegierten von Robert Dißmann. 25)

In diesem Antrag wurde die bisherige Politik der Partei als völliger Mißerfolg bewertet, da sie innen- und außenpolitisch objektiv nur der Reaktion genützt habe. Die Lehre daraus müsse sein: "Die Bourgeoisie hat bewiesen, daß sie den Kampf nach innen in der Republik mit nicht minderer Brutalität führt als in irgendeiner anderen Staatsform und daß daher das Maß der Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie für diesen Staat nicht weiter gehen kann, als die Arbeiterklasse im Staat tatsächlich die Macht hat." Die bisherige Politik der "Anlehnung an die Bourgeoisie auf politischem Gebiet" habe den Einfluß der VSPD in der Arbeiterschaft entscheidend geschwächt. Die positive Alternative zur Politik der Parteiführung wurde nur sehr abstrakt dargestellt:

"Die VSPD als die Partei des arbeitenden Volkes

muß diesen Einfluß zurückgewinnen, der Parteitag forderte daher von der Partei und ihren Organen, im Parlament wie in der Presse, in der praktischen Politik wie in der Agitation sich leiten zu lassen von dem Gedanken des unversöhnlichen Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat."

Ein weiterer grundsätzlich das Verhältnis zum Staat betreffender Antrag der Linken wurde mit ähnlicher Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Eckstein forderte: "Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen." 26) Er erhielt nur 99 Ja-Stimmen und 249 Nein-Stimmen. 27) In einem Berliner Antrag an den Parteitag wurde die Stellung der Linken zur Reichswehr so formuliert: "Die Reichswehr ist kein Schutztrupp für die Republik, sondern ein Zentrum der Gefahr sowohl in innen- wie außenpolitischer Hinsicht." 28)

Von entscheidender Bedeutung für die Arbeitsbedingungen der linken Parteiminderheit war die Debatte über das neue Parteistatut vor und auf dem Parteitag.

Die noch vom Nürnberger Parteitag gewählte Statutenkommission veröffentlichte am 20.1.1924 im "Vorwärts" ihren Vorschlag eines neuen Parteistatuts. 29) Fritz Bieligk forderte in der "SPW" die Parteigenossen auf, zu diesem Entwurf Abänderungsanträge an den Parteitag zu stellen, da nur so eine "Reform der Parteidemokratie" erreichbar sei. 30)

Seiner Anregung kamen zahlreiche von der Linken beherrschte Parteigliederungen nach, da diese natürlich als Minderheit in der Partei ein großes Interesse am Ausbau der innerparteilichen Demokratie hatte. 31) Die meisten Anträge zielten auf eine Minderung der Kompetenzen des Parteivorstandes zugunsten der lokalen und regionalen Parteiorganisation.

Gefordert wurde u.a.: Ein Mitspracherecht der Bezirke bei der Anstellung der hauptamtlichen Bezirkssekretäre, die nach dem Entwurf allein in der Kompetenz

des Parteivorstandes liegen sollte. Die Bezirkssekretäre sollten zudem nicht mehr - wie bisher üblich - Vertreter ihrer Bezirke im Parteiausschuß sein dürfen. Der Parteivorstand sollte nicht mehr das Recht haben, auf der Reichsliste Kandidaten zu nominieren, die zuvor nicht von ihren Bezirken aufgestellt worden waren. Er sollte zudem das Recht verlieren, bei Konflikten in den Bezirken über die Reichstagskandidaten allein über die Liste der Partei zu entscheiden. (Dieser Antrag war die Reaktion der Linken auf die Ereignisse in der Berliner VSPD im März 1924). Ein Reichsparteitag sollte jedes Jahr stattfinden. Alle Delegierten zum Reichsparteitag sollten direkt von den Bezirken gewählt werden. Damit zielte die Linke auf die Abschaffung des ex-officio-Stimmrechtes von ca. 1/4 der Delegierten, die qua ihrer Funktion als Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder als Vertreter der Reichstagsfraktion automatisch Parteitagsdelegierte waren, also nicht von den Bezirken gewählt werden mußten. Diese Delegierten gehörten fast alle der Parteilmehrheit an und verzerrten die Abstimmungsergebnisse immer etwas zuungunsten der Linken.

Die meisten dieser Anträge stammten von den Hochburgen der VSPD-Linken: Berlin, Leipzig, Frankfurt am Main, Breslau, Stettin, Dresden, Zwickau, Plauen, Düsseldorf, Gera und Weimar.

Die Sanktionierung der Flügelbildung im Parteistatut zu fordern, wagte nur der Unterbezirk Hagen-Schwelm. Er verlangte in einem Antrag die Einführung des Proportionalwahlrechts auf allen Ebenen der Partei. Ziel dieses Vorstoßes war, daß in den Vorständen auf allen Ebenen auch Vertreter der jeweiligen Minderheiten gemäß ihren Stimmenanteil repräsentiert sein sollten. In der "SPW" begründete der Hagener Israelski diesen Antrag mit dem Minderheiten-

schutz und mit der Notwendigkeit der Anerkennung der Existenz von Richtungen in der Partei: "Die Verfasser des (Statuten- E.W.) Entwurfes scheinen vergessen zu haben, daß es von jeher verschiedene Strömungen resp. Flügel in der Partei gegeben hat und augenblicklich noch gibt, ja, daß zur Zeit geradezu von einer Gärung in der Partei gesprochen werden kann." Auch in den zentralen Parteigremien müßte entsprechend ihrer Stärke auf dem Reichsparteitag die Minderheit vertreten sein. Er berief sich als Vorbild für diese Regelung auf die französische Sozialistische Partei (SFIO). 32)

Warum die anderen linken Parteigliederungen nicht auch diesen Antrag stellten, ist unschwer zu erraten. Die Parteimehrheit hätte ihn sofort als erneuten Beweis für den Willen der Linken zur Bildung einer organisierten Opposition interpretiert und die Gefahr der Parteispaltung an die Wand gemalt.

Als Vorsitzender der Organisationskommission hatte der gemäßigte Linke Lipinski die Aufgabe, den Entwurf des Parteistatutes auf dem Parteitag zu vertreten. Er kritisierte, daß durch zahlreiche Abänderungsanträge "ein Zug des Mißtrauens" gehe, der stark an die Parolenpolitik der Kommunisten" erinnere. 33) Damit bezog er sich auf alle die Kompetenzen des Parteivorstandes berührende Anträge der Linken. Er verteidigte insbesondere den § 28 Absatz 5 des Entwurfes, der dem Parteivorstand das Recht gab, sofort wirksame Parteiausschlüsse auszusprechen, die nur durch den nächsten Reichsparteitag revidiert werden konnten. Dieser Absatz richtete sich nur gegen kommunistische Zellenbauerei in der VSPD und werde nicht - wie einige behaupteten - die innerparteiliche Meinungsfreiheit einschränken: "Die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, der Organisation und der Presse darf aber unter keinen Umständen Anlaß sein, solches

Ausschlußverfahren einzuleiten, sonst würde die Partei zur dogmatischen Sekte herabsinken und damit das innere Leben der Partei lahmlegen. (Beifall)." 34)

Ohne nähere Begründung plädierte er für die Beibehaltung des ex-officio-Stimmrechtes auf dem Reichsparteitag.

Der Antrag zur Einführung des Proportionalwahlrechts wertete er als Anschlag auf die Einheit der Partei: "Dieser Antrag zeigt eine Weltfremdheit der Parteiorganisationsarbeit. Die Verhältniswahl ist für allgemeine Wahlen verschiedener Parteien festgesetzt. Wir erstreben doch gerade die Einheit der Partei. Nach welchen Gesichtspunkten sollte innerhalb der Partei nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden? Dieser Antrag beweist, wie notwendig ein Lehrkursus für Mitglieder über die Parteiorganisation ist. (Sehr gut)." 35)

Lipinski forderte die Delegierten auf, den Statutenentwurf en bloc anzunehmen und somit alle Abänderungsanträge abzulehnen.

In der Debatte kamen nur 5 Redner zu Wort, davon 2 Linke. Fortune und Thurm kritisierten v.a. das Recht des Parteivorstandes auf den Sofortausschluß von Parteimitgliedern. Fortune bezeichnete dies als "außerordentliche Gefahr ... , vor allen Dingen für diejenigen Genossen, die ihre freie Meinung innerhalb der Partei vertreten wollen. (Sehr richtig!)" 36) Der Berliner Delegierte Thurm sprach offen die Befürchtung der Linken aus: "In unserer Partei gibt es eine Reihe von Genossen, die mit vollem Herzen bei der Partei sind, aber die Befürchtung hegen, daß der Parteivorstand vielleicht einmal ihm mißliebige Genossen unter Mißbrauch dieses Passus aus der Partei zu entfernen versucht. ... Wir wollen keine Ausnahmeparagraphen, die wie bei den Kommunisten dem Parteivorstand eine Machtfülle verleiht, die sich mit der Demokratie in der Partei nicht vereinbaren läßt (Sehr gut!)" In seinem Schlußsatz bewertete

er den § 28 Absatz 5 als "Ausnahmeparagraph gegen links". 37)

Gegen die Stimmen der Linken wurde die Debatte schon nach 5 Beiträgen beendet. Der Entwurf des Statutes wurde unter Ablehnung aller Abänderungsanträge mit großer Mehrheit angenommen, gegen die Stimmen der meisten linken Delegierten. 38) Die Parteimehrheit war nicht bereit, der innerparteilichen Opposition in dieser Frage entgegenzukommen.

Nach der einstimmig verabschiedeten Kompromißresolution zur Lösung des sächsischen Parteikonflikts befaßte sich der Parteitag mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen.

Hilferding führte die Wahlniederlage der VSPD v.a. auf das brutale Vorgehen der Unternehmer gegen den Bergarbeiterstreik im Mai 1924 zurück, das der KPD genützt haben, aber auch auf die unsolidarische Kritik von Teilen der VSPD an der eigenen Parteiführung. Er war überzeugt, daß mit dem nach der Annahme des Dewes-Gutachtens zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwungs auch die Macht der VSPD wieder wachsen werde. Hauptkonfliktpunkt werde die Aufbringung der Lasten der Reparationszahlungen sein. Die Ziele der Partei seien dabei: Wiederherstellung des Achtstundentages (notfalls durch ein Volksbegehren), Verhinderung von hohen Schutzzöllen, Steuerreform zugunsten der wenig Verdienenden und die Verteidigung der Republik. Wegen des Gegensatzes mit den bürgerlichen Parteien in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen werde zwar die Möglichkeit einer Koalitionsregierung im Reich weniger wahrscheinlich, sie sei aber als "Notbehelf" nicht auszuschließen. 39)

Die Redner der Linken übten von unterschiedlichen Gesichtspunkten Kritik am Referat Hilferdings. Levi warf Hilferding vor, die Bereitschaft der deutschen Bourgeoisie zur Erfüllungspolitik zu überschätzen und daher nicht zu sehen, daß sie bei der erstbesten Gelegenheit die Zahlung der Reparationen einstellen werde. Fleißner kritisierte,

daß Hilferding die Ursachen der Wahlniederlage allein in der ökonomischen Entwicklung sehe und nicht auch in den politischen Fehlern der Parteiführung (Tolerierung der Regierung Cuno, Große Koalition, Ermächtigungsgesetz). Dißmann verurteilte die Entscheidung der Fraktionsmehrheit der VSPD vom 6.6.1924 im Reichstag die neue Regierung Marx zu unterstützen, obwohl diese keinerlei Garantien für eine gerechte Verteilung der Reparationslasten gegeben hatte. 40)

Der Parteitag verabschiedete gegen die Stimmen der linken Delegierten eine von Hilferding formulierte Resolution zur Außenpolitik, in der die Fortsetzung der Erfüllungspolitik und der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund gefordert wurde. 41) Da der Alternativantrag der Linken, der von Levi gestellt wurde, weder im Protokoll, noch im "Vorwärts", noch in der "SPW" abgedruckt wurde, ist leider eine Bewertung dieser Resolution nicht möglich.

Bei den Wahlen zum Parteivorstand dokumentierte die Parteimehrheit ihren Willen, allein die Partei zu führen. Parteivorsitzende wurden wiederum H. Müller, Wels und Crispian, der sich inzwischen von den Linken distanziert hatte. Für die Funktionen der 9 Beisitzer im Parteivorstand kandidierten 9 Vertreter der Parteimehrheit und 9 Linke. Keiner der Linken wurde gewählt. Bei 361 gültigen abgegebenen Stimmen erzielten sie folgende Ergebnisse: Aufhäuser 141, Künstler 129, Ströbel 126, Wurm 102, Levi 99, O. Meier 89, Krille 80, Like 78). Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden von den 8 Kandidaten der Linken nur die beiden bisherigen Mitglieder dieses Gremiums Agnes und Bock gewählt, denen in der neuen Kontrollkommission 7 Vertreter der Parteimehrheit gegenüberstanden. Die Parteimehrheit war also nicht bereit, der Forderung der Linken nachzukommen, sie gemäß ihrer Stärke auf dem Reichsparteitag auch im Parteivorstand zu berücksichtigen. 42)

Im Schlußwort bemühte sich Wels die Gegensätze zwischen den beiden Parteiflügeln zu relativieren, um nach

außen wieder das Bild der Geschlossenheit der Partei zu geben: "Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und obwohl in der Wahl der Vorstandsmitglieder nicht die erfreuliche Einigkeit, die in der alten Partei mit wenigen Ausnahmen zutage trat, halte ich meinen Ausspruch in dem Referat aufrecht, die Einigkeit in der Partei, in dem Bekenntnis zur Demokratie, zum Endziel und in den Marschlinien war niemals stärker als auf diesem Parteitag. Was uns trennt, sind äußerlichkeiten, die in einer Form zum Ausdruck kommen, wie sie in einer wahren Arbeiterpartei nicht zu umgehen sind." 43)

Auch der "Vorwärts" spielte die Gegensätze herunter. 44) Der Parteitag habe gezeigt, "daß wir im Grunde einiger sind, als wir es selbst wahrhaben wollten." Dennoch verzichtete er nicht darauf, der Parteitagsopposition Unfähigkeit zur Entwicklung positiver Alternativen zur Politik der Parteiführung vorzuwerfen: "Was man 'die Opposition' nennt, ist mehr Ausdruck eines dumpfen Gefühles, als eines klaren Gedankens. ... Wer wäre den Kritikern nicht dankbar, wenn sie Mittel zeigen würden, seinen (des Proletariats -E.W.) Weg abzukürzen, wer wäre nicht bereit, von Parteigenossen Rat anzunehmen? Was die Mehrheit der Opposition zum Vorwurf macht, daß ist nicht die Schärfe ihrer Kritik, sondern ihre Unfruchtbarkeit. Sie macht ihr zum Vorwurf, daß sie ohne klare Wege aufzeigen zu können, ihre Kritik oft in Formen gekleidet hat, die geeignet waren, die Liebe zur Partei zu ersticken und den Gegnern Vorschub zu leisten." Die Beschlüsse des Parteitages wurden vom "Vorwärts" natürlich gelobt, besonders der zur Koalitionspolitik, der die Opposition im Reichstag als Prinzip ablehne und die "positive Politik" der Einflußnahme auf die Reichsregierung befürworte.

Die Reaktion der Linken auf den Parteitag war von Enttäuschung geprägt. Levi beklagte in der "SPW" die mangelnde geistige Ausstrahlung des Parteitages, der

"etwas Starres, Gefrorenes" an sich gehabt habe. 45)

Die Mehrheit habe versucht "jeder geistigen Auseinandersetzung aus dem Wege" zu gehen. Sie habe Referate der Linken abgelehnt und wichtige Resolutionen erst kurz vor ihrer Verabschiedung veröffentlicht. Gegenüber der Minderheit habe sie "fast so etwas wie Progromstimmung" geweckt. Hauptkritikpunkt Levis war der unberechtigte Optimismus der Parteimehrheit im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands, wie er v.a. im Referat Hilferdings zum Ausdruck gekommen sei. Die Politik der Parteimehrheit sei auf logische "Notwendigkeiten" der wirtschaftlichen Entwicklung aufgebaut, die auf unsicheren Prognosen beruhten. Ihr fehle jede emotionale Begeisterung und "Eschatologie", die für die Arbeiterbewegung aber neben der rationalen, wissenschaftlichen Analyse die Grundlage bilden müsse: "Nur dieser Glaube und dieses Ziel (des Sozialismus -E.W.) gibt der Bewegung den hohen Schwung, den allein die verstandesmäßige Deduktion und Folgerung ihr nicht gibt."

In den Parteiversammlungen linker Gliederungen wurde neben der Resolution zur Koalitionspolitik v.a. das neue Parteistatut einer scharfen Kritik unterzogen. Auf einer Funktionärsversammlung der Leipziger SPD malte Saupe die Gefahr des Mißbrauches des Ausschlußrechtes durch den Parteivorstand an die Wand: "Wenn man bedenkt, daß die Verlegung der Levi-Korrespondenz auf dem Parteitag unterbunden wurde, so kann man sich denken, daß alle Maßnahmen, die dem Vorstand diktatorische Vollmachten geben, dazu dienen werden, um die Opposition mundtot zu machen." 46)

Auch die wenigen von der Linken kontrollierten Parteizeitungen, wie z.B. die "Leipziger Volkszeitung" und das "Sächsische Volksblatt" Zwickau äußerten diese Befürchtung. Die "Chemnitzer Volksstimme" kritisierte die vom Parteistatut legitimierte Machtzusammenballung

in den Händen des Parteivorstandes, die die innerparteiliche Demokratie gefährde: "Eine Partei, die Staatspartei geworden ist und dazu noch einen riesigen Organisationsapparat von Beamten hat, schwebt dauernd in der Gefahr, von der Masse losgelöst zu werden und in ihrem Überbau zu erstarren. Das neue Organisationsstatut zeigt in dieser Hinsicht mancherlei Fehler ..." 47)

2.2.2. Die programmatische Schrift Paul Levis
"Sachverständigengutachten - und was dann?"

Kurz nach dem Parteitag veröffentlichte Paul Levi Ende Juni 1924 eine Broschüre mit dem Titel "Sachverständigengutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung", in der er sein Konzept der von der SPD einzuschlagenden Außen- und Innenpolitik darlegte. 48)

Er vertrat darin die These, daß die deutsche Bourgeoisie zur Zeit nur aus taktischen Gründen für die Erfüllungspolitik sei. Zur Annahme des Dawes-Planes sei sie nur aus drei Gründen bereit: "Die Angst vor dem dauernden Verlust des Ruhrgebietes, die durch die Micumverträge hervorgerufene Profitlosigkeit, der Hunger nach Auslandskrediten; das ist die Friedensliebe der deutschen Bourgeoisie." 49) Der Interessengegensatz zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie um die Beherrschung des Ruhrgebietes werde aber auch nach der Ratifizierung des Sachverständigengutachtens anhalten. Die deutsche Bourgeoisie und alle bürgerlichen Parteien, auch die DDP, DVP und das Zentrum, seien nicht prinzipiell zu einer Verständigung mit Frankreich bereit. Bei einer Erstarkung Deutschlands und bei einer Veränderung der internationalen Lage würden sie sich sofort von der Erfüllungspolitik abwenden. Daher gebe es auch in der Außenpolitik keine Interessensidentität der SPD mit den Parteien der Mitte. Nur durch

eine selbständige, proletarische Außenpolitik könne der Frieden gewahrt werden.

Die Arbeiterbewegung befinde sich in Deutschland in der Defensive. Die Macht der Großunternehmer sei wegen der Konzentration der Wirtschaft und der Verelendung der Arbeiterschaft und der Mittelschichten als Folge der Inflation ständig gewachsen. Diese "industriellen Feudalherren" setzten ihre Interessen durch ihre Vertreter in den bürgerlichen Parteien und im Staatsapparat weitestgehend durch. Levi schrieb daher von einem "Deutschland der Konzerne", das er so charakterisierte: "Innenpolitisch deren (Konzerne -E.W.) Beute, außenpolitisch der Spielball deren Interessen, weder innen- noch außenpolitisch gehemmt auch nur durch die Bedachtsamkeit, die eine autoritäre Staatsregierung, selbst wenn sie kapitalistisch ist, auch den Großinteressenten gegenüber entwickelt." 50)

Der Ruhrkonflikt habe nur außenpolitisch mit einer Niederlage geendet, innenpolitisch sei er wegen der Schwächung der Arbeiterschaft und der Mittelschichten zu einem "überwältigenden Siege der deutschen Konzerne" geworden. 51)

Die Arbeiterbewegung müsse versuchen, die Lasten der Reparationen durch die Erhöhung der Besitzsteuern und die Erfassung der Sachwerte vorwiegend auf die Schultern der Großverdiener abzuwälzen. Dieses Ziel sei aber nicht in einer Koalitionsregierung oder durch die Tolerierung einer bürgerlichen Minderheitsregierung zu erreichen, sondern nur durch eine Mobilisierung der Arbeiterklasse aus der Opposition im Reichstag heraus. Wegen der völligen Beherrschung der Wirtschaft und des Staates durch das Bürgertum könne die SPD in einer Koalitionsregierung keines ihrer wichtigen Ziele durchsetzen, sie sei daher zur Zeit grundsätzlich abzulehnen: "Wir glauben, wir hätten gezeigt: die deutsche Bourgeoisie habe sich wirtschaftlich Deutschland

untertan gemacht, beherrsche es politisch durch gekaufte Presse und gekaufte Parteien, beherrsche es militärisch auf 'regulärem Weg' und durch illegale Organisationen, die von ihrem Gelde gespeist werden: in solcher Lage ist die Koalition nicht ein Bündnis gegen einen gemeinsamen Feind, es ist der Bund mit dem Feind selbst. Es ist der Versuch, das große Gesetz des Klassenkampfes aufzuheben. Der Klassenkampf geht weiter, auch wenn alle Parteien tausendmal Friedensakte beschwören." 52) Im Kampf zur Verteidigung der Republik sei die Arbeiterschaft auf sich allein gestellt.

Levi nannte mit Ausnahme der Forderungen zur Finanzierung der Reparationen kaum konkrete Tagesziele der SPD. Er schlug zwar den Kampf um die Ausweitung der Rechte der Betriebsräte vor, relativierte ihn aber gleich wieder zur Etappe auf dem Wege der Sozialisierung der Konzerne.

2.2.3. Die Haltung der SPD zur Regierung Marx II nach dem Berliner Parteitag

Die SPD-Parteiführung drängte auf eine baldige Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Sachverständigen-gutachten. Am 24.6.1924 forderte dies der Parteivorstand und kündigte an, daß die SPD bei einer Weigerung der Regierung Marx diesem Wunsch nachzukommen, ein Volksbegehren einleiten und die Auflösung des Reichstages anstreben werde. 53) Die drei freien Gewerkschaften ADGB, ADB und AFA-Bund machten am 2.7.1924 eine Eingabe an die Reichsregierung, in der sie die Finanzierung der Reparationen durch eine Erhöhung der Besitzsteuern verlangten. 54)

Die Tolerierung der Regierung Marx wurde bald einer schweren Belastungsprobe unterzogen. Am 2.7.1924 legte die Regierung den Entwurf einer Zollvorlage vor,

die eine drastische Erhöhung der Agrarimportzölle vorsah. 55) Da bei Realisierung dieses Planes die Lebensmittelpreise steigen würden, war klar, daß die SPD dieser Senkung des Lebensstandards ihrer Anhänger nicht zustimmen konnte.

Der "Vorwärts" warf der Regierung vor, durch diese Zollvorlage die Zustimmung der DNVP zu den Ausführungsgesetzen zum Dawes-Plan erkaufen zu wollen, indem sie eine "Sondersteuer zu Nutzen des Großgrundbesitzes" einführe. Die SPD werde diesen "Tauschhandel" nicht unterstützen. 56) Der Parteivorstand der SPD beschloß am 11.7. eine Kampagne gegen die "Zollwucher"-Pläne der Regierung einzuleiten und den Plan der freien Gewerkschaften zur Einleitung eines Volksbegehrens zur Wiedereinführung des Achtstundentages zu unterstützen. 57)

Die SPD-Linke sah wegen der Zollvorlage ihre Meinung über den reaktionären Charakter der Regierung Marx voll bestätigt und hoffte auf ein Ende der Tolerierungspolitik. Auch die "SPW" bezeichnete die Zollvorlage als Kuhhandel zwischen der Regierung und der DNVP, die nur den Interessen der "Junker, Großgrundbesitzer und Großbauern" diene. 58) Aufgabe der SPD sei es jetzt, nicht um Detailänderungen der Zollvorlage zu feilschen, sondern sie durch eine Mobilisierung der Massen gänzlich zu Fall zu bringen: "Jetzt muß schnellstens eine aufrüttelnde, gewaltige Volksbewegung gegen das Attentat der wirtschaftlichen Profitler und politischen Reaktionäre eingeleitet werden."

Die SPD-Linke sah in dieser Kampagne eine Möglichkeit, die Reichstagsauflösung zu erzwingen und bei Neuwahlen wieder an Terrain gegenüber der KPD und den bürgerlichen Parteien zu gewinnen. Auf drei Versammlungen der Berliner SPD am 22.7. wurde die folgende Resolution verabschiedet. "Die Versammlung erwartet von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie alles tun wird, um die Massen zum Kampf gegen den drohenden Brotwucher, für die Wiedergewinnung des Achtstundentages und für eine sozial

gerechte Verteilung der Steuerlasten zu mobilisieren mit dem Ziel, eine baldige Auflösung dieses Reichstages und eine neue Entscheidung des Volkes herbeizuführen." 59)

Die SPD-Parteiführung setzte jedoch mit dem Ziel der baldigen Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan die Tolerierungspolitik trotz der geplanten Agrarzollerhöhung fort. Am 26.7. enthielt sich die SPD-Reichstagsfraktion bei einem Mißtrauensvotum der DNVP gegen die Regierung Marx der Stimme und rettete somit die Regierung. 60)

Ende Juli 1924 forderten die Arbeitgeber in einer Denkschrift von der Regierung Marx die Verlängerung der Arbeitszeit, die Senkung der Besitzsteuern und die Senkung des Lohnes. Das Unternehmertum hielt die Zeit für eine Offensive gekommen. Der "Vorwärts" bewertete dies als eine "offene Kriegserklärung an die Arbeiterschaft, die Einleitung zu einem Feldzug, der Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung zum Ziel hat." 61)

Unter diesen Rahmenbedingungen wurde die Fortsetzung der Tolerierungspolitik immer schwieriger, soweit es die Innenpolitik betraf.

In der Außenpolitik hingegen blieb die Interessenkonvergenz der bürgerlichen Regierungsparteien mit der SPD erhalten.

Auf der Londoner Konferenz vom 5.8.-16.10.1924 wurde eine endgültige Einigung zwischen der Entente und Deutschland in der Frage der Durchführung des Dawes-Planes erzielt. Frankreich erklärte sich bereit, bis zum 15.8.1925 das Ruhrgebiet zu räumen.

Der "Vorwärts" war mit diesem Ergebnis im großen und ganzen zufrieden. 62)

Auch Levi wertete es positiv. Dagegen könnten nur die Nationalisten aller Länder sein. Die SPD müsse weiterhin für die Erfüllungspolitik kämpfen. 63) Vom 23.-29.8.1924 beriet der Reichstag über die Ausführungsgesetze zum Dawes-

Plan. Für die SPD-Reichstagsfraktion begründeten u.a. Hilferding, Keil, Sollmann und Sender die Zustimmung.

Am 29.8.1924 wurden die Ausführungsgesetze durch die einfache Mehrheit der SPD, DDP, DVP und des Zentrums beschlossen, gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der KPD. Bei dem Gesetz zur Änderung der Struktur der Reichsbahn, für das als einziges Gesetz wegen seines verfassungsändernden Charakters eine 2/3-Mehrheit notwendig war, zerfiel die DNVP in zwei Teile. 49 DNVP-Abgeordnete, die eine baldige Bürgerblockregierung anstrebten, stimmten für das Gesetz, das mit 314 Ja-Stimmen knapp die erforderliche 2/3-Mehrheit erreichte. 50 DNVP-Abgeordnete stimmten dagegen. Die Taktik von Marx, die DNVP durch die Zollvorlage zu einer Annäherung an seine Regierung zu bringen, zeitigte den ersten Erfolg. Eine Regierungsbeteiligung der DNVP schien jetzt nur noch eine Frage der Zeit. 64)

Sie wurde jedoch schon am nächsten Tag in weite Ferne gerückt. Neben der SPD und der KPD blieben auch 25 DNVP-Abgeordnete des betont rechten Flügels der Abstimmung über die Schutzzollvorlage fern, da sie für einen Verbleib der DNVP in der Opposition plädierten. Sie sorgten damit für die Beschlußunfähigkeit des Reichstages, der somit die Zollvorlage nicht beschließen konnte. 65)

Trotz dieses vorerst gescheiterten Versuches rechnete die SPD-Führung fest mit der Bildung einer Bürgerblockregierung, da in der Innenpolitik im Gegensatz zur Außenpolitik die Parteien der Mitte sich nicht grundlegend von der DNVP unterschieden. Am 2.9.1924 veröffentlichte der Parteivorstand der SPD einen Aufruf, in dem er das Ende der Tolerierung der Regierung Marx ankündigte, da diese eine Erweiterung durch die DNVP anstrebte, mit den Zielen der Arbeitszeitverlängerung, der Lohnsenkung und der Zollerhöhung. Er forderte die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen: "Auflösung des Reichstages! ... Das Volk soll gefragt werden, ob es den Bürgerblock und den Hochschutzzoll

will!" Damit kam der Parteivorstand nach der Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan dem Wunsch der SPD-Linken nach, den diese seit Beginn der zweiten Regierung Marx geäußert hatte. 66)

Levi stimmte der Prognose des Parteivorstandes, daß eine Bürgerblockregierung unmittelbar bevorstehe, zu. Diese Regierung werde versuchen, alle Reparationslasten allein durch die Arbeiterschaft tragen zu lassen. Im Gegensatz zum "Vorwärts" war er jedoch der Auffassung, daß diese Regierung nicht die Erfüllungspolitik fortsetzen, sondern nur das außenpolitische Ziel verfolgen werde, den "Kampf gegen die Westmächte auf breiter Basis" zu führen. 67)

Die SPD-Linke sah in der Annäherung der DNVP an die Parteien der Mitte eine Bestätigung ihrer Theorie, daß die Parteien der Mitte als Interessenvertreter bürgerlicher Schichten mit der DNVP viel mehr Gemeinsamkeiten hätten als mit der SPD. Die Tolerierungspolitik verdeckte den Gegensatz der SPD zu den Parteien der Mitte und schwäche nur die SPD.

Als Beleg für diese These sah Levi das schlechte Ergebnis der SPD bei Nachwahlen zum Reichstag in Oberschlesien am 21.9.1924, wo sie im Vergleich zum Mai 24 % ihrer Stimmen verlor. Levi führte diese Verluste darauf zurück, daß viele Wähler die SPD wegen ihrer "staatsmännischen" Politik in den letzten Monaten kaum noch von den Parteien der Mitte unterscheiden könnten und daher nach dem Motto "wenn schon, denn schon" statt der SPD gleich die Mittelparteien wählten. 68)

Der "Vorwärts" hingegen sah die Hauptursache der Stimmverluste in der geringeren Wahlbeteiligung und versuchte durch eine ausführliche Darstellung der noch größeren Wahlniederlage der KPD (- 42 %) vom eigenen Mißerfolg abzulenken. 69)

Schon wenige Tage nach dem Aufruf des Parteivorstandes für Neuwahlen hoffte die SPD-Führung auf ein Scheitern

des Versuchs, eine Bürgerblockregierung zu bilden. Den Beschluß einer Konferenz der DNVP-Landesvorsitzenden am 19.9., eine Bürgerblockregierung zu befürworten, falls die DNVP in der Regierung entscheidenden Einfluß erhalte, wertete der "Vorwärts" als illusionär, da die linken Flügel der DDP und des Zentrums dem niemals zustimmen würden. 70)

2.2.4. Das Scheitern der Bildung einer Mehrheitsregierung

Am 25.9. beschloß der Vorstand der Reichstagsfraktion der DVP, sich für eine Koalition mit der DNVP auszusprechen. Marx erklärte sich daraufhin bereit, mit der DNVP zu verhandeln. Der "Vorwärts" kündigte schärfsten Widerstand gegen das geplante "konservativ-nationalliberale Regiment" an.⁷¹⁾ Am 30.9. sprach sich auch ein Vertretertag der DNVP für die Regierungsbeteiligung seiner Partei aus.

Mit Unterstützung des Zentrums und der DDP brachte Marx Ende September eine neue Variante einer Koalition ein, die von der DNVP über die Parteien der Mitte bis zur SPD reichen sollte. Am 1.10. lehnte der "Vorwärts" noch diesen Plan ab. Für die SPD gebe es nur eine Alternative: Reichstagsneuwahlen oder Bürgerblockregierung. 72)

Die SPD-Linke teilte diese Einschätzung. Die linke Parteizeitung "Volkszeitung für das Vogtland" in Plauen forderte die SPD-Verhandlungsdelegation auf, diesen Plan sofort abzulehnen: "Wir erwarten, daß Genosse Müller den Herrschaften um Scholz und Curtius mit aller Entschiedenheit zu verstehen gibt, daß es für die Sozialdemokratie einfach beleidigend ist, ihr die Zumutung zu stellen, in die 'Volksgemeinschaft' Stresemannscher Couleur einzutreten. Gerade Stresemann sollte nicht so gedächtnisschwach sein, seine eigenen Handlungen in der Großen

Koalition gegenüber der Sozialdemokratie außer Rechnung zu stellen. Der Bluff, der mit der Befragung der Sozialdemokratie betrieben wird, liegt so offen auf der Hand, daß ihn auch ein politisches Baby spüren muß. Die Einladung der Sozialdemokratie ist eine unehrliche lächerliche Komödie, die unsere Partei einfach mit Verachtung strafen sollte." 73) Das Verhandlungsangebot von Marx diene nur dem Ziel, vom unbedingten Willen zur Bürgerblockregierung etwas abzulenken.

Die SPD-Parteiführung hörte jedoch nicht auf diesen Rat. Ihre Vertreter Müller, Wels und Hilferding lehnten gegenüber Marx am 2.10. eine Koalition von SPD bis DNVP nicht prinzipiell ab. Der "Vorwärts" berichtete darüber: "Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers für die Sozialdemokratie nicht in Frage komme, daß aber vor abschließenden Stellungnahmen völlige Klarheit geschaffen werden müsse über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schutze der republikanischen Reichsverfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens (über den Achtstundentag - E.W.) und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik. 74) Der "Vorwärts" schloß, da bei der DNVP ja alles möglich sei, sogar nicht aus, daß die DNVP diese Bedingungen akzeptiere. Dann müsse die SPD-Reichstagsfraktion darüber entscheiden.

Die SPD-Linke reagierte auf diese Haltung mit Empörung. Halpert vermutete zwar in der "SPW", daß die Parteiführung nicht ernsthaft eine Koalition mit der DNVP anstrebe, sondern nur eine Bürgerblockregierung erschweren und der DNVP die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zuschieben wolle, sah aber in dieser Haltung die Tendenz der Parteimehrheit bestätigt, die Taktik über die Prinzipienfestigkeit zu stellen: "Das Prinzip hätte uns in der Not des Augenblicks genützt, während uns die Taktik

geschadet haben dürfte." 75) Nutznießer dieses Fehlers werde v.a. die KPD sein, die ihren Wahlkampf mit der Parole, die SPD sei zur Koalition mit der DNVP bereit, bestreiten werde. Rosenfeld schrieb in der "Chemnitzer Volksstimme": "Nicht einmal aus taktischen Gründen darf auch nur der Anschein erweckt werden, als ob die Partei geneigt und bereit wäre, mit den ausgesprochenen Vertretern des Kapitalismus und Monarchismus eine Koalition einzugehen." 76)

Am 10.10. mußte Marx das Scheitern der Verhandlungen über die 'größte Koalition' eingestehen, da die Gegensätze zwischen SPD und DNVP unüberbrückbar seien. Die Gespräche über die Regierungsbildung wurden ohne die Beteiligung der SPD aber weitergeführt, um eine Bürgerblockregierung zu bilden. Am 20.10. wurden aber auch diese Verhandlungen abgebrochen, da die Konflikte zwischen DDP und Zentrum mit der DNVP in Fragen der Außenpolitik und Sozialpolitik zu groß waren. Auf Wunsch von Marx erklärte Reichspräsident Ebert daraufhin den Reichstag für aufgelöst, und schrieb für den 7.12.1924 Neuwahlen aus. 77)

2.2.5. Der Wahlkampf und das Ergebnis der Reichstagswahlen am 7.12.1924

Am 25.10. veröffentlichte der SPD-Parteivorstand den Wahlaufuf. 78) Er richtete an die Wähler den Appell, eine Bürgerblockregierung durch eine Stärkung der SPD zu verhindern, mit der Begründung: "Helft der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die deutschnationale Revanchepolitik und gegen das Zustandekommen des Bürgerblocks! Der Kampf der Sozialdemokratie ist der Kampf der Besitzlosen, Enteigneten und Unterdrückten gegen die Übermacht der Besitzenden! Bürgerblock ist Klassenkampf der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse: Großindustrielle und Großagrarien wollen den alten Kastenstaat wieder aufrichten, der den Volksmassen den Aufstieg wehrte." Eine Bürgerblockpolitik würde eine schwere außenpolitische Krise und eine Gefährdung der Republik bedeuten. Als Tagesforderungen verlangte der Aufruf den Ausbau des Mieterschutzes,

die Erhöhung der Renten, die Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages. Er endete mit dem Appell: "Der Feind steht rechts! Nieder mit dem Bürgerblock! Es lebe die Sozialdemokratie!"

Im Wahlkampf konzentrierte sich die SPD auf Angriffe auf die DNVP und die KPD. Crispian bezeichnete diese beiden Parteien als Hauptgegner, da sie für die "terroristische Diktatur einer Minderheit" und "für einen Krieg gegen die Entente" seien. 79) Die potentiellen Koalitionspartner der SPD, die bürgerlichen Mittelparteien, wurden im Wahlkampf auffallend geschont. Der "Vorwärts" las aus einer Rede von Marx heraus, daß das Zentrum eine Bürgerblockregierung nach den Wahlen ablehnen werde. 80)

Innerhalb der SPD herrschte im Wahlkampf wieder der innerparteiliche Burgfriede, auch der sächsische Parteikonflikt wurde nicht mehr offen ausgetragen.

In der "SPW" wurde in einem unter dem Pseudonym Nemo verfaßten Artikel nur sehr vorsichtig Kritik an der Wahlkampfführung der SPD geübt. 81) Der Wahlkampf dürfte nicht moralisierende Kritik am politischen Gegner üben, sondern müsse die klassenmäßigen Wurzeln dieser Politik aufzeigen. In der Agitation dürften die Tagesforderungen nicht isoliert dargestellt werden, sondern müßten immer mit dem Endziel verbunden werden, und so der "Erziehung zum Klassenkampf" dienen. Jeder Nationalismus und jede "Volksgemeinschafts-ideologie" müsse klar abgelehnt werden.

Petrich warf der Parteiführung vor, die DDP und das Zentrum kaum anzugreifen, anstatt den "ausgesprochen bürgerlichen Charakter" dieser beiden Parteien wie auch in der Agitation gegen DVP und DNVP offen darzustellen. 82) Der Kampf müsse gleichermaßen gegen alle bürgerlichen Parteien gerichtet sein, denn: "Was heute im bürgerlichen Lager sich demokratisch nennt und fühlt, ist eine verschwindende hoffnungslose Minderheit. Der weit überwiegende

Teil der Bourgeoisie pfeift auf Demokratie und Fortschritt, er will ökonomische und politische Macht, die den Bestand der gottgewollten Ausbeuterordnung verbürgt."

Im Gegensatz zur letzten Wahl gab es diesmal bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten keine größeren Konflikte. Die Bezirke hielten sich an die Empfehlung des Parteivorstandes, wenn möglich, die gleiche Liste wie bei den Wahlen am 4.5.1924 aufzustellen. Auch der Bezirk Groß-Berlin folgte dieser Aufforderung. Daher waren trotz der linken Mehrheit im Bezirk nur 1 der 6 Spitzenkandidaten im Wahlkreis Berlin ein Vertreter der Linken (Aufhäuser), im Wahlkreis Potsdam II 3 (Zubeil, Künstler, Löwenstein).⁸³⁾ Dieses Nachgeben der Linken wurde vom Parteivorstand nicht honoriert. Auf der zusammen mit dem Parteiausschuß nominierten Reichsliste der Partei kamen die einzigen Linken Löwenstein und Freymuth auf den aussichtslosen drittletzten und letzten Platz. ⁸⁴⁾

Die Reichstagswahlen am 7.12.1924 brachten der SPD einen Erfolg. Sie gewann 1,8 Millionen Stimmen hinzu und steigerte ihre Mandatszahl von 100 auf 131, womit sie wieder die größte Reichstagsfraktion wurde. Ihr Stimmenanteil stieg von 23,9 auf 26,0 %. Sie profitierte v.a. von den Verlusten der KPD, deren Stimmenanteil von 12,5 auf 8,9 % zurückging. Neben der KPD waren die Völkischen der große Verlierer der Wahl, denn ihr Stimmenanteil sank von 6,5 % auf 2,6 %. Alle potentiellen Parteien des Bürgerblocks gewannen wegen dieses Fiaskos der Rechtsextremen Mandate hinzu: DNVP 103 (95), Zentrum 69 (65), BVP 19 (16), DVP 51 (44) und die DDP 32 (28).⁸⁵⁾

Innerhalb der Reichstagsfraktion konnte die SPD-Linken ihre Position nicht verbessern. Sie stellte von den 131 Mitgliedern nur etwa 24. Diese waren Berlin: Aufhäuser; Potsdam II. Zubeil, Künstler, Löwenstein; Halle-Merseburg: Peters; Thüringen: Bock, Posenfeld, Frölich,

Wurm, Dietrich; Hessen-Nassau: Dißmann, Düsseldorf-Ost: Agnes; Pfalz: Jacobshagen; Dresden-Bautzen: Fleißner, Sender, Schirmer, Stegmann; Leipzig: Seger, Lipinski, Saupe; Chemnitz-Zwickau: Strübel, Seydewitz, Kuhnt, Levi. 86)

Das Wahlergebnis wurde vom "Vorwärts" enthusiastisch gefeiert. Die Überschrift hieß: "Einzigster Sieger ist die Sozialdemokratie!" 87)

Levi sah den Erfolg der SPD nur als relativ an: "Unsere Partei hat einen Sieg errungen, aber der Sieg war nicht so eklatant als die Niederlage vom Mai es gewesen war." 88) Die Ursache des Wahlsieges sei der "Schein der Opposition" gegen die Regierung Marx in ihrer Endphase und die Kritik am geplanten Bürgerblock. Dies beweise wieder einmal, daß nur durch eine "klare Oppositionsstellung" gegen die bürgerlichen Parteien die SPD erstarke könne.

Bereits am Tag nach der Wahl kündigte der "Vorwärts" die Bereitschaft der SPD zur Bildung einer Weimarer Koalition mit der DDF und zum Zentrum oder einer großen Koalition auch mit der DVP und BVP an. Die Bildung einer Bürgerblockregierung hielt er für ausgeschlossen: "Bürgerblockmöglichkeiten bestehen in Preußen ebensowenig wie im Reich." 89)

In der "Breslauer Volkswacht" sprach sich Paul Loebe für die Formierung einer Großen Koalition aus, falls sich die Parteien auf folgendes Programm einigen könnten: Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, keine Zollerhöhung, gesetzliche Absicherung des Achtstundentages, Wohnungsbauförderung und Steuerreform. Sollte dies an der Weigerung der DVP scheitern, werde die SPD mit diesen Forderungen einer Bürgerblockregierung entgegentreten. 90) Der "Vorwärts" hoffte auf die Ablehnung der Bürgerblockregierung durch den linken Zentrums-Flügel um Wirth. Auftrieb erhielt diese Prognose durch eine Erklärung von Marx am 11.12., daß er in einer Bürgerblockregierung nicht

Kanzler werden wolle und durch die Entscheidung der Landtagsfraktion des Zentrums in Preußen, eine Koalition mit der DNVP abzulehnen. 91)

Die SPD-Linke lehnte jede Regierungsbeteiligung der Partei ab. Levi begründete dies damit, daß in der Außenpolitik wegen der Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich keine neuen Erfolge möglich seien und innenpolitisch eine große Koalition bestenfalls eine Stundung des Tragens der Reparationslasten durch die Arbeiterschaft bedeuten werde, da früher oder später sich in dieser Frage das gemeinsame Klasseninteresse der Mittelparteien und der DNVP durchsetzen werde. Die Große Koalition müsse endlich für die Arbeiterklasse erledigt sein. Die SPD-Linke forderte also eine konsequente Oppositionspolitik der SPD gegen eine bürgerliche Regierung. 92)

Die DVP drängte nach der Erklärung von Marx, daß er eine Bürgerblockregierung ablehne, auf dessen Rücktritt, da er die Verhandlungen mit der DNVP belaste. Kurz vor seinem Rücktritt besuchte ihn eine SPD-Delegation, die ihm laut "Vorwärts" mitteilte: "Die Führer der Sozialdemokraten sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß nicht der Versuch gemacht wurde, der Regierung Marx durch eine Erweiterung nach links eine tragfähigere Grundlage zu geben, was dem Ergebnis der Wahl vom 7. Dezember entsprechen hätte." 93)

Am 5.12.1924 trat das Kabinett Marx zurück. Der "Vorwärts" sah darin einen Sieg der DVP Stresemanns über Marx. Die Entscheidung über die Art der Regierungsbildung liege nun v.a. beim Zentrum. Eine Befürwortung einer Bürgerblockregierung durch das Zentrum sei aber nicht zu erwarten. 94)

In der "SPW" rechnete Klaus Zweiling nunmehr hingegen fest mit einer Bürgerblockregierung, da die politische Zukunft Deutschlands durch den "Klassenkampf zwischen

dem Proletariat und der gesamten Bourgeoisie" um die Verteilung der Reparationslasten bestimmt sein werde. 95) Dabei werde sich immer mehr ein faktisches "Zweiparteiensystem" unter der Formel "Hier Bürgertum - hier Sozialismus herausbilden.

Während die SPD-Linke die Bildung einer Bürgerblockregierung als natürliches Ergebnis des verschärften Klassenkampfes hinnahm, hoffte die Parteimehrheit weiterhin auf eine Große Koalition oder wenigstens auf eine Minderheitsregierung der Mitte.

2.3. Die Bürgerblockregierung Luther I (ab 19.1.1925)

2.3.1. Die Bildung des Kabinetts Luther

Unmittelbar nach dem Rücktritt der Regierung Marx beschloß am 17.12.1924 die Reichstagsfraktion des Zentrums einstimmig, eine Bildung einer Rechtsregierung abzulehnen. Dies war wohl die Reaktion auf den Druck der DVP, der die Demission von Marx erzwungen hatte. Die SPD-Parteimehrheit schien mit ihrer Einschätzung recht zu bekommen, daß das Zentrum nicht zur Bürgerblockregierung bereit war. 1)

Die SPD-Reichstagsfraktion nützte sofort diese Gelegenheit. Am 18.12. beschloß sie auf ihrer konstituierenden Sitzung: "Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß aus Gründen der äußeren und inneren Politik eine Regierung des Bürgerblocks verhindert werden muß. In Rücksicht auf die Haltung der Deutschen Volkspartei sieht sie in der Bildung der Weimarer Koalition die gegebene Lösung." 2)

Der "Vorwärts" erläuterte diesen Vorschlag näher. Zwar habe diese Koalition aus SPD, DDP und Zentrum mit 232 Mandaten im Reichstag keine Mehrheit, sie sei aber nur durch ein Bündnis der Rechtsparteien (216 Mandate) mit der KPD (45 Mandate) zu stürzen. Es ist zu vermuten, daß dieser Plan einer Regierung unter Tolerierung der KPD nicht allzu ernst gemeint war, sondern nur ein taktisches Manöver war, um die DVP zur Bildung einer Großen Koalition zu drängen. Teile der Linken in der SPD unterstützten diesen Vorschlag. Die "Leipziger Volkszeitung" forderte die KPD auf, diese "Linksregierung" zu tolerieren, da nur sie soziale Reformen durchführen könne. Sie war sich aber sicher, daß die KPD dies ablehnen werden: "Von den Kommunisten wird nur wieder Klamauk zu erwarten sein. Wie wollen sie sonst ihren Hauptprogramm punkt durchführen: Zerstörung des Parlamentarismus!" 3)

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden am 18.12.1924 bis zum Neujahr vertagt.

In einem Interview machte Ende Dezember der DVP-Vorsitzende Stresemann deutlich, daß wegen der wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen für seine Partei keine Koalition mit der SPD in Frage komme. Der "Vorwärts" erwiderte, daß dasselbe für die SPD gelte, da bei den Problemen der Arbeitszeitregelung, der Zölle und der Steuerpolitik keine Einigung mit der DVP möglich sei. Zugleich betonte er die fortbestehende Kompromißbereitschaft der SPD gegenüber den Mittelparteien: "Sie (SPD -E.W.) hat bis zur Entfesselung der Regierungskrise ihre Absicht bekundet, auch einer Regierung der Mitte keine grundsätzlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hat sich dessen bewußt gezeigt, daß bei der Kompliziertheit der deutschen Parteiverhältnisse und angesichts der Tatsache, daß sie allein leider noch lange nicht über die Mehrheit verfügt, Besserungen nur schrittweise erreicht werden können, ja, daß es unter Umständen sogar genügen muß, drohende Verschlechterungen abzuwehren." 4)

Auch nach diesem Interview Stresemanns hielten Teile der Parteimehrheit der SPD noch am Ziel einer Großen Koalition fest. Der preußische Innenminister Severing begründet dies so: "Da ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß uns nichts anderes als die Erweckung und Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte in den Stand setzt, den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des Reiches, der Länder und der Gemeinden durchzuführen, habe ich einfach die Pflicht für die Große Koalition einzutreten." 5) Nur durch die Mitarbeit der SPD in der Reichsregierung könnten schwierige Probleme gemeistert werden, wie die jüngste Vergangenheit bewiesen habe: "Die Riesenausstände der Bergarbeiter, die Stürme nach der Ermordung Erzbergers und Rathenau, die Hungerrevolte im Inflationsjahr waren mit dem Polizeisäbel allein (II -E.W.)

nicht zu meistern. Rhein und Ruhr und Main wären mit der Methode des alten Regimes nicht gehalten worden. Dies sind Erfolge nicht einzelner sozialdemokratischer oder Arbeiterminister, sondern Erfolge der Koalition, der lebendigen Mitarbeit der Arbeitermassen und ihrer Vertreter im Staat." 6) Er warf der SPD-Linken vor, das Parteiwohl höher als das Staatswohl zu stellen, wegen ihrer Ablehnung der Großen Koalition und der Weimarer Koalition: "Und wer das A und O seiner Politik in jeder Zeit, unbekümmert um staatliche und materielle Notwendigkeiten in der Stärkung seiner Partei erblickt, der handelt ganz folgerichtig, wenn er sich a limine gegen eine Koalition mit anderen Parteien wendet. Nur bliebe dann die Frage zu beantworten, wie unter solchen Umständen unter dem parlamentarischen System regiert werden soll. Und noch ein anderer Einwand drängt sich auf: nämlich der, daß auf die Dauer nur diejenigen Parteien im Volke Wurzeln schlagen und die Lebensbedingungen für ihr Wachstum erwerben, die nicht nur mit einem Lippenbekenntnis, sondern durch die Tat Volk und Land über die Parteien stellen." 7)

Am 3.1.1925 beauftragte Ebert Marx mit der Regierungsbildung. Da die DVP darin den Versuch sah, eine Bürgerblockregierung zu verhindern, verstärkte sie den Druck auf die anderen Mittelparteien durch den Rückzug ihrer beiden Minister aus der Regierung der Großen Koalition in Preußen. Der Versuch von Marx, eine Minderheitsregierung nur aus dem Zentrum und der DDP zu bilden, die auf die Tolerierung durch die SPD und DVP angewiesen gewesen wäre, scheiterte schnell am Widerstand des rechten Flügels seiner Partei und an der Weigerung der DVP, diese Regierung zu tolerieren. Am 10.1.1925 gab er daher seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurück. 8)

Mit der Bildung der Regierung wurde der parteilose Hans Luther beauftragt, der das Vertrauen der DVP genoß.

Schon nach wenigen Tagen war er erfolgreich. Am 15.1.1925 stellte er sein Bürgerblockkabinett aus Ministern der DVP, DNVP, BVP und des Zentrums vor.

Der "Vorwärts" reagierte erbittert und enttäuscht auf die Bildung dieser Regierung, da er bis zuletzt die Bereitschaft des Zentrums dazu bezweifelt hatte. Er bewertete das Kabinett Luther als "Regierung des brutalsten Klassenegoismus" und "Block der einsichtslosen, reaktionären Bourgeoisie gegen die Arbeiter". Für die SPD-Reichstagsfraktion gebe es gegenüber dieser Regierung nur den "äußersten Kampf auf der ganzen Linie". 9)

Die SPD-Reichstagsfraktion brachte eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Anträgen ein, um den reaktionären Kurs der neuen Regierung sofort zu entlarven. 10)

Am 19.1. gab Luther seine Regierungserklärung ab, in der er sich ausdrücklich zur Verfassung, zur Fortführung der Erfüllungspolitik und zur sozialen Gerechtigkeit bekannte. Der "Vorwärts" sah darin nur ein Täuschungsmanöver, um den reaktionären Kurs zu verbergen. Der Redner der SPD in der Debatte zur Regierungserklärung Breitscheid kündigte ein Mißtrauensvotum seiner Fraktion gegen die Regierung Luther an. 11)

Am 22.1. wurde eine Billigungserklärung des Reichstages zur Regierungserklärung mit 246 Ja-Stimmen der Regierungsparteien und 160 Nein-Stimmen der SPD, KPD und zweier Zentrums-Abgeordneter und 39 Enthaltungen der DDP und der Völkischen beschlossen. 15 linke Zentrums-Abgeordnete beteiligten sich aus Protest gegen die Bildung der Bürgerblockregierung nicht an der Abstimmung. 12)

Die SPD-Linke sah in der Bildung der Bürgerblockregierung die Bestätigung ihrer Theorie, daß alle bürgerlichen Parteien aufgrund ihrer gemeinsamen Klasseninteressen sich politisch weitgehend einig im Ziel seien, die Lasten des Dawes-Planes allein auf die Schultern der

Arbeiterschaft abzuwürgen. Mit der Parteimehrheit war sie der Auffassung, daß die Regierung Luther die Arbeiterschaft unterdrücken werde und die Erfüllungspolitik langfristig beenden werde. Nur durch eine scharfe Oppositionspolitik im Reichstag könne die SPD neue Anhänger gewinnen. Die SPD-Linke sah als einzigen positiven Aspekt der Bildung der Bürgerblockregierung, daß die SPD zum erstenmal seit 1914 wieder zu einer wirklichen Opposition gegen alle bürgerlichen Parteien gezwungen war. Levi schrieb in der "SPW" erleichtert: "Wir sind nicht mehr die Koalitionspartei, auch nicht mehr die verschämte Regierungspartei. Wir wollen die Opposition der Arbeiter sein: damit werden wir das schier unlösbare Chaos der deutschen Politik zur Lösung bringen." 13)

Klaus Zweiling hoffte, daß nunmehr die SPD-Mehrheit endlich erkennen müsse, daß "ihr Traum" einer Mäßigung des Klassenkampfes durch eine Verständigung mit den bürgerlichen Mittelparteien gescheitert sei. 14) Er war sich sicher, daß die SPD von jetzt ab die Koalitionspolitik beenden werde, die sich als "Illusionspolitik" erwiesen habe: "Die schwarz-rot-goldene Illusionspolitik der letzten 6 1/2 Jahre hat nun ein Ende."

2.3.2. Die Auswertung des "Barmat"-Skandals durch die SPD-Linke

Die Diskussion in der SPD wurde zu Jahresbeginn 1925 aber nicht von der Auseinandersetzung mit der Regierung Luther bestimmt, sondern von dem Barmat-Skandal.

Ende 1924 brach der Textilkonzern der Gebrüder Barmat finanziell zusammen, der aufgrund guter Beziehungen zu führenden Politikern der SPD und des Zentrums günstige Kredite von der Preußischen Staatsbank und der Reichspost

erhalten hatte. Die KPD nützte die Verbindungen der Gebrüder Barmat, die SPD-Mitglieder waren, zur SPD im Reichstagswahlkampf zu einer Kampagne gegen die "korrupten Barmat-Sozialisten". 15)

Die SPD-Linke begnügte sich im Wahlkampf aus Loyalität in dieser Frage mit Andeutungen, um der eigenen Partei nicht zu schaden. Die "SPW" übernahm im September 1924 nur einen Artikel aus einer Zeitschrift des AfA-Bundes, in der der Aufbau des Barmat-Konzerns dargestellt wurde und auch erwähnt wurde, daß der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Preußen, Ernst Heilmann, dem Aufsichtsrat einer zum Barmat-Konzern gehörenden Bank angehörte. 16) Auf einen fiktiven Leserbrief antwortend, machte sich der preußische Landtagsabgeordnete Paul Franken über diese Tätigkeit seines Fraktionsvorsitzenden lustig: "Sie fragen in Ihrem Brief, ob Heilmann als Betriebsrat im Aufsichtsrat der Barmat-Bank sitzt? Nein - das gerade nicht. Sie scheinen zu verkennen, daß es sich hier um Klassenkampf in einer allerdings etwas komplizierten Form handelt." 17) Ein Mittel der "positiven Politik" der SPD sei jetzt auch die "Revolutionierung der Aufsichtsräte". Nach diesem Artikel, der am 10.9.1924 erschien, schwieg die "SPW" zu diesem Thema, um den Wahlerfolg der SPD nicht zu gefährden.

Am 31.12.1924 wurden die Gebrüder Barmat wegen des Verdachts auf Kreditbetrug und aktiver Bestechung verhaftet. Der "Vorwärts" bezweifelte sofort ihre Schuld. 18) Auf Antrag der DNVP setzte der Reichstag am 9.1.1925 einen Untersuchungsausschuß ein, um die Verbindungen der Barmats zu Politikern zu erforschen. 19) Der SPD-Parteivorstand erklärte am 12.1., daß es zwischen der SPD und den Barmats keinerlei geschäftliche Beziehungen gegeben habe und bekundete sein Vertrauen zu den Parteigenossen, die persönliche Kontakte zu den Barmats unterhalten hatten. Es gebe keine Beweise, "daß Parteigenossen ihren politischen

Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzt haben." 19)

Die SPD-Linke gab jetzt ihre Zurückhaltung auf. Levi warf führenden SPD-Politikern vor, gute Kontakte zum Barmat-Konzern unterhalten zu haben. 20) Der Berliner Polizeipräsident Richter habe ein günstiges Darlehen von Barmat erhalten und Heilmann habe durch sein Aufsichtsratsmandat den Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt, die SPD stehe dem Inflationsgewinner Barmat, vorsichtig ausgedrückt, zumindest "nicht hindernd" im Wege. Der SPD-Parteivorstand habe aber nicht Heilmann getadelt, sondern den damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner, der auf einer Funktionärsversammlung der Berliner SPD das Verhalten Heilmanns kritisiert hatte.

Die "SPW" verurteilte, daß Heilmann noch am 2.12.1924 im "Vorwärts" die Gelegenheit erhalten hatte, alle Vorwürfe gegen Barmat als grundlos zurückzuweisen. In sehr vorsichtiger Form wurde Heilmann aufgefordert, dem Vorbild eines im Barmat-Skandal beschuldigten Zentrums-Reichstagsabgeordneten zu folgen und sein Landtagsmandat ruhen zu lassen, bis er völlig entlastet sei. 21)

Der Barmat-Skandal nahm immer größere Ausmaße an.

Am 3.2. erhob die "Deutsche Tageszeitung" den Vorwurf, daß sich 1919 die SPD-Politiker, Wels, Wissel und Robert Schmidt für ein Einfuhrmonopol des Barmat-Konzerns für bestimmte Textilprodukte eingesetzt hätten, allerdings ohne Erfolg. Die Betroffenen dementierten dies sofort. Vor dem internen Untersuchungsausschuß der SPD-Reichstagsfraktion erklärten sie allerdings, sie hätten sich generell für Importerleichterungen für Textilprodukte eingesetzt, nicht aber speziell für den Barmat-Konzern. Vor dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages mußte Heilmann eingestehen, daß die SPD von den Gebrüdern Barmat hohe Spenden erhalten hatte. 22)

Der führende SPD-Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer legte sein Reichstags-

mandat nieder, nachdem ein Brief bekanntgeworden war, in dem ihm vom Barmat-Konzern eine Geldüberweisung wegen seiner wirtschaftspolitischen Informationen angekündigt wurde. Der erweiterte Bezirksvorstand der SPD Groß-Berlin forderte am 15.2.1925 einstimmig vom Parteivorstand den sofortigen Parteiausschluß von Gustav Bauer gemäß § 28 Absatz 5 des Parteistatus. 23)

Die SPD-Linke ging nunmehr in die Offensive. Levi verlangte in der "SPW" die schnelle und schonungslose Aufklärung der Verwicklung von SPD-Mitgliedern in die Barmat-Affäre. 24) Geschehe dies nicht, bestehe die akute Gefahr, daß das menschliche Vertrauen, das trotz aller Sachkonflikte in der Partei noch vorhanden sei, zerstört werde. Er forderte die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages der SPD, der den Fall Barmat diskutieren solle. Die SPD-Linke sah in dieser Affäre anscheinend eine günstige Gelegenheit, die negativen Folgen der Politik der Parteiführung darzustellen.

Die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages verlangten auch die linken SPD-Parteizeitungen, wie z.B. die "Leipziger Volkszeitung": "Das Bekenntnis zur Demokratie bedingt, daß die Partei in ihrer Gesamtheit unmittelbar zu all den Dingen Stellung nimmt, die in den letzten Wochen allüberall behauptet wurden und restlos Klarheit schafft." 25) Sollte der Parteivorstand sich weigern, müsse durch Druck der Mitgliedermassen und der Bezirke er zu dieser "einzig demokratischen Lösung" gezwungen werden.

Am 16.2.1925 beschloß eine außerordentliche Generalversammlung des SPD-Unterbezirks Leipzig bei nur einer Gegenstimme, die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages zu fordern, auf dem das Verhalten der Genossen Heilmann, Bauer, Wels, Wissel und Robert Schmidt untersucht werden solle. Die Genannten wurden aufgefordert, auf die Ausübung all ihrer Ämter solange zu

verzicht, bis sie von jedem Verdacht befreit seien. 26) Ähnliche Beschlüsse faßten die Vorstände aller vier sächsischen SPD-Bezirke.

Die Mehrheit des Parteiausschusses lehnte es aber am 17.2. ab, einen außerordentlichen Reichsparteitag abzuhalten. Die Vorwürfe gegen die Genossen sollten von einer Untersuchungskommission des Parteivorstandes geprüft werden. Das Verhalten der SPD-Linken in der Barmat-Affäre wurde indirekt gerügt: "Der Parteiausschuß warnt zugleich die Parteigenossen dringend, sich durch den systematischen Verleumdungsfeldzug, den gerade die erbittertesten Feinde der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung inszeniert haben, verwirren zu lassen und so das Spiel der Reaktion zu erleichtern." 27)

Die SPD-Linke war von diesem Ergebnis natürlich enttäuscht. Die "Leipziger Volkszeitung" bedauerte, daß die Mehrheit des Parteiausschusses sich geweigert habe, dem Wunsch vieler Parteigliederungen "auch außerhalb Sachsens" nachzukommen. Nicht einmal das Ruhen der Funktionen der Angeschuldigten habe er verlangt. Der Artikel schloß mit dem Satz: "Hoffen wir, daß ... daraus der Partei kein weiterer Schaden erwächst." 28)

Auch nach der Entscheidung des Parteiausschusses setzte die SPD-Linke ihre Angriffe fort. Aufhäuser forderte in der "Leipziger Volkszeitung" Heilmann auf, all seine Funktionen ruhen zu lassen, bis er vom Korruptionsvorwurf befreit sei. Er attackierte Heilmann scharf: "Konnte man als Sozialdemokrat fünf gute Jahre lang den Kampf gegen das Kriegs- und Inflationsschiebertum führen und gleichzeitig zeitweise täglich mit einem Prominenten dieser zweifelhaften Geschäftemacher intimste Freundschaft pflegen?" 29) Bezeichnenderweise erschien dieser Artikel des Berliner Reichstagsabgeordneten Aufhäuser nicht im "Vorwärts", der nicht nur das Zentralorgan, sondern auch zugleich die Berliner Lokalzeitung der SPD war, sondern in der linken Leipziger Lokalzeitung der SPD.

Paul Lange kritisierte in der "SPW" das zögernde Vorgehen der SPD-Parteiführung gegen die in den Barmat-Skandal verwickelten Genossen und den Versuch des "Vorwärts" im Dezember 1924, alle Vorwürfe, z.T. unter Zuhilfenahme "starker Unwahrheiten", zurückzuweisen. 39) Er forderte den Parteivorstand auf, Bauer aus der Partei auszuschließen und gegen Richter und Heilmann vorzugehen.

Die Barmat-Affäre spielte ab März 1925 in der innerparteilichen Diskussion keine Rolle mehr. Die Gründe dafür, daß die SPD-Linke dieses Thema nicht mehr aufgriff, sind unklar. Als Erklärungsmöglichkeiten bieten sich an: Die Einsicht, daß den Beschuldigten juristisch nichts nachzuweisen war; die Erkenntnis, daß die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Partei dadurch nicht zugunsten der Linken veränderbar waren; die Gefahr, daß die öffentliche Diskussion dieser Affäre nur den Rechtsparteien und der KPD nütze. Heilmann, Wels, Wissel und Robert Schmidt gingen aus der Affäre juristisch völlig unbelastet hervor. Richter mußte als Berliner Polizeipräsident zurücktreten. Bauer wurde vom Parteivorstand nicht aus der SPD ausgeschlossen. Er erhielt nur ein zweijähriges Funktionsverbot. Anträge linker Gliederungen auf dem Leipziger Reichsparteitag 1925, ihn aus der Partei auszuschließen, erhielten keine Mehrheit.

Die Barmat-Affäre führte zu einer schweren Belastung der persönlichen Beziehungen der linken SPD-Führer zur Parteiführung und verschlechterte das Klima in der Partei. Die SPD-Linke war davon überzeugt, daß die Parteiführung die Fehlritte prominenter Genossen decken wollte, während die SPD-Mehrheit im Vorgehen der Linken eine Nestbeschmutzung sah, die nur den schärfsten politischen Gegnern der SPD, den Rechtsparteien und der KPD diene.

2.3.3. Die Rolle der SPD als Oppositionspartei im Reichstag und die Regierungskrise in Preußen Anfang 1925

Die Opposition gegen die Regierung Luther gestaltete sich für die SPD zunächst recht schwierig, da sie ein Thema aufgreifen mußte, das nicht ohne die Beteiligung von SPD-Reichsministern in der Phase der Regierung Stresemann entstanden war.

Die SPD-Reichstagsfraktion forderte von der Regierung Luther den sofortigen Stopp der Auszahlung einer Entschädigung in Höhe von 715 Millionen Goldmark an die Ruhrindustriellen wegen ihnen durch den passiven Widerstand entstandener Schäden, da sie nur der "Bereicherung des Großkapitals" diene und ihr eine gesetzliche Grundlage fehle. 31)

Staatssekretär Fischer gab vor dem Haushaltsausschuß am 29.1.1925 bekannt, daß bereits 655 der 715 Millionen Goldmark ausgezahlt worden seien. Der Antrag der SPD im Haushaltsausschuß, die Zahlungen sofort einzustellen, wurde nur von der KPD und DDP unterstützt und daher abgelehnt. 32)

Am 3.2. protestierten der ADGB und der AfA-Bund in einem Brief an die Reichsregierung gegen diese Entschädigung. 33)

Die Regierung Luther konnte drauf hinweisen, daß die SPD-Reichsminister im Kabinett Stresemann am 20.10.1923 der Zahlung dieser Entschädigung prinzipiell zugestimmt hatten und beim konkreten Beschluß des Kabinetts am 1.11.1923 sich nur mit dem Argument an der Abstimmung nicht beteiligt hatten, sie seien bei den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen nicht beteiligt worden.

Die Regierungsparteien und die KPD warfen der SPD daher Doppelzüngigkeit vor.

Levi kritisierte, daß die SPD-Reichstagsfraktion es nicht gewagt habe, aus Anlaß der Ruhrgeldaffäre ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Luther zu stellen: "Ein offener Kampf gegen die Regierung ist nicht unternommen worden." 34) Als Grund für diese halbherzige Oppositionspolitik nannte Levi den Versuch, die Bildung einer Bürgerblockregierung auch in Preußen zu verhindern.

Die Regierung Braun war Anfang Januar 1925 von den Rechtsparteien, der DVP und der KPD durch ein Mißtrauensvotum gestürzt worden. Am 30.1.1925 wurde Braun jedoch wieder zum Ministerpräsidenten gewählt, trat aber schon am 5.2. wieder zurück, da die DVP sich weigerte, sich an der Regierung zu beteiligen und ihre Mehrheit im Landtag daher unsicher war. 35) Am 11.2. wurde Marx zum Ministerpräsidenten einer Koalition aus Zentrum und DDP gewählt, dem als Verbindungsmann zur SPD Innenminister Severing weiterhin angehörte. Der "Vorwärts" bezeichnete diese Regierung sogar als "Kampfkabinetts gegen die monarchistischen reaktionären Bestrebungen." 36)

Levi lehnte diese Selbstverleugnung der SPD in Preußen, als stärkste Landtagsfraktion sich mit einem Minister zu begnügen, ab, da der Versuch, mit allen Mitteln eine Regierungsbeteiligung der SPD zu erhalten, zum Scheitern verurteilt sei: "Dort (in Preußen -E.W.) stirbt die Illusion vom sich-Vertragen mit den Bürgerlichen dahin, blutarm hat sie gelebt und an Blutlosigkeit stirbt sie." 37) Die SPD müsse auch in Preußen gegen alle bürgerlichen Parteien in die Opposition gehen: "Wir müssen diese letzte Verbindung -Narrenschnur oder Narrenseil- mit dem Gedanken der Koalition zerreißen: dann erst wieder können wir frei sein."

Levis Hoffnung schien sich zu erfüllen. Nachdem Marx bei einem Vertrauensvotum am 20.2. keine Mehrheit erhielt, trat er zurück. Auch seinem Nachfolger Höpker-Aschoff

(DDP) gelang keine dauerhafte Regierungsbildung. Levi forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, nicht mit Rücksicht auf die Regierungskrise in Preußen im Reich das Zentrum zu schonen und eine energische Oppositionspolitik gegenüber der Regierung Luther zu treiben: "Hatten wir als Regierungspartei alle Lasten der Regierung, ohne deren Vorteil, zu tragen, so droht uns, daß wir als Oppositionspartei all deren Lasten tragen, ohne ihre Vorteile -Vorteile, die kaum in einem Lande für eine Oppositionspartei größer sind. Darum: heraus aus der Halbheit: die Zeiten sind so, daß, wenn wir den Kampf wagen, die Lebenswelle uns tragen wird." 38)

Die Auseinandersetzungen um die Ruhr Gelder und die preußische Regierungskrise gerieten mit dem Tod des Reichspräsidenten Ebert in den Hintergrund.

2.3.4. Der Konflikt in der SPD über die Vorgehensweise bei den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925: "Arbeiterblock" oder "Volksblock"

Kurz nach seinem Tod am 28.2.1925 plädierte der "Vorwärts" für die Aufstellung eines gemeinsamen Reichspräsidentenskandidaten aller drei republikanischen Parteien SPD, DDP und Zentrum. Dies sei der beste Weg, "die Wahl eines Monarchisten, eines Mannes der Rechten, unmöglich zu machen." 39) Wer der Kandidat der Republikaner sei, sei zweitrangig.

Die SPD-Linke sah in dem Plan eines gemeinsamen Kandidaten aller Republikaner einen Rückfall in die Koalitionspolitik und forderte die Aufstellung eines eigenen Kandidaten der SPD. Es gäbe keine Republikaner an sich, sondern nur bürgerliche Republikaner aus der DDP und dem

Zentrum auf der einen und proletarische Republikaner aus der SPD auf der anderen Seite. Beide Gruppen wollten in der Form der demokratischen Republik einen völlig entgegengesetzten sozialen Inhalt durchsetzen, nämlich bürgerliche oder proletarische Klasseninteressen. Die "SPW" deutete an, daß viele proletarische SPD-Anhänger bei der Wahl eher den KPD-Kandidaten wählen würden als einen bürgerlichen republikanischen Sammelkandidaten. 40)

Am 7.3.1925 tagte der Parteiausschuß der SPD. 41) Auf Empfehlung des Parteivorstandes hin beschloß er zunächst mit knapper Mehrheit, sich für einen republikanischen Sammelkandidaten auszusprechen. Wahrscheinlich wegen der zu erwartenden schweren Parteikrise, die dieser Beschluß ausgelöst hätte, entschieden sich der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion, dann doch, einen eigenen Kandidaten der SPD aufzustellen, den ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Der "Vorwärts" verschwieg in seinem Bericht die kontroverse Debatte in den Führungsgremien der Partei, bei der nicht nur die Linken, sondern auch Teile der Parteimehrheit sich gegen einen gemeinsamen republikanischen Kandidaten ausgesprochen hatten. Er mußte zugeben. "Zweifellos entspricht dieser Beschluß auch dem Wunsch der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen." Bedauernd stellte er fest: "Die Aufstellung eines gemeinsamen republikanischen Kandidaten wäre möglich gewesen, wenn man sich auf einen Sozialdemokraten einigte." Mit dem Hinweis, daß der Hauptgegner Brauns der Kandidat der Rechten sein werde, versuchte er von vornherein größere Konflikte mit dem Zentrum und der DDP zu verhindern. Denselben Ziel der Beruhigung der bürgerlichen Republikaner diene die Feststellung, daß die Kandidatur Brauns vorerst nur für den ersten Wahlgang gelte.

Doch dieses Bemühen des "Vorwärts" war vergeblich. In der sehr kritischen Reaktion der demokratischen und

katholischen Presse auf die Entscheidung der SPD sah V.M. Huber in der "SPW" dagegen "das erfreulichste Symptom der sozialdemokratischen Reichspräsidentenkandidatur", da sie zeige, daß zum erstenmal seit 1914 die gesamte bürgerliche Presse die SPD verurteile. 42) Die Kandidatur Brauns wurde von ihm natürlich begrüßt. Angesichts der verschärften Klassenkonflikte, deren klarster Ausdruck die Bürgerblockregierung Luther sei, wäre einrepublikanischer Sammelkandidat einer "Quadratur des Kreises" gleichgekommen. Levi sah in der Tatsache, daß kein ausgesprochener Monarchist kandidierte, einen Beweis für seine These, daß sich das Bürgertum mit der Form der Republik abfinde, solange es in ihr seine Klasseninteressen durchsetzen könne. Jetzt gehe der Kampf in Deutschland nicht mehr in erster Linie um die Verteidigung der republikanischen Staatsform, sondern darum, welche Klasseninteressen sich in diesem Staat durchsetzten. Daher sei die eigenständige Kandidatur eines sozialdemokratischen Kandidaten so wichtig. Wenn die SPD den Wahlkampf gegen "den bürgerlichen Staat der rheinisch-westfälischen Großindustrie" führe, könne sie ihren Stimmenanteil auf 6 bis 6 1/2 Millionen steigern. 43)

Noch während des Wahlkampfes zeigte sich, daß sich nach dem ersten Wahlgang, bei dem wahrscheinlich keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erhalten würde, in der SPD zwei Positionen gegenüberstehen würden.

Der "Vorwärts" zeigte offen seine Präferenz, im 2. Wahlgang einen republikanischen Kandidaten aufzustellen, da nur so ein Sieg des Kandidaten der Rechten zu verhindern sei. 44)

Die SPD-Linken lehnte diesen Plan entschieden ab. Teuber warnte in der "SPW": "Es ist absurd zu glauben, daß unser Genosse dann zurücktreten könne, um einen der beiden bürgerlichen Platz zu machen. Das würde nicht nur den Vorteil des selbständigen Auftretens im ersten Wahlgang vernichten, sondern darüber hinaus der Partei unrepa-

rablen Schaden zufügen." 45) Die Ablehnung eines bürgerlichen republikanischen Sammelkandidaten formulierte er drastisch so: "Schon der bloße Gedanke daran muß bei einem Sozialisten Ubelkeit hervorrufen." Braun müsse auf jeden Fall auch im 2. Wahlgang antreten. Die DDP und das Zentrum stünden dann vor der Alternative, sich für ihn oder den Kandidaten der Rechten zu entscheiden.

Für den 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wurden nominiert: Braun (SPD), Marx (Zentrum), Jarres (DVP und DNVP), Hellpach (DDP), Held (BVP), Thälmann (KPD) und Ludendorff (Völkische).

Im Wahlkampf dokumentierte die SPD wieder ihre Geschlossenheit. Alle innerparteilichen Kontroversen wurden zurückgestellt.

Die SPD konzentrierte ihre Angriffe im Wahlkampf auf Jarres und Thälmann. Jarres wurde als Kandidat "der Schwerindustrie, des Großunternehmertums" und aller Kreise, "die die freiheitlich-republikanische Entwicklung rückwärts revidieren wollen" bezeichnet. Thälmann wurde als "Zählkandidat der Reaktion" bewertet, da die Zersplitterung der Arbeiterstimmen nur der Rechten nütze. Braun wurde als einziger wirklicher Arbeiterkandidat dargestellt: "Zersplitterung ist Arbeiterverrat! Wer Thälmann wählt, wählt Jarres! Wer Jarres wählt, wählt das Kapital! Arbeiterkandidat ist Otto Braun!" Die anderen Kandidaten wurden kaum erwähnt. 46)

Auch die SPD-Linke hielt sich an diese Strategie. Jarres wurde als "Schwerindustriekandidat" bezeichnet. 47) Das "Sächsische Volksblatt" warf der KPD vor, mit der Kandidatur Thälmanns ausgerechnet dann, wenn es um "die Idee des Sozialismus gegen das Bürgertum" gehe, die Stimmen der Arbeiterklasse zu zersplittern. 58)

Am 29.3.1925 fand der erste Wahlgang statt. Die Kandidaten erhielten folgende Stimmenzahlen: Jarres 10.416.658 (39,8 %), Braun 7.602.497 (29,0 %), Marx 3.827.734 (14,5 %)

Thälmann 1.671.815 (7,0 %), Heilpach 1.582.414 (5,8 %), Held 1.007.450 (3,7 %) und Ludendorff 285.793 (1,1 %).

Vergleicht man den Stimmenanteil der wichtigsten Präsidentschaftskandidaten mit dem Wahlergebnis der sie unterstützenden Parteien bei den Reichstagswahlen am 7.12. 1924, so schnitten Braun (29,0 % gegenüber 26,0 %) und Marx (14,5 % gegenüber 13,6 %) gut ab, während Jarres (39,8 % gegenüber 42,4 %) und Thälmann (7,0 % gegenüber 9,0 %) schlecht abschnitten. 49)

Der "Vorwärts" hob v.a. das relativ schlechte Ergebnis von Jarres und Thälmann hervor. Der KPD drohe jetzt ein "stetiges, unaufhaltsames Absterben". 50) Levi teilte weitgehend diese Einschätzung, bedauerte aber, daß bisher noch viel zu wenige KPD-Anhänger zur SPD übergewechselt seien. Dies sei der Hauptgrund, warum der Wahlerfolg Brauns nicht noch höher ausgefallen sei. 51) Unmittelbar nach dem 1. Wahlgang brach in der SPD der Konflikt über die einzuschlagende Strategie im 2. Wahlgang offen aus.

Der "Vorwärts" als Stimme des Parteivorstandes forderte sofort, Verhandlungen mit dem Zentrum und der DDP über die Aufstellung eines gemeinsamen republikanischen Kandidaten aufzunehmen. Da im 2. Wahlgang die relative Mehrheit ausreiche, könne nur eine "republikanische Sammelkandidatur" den Sieg von Jarres verhindern. 52)

Die SPD-Linke hielt an ihrem Wunsch fest, daß Braun auch im 2. Wahlgang antreten müsse. Levi befürchtete, daß bei einem Kandidaturverzicht Brauns viele Arbeiter wieder zur KPD zurückkehren würden. Der SPD-Parteivorstand müsse die KPD in einem Offenen Brief auffordern, im 2. Wahlgang Braun zu unterstützen und Thälmanns Kandidatur zurückzuziehen. Wenn die Demokraten und die Zentrumsleute wirklich überzeugte Republikaner seien, müßten auch sie Braun wählen. 53) Das "Sächsische Volksblatt" sprach sich dagegen aus, Marx als republikanischen Kandidaten

aufzustellen, da er "dem kapitalistisch-reaktionären Flügel des Zentrums" angehöre und daher für klassenbewußte Arbeiter nicht wählbar sei: "Darum kann man es einfach für ausgeschlossen halten, daß z.B. die sächsischen Arbeiter für ihn zur Wahl gehen würden. Hat nicht Braun mehr als über zwei Millionen Stimmen mehr auf sich vereint als Marx und Hellpach zusammengekommen? Nein, es ist schon reichlich grotesk zu fordern, daß dieser Machtanspruch so mir nichts dir nichts dahingegeben werden sollte, um einer 'republikanischen Einheitsfront' willen, die sich in jeder, aber auch jeder wirtschaftlichen Frage als Phantasmagorie erweist und erweisen wird." 54)

Am 2.4.1925 beschloß eine Funktionärsversammlung des SPD-Unterbezirks Groß-Leipzig, den Parteiausschuß aufzufordern, an der Kandidatur Brauns festzuhalten. Falls der Parteiausschuß dies ablehnen sollte, wurde offen mit der Nichtbeteiligung am Wahlkampf für den bürgerlichen republikanischen Sammelkandidaten gedroht: "Die Funktionäre erklären, falls die Parteinstanzen im Gegensatz zur grundsätzlichen Einstellung der Leipziger Parteigenossenschaft auf die Beibehaltung einer eigenen Kandidatur verzichten, sich die Entscheidung für ihre Haltung im Wahlkampf vorzubehalten." 55) Dies war für eine Partei wie der SPD, der die Parteidisziplin - vor allem in der Wahlkampfphase - über alles ging, eine unerhörte Ankündigung. Sie deutete an, welche Erbitterung in der SPD-Linken ein Kandidaturverzicht Brauns auslösen würde.

Der Parteiausschuß der SPD ließ sich jedoch von diesen Drohungen nicht beeindrucken und beschloß am 2.4.1925 gegen die Stimmen der linken Minderheit, der DDP und dem Zentrum vorzuschlagen, sofort Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten aller "Verfassungsparteien" aufzunehmen. 56)

Bereits am nächsten Tag einigten sich die Ver-

treter von SPD, DDP und Zentrum darauf, Marx als gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Der "Vorwärts" ahnte wie groß die Empörung der SPD-Linken sein würde und appellierte ausdrücklich an die Gegner der republikanischen Sammelkandidatur in der Partei, im Wahlkampf Marx zu unterstützen, um "den Sieg der niederträchtigsten Feinde der Republik und der Arbeiterklasse zu verhindern." 57) Es gehe im 2. Wahlgang um die Alternative Republik oder Monarchie und Friedenspolitik oder Nationalismus. In zwei langen Artikeln im "Vorwärts" versuchten Loebe und Sollmann den Vorwurf der SPD-Linken an Marx, er sei ein reaktionärer Politiker, zu widerlegen. Loebe sah Marx als "zuverlässigen Diener der Republik ..., dem auch soziale Gedankengänge nicht fremd sind", 58) Sollmann bezeichnete ihn als "sozialen Republikaner". 59) Severing bewertete den Beschluß des Parteiausschusses als Weg zur Volksgemeinschaft: "Der Beschluß der Sozialdemokratischen Partei ist ideell ein Schritt zur Volksgemeinschaft, weil er nicht nur ein Verzicht auf die Wahrung klassischer Parteiinteressen, sondern eine bewußte Hintansetzung solcher Parteiinteressen gegenüber den Interessen des Volksganzen bedeutet." 60) Deutlicher konnte Severin die Differenz zur marxistischen Klassenkampftheorie der SPD-Linken nicht formulieren.

Die Bereitschaft der SPD-Parteimehrheit, Marx zu unterstützen, hatte neben dem allgemeinen Ziel, langfristig auf Reichsebene wieder eine Weimarer Koalition anzusteuern oder eine Große Koalition, auch das konkrete Ziel, in Preußen die Bildung einer Bürgerblockregierung zu verhindern.

Alle linken Parteizeitungen der SPD verurteilten den Beschluß des Parteiausschusses als Fehlentscheidung. Aber wieder einmal unterwarf sich die SPD-Linke weitgehend der Parteidisziplin und fügte sich der Mehrheitsentscheid-

dung. Die "Leipziger Volkszeitung" begründete dies am 4.4. so: "Durch die Beschlüsse der Gesamtorganisation werden auch die widerstrebenden Teile gebunden. Aber gerade darin besteht der Stolz der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Gegensatz zur diktatorisch geleiteten Kadaverdisziplin der Kommunistischen Partei, daß die Tugend der Disziplin eine Tugend im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich eine freudige, freiwillige Unterordnung des Einzelnen unter den demokratisch herbeigeführten Willen der Masse war." 61)

Die linken Parteizeitungen gerieten jetzt in die unangenehme Lage, ihren Lesern die Wahl von Marx empfehlen zu müssen, den sie wenige Tage zuvor noch als Reaktionär bezeichnet hatten. Das "Sächsische Volksblatt" argumentierte damit, daß Marx das kleinere Übel im Vergleich zu einem von den Rechten gewählten Reichspräsidenten sei: "Bei der jetzigen Machtkonstellation ist ein Sozialdemokrat als Reichspräsident eine Belastung für die Partei und da bei der egoistischen Stellung aller anderen bürgerlichen Parteien auch nicht damit gerechnet werden kann, daß ein Sozialdemokrat gewählt wird, haben die Sozialdemokraten sich entschieden, zwar ein Übel, aber das kleinere Übel zu wählen. Wird, wie es jetzt scheint, Herr Hindenburg der Kandidat der Rechten, so wird es ganz sicher den deutschen Arbeitern sehr viel leichter werden, Herrn Marx als das kleinere Übel zum Reichspräsidenten zu wählen." 62) Die "Chemnitzer Volksstimme" warnte die Arbeiter ausdrücklich davor, statt Marx Thälmann zu wählen, da dies nur der Rechten nütze. 63)

Wegen des starken Protestes gegen die Unterstützung von Marx in der Mitgliedschaft sah sich der Landesarbeitsausschuß der SPD Sachsens sogar veranlaßt, einen eigenen Wahlauf Ruf zugunsten von Marx zu verabschieden. Allerdings wurde darin als Seitenhieb auf die Entscheidung

des Parteiausschusses betont, daß Braun im 2. Wahlgang der "erfolgreichere republikanische Präsidentschaftskandidat gewesen wäre." 64) Ausdrücklich wurde vor der Wahl Thälmanns gewarnt: "Kein Sozialdemokrat, kein sozialdemokratischer Wähler und kein aufgeklärter Arbeiter darf am 26. April dem kommunistischen Kandidaten Thälmann die Stimme geben."

In der sächsischen SPD gab es im Wahlkampf für Marx große Probleme. Seydewitz, der damalige Bezirksvorsitzende von Zwickau-Plauen, berichtete in seinen Memoiren, daß der Bezirksvorstand beschlossen habe, auf Wahlkampfveranstaltungen der SPD weder Marx noch andere bürgerliche Politiker auftreten zu lassen und bezahlte Wahlanzeigen für Marx in den Parteizeitungen abzulehnen. 65) Auf einer Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Zwickau am 21.4. forderten aber Seydewitz und Levi die Parteimitglieder auf, sich trotz der Verurteilung des Parteiausschußbeschlusses am 2.4. an die Parteidisziplin zu halten und in der Öffentlichkeit für die Wahl von Marx einzutreten. Sie berichteten, daß der Parteivorstand die Gelegenheit ansonsten benutzen würde, führende Vertreter des Bezirkes aus der Partei auszuschließen. Sie appellierten an die Mitglieder, die Partei nicht zu verlassen, da durch diese Schwächung der Opposition nur die Partei weiter nach rechts rücken werde. 66) Seydewitz erklärt in seiner Autobiographie, daß auf einer Parteiausschußsitzung kurz vor dem 2. Wahlgang das Parteivorstandsmitglied Stelling ihm angekündigt habe, daß nach der Wahl der Parteivorstand gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren wegen der ungenügenden Unterstützung der Kampagne für Marx einleiten werde. 67)

Mit Ausnahme des Bezirks Zwickau-Plauen hielt sich die SPD-Linke an den traditionellen Burgfrieden in der Partei in der Wahlkampfphase. Levi kritisierte in einem Artikel über den Kandidaten der Rechten Hindenburg, der wegen seiner großen Beliebtheit als Kriegsheld an die

Stelle von Jarres getreten war, die Entscheidung des Parteiausschusses nur sehr vorsichtig: "Nur ist freilich das eine schade, daß das Proletariat diesen Kampf (gegen Hindenburg -E.W.) nicht führen kann mit eigenen Kräften und einem eigenen klaren Ziel." 68)

In einem für das Zentralorgan der Schweizer Sozialdemokratie "Volksrecht" geschriebenen Artikel konnte Levi, ohne auf den Wahlkampf in Deutschland Rücksicht nehmen zu müssen, deutlicher argumentieren. Er bezeichnete den Beschluß des Parteiausschusses als "unglücklich". 69) Ein Teil der "fortgeschrittenen Arbeitermassen", v.a. in Sachsen, werde nicht begreifen, "daß es das einmal eine Tugend sei, proletarisch, das andere Mal eine Tugend sei, bürgerlich zu wählen". Viele klassenbewußte Arbeiter würden Marx nicht wählen. Ob sie sich an der Wahl nicht beteiligen oder Thälmann wählen würden, ließ er offen. Die Entscheidung für Marx werde viele durch die Oppositionspolitik im Reichstag wiedergewonnene Arbeiter von der SPD wieder entfernen. Der Geist der Koalitionspolitik mit den Mittelparteien sei trotz der Bürgerblockregierung noch ungebrochen: "Immer noch hat die deutsche Arbeiterbewegung das erste Gesetz nicht erfaßt, daß die Voraussetzung für alle Arbeiterpolitik eine starke und nur vom proletarischen Interesse bestimmte Politik ist."

Am 11.4.1925 veröffentlichte der SPD-Parteivorstand den Wahlauf Ruf für Marx, der darin als aufrechter Republikaner und Demokrat gelobt wurde. 70) Hindenburg wurde als Mitglied der DNVP und "Schildhalter Ludendorffs" attackiert. Sein Wahlsieg wäre eine Gefahr für die Republik und den Frieden. Thälmann sei, da er die Arbeiterstimmen zersplittere, ein "Wegbereiter der Reaktion". Die Alternative sei "Geldsackrepublik oder soziale Republik".

Für die Wahl von Marx sprachen sich die drei sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaften ADGB, ADB und AfA-Bund aus. 71)

Die Wahlkampfveranstaltungen für Marx wurden meist von den drei republikanischen Parteien gemeinsam oder vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet. Die drei Parteien traten dabei unter der Bezeichnung "Volksblock" auf und beschlossen einen gemeinsamen Wahlauf Ruf für Marx. 72)

Der Kandidat der Rechten, Hindenburg, wurde vom "Reichsblock" unterstützt, zu dem sich die DVP, DNVP, BVP, der "Stahlhelm" und andere rechte Organisationen zusammengeschlossen hatten. 73)

Am 26.4.1925 fand der 2. Wahlgang statt. Hindenburg ging mit 14.655.641 Stimmen (48,3 %) als Sieger hervor. Marx erhielt 13.751.605 Stimmen (45,3 %), Thälmann nur 1.931.151 Stimmen (6,4 %). 74)

In der SPD brachen jetzt die Konflikte zwischen den beiden Flügeln wieder offen aus.

Der "Vorwärts" spielte den Sieg Hindenburgs als "Zufallssieg" und "Überrumpelungssieg der Reaktion" herab. 75) Die Republikaner seien nach wie vor in der Mehrheit. Alleinschuldiger am Erfolg Hindenburgs sei die KPD, durch ihren "Verrat an der Republik", also durch die Aufrechterhaltung der aussichtslosen Kandidatur Thälmanns. Hindenburg sei "ein Präsident von Thälmanns Gnaden". Hindenburg wurde als "unpolitischer Greis" dargestellt, der von einer "Horde von Abenteurern" als Berater umgeben sei.

Am 27.4. veröffentlichte der SPD-Parteivorstand einen Aufruf, in dem er angesichts des Erfolges von Hindenburg zur Verteidigung der Republik gegen die "monarchistische Reaktion" aufrief. 76)

Bei der Analyse des Wahlergebnisses legte der "Vorwärts" besonderen Wert auf die Tatsache, daß in allen Industriegebieten Thälmann im Vergleich zum 1. Wahlgang Stimmen verloren habe, nur in den drei sächsischen Wahlkreisen habe er Stimmen gewonnen. 77) Der Vorwurf der ungenügenden Unterstützung von Marx durch die SPD in Sachsen

und der Wahl Thälmanns durch SPD-Mitglieder wurde jedoch nicht offen erhoben.

Der SPD-Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge sah sich veranlaßt, den Vorwurf zurückzuweisen, er habe die Wahlkampagne nicht genügend unterstützt. 78)

Die "Rote Fahne" berichtete über Gerüchte, daß eine Untersuchungskommission des SPD-Partei Vorstandes prüfen solle, ob gegen die führenden Politiker des Bezirkes Zwickau-Plauen Seydewitz, Graupe und Victor ein Parteiausschlußverfahren wegen des mangelnden Einsatzes für Marx eingeleitet werden sollte. 79) Es kam aber zu keinen Parteiordnungsverfahren.

Die SPD-Linke war über die Niederlage von Marx nicht allzu unglücklich. Im Gegensatz zur Parteimehrheit gab sie nicht der KPD die Hauptschuld, sondern der Verwischung der Klassengegensätze durch die Unterstützung von Marx. Das "Sächsische Volksblatt" schrieb: "Nicht der sozialistische, nicht der Klassenkampfgedanke, hat bei diesen Wahlen eine Schlappe erlitten, sondern der Volksblockgedanke, dem es dank der natürlichen Klassengegensätze an der nötigen Werbekraft fehlen mußte." 80) Auch Levi kritisierte die "Volksblockkommödie". 81) Der "reaktionäre Sonntagsprediger" Marx habe viele proletarische Wähler nicht ansprechen können, die wie z.B. in Sachsen seit drei Generationen sozialistisch erzogen worden seien und daher auf die Aufforderung, einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen, mit Unverständnis reagierten: "Man hätte ihnen auch sagen können, sie sollten sich aufhängen: sie hätten es ebenso (ebensowenig -E.W.) begriffen." Levi hoffte wie die gesamte SPD-Linke, daß mit dem Scheitern des Volksblockexperiments die Koalitionspolitik in eine Krise geraten werde: "Uff! Der Spuk ist vorüber. Man kann wieder reden, wie es einem ums Herz ist: die Staatsmänner haben ihren Willen gehabt, nun können die Nichtstaatsmänner den Schaden besehen."

Im Gegensatz zur Erklärung des Parteivorstandes vom 27.4. und auch zur KPD sah die SPD-Linke nach dem Wahlsieg Hindenburgs nicht die Gefahr einer monarchistischen Restauration als akut an. Levi wiederholte seine These, daß die Bourgeoisie zur Zeit nicht die Staatsform der Republik in Frage stelle und daher nicht die Wiederherstellung der Monarchie drohe, sondern "... die Unterwerfung der Republik unter die Herrschaft der schweren Industrie und des Bankkapitals: die 'republikanische Rechte', das ist der Ausdruck für diese ökonomischen Kräfte und sie sind der eigentliche Sieger vom 26. April." 82) Im Kampf gegen diese Kräfte habe die SPD von der DDP und dem Zentrum keinerlei Hilfe zu erwarten, wie die die Charakterlosigkeit des "bürgerlichen 'linken' Demokratismus" dokumentierenden Lobartikel der demokratischen Presse auf Hindenburg nach dessen Wahlsieg bereits andeuteten. Auch Kretzen war der Überzeugung, daß Hindenburg die Republik akzeptieren werde: "Die Republik als Staatsform 'an sich' wird zeigen, daß sie auch unter der offiziellen Hut eines wilhelminischen Generals existieren kann." 83)

Am 12.5. legte Hindenburg seinen Amtseid auf die Weimarer Verfassung ab. In einer Rede vor dem Reichstag bekannte er sich zu ihr und zu einer friedlichen Außenpolitik.

Der "Vorwärts" interpretierte dies als Beweis für die Stärke des republikanischen Gedankens, dem "auch der Erwählte seiner fanatischsten Gegner seine Referenz erweisen muß." 84) Von der akuten Gefahr einer Restauration der Monarchie war im "Vorwärts" keine Rede mehr. Levi bewertete die Erklärung Hindenburgs als Beweis seiner These, daß die Republik zur Zeit gesichert sei. 85) Dies schließe aber nicht aus, daß bei einer Schwächung der Arbeiterbewegung die Bourgeoisie bereit sein werde, ihre politische Diktatur zu errichten.

Die SPD-Parteimehrheit hoffte auch nach der Wahlniederlage von Marx, das Konzept des Volksblockes der drei

drei republikanischen Parteien am Leben erhalten zu können. Der "Vorwärts" schrieb am 3.5.1925: "Nach der Wahl vom 26. April treten im deutschen Parteiensystem Tendenzen zur Sammlung stärker hervor ... Diese Sammlungstendenzen zielen darauf ab, die Parteien, die am 26. April links und rechts zusammenstanden, auch für die politischen Aufgaben der Zukunft zusammenzuhalten." 86) Er zitierte ohne Kommentar den Vorschlag der linksliberalen "Frankfurter Zeitung" in Deutschland, langfristig zu einem Zweiparteiensystem von Republikanern und Monarchisten zu gelangen.

Levi lehnte diese Konzeption des "Vorwärts" entschieden ab. Die bürgerlichen Parteien, auch die DDP und das Zentrum, seien nur solange für die Republik, wie in ihr die bürgerlichen Klasseninteressen dominieren. 87) Drohe die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse, werde das Bürgertum geschlossen versuchen, die Arbeiterbewegung mit Hilfe einer politischen Diktatur zu unterdrücken. Er erwähnte Gerüchte über Verhandlungen von Wirth (Zentrum), Bernhardi (DDP) und ungenannten SPD-Politikern mit dem Ziel der Gründung einer Republikanischen Partei. Er forderte den Parteivorstand der SPD auf, sich von diesem Plan klar zu distanzieren.

Die Befürchtung der SPD-Linken, Teile der Partei wollten zusammen mit Vertretern des linken Flügels der DDP und des Zentrums eine Partei bilden und dadurch die SPD spalten, zeigte wie tief das Mißtrauen zwischen den beiden Parteiflügeln durch die Unterstützung von Marx wieder geworden war.

2.3.5. Die Zollgesetze der Reichsregierung als Symbol für das vorläufige Scheitern des "Volksblock"-Gedankens

Der Versuch der SPD-Parteiführung, zu einer engen

Zusammenarbeit mit dem Zentrum und der DDP zu kommen, scheiterte bald an der vom Zentrum mitgetragenen Wirtschaftspolitik der Regierung Luther.

Am 19.5.1925 legte die Regierung ihre Zollpläne vor, die eine starke Anhebung der Importzölle für Agrarprodukte und Metallwaren vorsahen.

Noch am selben Tag beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther einzubringen. 88) Der Parteiausschuß der SPD beschloß am 20.5. einstimmig, die "Zollwucherpläne" als "Anschlag der großkapitalistischen und großagrarischen Interessentenpolitik" auf die Arbeiterklasse zu verurteilen, da durch die Preiserhöhungen die Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft steigen würden. 89)

Das Mißtrauensvotum der SPD wurde am 20.5. mit 214 gegen 129 Stimmen abgelehnt, da nur die KPD diese Initiative unterstützte. Die DDP enthielt sich der Stimme. Der "Vorwärts" hoffte dennoch weiterhin, daß unter dem Druck ihrer eigenen Anhänger Zentrum und DDP die Zollvorlage schließlich ablehnen würden. 90)

Die gesamte SPD war sich in der Ablehnung der Zollpläne einig. Die SPD-Linke bewertete die Zollvorlage als erneuten Beleg für den kapitalistischen Charakter des Staates und die Existenz gemeinsamer Klasseninteressen aller bürgerlichen Parteien. Sie gab ihrer Erwartung Ausdruck, daß nunmehr endlich die "Volksblockabirrungen" und "die verhängnisvolle Reichsbanner-Ideologie" der Gemeinsamkeit aller Republikaner beendet würde. 91)

Der ADGB verurteilte am 9.6. die Zollvorlage als "unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmasse". 92)

Die Problematik der Koalitionspolitik für die SPD zeigte sich deutlich an der Zustimmung der Vertreter der preußischen Regierung Braun am 18.6. im Reichsrat

zur Zollvorlage der Regierung Luther. Der "Vorwärts" bemühte sich, dieses Verhalten zu erklären: "Wenn die preußische Regierung schließlich nach Ablehnung ihrer (Änderungs- E.W.) Anträge für den unveränderten Entwurf stimmte, so geschah dies offenbar aus der Erwägung heraus, daß die Schaffung eines Zollltarifs an sich eine Notwendigkeit sei und ein Vakuum nicht verantwortet werden könne." 93) Der wirkliche Grund für dieses Abstimmungsverhalten dürfte aber gewesen sein, daß die SPD die gerade wiederhergestellte Regierung der Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum in Preußen nicht gefährden wollte.

Am 25.6. begann im Reichstag die Debatte über die Zollvorlage. Im Namen der SPD lehnte Sender sie entschieden ab. Die SPD führte zahlreiche öffentliche Veranstaltungen gegen den "Zollwucher" durch. 94)

Die SPD-Linke verlangte, die Verabschiedung der Zollvorlage notfalls mit Hilfe "parlamentarischer Obstruktion" zu verhindern. 95) Sollte der Reichstag die Zollvorlage beschließen, müsse die SPD auf der Grundlage des Artikels 73 der Reichsverfassung ein Volksbegehren mit dem Ziel der Aufhebung der Zollgesetze einleiten. Dies beschloßen linke SPD-Gliederungen wie z.B. Zeitz und Solingen. 96) Kretzen forderte in der "SPW", daß die SPD und die KPD gemäß der Verfassung die Aussetzung des beschlossenen Zollgesetzes bis zum Volksentscheid beantragen sollten, die bei Zustimmung 1/3 der Reichstagsabgeordneten möglich sei. 97) Bei der Durchführung der Zollgesetze drohe eine absolute Verelendung der deutschen Arbeiterklasse.

Der "Vorwärts" erwähnte den Plan eines Volksentscheides überhaupt nicht. Es ist zu vermuten, daß die SPD-Parteiführung nicht für den Volksentscheid war, weil er eine Kooperation mit der KPD erfordert hätte und die Distanz zum Zentrum und zur DDP vergrößert hätte.

Am 22.7. einigten sich die Vertreter der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei auf eine gemeinsame

endgültige Fassung der Zollvorlage. Der "Vorwärts" sah darin einen "erbärmlichen Handel" zwischen DNVP und Zentrum, das der Vorlage zustimmen werde, um die weitere Billigung der Außenpolitik durch die DNVP zu erhalten. 98)

Am 5.8. protestierten die freien Gewerkschaften und die der DDP nahestehenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gemeinsam gegen die Zollvorlage. 99)

Am 7.8. beschloß der Reichstag mit den Stimmen der Regierungsparteien eine Steuerreform, die Besitzsteuern senkte und Massensteuern an hob. Der Redner der SPD, Hertz, bezeichnete sie daher als "plutokratisch". 100) Die 2. Lesung der Zollvorlage endete am 10.8. im Reichstag mit einem Eklat. Da die Regierungsparteien die Zollvorlage möglichst schnell durchbringen wollten, stellten sie den Antrag, über alle Abänderungsanträge der Opposition zur Tagesordnung Überzugehen. Die SPD, die KPD und ein Teil der DDP verließen aus Protest den Saal. Dieser Antrag wurde daraufhin fast einstimmig angenommen. 101)

Am 12.8. verabschiedete der Reichstag in Abwesenheit der SPD und KPD und bei Nichtbeteiligung der DDP an der Abstimmung die Zollvorlage. Der Reichstag vertagte sich bis zum November 1925. 102)

Nach dieser Entscheidung kritisierte die SPD-Linke offen die Vorgehensweise der SPD-Reichstagsfraktion bei den Beratungen der Zollvorlage. Levi verurteilte die Weigerung der Fraktionsmehrheit eine Obstruktionspolitik gegen die Zollvorlage einzuschlagen, die glaube, daß dies dem Ansehen des Parlamentarismus schade. 103) Levi war der Meinung, daß der Stern des bürgerlichen Parlamentarismus ohnehin schon im Sinken begriffen sei, da die reale Macht im kapitalistischen Staat in der Hand der Regierung und der Bürokratie sei und nicht des Reichstags. Das Handeln der Regierung und des Staatsapparates wiederum diene nur den Interessen der Wirtschaft. Deutschland sei daher zur Zeit faktisch eine "organisierte bürgerliche Diktatur hinter dem Schleier der Volkssouveränität". Die

SPD brauche daher auf das Ansehen des Parlaments keine Rücksicht zu nehmen.

Der "Vorwärts" hingegen bedauerte die Weigerung der Regierungsparteien, mit der SPD über Änderungen der Zoll- und Steuergesetze zu verhandeln. 104) Dennoch werde die SPD weiterhin zu "positiver Arbeit" bereit sein und an ihrem prinzipiellen Willen festhalten, "mit einer Gesetze schaffenden Mehrheit die Mitverantwortung zu tragen". Die SPD-Parteiführung war also trotz der Wirtschaftspolitik der Regierung Luther, die einseitig die Unternehmer begünstigte, immer noch der Auffassung, daß eine Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte möglich und notwendig war. Der Ton der Angriffe auf das Zentrum verschärfte sich allerdings zeitweise. Ihm wurde vorgeworfen, an der Seite der Deutschnationalen die Interessen der breiten Massen verkauft zu haben.

Die SPD-Linken wertete die "Selbstenttarnung" des Zentrums als Anfang vom Ende der Theorie der Gemeinsamkeit der drei republikanischen Parteien. Die "Chemnitzer Volksstimme" stellte zufrieden fest: "Es bedarf keines Totengeläutes des Volksblocks mehr, der Volksblock ist in Wahrheit längst tot, und es wird höchste Zeit, ihn zu begraben, wenn sein Verwesungsgeruch nicht die ganze Atmosphäre vergiften soll: ... Trennt sich die Sozialdemokratische Partei nicht schleunigst von einer gestorbenen Ideologie, so wird das Leichengift ihren eigenen Körper zersetzen, so muß sie totkrank werden. Und das alles nur wegen eines Hirngespinnsts, wegen einer Illusion.!" 105) Die SPD müsse nunmehr verschärft das Zentrum angreifen, das sich endgültig als Partei erwiesen habe, "die die ganze volksfeindliche Politik der Reaktion mitmacht, ...". Die "Leipziger Volkszeitung" notierte, wie sich später herausstellen sollte, voreilig: "Wir stehen am Grabe der Weimarer Koalition und weinen ihr keine Träne nach." 106)

Nunmehr müsse die SPD durch die Aufdeckung des reaktionären Charakters der DDP und des Zentrums die Anhänger dieser Parteien, die nicht Teil der Bourgeoisie seien, für sich gewinnen: "Und wir gewinnen sie, wenn wir keine ideologischen Brücken zu ihnen schlagen, sondern wenn wir unsere Politik klar und unvorhüllt an jenes alte Kampfwort binden, welches mahnend über dem Grab der Weimarer Koalition jeglichen Geblüts schwebt, das vor nunmehr 25 Jahren der unvergeßliche Jules Guesde in dem Pariser Kongreß der Internationale warf: 'Außerhalb des Klassenkampfes gibt es kein Heil für das Proletariat!'"

Bereits Ende August schöpfte die SPD-Parteiführung wieder Hoffnung, daß das Zentrum bald wieder die Bürgerblockpolitik beenden werde. Anlaß dafür war der Austritt des ehemaligen Reichskanzlers Wirth aus der Reichstagsfraktion des Zentrums, aus Protest gegen die Politik der Regierung Luther. Der "Vorwärts" wertete dies als Ausdruck der Unzufriedenheit vieler Arbeiterwähler des Zentrums mit der "agrarischen und großkapitalistischen Interessentenpolitik" der Regierung Luther und als Wille zur Rückkehr zur Weimarer Koalition auf Reichsebene. 107) Wirth blieb jedoch isoliert. Das Zentrum setzte die Bürgerblockkoalition fort.

Auch die SPD-Linke ging von einer wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterwähler des Zentrums aus. Ziel der SPD müsse jedoch nicht sein, die Durchsetzung des linken Flügels im Zentrum zu fördern, sondern die Arbeiterwähler des Zentrums für die SPD zu gewinnen, durch eine Entlarvung des reaktionären Charakters des Zentrums. Kretzen forderte: "Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht in dieser Situation darin, mit allen möglichen Mitteln den Riß im Zentrum weiter aufzubrechen und diejenigen Kreise zu uns herüberzuziehen, die zum Proletariat gehören." 108)

2.3.6. Der Reichsparteitag der SPD in Heidelberg:
Die Kontroverse über das Verhältnis zu den
Parteien der Mitte und über das neue Partei-
programm

Die innerparteiliche Diskussion in der SPD wurde im August und September 1925 von der Vorbereitung des Reichsparteitages bestimmt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Bewertung des Entwurfes eines Parteiprogramms der SPD, der am 23.7.1925 veröffentlicht wurde. 109) Er war von der noch auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag 1922 gewählten Programmkommission auf der Grundlage einer Vorlage Karl Kautskys formuliert worden.

Der Entwurf, der in seinem Grundsatzteil im wesentlichen auf einer kaum aktualisierten Übernahme des Erfurter Programms beruhte, stieß auf die entschiedene Kritik eines Teiles der SPD-Linken.

Levi sah in ihm-trotz der Anknüpfung an das Erfurter Programm-einen Versuch, "an der Grundlage des Erfurter Programms herumzunagen!" 110) Es fehle eine Analyse der neueren Entwicklung des Imperialismus auf der Grundlage der Theorien Rosa Luxemburgs und des frühen Rudolf Hilferding, v.a. der ständigen Gefahr von Kriegen und eine Strategie der Arbeiterbewegung, Kriege zu verhindern oder Kriege zu sozialen Revolutionen auszunützen. Der Entwurf untersuche zwar die Tendenz zur Konzentration des Kapitals, nicht aber die dazu komplementäre Tendenz des Wachstums der Arbeiterklasse und der daraus resultierenden Verschärfung des Klassengegensatzes. Er vermeide geradezu ängstlich den Begriff der sozialen Revolution als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus und erwecke dadurch die Illusion einer allmählichen Evolution des Kapitalismus zum Sozialismus. Levi sah im Entwurf

eine Differenz zwischen der weitgehend marxistischen Analyse der Gesellschaft und der angedeuteten reformistischen Bernsteinschen Strategie der Machteroberung: "Die Revolution und nichts anderes ist die dialektische Lösung der widerspruchsvollen Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Da hat noch kein Staatsmann ein Rezept erfunden, das sie vermeiden könne; fragen wir nicht lange, warum unsere Programmmentwerfer das Eine, das Letzte, das Einzige nicht gesehen haben. Da war der alte Bernstein fürwahr eine logische und geschichtliche Kapazität; er leugnete gleich die Voraussetzungen, dann konnte er in dem Rahmen wenigstens logisch bleiben. Unsere Programmmentwerfer sind ausgerollt, um der dialektischen Methode, der Fundamentallehre Marx' den Kopf abzuschlagen - fragen wir nicht warum. Uns scheint, sie haben nur selbst den Kopf verloren."

Soydewitz kritisierte Mängel in der Staatstheorie des Entwurfes, da er den Unterschied zwischen der Form und dem sozialen Inhalt des Staates vernachlässige und daher auf die Unterscheidung der bürgerlichen politischen Demokratie von der sozialen Demokratie verzichte. Das Programm der SPD müsse offen aussprechen, "daß die Sozialdemokratie die jetzige demokratische Republik über den Boden der Weimarer Verfassung hinaus ausbauen will zur sozialen Republik, in der anstelle der formalen Demokratie die wirkliche und wahre Demokratie tritt, in der das wirtschaftliche Übergewicht der kapitalistischen Klasse gebrochen ist." 111) Die Ablehnung des bestehenden bürgerlichen Staatsapparates müsse zum Ausdruck kommen, daher sei nicht die Reform der Reichswehr zu fordern, sondern ihre Abschaffung.

Hans Meyer kritisierte wie Levi die mangelhafte Imperialismus-Analyse: "Der Verfasser des 'Finanzkapitals' (Hilferding -E.W.) desavouiert sich, obwohl die Tatsachen ihn bestätigt haben." 112) Im Entwurf stecke die Tendenz,

die Masse der Arbeiterschaft nur noch als Instrument der Partei zu betrachten und das Verhältnis der Partei zur Masse nicht mehr dialektisch als gegenseitigen Lernprozeß, sondern mechanistisch mit der Formel Partei als Beweger und Masse als Bewegte darzustellen. Als Grundübel des Entwurfes hielt Meyer, daß er ein "Kompromißwerk" aller Strömungen der SPD sei, dem daher eine klare Orientierung fehle. Walter Fabian qualifizierte den Entwurf sogar als "trostlosen Fall" und "scheußlichen Wechselbalg" ab. 113)

Die SPD-Linke hielt es trotz dieser herben Kritik nicht für notwendig, einen Gegenentwurf vorzulegen. Nur Chemnitz und Zwickau (unter Mitarbeit Levis) legten längere Anträge zum Parteitag, zur Staatsanalyse und Imperialismusanalyse, vor. Fast alle Anträge der linken Gliederungen zum Programmentwurf beschränkten sich auf die Forderung, den Satz des Erfurter Programms "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein", aufzunehmen.

Nur ein vom Unterbezirk Zwickau eingebrachter Antrag, der maßgeblich von Levi und Seydewitz formuliert worden war, forderte in drei Punkten eine wesentliche Änderung des Programm-Entwurfes. 114) Er verlangte:

1. Die Aufnahme einer ausführlicheren Imperialismus-Analyse.

Zwickau machte hierfür folgenden Vorschlag:

"Mit Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Produktionsprozesses selbst, durch die stete Arbeit der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratischen Partei, geschult und vereint wird, und an Schutzzollpolitik, wachsenden Steuer-

druck und zunehmender politischer Entrechtung die Verderbtheit imperialistischer Politik erkennt. Die demokratische Republik ist kein Schutz gegen diese Gefahren, sie ist nur der Boden, auf dem das Proletariat machtvoller sich zum Kampf gegen jene Politik organisieren kann. ... Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern die gleichen. Mit dem Umschwung des Weltverkehrs, mit der fortschreitenden Kapitalisierung der Produktion in allen Ländern, mit der Steigerung der imperialistischen Kriegsgefahr sind die Arbeiter aller Länder in steigendem Maße bedroht von kapitalistischer Unterdrückung und Entrechtung, und so immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eins mit den Arbeitern aller Länder und sie ist sich bewußt, daß die vereinigte Aktion des Proletariats aller Länder gegen Ausbeutung und imperialistische Kriege eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung ist."

2. Die Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Erkämpfung des Sozialismus.

Zwickaus Vorschlag lautete: "Indem die Arbeiterklasse so für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Der Imperialismus, anfangs von allen anderen Klassen als der proletarischen unterstützt, schlägt schließlich seine eigenen Anhänger in die Flucht und treibt sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Je gewaltiger und brutaler der Kapitalismus zu neuen Kriegen treibt, je eifriger er mit Schutzzöllen, mit Steuerraub sich vorbereitet, mit Gasen und mit anderen technischen Mitteln, mit neuartiger Organisation sich rüstet, um so machtvoller stellt sich die Arbeiterklasse, erstarkt durch

die opferreiche Arbeit von Generationen., geschult durch die grausamen Lehren des letzten Krieges dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber.

Die von der Arbeiterschaft zu erkämpfende gesellschaftliche Wandlung bedeutet nicht nur die Befreiung des Proletariats, sondern der gesamten Menschheit, die unter den gegenwärtigen Zuständen leidet. Sie kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben."

3. Der letzte Absatz des Grundsatzteiles, der den Übergang zu den Tagesforderungen bildete, sollte ausdrücklich erklären, daß die Hauptziele der Sozialdemokratie nicht im Rahmen der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung realisierbar seien:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann diese Ziele nicht erreichen ohne Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung."

Der Zwickauer Antrag beruhte auf den Inhalten der in der "SPW" geäußerten Kritik Levis, Seydewitz' und Meyers am Programm-Entwurf.

Er forderte eine noch engere Anlehnung an die Grundgedanken des Erfurter Programms.

Im Gegensatz zur SPD-Linken war dem Chefredakteur des "Vorwärts" Stampfer der Entwurf nicht reformistisch genug. Er stelle nur eine "zweite Ausgabe" des Erfurter Programms dar. 115) Es fehle das klare Bekenntnis zur bestehenden demokratischen Republik, zum "Staat in seiner heutigen Gestalt", der nicht nur ein Instrument zur Erkämpfung des Sozialismus sei, sondern ein Wert an sich: " ..., wir bekennen uns zu den Grundsätzen der Demokratie um ihrer selbst willen, wir bekennen uns zu ihnen, weil

sie mit den Grundsätzen des Sozialismus eine untrennbare Einheit bilden, weil sie, auf die Wirtschaft folgerichtig angewendet, ganz von selbst zu Grundsätzen des Sozialismus werden." Stampfer sah in der Demokratie eine politische Methode, die in allen Gesellschaftssystemen gleich ist und verzichtete daher auf jede Unterscheidung von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. Im Entwurf vermißte er eine ausführlichere Würdigung der "reformierenden 'Kleinarbeit'".

Adolf Braun verteidigte als Mitglied der Programmkommission den Entwurf im "Vorwärts" gegen die Angriffe Stampfers. Er war der Meinung, daß der Grundsatzteil des Erfurter Programms "nicht so altes Eisen" sei, wie Stampfer es annahme. 116) Daher sei es nicht notwendig, "etwas völlig anderes an Stelle des Erfurter Programms" zu setzen.

In seinem Artikel zur Eröffnung des Reichsparteitages machte Stampfer den Vorschlag, die Verabschiedung des Programms auf den nächsten Parteitag zu verschieben, da eine längere Diskussion des Entwurfes erforderlich sei. 117) In der Partei herrsche v.a. in der Staatstheorie noch eine große politische Unreife, wie der Zwickauer Antrag beweise, der den "Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung" fordere. Als Gegenthese dazu formulierte Stampfer: "Die 'gegenwärtige Staatsordnung' ist die von der Sozialdemokratie geforderte und erreichte der demokratischen Republik, deren Festigung und Ausbau, nicht aber 'Umsturz' unsere Aufgabe ist."

Der vom 13.-18.9.1925 stattfindende Reichsparteitag der SPD in Heidelberg stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen den beiden Flügeln um die Haltung zu den bürgerlichen Parteien. 118)

Im Bericht des Parteivorstandes zog Stelling eine Bilanz der Wahlerfolge der Partei. 119) Er verwies auf den Stimmenanstieg der Partei von 20,5 % im Mai 1924 auf 26,0 %

im Dezember 1924 und auf 29,0 % am 25.3.1925. Dies beweise die Richtigkeit der Politik der Parteiführung. Er verurteilte scharf die, seiner Meinung nach, unsolidarische Haltung der Parteiopposition in der Barmat-Affäre. Sie habe durch die Veröffentlichung von Material zu einer Zeit, als der Untersuchungsausschuß der SPD-Reichstagsfraktion noch tagte, der gegnerischen Presse und den gegnerischen Parteien Gelegenheit zur Verleumdung der SPD gegeben. Teilen der Parteiopposition warf er vor, im 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sich nicht an die Parteientscheidung der Unterstützung von Marx gehalten zu haben: "Einzelne Parteiblätter taten ungefähr so, als ob es eine zweite Präsidentschaftswahl nicht gebe. In einer Anzahl kleinerer und mittlerer Ortsvereine sind auch Beschlüsse gefaßt worden, diese Kandidatur nicht zu unterstützen. Das darf unter keinen Umständen wieder geschehen, die Parole der Partei muß unbedingt befolgt werden. 120) Das Parteivorstandsmitglied Bartels mußte eingestehen, daß die Mitgliederzahl der SPD seit dem Berliner Parteitag 1924 von 940.000 auf 844.495 gesunken sei. 121) Als einzige Ursache dafür nannte er die schlechte wirtschaftliche Situation der Arbeiterschaft.

Der Redner der Linken unterzogen in der Debatte des Berichts des Parteivorstandes die Politik der Parteiführung einer harten Kritik.

Fleißner führte den Mitgliederrückgang auf die falsche Stellung der Parteiführung zu den bürgerlichen Parteien der Mitte zurück. Sie sei trotz der Bürgerblockregierung immer noch in "Volksgemeinschaftsillusionen" befangen. Mit der DDP und dem Zentrum sei die SPD sich zur Zeit nur in der Befürwortung der republikanischen Staatsform einig, nicht aber in der sozialen Ausgestaltung der Republik. Er sagte: "Für die bürgerlichen Parteien ist das Ziel der Republik mit der gegenwärtigen Republik

erreicht; weiter gehen sie auf keinen Fall. (Zustimmung). Für uns ist die gegenwärtige Republik nicht das Ende oder das Ideal der Republik. ... Unser Ziel ist die sozialistische Republik." 122) Nur durch eine klare Abgrenzung von den bürgerlichen Parteien könne die SPD proletarische Wähler dieser Parteien für sich gewinnen. Künstler verurteilte die Unterstützung von Marx im 2. Wahlgang, die eine Kapitulation der SPD vor dem Zentrum und der DDP bedeute habe. 123) Wie die Billigung der Zollvorlage durch das Zentrum gezeigt habe, sei mit dieser sich nicht eindeutig zur Republik bekennenden Partei keine Zusammenarbeit mehr möglich. Die Partei müsse sich in Zukunft nach rechts gegenüber dem Zentrum genauso scharf abgrenzen, wie nach links gegenüber der KPD. Dieselbe Forderung stellte Adolf Hoffmann auf, mit der Begründung, daß die Zoll- und Steuerdebatte bewiesen habe, "daß diese beiden Parteien (DDP und Zentrum -E.W.) vollständig in das Lager der bürgerlichen Reaktion geraten sind, was für keinen Einsichtigen jemals zweifelhaft war." 124)

Seydewitz kritisierte die Wahlunterstützung für Marx, die den Gegensatz der SPD zu den bürgerlichen Parteien verwischt habe und viel Vertrauen in der Arbeiterschaft gekostet habe. 125)

Theil begründete mit denselben Argumenten den Bremer Antrag, die Entscheidung der Parteiführung für Marx zu mißbilligen. 126)

Die weitestgehende Kritik an der Parteiführung übte der Frankfurter Delegierte Nölting, der ihr "Abschlusstendenzen des Führertums" gegenüber der Parteibasis vorwarf. 127) Er begründete den Frankfurter Antrag, in dem gefordert wurde, daß in Zukunft nur noch Genossen in den Parteivorstand gewählt werden sollte, "die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen. Bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ist dies nicht mehr der Fall." 128)

Liebmann verteidigte die Haltung der Parteilopposition in der Barmat-Affäre und warf der Parteiführung vor, nicht energisch gegen in diesen Skandal verstrickte Genossen vorgegangen zu sein: "früher wären solche Genossen, die sich von diesem magischen Stern und seinen vielen Millionen nicht hätten fernhalten können, als Führer der alten Partei augenblicklich erledigt gewesen." 129)

Die Redner der Parteimehrheit wiesen die Vorwürfe der Linken zurück. Heilmann rechtfertigte die Unterstützung von Marx damit, daß man dadurch erst wieder die Bildung einer neuen Regierung der Weimarer Koalition in Preußen unter der Leitung von Otto Braun ermöglicht habe. 130)

Die Erfolge der Regierung Braun bewiesen, daß man im Gegensatz zur Meinung der Parteilopposition auch heute noch mit dem Zentrum und der DDP gut zusammenarbeiten könne. Den linken Parteizeitungen warf er vor, in der Barmat-Affäre sich äußerst unsolidarisch verhalten zu haben und den Bürgerlichen und den Kommunisten Material für ihren Verleumdungsfeldzug gegen die SPD geliefert zu haben.

Scheidemann bemühte sich um eine Darstellung der Grundsatzposition der Parteimehrheit. 131) Die SPD könne keine reine Oppositionspolitik mehr betreiben, wie in der Zeit des Kaiserreiches, da sie jetzt Mitverantwortung für den demokratischen Staat trage. Sie könne weder prinzipielle Regierungspartei noch prinzipielle Oppositionspartei sein. Die Regierungsbeteiligung sei eine Frage schnell wechselnder Konstellationen und damit nur ein Problem der Taktik. Nur durch den Versuch der Zusammenarbeit mit der DDP und dem Zentrum, hier v.a. mit dem linken Flügel um Wirth, sei eine direkte Beeinflussung des staatlichen Handelns im Interesse der Arbeiterklasse möglich.

H. Müller verteidigte den Kandidaturverzicht Brauns für den 2. Wahlgang damit, daß weder DDP noch Zen-

trum bereit gewesen seien, ihn zu unterstützen und nur ein republikanischer Sammelkandidat die Chance gehabt habe, Hindenburg zu besiegen. 132)

Bei den Abstimmungen über die Anträge zum Bericht des Parteivorstandes wurden alle Anträge der Linken abgelehnt oder durch die Überweisung an den Parteivorstand erledigt. 133)

Abgelehnt wurden die bereits erwähnten Anträge Bremens und Frankfurts. Ein Antrag Zwickaus, aus der überparteilichen Wehrorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine "sozialistisch-republikanische Schutztruppe" zu machen, da die im Reichsbanner vortretenden Parteien DDP und Zentrum in letzter Zeit ihre "republikanische und soziale Unzuverlässigkeit" bewiesen hätten, vorfiel der Ablehnung, weil dies einen Bruch mit der Idee der Weimarer Koalition bedeutet hätte.

Mit der Begründung, daß dies die Aufgabe der freien Gewerkschaften sei, wurden Anträge auf die Einleitung von Volksbegehren zur gesetzlichen Verankerung des Achtstundentages und zur Revision der Zollgesetze abgelehnt. Der wahre Grund der Zurückweisung dieser Forderungen dürfte gewesen sein, daß jedes Volksbegehren irgendeine Form der Kooperation mit der KPD erfordert hätte und die Kluft zur DDP und zum Zentrum vergrößert hätte. Ein Antrag, daß in Zukunft der Reichspräsidentenkandidat der SPD nur noch durch einen außerordentlichen Reichsparteitag aufgestellt werden dürfe, fand keine Mehrheit.

Ein Antrag Leipzigs, der das Ziel hatte, eine zu große finanzielle und damit auch politische Abhängigkeit der Untergliederungen vom Parteivorstand zu verhindern, wurde in namentlicher Abstimmung mit 272:74 Stimmen abgelehnt. 134) Nur ein Antrag der Linken wurde angenommen. Es war ein Antrag Zwickaus, der sich gegen die organisierte Opposition der rechten Minderheit in der sächsischen SPD richtete: "Sonderkonferenzen, Sondervoranstaltungen, wie

sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten." 135) Ironischerweise sollte dieser Antrag 1931 als Begründung zum Parteiausschluß des Zwickauer Bezirksvorsitzenden Seydewitz herangezogen werden.

Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete Keil. 136) Er betonte, wie sich bald zeigen sollte zu unrecht, daß es innerhalb der Fraktion keine "ernsten und nachhaltigen Meinungsverschiedenheiten" gegeben habe. 136) In der Ablehnung der reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Luther sei man sich einig. Die Stellung der Fraktion zur Bürgerblockregierung sei "schärfstes Mißtrauen und kampfentschlossene Opposition". Dies dürfe aber nicht dazu führen, jede Koalition mit bürgerlichen Parteien abzulehnen, wie dies Seydewitz im "Sächsischen Volksblatt" getan habe. Das Eingehen von Koalitionen sei weiterhin nur eine Frage der Taktik und der Zweckmäßigkeit. Auch als Opposition im Reichstag dürfe die SPD keine demagogische Haltung einnehmen und sich ihrer Verantwortung für das Wohl des Staates bewußt bleiben. Obstruktive Opposition sei daher abzulehnen. Als Schlußfolgerung daraus ergebe sich, "wenn wir in der Oppositionsstellung sind, daß unsere Forderungen die Grenze nicht überschreiten dürfen, die wir einzuhalten genötigt wären, wenn wir Anteil an der Regierungsgewalt hätten. (Sehr wahr!)" Keil forderte also, daß die SPD in der Opposition nur dieselben Forderungen stellen sollte, wie in einer Koalitionsregierung. Trotz der Mitarbeit des Zentrums in der Regierung Luther schloß er nicht eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum aus.

In der Debatte über den Bericht Keils zeigte sich, daß der Parteioption die Gegnerschaft der Reichstagsfraktion zur Bürgerblockregierung nicht entschieden genug erschien, und sie vermutete, daß die Parteiführung so bald wie möglich wieder an einer Regierung teilnehmen wolle.

Prien warf der Reichstagsfraktion vor, zur Verhinderung der Verabschiedung der Zollvorlage keine Obstruktionspolitik versucht zu haben und kritisierte, daß auch die außerparlamentarische Mobilisierung gegen die Zollvorlage unzureichend gewesen sei. Als Ursache dieser maßvollen Oppositionspolitik der Parteiführung nannte er den Willen zur baldigen Rückkehr in die Regierung: "Ich erlaube mir die ganz bescheidene Frage an die Reichstagsfraktion, ob nicht doch der Gedanke an eine baldige Wiederkehr der Großen Koalition und eine zarte Rücksichtnahme auf die feinen Nerven von Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei dafür maßgebend waren, den Kampf mit gedämpftem Trommelklang zu führen." 137)

Levi wandte sich entschieden gegen Keils Forderung, als Oppositionspartei nur Forderungen zu stellen, die auch in einer Koalitionsregierung durchsetzbar seien. Die SPD müsse Forderungen stellen, die über den Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems hinauswiesen: "Wir haben als sozialdemokratische Opposition Aufgaben, die über den Rahmen der bürgerlichen Republik hinausweisen." 138) Neben der Propagierung von auf der Basis des Kapitalismus realisierbaren Tagesforderungen dürfe die Darstellung des sozialistischen Endzieles nicht zu kurz kommen. Er warnte davor, in der Opposition nur eine kurzfristige Wartestation auf dem Weg zur nächsten Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien zu sehen.

Seydewitz kritisierte den Verzicht auf jede Obstruktionspolitik im Reichstag, deren konkrete Formen er allerdings auch nach Zwischenrufen nicht präzierte. Für die Partei dürfe nicht das Ansehen des bürgerlichen Staates bzw. des bürgerlichen Parlaments entscheidend sein, sondern die energische Formulierung proletarischer Interessen: "Genosse Scheidemann hat gestern ge-

sagt: Die Frage ist für uns, ob wir demokratische Staatspolitik treiben sollen oder rücksichtslose sozialdemokratische Politik. (Widerspruch und andauernde Zurufe). Wir sind eben der Meinung, daß wir, wenn wir rücksichtslose sozialdemokratische Politik treiben, damit dem Volke und in unserem Sinne auch dem Staate am besten dienen. (Beifall)." 139)

Weitere Redner der Linken wie Loeb und Wurm teilten diese Position und verlangten als Zeichen der prinzipiellen Opposition zur Regierung Luther von der Reichstagsfraktion die Ablehnung des Reichswehretats.

Die Vertreter der Parteimehrheit lehnten es ab, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zur Zeit als ausgeschlossen zu betrachten.

Obwohl H. Müller die Politik des Zentrums in der Regierung Luther scharf kritisierte und erklärte, daß die Koalition mit bürgerlichen Parteien für die SPD bisher immer nur eine politische Notwendigkeit gewesen sei und nie ein "Vergnügen", warnte er davor, Koalitionen prinzipiell abzulehnen, da dies eine "Isolierung" der SPD bewirken würde. 140)

Breitscheid forderte die Fortführung einer sachlichen Oppositionspolitik gegen die Regierung Luther. Obstruktion sei kein geeignetes und auch kein notwendiges Mittel. 141)

Keil forderte in seinem Schlußwort die Delegierten auf, die Anträge der Parteiopposition zur Koalitionspolitik und zur Ablehnung des Wehretats abzulehnen. 142) Die Annahme dieser Anträge hätte zur Konsequenz: "Austritt aus der preußischen Regierung, Verzichtleistung auf jede Machtentfaltung der Partei innerhalb des heutigen Saates, Freigabe jeden direkten Einflusses, indem man die bürgerlichen Parteien machen läßt, was sie wollen ..." Sie wäre zudem ein "Mißtrauensvotum gegen die Fraktion und eine Ablehnung der bisherigen Politik der Partei."

Der von Seydewitz eingebrachte Antrag der Linken zur Koalitionspolitik verlangte zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien, da sie eine reaktionäre Politik betrieben. Er lautete: "Die Entwicklung der vergangenen Monate hat gezeigt, daß mit fortschreitender innen- und außenpolitischer Stabilisierung der Verhältnisse der deutschen Republik die bürgerlichen Parteien immer ungenierter beginnen, den Interessen der von ihnen vertretenen Klassen zum Siege zu verhelfen. Die Steuer- und Zollpolitik zumal hat diese Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien auf schärfste enthüllt. Das Zentrum sowohl als auch in entscheidenden Punkten die Demokraten haben die Interessensolidarität der Bourgeoisie wiederhergestellt, das Zentrum insbesondere ist wieder mit aller Offenheit zum Steigbügelhalter der Reaktion in allen innen- und außenpolitischen Fragen geworden. An dieser Tatsache ändert der vereinzelte Widerspruch in den Reihen dieser Parteien nichts. So hat sich gezeigt, daß in allen lebenswichtigen Fragen das Proletariat und die Sozialdemokratische Partei auf sich selbst und ihre eigene Kraft angewiesen sind und daß alle bürgerlichen Parteien Bündnisse nur so lange eingehen und halten, als sie selbst den Vorteil daraus ziehen.

Unter diesen Umständen fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, in allen künftigen Kämpfen ohne jede Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats so zu vertreten, daß auch die proletarischen Anhänger jener Parteien in ihr die Vertreterin ihrer Interessen erkennen und das große Heer klassenbewußter Proletarier vermehren." 143)

Der Antrag Seydewitz wurde in namentlicher Abstimmung mit 285:81 Stimmen abgelehnt. 144) Er wurde v.a. von den Delegierten der Bezirke Sachsens, Thüringens, Berlins und Hessen-Nassaus unterstützt.

Die Anträge linker Parteigliederungen (Zwickau, Kaiserslautern, Thüringen), im Reichstag alle finanziellen Mittel für die Reichswehr und Reichsmarine abzulehnen, erhielten keine Mehrheit. 145)

Im Gegensatz zum vorjährigen Parteitag verzichtete die Parteimehrheit darauf, ihre Stellung zur Koalitions politik in einem eigenen Antrag zu formulieren. Aber die Bewertung des "Vorwärts" dürfte wohl der Intention der Parteimehrheit in dieser Frage entsprochen haben: "Sie will keine Opposition um der Opposition willen und keine sinnwidrige geräuschvolle Obstruktion. Ihr Wille ist, für die Arbeitnehmerschaft durch sachliche, im Rahmen des Möglichen gehaltene Arbeit die politische Macht zu erobern. Sie will die kleinste Gelegenheit zur Sicherung eines Fortschrittes benutzt sehen, sei es nun auf dem Boden der Opposition oder durch Beteiligung an einem Koalitionskabinett." 146)

Beschlossen wurden Anträge zur gesetzlichen Verankerung des Achtstundentages, zur Ablehnung des Reichschulgesetzentwurfes und zu einem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Einstimmig wurde in einer von Keil vorgeschlagenen Resolution die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Luther als arbeiterfeindlich verurteilt. 147)

Auf die außenpolitische Debatte und die Behandlung des sächsischen Parteikonfliktes wird in anderen Teilen dieser Arbeit eingegangen.

Die Diskussion über das Parteiprogramm spielte auf dem Heidelberger Parteitag keine große Rolle.

Hilferding erläuterte den vorliegenden Programm-Entwurf, der durch eine zu Beginn des Parteitages gewählte Programmkommission nur leicht überarbeitet worden war. Er betonte, daß der Entwurf auf der Marxschen Kapitalismus- und Imperialismusanalyse beruhe, die sich voll bestätigt habe. Die Wirtschaft werde vom Finanzkapital be-

herrscht, das auch den Staat vollständig kontrollieren wolle. Die Arbeiterklasse erstrebe demokratische Formen der Austragung der immer schärfer werdenden Klassengegensätze, werde aber im Falle eines Versuches der Bourgeoisie den Faschismus zu errichten mit allen Mitteln die Demokratie verteidigen. Ziel der SPD sei die schrittweise Demokratisierung von Staat und Wirtschaft. Um dies zu erreichen, müsse die Partei neben Arbeitern auch Angehörige der Mittelschichten zunehmend für sich gewinnen. 148)

In der Debatte, an der sich nur 9 Redner beteiligten, äußerte sich von den linken Delegierten nur Levi zum vorliegenden Programmentwurf. Er wiederholte im wesentlichen seine bereits in der "SPW" formulierten Kritik. 149) Zusätzlich bemängelte er die zu kurze Zeit für die Diskussion des Entwurfes in den Parteigliederungen. In 4 Punkten sah er eine negativ zu bewertende Abweichung von den weiterhin richtigen Grunderkenntnissen des Erfurter Programms:

1. Der Satz des Erfurter Programms, daß sich die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen sich immer weiter zuspitzen werden, fehle völlig.

2. Der Entwurf verzichte gänzlich auf eine marxistische Analyse des bestehenden Staates, der trotz seiner republikanischen Form weiterhin ein bürgerlicher "Klassenstaat" sei. Der Staat sei von außerparlamentarischen Kräften wie dem Kapital und der Armee abhängig. Eine wahre Demokratie sei erst in einem von der Arbeiterklasse beherrschten Staat möglich.

3. Es fehle jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Aktionen der Arbeiterparteien bei dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges.

4. Durch die Weglassung des Satzes aus dem Erfurter Programm, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, da alle anderen Klassen trotz aller internen Interessenstreitigkeiten auf

dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stünden, werde indirekt die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien gerechtfertigt. Der Entwurf bekenne sich seiner gesamten Tendenz nach zur Evolution und nicht zur sozialen Revolution. Er, Levi, werde daher gegen den Entwurf stimmen.

Hilferding verteidigte in seinem Schlußwort die Notwendigkeit, zeitweise den Klassenkampf in Form einer Koalitionsregierung führen zu müssen. Die SPD müsse die demokratische Staatsform verteidigen, die auch die Staatsform des Sozialismus sein werde. Die Partei bekämpfe wohl die bürgerliche Gesellschaftsordnung, nicht aber die politische Form der demokratischen Republik. 150) Alle Abänderungsanträge zum Entwurf wurden als erledigt erklärt.

Das Programm wurde bei nur 6 Gegenstimmen, darunter der Levis, beschlossen. 152) Warum fast alle linken Delegierten dem Programm zustimmten, läßt sich, da sie dies nicht explizit begründeten, nur vermuten. Wahrscheinlich sahen sie in ihm - im Gegensatz zu Levi - nur eine zeitgemäße Fortschreibung des Erfurter Programms mit kleinen Schönheitsfehlern. Vielleicht wollten sie auch nach den Niederlagen in den Abstimmungen über die Koalitionsfrage und den sächsischen Parteikonflikt nicht erneut eine Niederlage erleiden und durch die Zustimmung zum Programm ihren Willen zur Wahrung der Parteinheit dokumentieren. Eine Ablehnung des Programms hätte sicherlich Versuche, sie aus der Partei zu drängen, erleichtert.

Bei der Wahl zum Parteivorstand fielen wie 1924 alle Kandidaten der Linken durch. 153) Bei 398 abgegebenen Stimmen erhielt Frölich 173, Aufhäuser 143, Fleißner 113, Wurm 107 und Künstler 102 Stimmen. Diese Stimmenzahl zeigten, daß der Resolution Seydewitz zur Koalitionspolitik nicht alle linken Parteitagsdelegierten zugestimmt hatten.

Die Parteimehrheit war weiterhin nicht bereit, am zentralen Machtgremium - dem Parteivorstand - Vertreter der Parteioption zu beteiligen. In die Kontrollkommission wurden als Repräsentanten der Linken Agnes und Bock wiedergewählt.

Der Parteivorstand versuchte, in einem Aufruf nach dem Parteitag, die aufgetretenen Differenzen wieder einmal zu verdecken: "Der Heidelberger Parteitag gab ein Bild stürkster Geschlossenheit der Partei." 153) Er habe die Politik der Reichstagsfraktion voll gebilligt und eine Lösung für den sächsischen Parteikonflikt gefunden. Das Parteiprogramm sei fast einstimmig beschlossen worden. Ziel der Partei bleibe es: "Auf dem Boden der demokratischen Republik das Reich für den Sozialismus zu erobern."

Die Parteioption war mit dem Verlauf des Parteitages sehr unzufrieden. Levi kritisierte in der "SPW" die Fixierung der Partei auf tagespolitische Nahziele. 154) Das Heidelberger Programm bedeute einen Sieg des Bernsteinischen Revisionsismus über den Marxismus: "Das in Heidelberg angenommene Programm bringt parteigeschichtlich einen gewissen Abschluß. Unter Anlehnung an das Erfurter Programm ändert es dieses in den Punkten, die den hauptsächlichsten Angriffen seitens der 'Revisionisten' zu Beginn dieses Jahrhunderts ausgesetzt waren." Aber auch nach dieser Niederlage werde in der SPD der Kampf zwischen Marxismus und Revisionsismus "nie stille stehen". In seiner Ablehnung des Heidelberger Programms sah Levi einen symbolischen Akt des Widerstandes gegen die Politik der Parteimehrheit: "Wir glaubten in Heidelberg auch durch die Abstimmung betonen zu müssen, daß die Gedanken, die so lange die Sozialdemokratie von Sieg zu Sieg geführt habe und die eine ganze Generation, die heute die Erde deckt, belebten, nicht gestorben sind. Wir glaubten für diese alten Gedanken zeugen zu müssen: nicht aus einem konservativen Bedürfnis heraus und nicht weil es die alten, sondern weil

es die Gedanken der ewig jungen Revolution sind. Wir werden uns wiedersehen."

Das "Sächsische Volksblatt" teilte weitgehend die Programmkritik Levis. Es sei zwar besser als der 1. Entwurf, da "einige unmögliche Formulierungen" gestrichen worden seien. Es sei jedoch "nur-reformistisch" und vermeide ein "offenes Bekenntnis zur revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung." 155)

Der "Volksbote" in Zeitz wertete es als Erfolg der Parteiopposition, daß der kompromißlose Antrag Seydewitz mehr Stimmen erhalten hatte, als der verschwommene Antrag der Linken zur Koalitionspolitik auf dem Berliner Parteitag. 156) Die "Frankfurter Volksstimme" bedauerte die Ablehnung des Antrages Seydewitz, dessen Annahme "eine Ablehnung der bisherigen Methode von Koalitionspolitik und Unterstützung rein bürgerlicher Regierungen bedeutet hätte". 157) Ebenso wie Levi kündigte die "Leipziger Volkszeitung" eine Fortsetzung des Richtungsstreites in der SPD an: "Was an Meinungsverschiedenheiten in Heidelberg aufeinanderplatzte, ist nur der Widerschein einer tiefen Gärung in der Partei, die mit der Heidelberger Tagung nicht abgeschlossen ist. Die Riesenaufgaben, die mit der Umwälzung von 1918 dem Proletariat gestellt worden sind, haben auch in der Sozialdemokratie noch nicht die einheitliche Linie ihrer Lösung gefunden. Diese Einheitlichkeit wird auch die nächste Zukunft noch nicht bringen." 158)

Auf der Mitgliederversammlung der SPD Groß-Leipzig am 22.9.1925 kam eine tiefe Enttäuschung der Parteiopposition über ihre Niederlage auf dem Heidelberger Parteitag zum Ausdruck. Der Berichterstatter Herre zog die Bilanz der sächsischen Parteitagsdelegierten: "Der Parteitag hat unsere Hoffnungen nicht erfüllt, hat Anträge abgelehnt, die im Interesse einer grundsätzlich sozialistischen Politik notwendig waren." 159) Er appellierte an die Par-

teigenossen, die jetzt von einer pessimistischen Stimmung über die Veränderbarkeit der Partei befallen seien, die SPD nicht zu verlassen, da diese "Fahnenflucht" nur der herrschenden Richtung der Partei nütze.

2.3.7. Die Debatte in der SPD über die Stellung zur Außenpolitik Stresemanns aus Anlaß des Locarno-Faktes

Nach dem Parteitag konzentrierte sich das Interesse der Diskussion in der SPD auf die Außenpolitik. Auch in dieser Frage zeigte sich die Spaltung der Partei in zwei Flügel.

Zu Jahresanfang 1925 hatte die Regierung Luther in zwei Noten den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens einen Garantiepakt angeboten, in dem Deutschland die vom Versailler Vertrag geregelte Westgrenze anerkennen wolle. Das ganze Jahr über kam es zu Konsultationen in dieser Frage. Am 24.9.1925 nahm die Regierung Luther das Angebot der Entente zur Abhaltung einer Außenministerkonferenz über den Garantiepakt ab. 160)

In der außenpolitischen Debatte des Heidelberger Parteitages zeigte sich in der SPD ein tiefgreifender Dissens über die Bewertung der Außenpolitik Stresemanns und die Bedeutung des geplanten Garantiepaktes.

Auch die SPD-Linke war - wie die Parteimehrheit - für die Anerkennung der Grenzen von 1919. Sie warnte jedoch davor zu glauben, daß die Regierung Luther friedliche Ziele in der Außenpolitik verfolge. Sender erklärte auf dem Parteitag: "Hinter deren Absichten steht der Wille, Deutschland wieder zu einer Machtposition zu verhelfen und, indem man zunächst pazifistische Methoden einschlägt, die Voraussetzungen zu schaffen, Deutschland wieder in die

Reihen der Staaten zu bringen, die imperialistische Politik betreiben." 161) Die SPD-Linke sah in dem Garantie-pakt die Gefahr, daß Deutschland in einen gegen Sowjetruß-land gerichteten Block miteinbezogen werden würde. Loeb forderte auf dem Parteitag, ebenso wie Sender, in der Außenpolitik sowohl eine Westorientierung an die Entente wie eine Ostorientierung an Sowjetrußland abzulehnen: "Wir haben die Pflicht, uns gegen die russischen imperialistischen Bestrebungen genau so zu wenden, wie wir bei Abschluß des Sicherheitspaktes darauf zu achten haben, ob dieser Pakt nicht ein Vertrag mit Frankreich wird, der uns durch die natürliche Lage Deutschlands mit den östlichen Staaten in Konflikte bringen kann." 162)

Levi teilte diese Einschätzung. In einer Artikelserie in der "SPW" im Juli 1925 warnte er davor, sich an der Seite Frankreichs in einen Konflikt mit Sowjetrußland einbeziehen zu lassen. Da er der "russischen Bauern-diktatur" vorwarf, einen "Feld-, Wald- und Wiesenimperialismus" zu betreiben, lehnte er auch ein Bündnis Deutschlands mit Sowjetrußland ab. 163) Die deutsche Arbeiterklasse dürfe daher weder ein Interesse an einem Bündnis mit dem imperialistischen Frankreich noch mit dem imperialistischen Sowjetrußland haben. Da er prinzipiell gegen "kriegerische Bündnisse" sei, sei er heute ebenso gegen eine Koalition mit Frankreich, wie er 1922 beim Rapallo-Pakt gegen die Koalition mit Sowjetrußland gewesen sei. 164)

Die Parteimehrheit der SPD sah die Gefahr einer einseitigen Westorientierung der deutschen Außenpolitik, glaubte aber, diese verhindern zu können. Breitscheid erklärte dies auf dem Heidelberger Parteitag. Die SPD werde wie bisher weiterhin jeden Interventionskriegversuch der Entente unter der Parole "Hände weg von Sowjetrußland!" bekämpfen. 165)

H. Müller bekräftigte diese Auffassung Breitscheids. Er plädierte für die Ablehnung des Frankfurter Antrages zum Sicherheitspakt, da er zu unrecht unter-

stelle, daß nach dem Abschluß des Sicherheitspaktes keine positive Ostpolitik mehr möglich sei. 166)

Der Parteitag lehnte den Frankfurter Antrag, in dem die Linke ihre Einschätzung des Garantiepaktes gab, ab. 167)

Herre bewertete dies auf der Mitgliederversammlung der Leipziger SPD als Einschwenken der Parteimehrheit auf die "westliche Orientierung" Stresemanns. Auch nach dem Parteitag ging der Konflikt in der SPD um die Stellung zur Außenpolitik der Regierung Luther weiter. 168)

Die Parteimehrheit lobte den Beschluß der Reichsregierung sich an der in Locarno geplanten Außenministerkonferenz zu beteiligen, als Sieg der politischen Vernunft und als Niederlage der DNVP. Auch der Bürgerblockregierung bleibe nichts anderes übrig, als die von der SPD initiierte Erfüllungspolitik fortzusetzen. Der "Vorwärts" behauptete sogar, die Regierung Luther sei von der Macht der Tatsachen gezwungen, "so etwas wie sozialistisch-internationalistische Außenpolitik" zu betreiben. 169) Auch das Bürgertum wolle zur Zeit Kriege vermeiden. Die SPD habe daher Grund zu triumphieren, "denn unsere Gegner beugen sich vor einem Gedanken, für den wir seit Jahrzehnten gekämpft haben!" Der "Vorwärts" betonte immer wieder, daß sich die SPD gegen jeden Versuch den Garantiepakt als Mittel zu einem Bündnis gegen Sowjetrußland zu benutzen, widersetzen werde. 170)

Levi warf der Parteimehrheit vor, die Motive und Ziele der Außenpolitik Stresemanns völlig zu verkennen. 171) Diese Politik verfolge langfristig das Ziel, Deutschland wieder zu einer starken imperialistischen Macht zu machen. Nur wegen der militärischen Schwäche Deutschlands sei Stresemann zur Zeit noch gezwungen, dieses Ziel auf dem Wege der friedlichen Verständigung mit der Entente anzustreben. Sobald die Wiederaufrüstung Deutschlands erreicht worden sei, werde die "pazifistische" Außenpolitik Stresemanns sofort

beendet werden und Kriege einkalkuliert. Die Außenpolitik der Regierung Luther habe daher gar nichts mit den internationalistischen Zielen der SPD gemein: "... die Politik der Luther-Stresemann hat nichts, gar nichts von unserer Politik, oder von der, die die unsere hätte sein sollen. Es ist die reaktionäre, die imperialistische, die kriegerrische Außenpolitik der neu entstandenen deutschen Bourgeoisie." In der Frage der Außenpolitik sah Levi in der SPD drei Strömungen 172) 1. Der Kreis um Kautsky verfolgte die Politik der Westorientierung und schloße einen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland zur Herstellung einer Demokratie nicht aus. 2. Der Parteivorstand sei zwar faktisch auch für die Westorientierung, lehne aber jeden Interventionskrieg gegen Sowjetrußland ab. 3. Die Parteiopposition lehne sowohl ein Bündnis mit der imperialistischen Entente wie mit dem imperialistischen Sowjetrußland ab. Sie sei gegen ein nach dem Abschluß des Garantiepaktes mögliches "Kriegsbündnis" von Frankreich, Großbritannien und Deutschland gegen Sowjetrußland.

Vom 5.-16.10.1925 verhandelten in Locarno die Vertreter Deutschlands, Frankreich, Belgiens, Großbritanniens, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei über einen Sicherheitspakt. Das Treffen führte zum Abschluß eines Vertragssystems. 173) Deutschland erkannte gegenüber Frankreich und Belgien deren Ostgrenze an, verzichtete also endgültig auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. Gegenüber Polen und der Tschechoslowakei verpflichtete es sich, Grenzkonflikte nur durch friedliche schiedsvertragliche Regelungen zu lösen. Es erkannte jedoch seine Ostgrenze nicht als endgültig an. Voraussetzung für das Inkrafttreten des Vertragssystems war der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Um die Beziehungen mit Sowjetrußland nicht zu schwer zu belasten, konnte Stresemann durchsetzen, daß Deutschland den Artikel des Völkerbundvertrages, der die Mitglieder zu Sanktionen gegen Sowjetrußland bei bestimmten

Situationen verpflichtete, nur bedingt anerkannte, nämlich "in dem Maße, das mit seiner militärischen Situation vereinbar ist und das seine geographische Lage in Betracht zieht."

Die Parteimehrheit der SPD feierte den Locarno-Pakt, der am 16.10.1925 unterzeichnet wurde und noch von den Parlamenten ratifiziert werden mußte, als Vertrag, der den Frieden in Europa lange Zeit sichern werde. Der "Vorwärts" bezeichnete ihn sogar als "Nie-wieder-Krieg-Vertrag". 174) Am Tag nach der Unterzeichnung des Paktes schrieb er: "Vielleicht eines der größten weltgeschichtlichen Ereignisse. Vielleicht eine Zeitenwende? Sicher aber bedeutet er einen Teilsieg der sozialistischen Bewegung, einen Sieg des Prinzips." 175) Der Pakt sei ein Sieg des Friedensgedankens über den Chauvinismus und eine bittere Niederlage des Nationalismus der DNVP. Er bedeute vielleicht "den ewigen Frieden Deutschlands mit seinen Nachbarn".

Levi machte sich in der "SPW" über diese euphorische Einschätzung des Locarno-Paktes lustig. 176) Mit seiner Bewertung des Paktes als "Sieg des sozialistischen Prinzips" betrachte der "Vorwärts" nunmehr offenbar Mussolini, Briand und Stresemann als "Vollstrecker des kommunistischen Manifests". Er sah in dem Vertragssystem im Gegensatz zum "Vorwärts" einen Erfolg des deutschen Nationalismus, da die deutsche Ostgrenze nicht anerkannt worden sei. Durch die Interpretation des Völkerbunds-Sanktionsartikels habe sich Deutschland nur ein Mitspracherecht bei einer Intervention in Sowjetrußland erwerben wollen, nicht aber eine Teilnahme an der Intervention abgelehnt. Bald werde daher in Deutschland das Lied wieder zu hören sein "Nach Ostland wollen wir reiten ...". Der Pakt sei keine Garantie des Friedens, sondern verstärke die Gefahr eines Krieges gegen Sowjetrußland: "Wir sind durchaus der

Auffassung, daß dieser Vertrag, dieses Bündnissystem keine Beseitigung imperialistischer Gefahren, sondern deren Verstärkung ist." Schuld am Zustandekommen dieses Paktes sei auch die Komintern, die durch ihre Spaltungspolitik die Arbeiterbewegung in Deutschland entscheidend geschwächt habe.

Nach der Unterzeichnung des Locarno-Paktes geriet die Regierung Luther in eine schwere Krise. Innerhalb der DNVP setzte sich am 23.10. auf einer Tagung des Parteivorstandes und der Landesvorsitzenden gegen den Willen des Parteivorsitzenden Hegt und der Reichsminister der radikale Flügel durch, der wegen der Anerkennung der deutschen Westgrenze den Vertrag ablehnte. Am 25.10.1925 erklärten daraufhin die 3 Reichsminister der DNVP ihren Rücktritt. 177)

Die SPD wurde von dieser Entwicklung überrascht. Am Tag nach der Paktunterzeichnung prophezeite der "Vorwärts", daß die DNVP wie schon den Dawes-Plan auch den Locarno-Pakt im Reichstag nicht zu Fall bringen werde. 178) Noch am 23.10., nachdem sich der "völkische Reichsausschuß" in der DNVP gegen die Annahme des Locarno-Paktes ausgesprochen hatte, blieb er bei dieser Prognose: "Sie (Deutschnationale -E.W.) werden deshalb Mann für Mann für den Vertrag stimmen. Sie werden nach Kanossa gehen, trotz des völkischen Reichsausschusses. Sie werden mit allen Mitteln suchen, an der Regierung zu bleiben! Diesem Zweck wird alles untergeordnet." 179)

Am 26.10. beschloß das Rumpfkabinett Luther-trotz des Austritts der DNVP aus der Koalition weiter zu amtieren, mit dem Ziel, den Locarno-Pakt bis zum vereinbarten Termin am 1.12.1925 vom Reichstag ratifizieren zu lassen.

Die SPD stand jetzt vor der schwierigen Lage, ihr Verhältnis zu dieser Minderheitsregierung aus Zentrum, BVP und DVP zu definieren. Am 28.10. erklärte der Vorstand der

Reichstagsfraktion der SPD, daß die Fraktion im Reichstag weiterhin in Opposition zur Regierung Luther stehe. Die einzige Lösung der Regierungskrise seien die Reichstagsauflösung und Neuwahlen. Der "Vorwärts" erläuterte diesen Beschluß näher: Die SPD werde im Reichstag nur dann für die Ratifizierung des Locarno-Paktes stimmen, wenn auch die DNVP dafür stimmen werde. Der Sinn dieses Junktims liege darin, zu verhindern, daß, nachdem der Pakt mit den Stimmen der SPD und unter Ablehnung der DNVP ratifiziert worden sei, die DNVP schon am nächsten Tag wieder in die Regierung Luther eintreten werde. 180)

Vor einer Funktionärsversammlung der Berliner SPD erklärte Breitscheid, daß die SPD nicht die Rolle eines "Lückenbüßers" in der Außenpolitik für eine Bürgerblockregierung spielen wolle: "Täten wir es, würden die Deutschnationalen uns des Landesverrats zeihen und, wenn die Tinte unter dem Vertrag getrocknet ist, werden sie wieder an die Tür der Regierung klopfen und Herr Luther wird erklären, daß in dieser Partei so wertvolle Kräfte schlummern und daß man mit Sozialdemokraten keine Wirtschafts- und Finanzpolitik machen könne." 181)

Die SPD-Linke unterstützte diese Taktik des Fraktionsvorstandes. Das "Sächsische Volksblatt" forderte: "Keinerlei Koalitionen mit irgendwelchen anderen Parteien zur Annahme des Locarno-Vertrages. Schärfste Opposition jeder Luther-Regierung und als Lösung aus dem Dilemma Neuwahl des Reichstages." 182) Levi sah in dem Verhalten der DNVP nicht den Ausdruck prinzipieller Differenzen zu den Parteien der Mitte, sondern nur taktische Meinungsverschiedenheiten, deren Ursache eine Überschätzung der Kräfte Deutschlands durch die DNVP sei: "Dumme Kraftmeier, die sie immer waren, wollen sie schon heute ihrer Außenpolitik die Form geben, die ihrem Gehalt entspricht. Die Luther und Stresemann sind nur etwas klüger." 183)

Levi äußerte die Befürchtung, daß eine große Koalition jetzt wieder angestrebt würde: "Es geht das Gespenst der Koalition wieder um." Er warnte unter Hinweis auf die Konflikte in der SPD und die Mißerfolge der Regierung Stresemann 1923 die Parteiführung der SPD ausdrücklich davor, eine Regierungsbeteiligung zu erwägen: "Wenn's aber geschehen sollte: wenn offen oder geheim - durch 'Vertrauensmänner' - wir uns an der Regierung mit den Herrschaften des jetzigen Bankrotts betätigen sollten, so wären wir wieder, wo wir 1923 waren. Das Karussell hätte wieder eine Drehung gemacht und dann ist, und dann ist alles wie's gewesen ist." Auch Karl Böchel lehnte in der "Chemnitzer Volksstimme" die Große Koalition ab, die nichts anderes werden könne als "eine Wiederholung des früheren Spiels, wo die Sozialdemokratie jeder Bewegungsfreiheit beraubt und zum Prügelknaben bürgerlicher Politik gemacht wurde." 184)

Am 2.11.1925 mußte der "Vorwärts" Meldungen dementieren, daß die Bildung einer Regierung der Großen Koalition unter Stresemann unmittelbar bevorstehe: "Große Koalition? Unmittelbar bevorstehend? Davon müßten wir etwas wissen. Wir können aber nichts anderes als lakonisch mitteilen: 'Uns ist davon nichts bekannt!'" 185) Am 3.11. erklärte Breitscheid auf einer Funktionsversammlung der Berliner SPD unter großem Beifall, daß für die SPD zur Zeit eine Große Koalition nicht in Frage kommen. 186)

Der "Vorwärts" und Breitscheid verschwiegen, daß in diesen Tagen der preußische Ministerpräsident Braun versuchte, zwischen der Regierung Luther und der SPD und DDP zu vermitteln, um die Ratifizierung des Locarno-Paktes zu sichern. Voraussetzung dafür war nach Brauns Meinung, daß die Regierungsparteien nicht von vornherein die Bildung einer großen Koalition nach der Ratifizierung ablehnen dürften. 187) Die Sorgen Levis waren also nicht aus der Luft gegriffen.

Zunächst verhärteten sich aber die Fronten zwischen der SPD und der Regierung Luther. Am 6.11. billigte die SPD-Reichstagsfraktion den Beschluß ihres Vorstandes vom 26.10. Sie forderte ihn auf, den Reichspräsidenten zu bitten, den Reichstag eine baldige Beratung des Locarno-Paktes zu empfehlen. 188)

Levi kritisierte jetzt erstmals die Taktik der SPD, die Zustimmung zum Garantiepakt von der Zustimmung der DNVP abhängig zu machen. Bei den nach der Ablehnung des Paktes erforderlichen Reichstagsneuwahlen werde die SPD den Wählern nicht die aus taktischen Gründen erfolgte Ablehnung des Paktes im Reichstag verständlich machen können, nachdem sie in ihrer Mehrheit niemals einen prinzipiellen Unterschied proletarischer Außenpolitik von der Außenpolitik Stresemanns aufgezeigt habe. 189)

Mitte November 1925 veränderte die SPD aber ihre Taktik. Anlaß dazu waren zwei Ereignisse, die eine baldige Neuauflage einer Bürgerblockregierung unwahrscheinlich werden ließen: Am 16./17.11. beschloß der Reichsparteitag des Zentrums, im Reich eine große Koalition anzustreben und bekannte sich zudem ausdrücklich zur Weimarer Verfassung und zur Republik. Am 19.11. erklärte die Regierung Luther, daß sie unmittelbar nach der Ratifizierung des Garantiepaktes demissionieren werde. 190)

Die SPD-Parteimehrheit rechnete sich jetzt gute Chancen aus, bald wieder eine Beteiligung der SPD an der Reichsregierung erreichen zu können. Am 20.11. ließ die SPD-Reichstagsfraktion das Junktim fallen, nur bei der Billigung des Vertrages durch die DNVP der Ratifizierung zuzustimmen. 191) Begründet wurde dieser Kurswechsel mit der Begründung, daß die Regierung Luther die Ratifizierung des Locarno-Paktes mit einer Zustimmungserklärung des Reichstages zum Völkerbunds-Beitritt Deutschlands koppeln wolle, was allerdings nichts neues war. Außerdem wurde jetzt erklärt, daß die ausländischen Bruderparteien der SPD eine

Ablehnung des Paktes und des Beitrittes zum Völkerbund aus taktischen Gründen nicht verstehen würden. Die Reichstagsfraktion habe daher beschlossen, "taktische Pläne von mehr innerpolitischen Bedeutung hinter die Erfordernisse der internationalen sozialistischen Einheit zurückzustellen". Ein Wiederaufleben der Bürgerblockregierung nach der Ratifizierung sei unwahrscheinlich und zudem auch durch Reichstagsneuwahlen nicht auszuschließen. Die SPD werde im Reichstag weiterhin jede reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik ablehnen.

Die linken Parteizeitungen der SPD kritisierten diesen plötzlichen Wandel der Taktik. Die "Chemnitzer Volksstimme" schrieb: "Jetzt urplötzlich hat man die Taktik geändert, ohne daß tatsächlich sich die Verhältnisse verändert haben ... Wir sehen nur die Änderung der Taktik, die Änderung der Parole, keineswegs die Änderung der Situation. Und mit solcher Taktik können wir uns nicht befreunden ..." 192) Das "Sächsische Volksblatt" vermutete als Grund dieser Entscheidung den Willen der Parteiführung zur Bildung einer großen Koalition, vor der es ausdrücklich warnte: "Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Der Aufstieg zur Wiedererstarkung der proletarischen Kräfte und zur Wiedergewinnung des sozialistischen Einflusses im Staate darf jetzt keinesfalls unterbunden werden durch ein neues Experiment der Großen Koalition, das der deutschen Sozialdemokratie am Ende Spott und dem deutschen Proletariat Schaden bringen müßte." 193) Kretzen versuchte in der "SPW" nachzuweisen, daß mit dem Zentrum und der DVP keinerlei gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik möglich sei. 194)

Am 23.11. begann die Debatte des Reichstages über die Locarno-Verträge mit einer Regierungserklärung Luthers. Für die SPD begründete Wels die Zustimmung dazu, wobei er besonders betonte, daß sich die Verträge nicht gegen Sowjetrußland richteten. An der Außenpolitik der

Regierung Luther übte er keinerlei Kritik. 195)

Levi zog daraus die Schlußfolgerung, daß für die Parteimehrheit die Bildung einer großen Koalition nur natürlich sei: "Entweder nämlich, man hält die Politik der Luther-Stresemann, weil sie den Völkerbund beitreten usw., für 'unsere Politik', dann gibt es kaum einen Punkt, von dem aus es uns möglich wäre, dieser Politik und dieser Regierung entgegenzutreten; dann ist die 'Große Koalition' oder jede andere, offene oder verschleierte Koalition mit den Bürgerlichen fast eine Notwendigkeit. Oder aber man sieht jenen absoluten Gegensatz zwischen proletarischen und bürgerlichen Klasseninteressen, der auch die Außenpolitik der Staaten durchzieht, dann muß man jene Politik bekämpfen ...". 196)

Am 27.11. billigte der Reichstag mit 281:174 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Locarno-Pakt. Dagegen stimmten geschlossen die DNVP, die Völkischen, die Wirtschaftspartei und die KPD. Die Absicht Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten, wurde mit 300:174 Stimmen begrüßt. Ein Mißtrauensantrag der DNVP gegen die Regierung Luther wurde mit 285:121 Stimmen bei 61 Enthaltungen abgelehnt. In allen drei Abstimmungen unterstützte die SPD die Regierungsparteien. 197)

2.3.8. Die Verhandlungen über die Regierungsneubildung an der Jahreswende 1925/26

Am 5.12.1925 trat die Regierung Luther - wie angekündigt - zurück, amtierte aber als geschäftsführende Regierung weiter.

Am 7.12. empfing Reichspräsident Hindenburg die Parteiführer und forderte sie angesichts der Wirtschaftskrise (20 % der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos, 20 % arbeiteten kurz) auf, eine Regierung der großen Koali-

tion zu bilden. Die Vertreter der SPD, DDP, DVP und des Zentrums erklärten sich zu Verhandlungen darüber bereit. Der "Vorwärts" betonte sofort, daß die SPD nur bei der Erfüllung von Mindestforderungen der SPD in eine Regierung eintreten werde. 198)

Die SPD-Linke sprach sich gegen die Beteiligung der SPD an einer großen Koalition aus. Linke Parteigliederungen wie Breslau und der Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz faßten Beschlüsse gegen die große Koalition. Darin vertraten sie die Auffassung, daß eine Regierungs-beteiligung der SPD ihren Aufstieg stoppen werde und wie 1923 eine schwere Parteikrise auslösen werde. Im Zeitzer Be-schluß hieß es: "Die Sozialdemokratie opfert in einer gro-ßen Koalition ihren guten Namen, ohne in ihr entschei-denden Einfluß zu gewinnen, ohne das Elend der Arbeiter und Beamtenschaft zu mindern. Die Vergangenheit hat ge-zeigt, daß die Sozialdemokratie in der großen Koalition nur als Notnagel diene. Immer bezahlte bisher die Kosten die Parteiorganisation. Deshalb appellieren die Funktionä-re an die Parteilinstanzen: Hände weg von der großen Koa-lition!" 199) Die "Volkszeitung für das Vogtland" in Plauen teilte diese Bewertung: "Die Sozialdemokratie würde, wenn sie sich jetzt an einer Regierung der großen Koalition beteiligte, wieder auf eine Kompromißpolitik festgelegt werden, bei der sie alles gibt, aber nichts von den anderen für die arbeitenden und hungernden und frierenden Massen erhält." 200)

Die Alternative der SPD-Linken zur großen Koa-lition war nicht einheitlich. Die "Leipziger Volkszeitung" schloß eine fallweise Tolerierung einer Minderheitsre-gierung der Mitte nicht aus. Die "Volkszeitung für das Vogtland" forderte innerhalb und außerhalb des Reichstages eine entschiedene Opposition gegen alle bürgerlichen Parteien. 201)

Am 8.12. tagte der Parteiausschuß der SPD. Die Vertreter der linken Minderheit meldeten große Bedenken

gegen die Bildung einer großen Koalition an. Der Parteiausschuß faßte keinen Beschluß zur Regierungsbildung, sondern überließ diese Entscheidung der Reichstagsfraktion.²⁰²⁾

Zwei Tage später beschloß die SPD-Reichstagsfraktion ein 10-Punkte-Programm von Mindestforderungen für ein Regierungsprogramm eines Kabinetts, an dem sich Vertreter der SPD beteiligen könnten. Darin wurde u.a. verlangt: Verteidigung der Republik gegen monarchistische Restaurationsversuche, gesetzliche Verankerung des Achtstundentages, Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, Steuerreform im Interesse der Besitzlosen, und reichsgesetzliche Regelung der Entschädigung für die 1918 enteigneten Fürstenthäuser.

Der "Vorwärts" begründete dieses Vorgehen der Reichstagsfraktion damit, daß die SPD ihren Willen zur Verhandlungsbereitschaft bekunden mußte: "Sie hätte sich sonst dem Vorwurf ausgesetzt, die Möglichkeit, dem arbeitenden Volke zu nützen, von der Hand gewiesen zu haben und hätte den Gegenbeweis nicht erbringen können, ob eine solche Möglichkeit besteht oder nicht." ²⁰³⁾

Levi kritisierte diesen Beschluß, den er als Versuch interpretierte, den bürgerlichen Parteien die Schuld am Scheitern der Bildung einer großen Koalition zuzuschreiben. Es bestehe die Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien zum Schein diese Forderungen der SPD billigten, um letztlich doch die SPD als Alleinschuldigen am Scheitern der Verhandlungen darstellen zu können und dann eine Minderheitsregierung der Mitte zu bilden. Der Beschluß sei daher taktisch falsch und verwirre die eigenen Parteimitglieder: "Denn es hätte der Partei fürwahr nicht geschadet, wenn die Fraktion offen ausgesprochen hätte, vernehmbar für Freund und Feind: Wir haben von der Koalition die Nase voll!" ²⁰⁴⁾ Die "Leipziger Volkszeitung" teilte Levis Meinung. Die "Frankfurter Volksstimme" kritisierte,

daß die 10 Forderungen keine Position der SPD darstellten, sondern bereits ein Kompromißprogramm einer großen Koalition vorwegnehmen. 205)

Am 14.12. beauftragte der Reichspräsident den DDP-Politiker Koch mit der Bildung einer Regierung der Großen Koalition. Die Verhandlungen scheiterten aber schnell an den großen Gegensätzen zwischen der SPD und der DVP in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Versuch der SPD-Reichstagsfraktion, durch eine Reduzierung ihrer Forderungen auf ein 5-Punkte-Programm das Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, hatte keinen Erfolg, da Koch es nicht übernahm. 206)

Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß am 16.12. mit großer Mehrheit, daß das Verhandlungsergebnis Kochs nicht ausreichend sei. H. Müller erklärte im "Vorwärts", daß in folgenden Fragen, v.a. mit der DVP und BVP, keine Einigung zu erzielen gewesen sei: Fürstenabfindung, Arbeitsschutzgesetz, Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und Steuerreform. 207)

Die SPD-Parteimehrheit bemühte sich, den Beschluß der Reichstagsfraktion nicht als prinzipielle Absage an die Koalitionspolitik mit den Parteien der Mitte erscheinen zu lassen. Im "Vorwärts" erschien ein wahrscheinlich von Stampfer stammender Grundsatzartikel, in dem die Forderung der Parteiopposition nach einer prinzipiellen Oppositionspolitik der SPD im Reichstag mit folgender Begründung abgelehnt wurde: "Die Sozialdemokratische Partei kann auch keine Politik der konsequenten Isolierung treiben. Wenn man von der kommunistischen Utopie der gewaltsamen Machteroberung absieht, so bleibt nur die Machteroberung durch die Demokratie, durch die Gewinnung der Mehrheit. Daß die Sozialdemokratie durch den dauernden freiwilligen Verzicht auf die Teilnahme an der Regierung ihren vollen Sieg im Wahlkampf beschleunigen könnte, ist wenig wahrscheinlich." 209) Eine Regierungsbeteiligung der SPD

sei immer dann notwendig, "wenn sie als Regierungspartei für die Masse des arbeitenden Volkes mehr erreichen kann, als sie es aus der Oppositionsstellung heraus vermöchte". Das Problem der Regierungsbeteiligung bleibe daher eine rein taktische Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden müsse.

Als Erwiderung auf diesen "Vorwärts"-Artikel formulierte Levi die Gegenthese, daß die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse wichtiger seien, als kurzfristige wirkliche oder nur erhoffte Vorteile in einer Koalitionsregierung: "Dann, wenn jene gegenwärtigen Vorteile die kommende Entwicklung der Partei, ihre Machtposition in der Zukunft, ihre Stellung im Proletariat, ihren Beruf zur Befreiung einer Klasse kompromittieren, dann müssen wir auf jene augenblicklichen Vorteile verzichten." 209) Er warnte die Parteiführung davor, nach dem Scheitern der Großen Koalition eine Minderheitsregierung der Mitte zu tolerieren, da dies nur eine verdeckte Koalition darstelle: "Die Politik der Koalitionspartei z.B. (zur Disposition) oder i.W. (im Wartestand) gibt auch die Vorteile (der Regierungsbeteiligung -E.W.) preis und beläßt das ganze Odium, das auf der Partei lastet, wenn sie sich in Koalitionen zerren läßt." Die SPD müsse endlich aufhören, "die negative Regierungspartei" zu sein und die "positive Partei proletarischer Opposition" werden.

Im Gegensatz zu Levi hoffte die "Leipziger Volkszeitung" offenbar nach dem Scheitern Kochs darauf, daß die Reichstagsfraktion der SPD nunmehr eine Oppositionspolitik gegen alle bürgerlichen Parteien betreiben werde. Zum Beschluß der Reichstagsfraktion vom 16.12. notierte sie: "Die Gedankenwelt des Marxismus hat sich gebieterisch Anerkennung verschafft. Möge er wollen oder nicht, auch der rechte Flügel der Partei wird allmählich von seinen interfraktionellen Illusionen geheilt. Die Sozialdemokratie Deutschlands kehrt unter dem eisernen Zwang der Tatsachen

zur Erkenntnis ihres Klassencharakters zurück." 210)

Die Funktionärsversammlung der SPD Groß-Leipzig hielt es aber am 22.12. dennoch für nötig, zu beschließen: "Die Große Koalition ist im Angesicht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation für die Sozialdemokratische Partei untragbar." 211)

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden durch die Weihnachtspause unterbrochen. In der Presse wurde meist die Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte als der wahrscheinlichste Ausweg aus der Regierungskrise betrachtet.

H. Müller schloß sich in seinem Neujahrsartikel im "Vorwärts" dieser Prognose an. 212) Dieses wahrscheinlich wieder von Luther geleitete Kabinett werde die Erfüllungspolitik fortsetzen, aber in der Innenpolitik nur die Interessen des Bürgertums vertreten. Er machte keine Angabe über die Stellung der SPD zu diesem Kabinett. Die Parteiführung der SPD schloß aber weiterhin die Bildung einer großen Koalition nicht aus.

Dies wurde auf einer Funktionärsversammlung der Berliner SPD am 4.1.1926 deutlich, auf der H. Müller erklärte, daß die SPD weiterhin auf der Basis ihres 5-Punkte-Programmes vom 16.12. zur Koalition mit den Parteien der Mitte bereit sei. Nachdem die Redner der Linken, wie Rosenfeld, Aufhäuser und Hoffmann dies scharf abgelehnt hatten, wurde mit knapper Mehrheit ein Antrag der Linken mit folgendem Wortlaut angenommen: "Die Konferenz der Berliner Funktionäre billigt, daß die Reichstagsfraktion die Bildung einer Regierung der großen Koalition abgelehnt hat. Die Konferenz erwartet, daß die Fraktion, wenn jetzt erneut der Versuch der Bildung einer solchen Regierung gemacht werden sollte, abermals die Beteiligung an dieser Koalition ablehnt. Nur eine solche Haltung entspricht den Interessen der Partei und der werktätigen Bevölkerung. 213)

Auch der Ortsverein Zwickau beschloß am 6.1.1926, die Reichstagsfraktion aufzufordern, "unter keinen Umständen" einer großen Koalition zuzustimmen, da dies die "Partei aufs schwerste erschüttern" würde. 214) Der Referent dieser Versammlung Karl Böchel begründete die Ablehnung der Regierungsbeteiligung der SPD damit, daß auch bei sozialdemokratischen Ministern der Staatsapparat weiterhin fast ausschließlich bürgerlich sein werde und diese relativ machtlos sein würden. Ziel der Parteien der Mitte sei es, wie schon 1923, die SPD in einer großen Koalition zu kompromittieren: "Durch die Tatsache, daß sozialdemokratische Minister mit Ministern bürgerlicher Parteien in einem Kabinett sitzen, wird vom Bürgertum der Kampf gegen die Arbeiterschaft nur noch schärfer und rücksichtsloser geführt, denn man kann ja die Verantwortung den sozialdemokratischen Ministern aufbürden, die man zu Konzessionen und Handlungen zwingt, die die Masse der Arbeiterschaft nicht immer verstehen wird." Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien sei nur dann möglich, wenn in den Staatsapparat anteilmäßig so viele Sozialdemokraten aufgenommen würden, wie es ihrer Verankerung bei den Wählern entspreche. Da dies die bürgerlichen Parteien ablehnten, sei zur Zeit jede Koalition ausgeschlossen.

Während die SPD-Linke die große Koalition geschlossen ablehnte, war die Parteimehrheit in dieser Frage an der Jahreswende 1925/26 gespalten. Sollmann sprach sich in der "Rheinischen Zeitung" gegen die große Koalition aus, da die DVP bei der nächsten Gelegenheit wieder versuchen würde, eine Bürgerblockregierung zu bilden. 215) Gegen die Bildung einer großen Koalition wandten sich in Beschlüssen die Bezirke Hamburg, Ostpreußen und Schlesien. 216) Für die Bildung dieser Regierung waren nur die Ortsvereine Karlsruhe und Kassel. Der "Vorwärts" bemerkte zum Karlsruher Beschluß: "Der Vorgang ist bemerkenswert, weil er bisher ziemlich vereinzelt dasteht." 217)

Von den Parteiführern der SPD plädierte nur Otto Braun offen weiterhin für die große Koalition, da nur durch eine starke Regierung die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Fortsetzung der Erfüllungspolitik realisierbar sei. Wichtiger als ein ausführliches Regierungsprogramm sei, daß die SPD starke Persönlichkeiten in diese Regierung entsende, die in ihr die Forderungen der SPD vertreten sollten. Ein Verbleiben der SPD in der Opposition werde nur der Reaktion nützen: "Wollte sie (SPD -E.W.) sich weiter von der Furcht vor der Verantwortung in ihrem Handeln leiten lassen, so würde sie dem parlamentarischen System einen vernichtenden Schlag versetzen und der Reaktion die Bahn ebnen. Das kann die Partei, das darf sie nicht tun." 218)

Am 11.1.1926 stellte Hindenburg den Parteien ein Ultimatum, bis zum 14.1. ihre Entscheidung über die Bildung einer großen Koalition zu fällen, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Die Differenzen zwischen der SPD und der DVP waren jedoch unüberbrückbar.

Schon am 12.1. beschloß die SPD-Reichstagsfraktion mit 85:33 Stimmen, den Beschluß vom 16.12. (der mit 69:26 Stimmen gefaßt worden war) zu bestätigen, also eine große Koalition abzulehnen. Als Grund dafür wurde die Unnachgiebigkeit der DVP bezeichnet: "Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist ... Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der großen Koalition keine Grundlage besteht." 219)

Der "Vorwärts" bemühte sich - wie schon nach der Entscheidung vom 16.12.1925 - sofort, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die SPD jetzt "jede Koalitionspolitik" ablehne. Diese Auffassung werde in der Reichstagsfraktion von fast allen Abgeordneten vertreten, die weiterhin in der Koalition nur eine taktische Frage sähen. Aus-

drücklich erklärte er: "Genossen, die jede Koalitionspolitik grundsätzlich ablehnen, gibt es in der Fraktion nur vereinzelt." 220) Die Überwiegende Mehrheit der Fraktion lehnte eine "Rückkehr zur Politik der grundsätzlichen Opposition" ab. Dies wurde mit Argumenten ausführlich begründet, die die Grundsatzposition der Parteimehrheit zur Koalitionspolitik darstellten. Sie werden daher hier ausführlich zitiert: "Grundsätzliche Oppositionspolitik bedeutet, den anderen das Handeln überlassen, sich selbst aber nur die Kritik reservieren. Die Kritik einer Partei, die durch eine grundsätzliche Ablehnung einer Regierungsbeteiligung - solange sie nicht allein, ohne auf die Beteiligung oder stillschweigende Unterstützung anderer Parteien angewiesen zu sein, die Regierungsmacht übernehmen kann - die anderen Parteien dagegen versichert, daß sie die Regierungsmacht verlieren könnten, hört schließlich auf den Willen anderer Parteien zu beeinflussen. Sie wird nicht mehr ernstgenommen ... Im Grunde genommen läuft grundsätzliche Oppositionspolitik auf die Anschauung hinaus, als ob es für die Arbeiterklasse gleichgültig sei, welcher politische Kurs innegehalten wird, solange nicht die Sozialdemokratie die gesamte Regierungsmacht übernehmen könne - eine Anschauung, die einem überwundenen Entwicklungsstadium angehört, in dem der politische Kurs nicht durch Volk und Parlament, sondern durch Monarchen und Cliquen der scheinkonstitutionellen Monarchie bestimmt wurden." 221) Der Artikel schloß mit einem Bekenntnis zur prinzipiellen Bereitschaft zum Eingehen von Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien: "Die große Koalition war heute nicht möglich - aber es lag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion völlig fern, mit ihrem Beschluß gegen die große Koalition die Koalitionspolitik an sich abzuschwören."

Teile der SPD-Linken begingen wieder den Fehler, den Beschluß der Reichstagsfraktion als Abkehr von der bisherigen Politik der Partei zu interpretieren. Die "Leip-

ziger Volkszeitung" bewertete ihn als "Ruck nach links", der eine Annäherung von SPD und KPD ermögliche. 222) V.M. Huber hoffte sogar auf den Beginn der Rückkehr zur Oppositionspolitik der SPD, wie sie sie im Kaiserreich betrieben habe. Der Beschluß vom 12.1. bedeute den Anfang der "Entfernung des Proletariats vom bürgerlichen Staat, sie ist ohne Theorie, langsam und mühselig, ein Stückchen Weges, der zurück zum Klassenkampf führt. Die Sozialdemokratie wird ... immer mehr gezwungen, auch gegen den Willen vielleicht manch ihrer Führer, zur alten Politik der Vorkriegszeit zurückzufinden." 223) Das Ende des "Opportunismus und des Ministerialismus" sei jetzt notwendig.

Nach dem Scheitern der Bildung einer großen Koalition beauftragte der Reichspräsident den amtierenden Reichskanzler Luther mit der Bildung einer neuen Regierung. Luther verhandelte mit Vertretern der DVP, BVP, DDP und des Zentrums über die Formierung einer Minderheitsregierung der Mitte.

Die SPD-Linke befürchtete, daß die SPD sich zu einer prinzipiellen Tolerierung dieses neuen Kabinetts bereit erklären könnte. Die "Volkszeitung für das Vogtland" erklärte: "Dieser Propaganda der Unterstützung eines rein bürgerlichen Kabinetts muß von vornherein entgegengetreten werden. Die Sozialdemokratie ist frei und sie ist in dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und einseitigster kapitalistischer Interessenpolitik verpflichtet, den schärfsten Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft zu führen. Mit eigenen Forderungen, mit eigenen durchführbaren Vorschlägen muß sie aufwarten und sie im Parlament mit den Massen außerhalb des Parlaments durchzusetzen versuchen." 224) Die "Frankfurter Volksstimme" warnte ebenfalls vor der prinzipiellen Tolerierung: "Die gleichen Gründe, die gegen den offenen Eintritt in die Regierung gesprochen haben, sprechen erst recht gegen die verschleierte Koalitionspolitik der Unterstützung." 225)

2.4. Die Minderheitsregierung der Mitte Luther II
(ab 19.1.1926)

2.4.1. Der Konflikt in der SPD wegen der Wiederaufnahme
der Tolerierungspolitik

Am 19.1.1926 stellte Luther sein Kabinett aus Vertretern der DVP, DDP, BVP und des Zentrums vor. Der "Vorwärts" machte die Haltung der SPD zu dieser Regierung der Mitte vom Inhalt des Regierungsprogramms abhängig. 1)

Am 26.1. gab Luther vor dem Reichstag die Regierungserklärung ab. Nach dem Urteil des "Vorwärts" war sie "kurz und nichtssagend", da die Konfliktpunkte zwischen DVP und BVP einerseits und der DDP und dem Zentrum andererseits ausgeklammert worden seien. Erneut legte sich der "Vorwärts" nicht fest, wie die SPD-Reichstagsfraktion sich gegenüber der neuen Regierung verhalten sollte. 2)

Die linke Parteizeitungen der SPD forderten hingegen eine bedingungslose Oppositionspolitik gegenüber der Regierung Luther. Die "Leipziger Volkszeitung" bewertete sie als "erste Etappe auf dem Weg zur Bildung des Großbürgerblocks" und als "Brücke für die Wiederkehr der Deutschnationalen". 3) Die "Volkszeitung für das Vogtland" warnte sogar davor, sie als Regierung der Mitte zu bezeichnen: "Das ist ein Vertuschen der Dinge, die sind: Die neue Luther-Regierung ist eine Rechtsregierung, die gar nicht anders kann, als die bisherige reaktionäre Politik fortzusetzen." 4)

Nach einer Erklärung Luthers vor dem Reichstag, in der er sich für die Fortsetzung der Locarno-Pakt-Politik und für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aussprach, deutete der "Vorwärts" erstmals unter der Überschrift "Luther gegen die Deutschnationalen" offen an, daß die SPD im Reichstag nicht gegen die Regierung Luther stimmen werden: "Sie (SPD -E.W.) war aufgefordert mit den Par-

teilen der Mitte eine Regierungsgemeinschaft zu bilden, sie hat das mit guten Gründen abgelehnt, aber sie war nicht abgeneigt, eine Weile zuzusehen, was die Parteien der Mitte aus eigenem zu vollbringen vermögen." 5)

Am 28.1. beschloß die SPD-Reichstagsfraktion mit 67:38 Stimmen, sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung Luther der Stimme zu enthalten. 6) Der äußerste rechte Flügel stimmte dagegen, weil er angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag für eine Zustimmung der SPD zum Vertrauensvotum eintrat. Die knapp 20 linken Reichstagsabgeordneten stimmten dagegen, weil sie für eine Ablehnung der Regierung Luther waren. Die Mehrheit der Fraktion begründete ihre Haltung damit, daß wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage eine lange Regierungskrise vermieden werden müsse und, daß die neue Regierung eine Fortführung der Erfüllungspolitik versprochen habe. Sollte die Regierung Luther in der Innenpolitik einen reaktionären Kurs einschlagen, werde die SPD Widerstand leisten. Die vorläufige Tolerierung sei nur eine "Notlösung", auf die Dauer seien Neuwahlen unvermeidbar.

Diese Position stellte Breitscheid im Reichstag dar. Am 28.1. erhielt die Regierung Luther für ihre Vertrauensfrage mit 160 Stimmen der Regierungsparteien gegenüber 150 Stimmen der Opposition und 130 Stimmenthaltungen der SPD und der Wirtschaftspartei nur eine knappe Mehrheit. 7)

Die Stimmenthaltung der SPD stieß auf die heftige Ablehnung der linken SPD-Zeitungen. Die "Leipziger Volkszeitung" bedauert: "Wir hätten gewünscht, daß die Fraktion offen und ehrlich gegen das Kabinett entschieden hätte." 8) Die von der KPD und Teilen der SPD-Linken erhobene Forderung nach baldigen Reichstagsneuwahlen lehnte sie allerdings ab, da sie nur zur Bildung einer Bürgerblockregierung oder einer Koalitionsregierung der SPD mit bürgerlichen Parteien führen würden und dadurch die gerade begonnene Wiederannäherung von SPD und KPD gefährden würden. Andere linke Parteizeitungen wie das "Sächsische Volksblatt", die "Vorlkszeitung für das Vogtland" und die "Frankfurter Volksstimme" waren hin

hingegen der Meinung, daß die SPD durch einen Sturz der Regierung Luther baldige Neuwahlen hätte erzwingen sollen, bei denen ein Linksrutsch zu erwarten sei. 9) Die Verhandlungen über die Regierungsbildung an der Jahreswende 1925/1926 wurden stark von der Debatte über die Regelung der Abfindung der Fürstenhäuser für ihre 1918 enteigneten Besitztümer überschattet. Diese Diskussion vertiefte den Gegensatz zwischen der SPD und den Parteien der Mitte und trug erheblich dazu bei, eine Regierung der großen Koalition unmöglich zu machen.

2.4.2. Das Volksbegehren von SPD und KPD für die Enteignung der Fürstenhäuser

In Preußen und einigen anderen Ländern stand Ende 1925 die Frage der Regelung der Entschädigung der Fürstenhäuser kurz vor der Entscheidung. Die Regierung Braun plante, den Hohenzollern eine Entschädigungssumme zu zahlen. 10) Innerhalb der Arbeiterschaft stieß diese Absicht auf scharfe Ablehnung, da ausgerechnet in einer Wirtschaftskrise der Staat Mittel für die vermögenden Fürstenhäuser übrig hatte. Große Teile der SPD und die KPD traten für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser ein. V.M. Huber formulierte in der "SPW" die Ablehnung des Plans der Regierung Braun in drastischer Form: "Man hat vergessen an der Wiege der deutschen Revolution die Guillotine aufzustellen. Diese Vergeßlichkeit kostet jetzt 30 Millionen." 11) Die SPD-Parteiführung bemühte sich, dieses Thema herunterzuspielen, da sie die Weimarer Koalition in Preußen nicht gefährden und die Kluft zu den Parteien der Mitte im Reich nicht ausdehnen wollte. Die DDP brachte am 23.11.1925 einen Gesetzesentwurf im Reichstag ein, der den Fürsten das Recht auf Entschädigung zuerkannte, aber die Regelung den Ländern überlassen wollte. 12)

Die KPD erkannte, daß die Empörung vieler SPD-Anhänger über die Pläne der Regierung Braun einen guten Ansatzpunkt für den Versuch der Anwendung der Einheitsfronttaktik bot. Auch aus diesem Grund stand die SPD-Parteiführung einer Initiative zur entschädigungslosen Enteignung skeptisch gegenüber.

Am 25.11.1925 brachte die KPD im Reichstag einen Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenthäuser ein. Darin wurde gefordert, das gesamte Vermögen der ehemaligen Herrscherhäuser dem Staat zu übertragen. Er wurde nach seiner 1. Lesung am 9.12. dem Reichstagsausschuß für Rechtspflege überwiesen. 13)

Am 2.12.1925 richtete das KPD-Zentralkomitee einen Brief an die Vorstände der SPD, der 3 freien Gewerkschaften, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Rotfrontkämpferbundes, in dem es die gemeinsame Durchführung eines Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenthäuser vorschlug. Wegen der großen Empörung breiter Massen über die bereits erfolgte und die noch geplante Zahlung hoher Summen an die Fürstenthäuser bestünden bei einer Zusammenarbeit der "proletarischen und republikanischen Organisationen" gute Aussichten für einen Erfolg des Volksentscheides. 14)

Der "Vorwärts" reagierte auf dieses Angebot schroff ablehnend. Der Brief der KPD sei nur "Parolenschusterei Übelster Art, 'Entlarvungsmanöver' und weiter nichts", auf den der SPD-Parteivorstand nicht antworten werde. 15) Der "Vorwärts" versuchte durch die Aufzählung der Probleme des Volksentscheides in organisatorischer und finanzieller Hinsicht ihn den eigenen Parteimitgliedern als wenig geeignetes Mittel erscheinen zu lassen. Als weiteres Argument gegen den Volksentscheid verwendete er, daß bürgerliche Wähler die Maximalforderung der entschädigungslosen Enteignung ablehnen würden und er, da die proletarischen Wähler in der Minderheit seien, chancenlos sei. Die von der KPD angeschriebenen sozialdemokratisch dominierten Organisati-

onen beantworten den Brief nicht. Der am 8.12.1925 tagende Partelausschuß der SPD äußerte sich nicht zu ihm.

Die SPD-Linke hingegen trat für die Einleitung eines Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser ein. Die "Volkszeitung für das Vogtland" forderte am 8.12. die SPD-Reichstagsfraktion auf, im Reichstag einen Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Enteignung einzubringen und bei seiner Ablehnung durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit eine Initiative für einen Volksentscheid zu beginnen. 16)

Eine Funktionärsversammlung des Unterbezirks Leipzig der SPD beschloß am 21.12.: "Die Funktionäre der SPD Groß-Leipzig fordern von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Einleitung von Schritten zur Herbeiführung des Volksentscheides über entschädigungslose Enteignung der Fürsten." 17) Auch Zeitungen der Parteilmehrheit wie die "Rheinische Zeitung" und von ihr beherrschte Parteigliederungen wie der Bezirk Hamburg forderten Ende Dezember 1925 die Einleitung eines Volksentscheides. 18)

Wahrscheinlich, um die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der SPD nicht zu stören, beschloß der SPD-Parteivorstand am 4.1.1926, trotz des Drängens vieler Parteigliederungen, vorerst keinen Volksentscheid einzuleiten, sondern den Ausgang der Reichstagsdebatte der DDP- und der KPD-Gesetzesinitiativen zu diesem Thema abzuwarten. Dittmann wies im "Vorwärts" erneut die großen technischen, finanziellen und agitatorischen Schwierigkeiten eines Volksbegehren und Volksentscheides hin. 19)

Diese Entscheidung des Parteivorstandes führte nur dazu, daß in der Partei die Forderung nach dem Volksentscheid immer lauter wurde.

Immer mehr Parteigliederungen verlangten die Einleitung des Volksentscheides, so z.B. der Unterbezirk Zwickau am 6.1. 20)

Die Presse der SPD-Linken nannte offen den politischen Hintergrund der Entscheidung des Parteivorstandes, die Angst vor einer Entfernung von den Parteien der Mitte und vor einer beim Volksentscheid nicht zu vermeidenden Zusammenarbeit mit der KPD. Das "Sächsische Volksblatt" kommentiert den Beschluß vom 4.1. so: "Die Gründe, die den Parteivorstand zu Bedenken veranlassen, scheinen uns ganz und gar nicht stichhaltig zu sein. Wenn für irgend einen Kampf, dann wird nicht nur in der Partei, sondern in weiten mit ihr sympathisierenden Kreisen der Arbeitnehmerschaft und des proletarisierten enteigneten Mittelstandes für diesen Opferwilligkeit und Interesse vorhanden sein ... Aber es scheint, daß man ein gewisses Unbehagen spürt, auch nur in einem Spezialfall in einer proletarischen Einheitsfront zu kämpfen. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn man von der Hoffnung liest, 'auf parlamentarischem Wege die zeitgemäße Abfindung der ehemaligen Fürsten' zu erreichen. Was heißt das 'zeitgemäße Abfindung'? Zeitgemäß wäre es, wenn die Wilhelm und Konsorten gar nichts erhielten." 21)

Nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition gab der Parteivorstand dem Druck der Parteibasis nach. Am 16.1. gab er bekannt, daß er dem Parteiausschuß vorschlagen werde, einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser einzuleiten. Begründet wurde dieser Kurswechsel mit der Unmöglichkeit, sich im Reichstag mit den Parteien der Mitte über eine für die SPD tragbare Regelung der Fürstenabfindung zu einigen. 22)

Am 19.1. beschloß der Parteiausschuß der SPD einstimmig, daß sich die SPD an einem Volksbegehren und dem später folgenden Volksentscheid zur Enteignung der Fürstenhäuser beteiligen werde. Die Einigung der verschiedenen proletarischen Organisationen in dieser Frage sollte der ADGB-Bundesvorstand durch eine Vermittlungsaktion erreichen. Der Parteiausschuß legte aber zugleich fest, daß es zu

keiner über organisatorische Fragen hinausgehenden Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD kommen dürfe: "Die Aktion für Volksbegehren und Volksentscheid wird von jeder beteiligten Organisation selbständig geführt für das gemeinsame Ziel der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten." 23)

Die SPD-Linke bewertete diese Entscheidung als Kursschwenkung der SPD nach links. Die "Leipziger Volkszeitung" schrieb: "Die Ablehnung der großen Koalition und der Beschluß des Parteiausschusses, den Volksentscheid herbeizuführen, haben neue Hoffnungen geweckt. Die deutsche Arbeiterklasse atmet auf. Jetzt gilt es, den Linkskurs beizubehalten." 14) Die "Volkszeitung für das Vogtland" hoffte darauf, daß nunmehr eine Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD für das gemeinsame Endziel "Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft: Verwirklichung des Sozialismus" möglich sein werde.

Verhandlungsdelegationen der SPD und der KPD einigten sich am 23.1. unter Vermittlung des ADGB auf eine Vereinbarung zur organisatorischen und finanziellen Vorbereitung des Volksbegehrens und einen gemeinsamen Gesetzentwurf, der die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser zugunsten staatlicher Sozialmaßnahmen vorsah. Die SPD konnte dabei die Abgrenzung von der KPD bei den Aktionen für das Volksbegehren durchsetzen: "Die sonstige Propaganda, Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen, die zu diesem Zwecke vorgenommen werden, sind von den einzelnen Korporationen entsprechend den gefaßten Beschlüssen der Verhandlungskommissionen selbständig zu führen." 26)

In der SPD kam es in dieser Frage zu einem Konflikt zwischen dem Bezirk Zwickau-Plauen und dem Parteivorstand.

Der Bezirksvorstand der SPD Zwickau-Plauen schlug

der KPD-Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland vor, einen gemeinsamen Ausschuß aus Vertretern der SPD, der KPD, des ADGB und des überparteilichen "Kuczynski-Ausschusses" zur Durchführung des Volksbegehrens zu bilden. Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" interpretierte diesen Vorschlag als Annahme der KPD-Initiative zur Bildung von Einheitskomitees zur Vorbereitung des Volksbegehrens und als Rebellion gegen den SPD-Parteivorstand, der diese Einheitskomitees ablehne. 27)

Der "Vorwärts" veröffentlichte zahlreiche Artikel, in denen er die Einheitskomitees als Versuche der KPD zur Loslösung von SPD-Anhängern von ihrer Partei verurteilte. Die KPD wolle nicht in erster Linie den Erfolg des Volksentscheides, sondern die "Zersplitterungsarbeit" in der Arbeiterbewegung fortsetzen. Daher dürften SPD-Mitglieder in den von der KPD geführten Einheitskomitees nicht mitarbeiten. 28)

Am 3.2.1926 forderte auch der Bundesvorstand des ADGB die Gewerkschaftsmitglieder auf, nicht in den Einheitskomitees mitzuwirken, da die KPD sie nur für ihre eigenen Zwecke ausnutzen wolle. 29)

Wahrscheinlich unter dem Druck des Parteivorstandes gaben am 5.2. der Bezirksvorsitzende und der Bezirkssekretär Zwickau-Plauens Seydewitz und Fischer eine Erklärung im "Vorwärts" ab, daß das Angebot an den KPD-Bezirk nur der organisatorischen Vorbereitung des Volksbegehrens durch Plakate, Flugblätter und Einzeichnungslisten gedient habe und nicht der politischen Zusammenarbeit mit der KPD, wie die "Rote Fahne" zu unrecht behauptet habe: "Wir stellen gegenüber dieser Irreführung fest, daß der Bezirksvorstand der SPD für den Bezirk Zwickau unerschütterlich auf dem Boden der zentralen Abmachungen steht, die Bildung von Einheitskomitees aus sachlichen Gründen ablehnt und die Organisationen im Bezirk angewiesen hat, überall den politischen Kampf um den Volksentscheid selbständig

zu führen, überall gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten und die Bildung von Einheitskomitees abzulehnen. ... Die politische Aktion ist Sache jeder einzelnen Partei. Den politischen Kampf führt die SPD im Bezirk Zwickau vollständig selbständig." 30) Die Erklärung verurteilte scharf das Verhalten der KPD: "Die Art, wie die Kommunisten unsere Einladung für ihre parteipolitischen Interessen ausgelegt haben, ist nur wieder ein Beweis dafür, wie schwer es noch immer ist, mit den Kommunisten bei den selbstverständlichsten Dingen zusammenzuarbeiten." Die "Rote Fahne" bewertete diese Erklärung als feiges Zurückweichen von Seydewitz und Fischer. 31)

Seydewitz verschweigt in seiner Autobiographie diese Erklärung und behauptet, daß der SPD-Bezirk Zwickau-Plauen gegen den Willen des Parteivorstandes und trotz der Androhung von Parteiausschlüssen zusammen mit der KPD Einheitsausschüsse zur Durchführung des Volksbegehrens gebildet habe. 32)

Am 6.2. verabschiedete der SPD-Parteivorstand einen Aufruf, in dem alle Parteigliederungen aufgefordert wurden, nicht mit der KPD politisch zusammenzuarbeiten, da die KPD mit den Einheitsausschüssen nur die Sprengung der Sozialdemokratie anstrebe. 33)

Die Kampagne für das Volksbegehren führte also nicht zu der von der SPD-Linken erhofften Annäherung der SPD und KPD.

Die SPD-Parteiführung arbeitete in der Frage der Fürstenabfindung zweigleisig. Während die Vorbereitung des Volksbegehrens lief, verhandelte sie mit den Parteien der Mitte über einen Kompromiß der Regelung der Fürstenabfindung durch eine Abänderung des Gesetzesentwurfes der Regierungsparteien vom 2.2.1926. Im Rechtsausschuß des Reichstages gab dies Rosenfeld auf eine Anfrage Neubauers (KPD) offen zu. 34) Ziel dieser Verhandlungen war

es, durch einen Kompromiß mit den Parteien der Mitte den Volksentscheid überflüssig zu machen und das Verhältnis zu diesen Parteien im Reich und in Preußen nicht weiter zu verschlechtern. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Landsberg erhielt vom SPD-Fraktionsvorstand den Auftrag, mit den Mittelparteien Gespräche über eine Abänderung der Regierungsvorlage zu führen.

Die linken Parteizeitungen verurteilten entschieden diese Vorgehensweise. Die "Frankfurter Volksstimme" kritisierte: "Was soll die 'rein persönliche Fühlungnahme' (Landsbergs -E.W.) bezwecken? Die Sozialdemokratie ist offiziell zur Schlacht aufmarschiert, da gibt es jetzt keine Möglichkeit mehr, sich andere Wege zu überlegen, wenn man nicht den Sieg aufs Spiel setzen will." 35) Die "Chemnitzer Volksstimme" und das "sächsische Volksblatt" verlangten, die Gespräche Landsbergs bis zum Volksentscheid auszusetzen. 36) Erst bei einem Mißerfolg des Volksentscheides seien Verhandlungen mit den Mittelparteien sinnvoll, mit dem Ziel, den "Fürstenräubern" wenigstens nicht alles zur Beute zu überlassen. Fritz Bieligk warnte in der "SPW" die Parteiführung davor, mit den Mittelparteien einen Kompromiß in der Frage der Fürstenabfindung einzugehen. Er forderte: "Keine Zustimmung zu den bürgerlichen Kompromißanträgen: Kampf für die entschädigungslose Enteignung mit allen Mitteln!" 37) Er warnte den Parteivorstand aus der Initiative für den Volksentscheid, die er lange abgelehnt habe, durch eine Verständigung mit der Regierung Luther eine "Massenaktion auf Abbruch" zu machen, da dies viele Arbeiter von der SPD lösen werde.

Trotz dieser Appelle der Parteiopposition setzte die SPD die Verhandlungen mit den Mittelparteien im Februar und März 1926 fort. Es kam aber, obwohl die Regierung ihren Entwurf etwas abänderte, zu keiner Einigung, da die Parteien der Mitte an der Entschädigung der Fürstenhäuser festhielten. Abänderungsanträge der SPD zum Regierungsent-

wurf erhielten im Rechtsausschuß keine Mehrheit. 38)

Vom 4.-17.3.1926 lagen die Eintragungslisten für das Volksbegehren aus. 12,5 Millionen Wahlberechtigte trugen sich ein. Das waren 31,8 % aller Wahlberechtigten, also weit mehr als die erforderlichen 10 %. Bei den Reichstagswahlen am 7.12.1924 hatten die das Volksbegehren unterstützenden Parteien SPD, KPD und USPD nur 10,7 Millionen Stimmen erhalten. Für das Volksbegehren sprachen sich auch Teile der DDP-Anhänger und der Zentrums-Anhänger aus, obwohl der Vorstand des Zentrums zur Nichtteilnahme aufgefordert hatte und der DDP-Vorstand keine Empfehlung abgegeben hatte. 39) Der "Vorwärts" feierte das Ergebnis als Erfolg des republikanischen Gedankens: "Der monarchistische Gedanke in Deutschland hat einen tödlichen Stoß erhalten. Der monarchistische Gedanke ist tot, wenn seine Träger vom Volk moralisch verurteilt werden." 40)

Die SPD-Linke sah in dem Ergebnis ebenfalls einen großen Erfolg. Sie legte dabei den Schwerpunkt auf den Sieg der gemeinsamen Aktion aller proletarischen Organisationen. Dieser Ansatz zur Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen müsse ausgebaut werden. Die "Leipziger Volkszeitung" forderte sogar die KPD auf, sich aufzulösen und der SPD anzuschließen. 41)

Die Ablehnung des Volksbegehrens durch die DDP und das Zentrum nahm Levi zum Anlaß, auf die Differenzen zwischen den sozialistischen und bürgerlichen Republikanern hinzuweisen, die sich wieder einmal gezeigt hätte: "Es zeigt sich also alles in allem: unter 'Republik an sich' haben die verschiedenen Teile etwas Verschiedenes gemeint. Die Zentrumsleute und Demokraten haben darunter die Heiligsprechung des Geldsackes und des 'Privateigentums' gemeint. Die Arbeiter haben darunter eine Staatsform verstanden, die es erlaubt, zum gemeinen Wohl auch vor dem Privateigentum nicht zurückzuschrecken." 42)

Unmittelbar nach dem Volksbegehren brachte die

SPD im Reichstag am 19.3. einen Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer ein. Ihr Redner Rosenfeld erklärte dabei aber ausdrücklich, daß die SPD weiterhin bereit sei, an Beratungen über eine Abänderung des Gesetzesentwurfes der Regierung teilzunehmen. 43)

Die SPD setzte auch nach dem Volksbegehren ihre Tolerierung der Regierung Luther fort. Im März 1926 rettete sie in zwei entscheidenden Abstimmungen im Reichstag die Regierung.

Anfang März 1926 scheiterte der Völkerbundsbeitritt Deutschlands, da die deutsche Regierung nicht bereit war, auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu verzichten und Brasilien es ablehnte, zugunsten Deutschlands seinen Sitz im Völkerbundsrat aufzugeben. 44)

Levi gab Stresemanns Verhandlungsführung die Schuld am Scheitern der Aufnahme Deutschlands, da sie mit allen Mitteln versucht habe, die Aufnahme auch von Polen als ständiges Mitglied des Völkerbundsrates zu verhindern. 45) Die "Frankfurter Volksstimme" forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, diesen außenpolitischen Mißerfolg zum Anlaß für einen Sturz der Regierung Luther zu nehmen mit dem Ziel baldiger Reichstagsneuwahlen, bei denen die SPD sehr erfolgreich abschneiden werde: "Das Volksbegehren hat bewiesen, daß das Volk eine entschlossene Linkspolitik auf allen Gebieten will. Ein neuer Reichstag, eine neue Regierung sind nötig, um diesen Willen zu verwirklichen." 46) Eine weitere Tolerierung der Regierung Luther, deren Mitglieder meist "innerlich zu den Deutschnationen" gehörten, und die nur zur Zeit pazifistisch seien, weil Deutschland entwaffnet sei, werde der SPD schaden.

Die SPD-Parteimehrheit wollte aber keinen Sturz der Regierung Luther. In der Reichstagsdebatte billigten Breitscheid und H. Müller ausdrücklich die Vorgehensweise Stresemanns bei den Verhandlungen in Genf. Zusammen mit den Regierungsparteien stimmte die SPD am 23.3. im Reichs-

tag einer Resolution zu, die Stresemanns Verhandlungsführung billigte. Die SPD lehnte zusammen mit den Regierungsparteien mit 259:141 Stimmen einen Mißtrauensantrag der DNVP gegen die Regierung Luther ab. Der "Vorwärts" begründete dieses Abstimmungsverhalten mit der Absicht, weiterhin die Erfüllungspolitik der Regierung zu unterstützen. 47)

Die SPD-Linke verurteilte die Haltung der SPD-Reichstagsfraktion, da sie überzeugt war, daß Luther und Stresemann bei einem Wiedererstarken Deutschlands in militärischer Hinsicht sofort die Erfüllungspolitik beenden würden. Levi warf der Regierung vor, den Konflikt mit Polen nunmehr auch im Völkerbund auszutragen. Die Billigung der Außenpolitik der Regierung durch die SPD-Reichstagsfraktion unterzog er einer harten Kritik: "Die Deutschnationalen erfahren einen herrlichen Triumph. Die Regierung macht ihre, der Deutschnationalen, Politik und die Niederlagen für diese Politik nehmen ihnen die Regierung und die anderen Parteien ab." 48)

In der Frage der Steuerreform kam es zwischen den Regierungsparteien und der SPD nach langen Verhandlungen schließlich zu einem Kompromiß.

Am 27.3. stimmte die SPD im Reichstag dem "Steuermilderungsgesetz" und dem Etat der Regierung Luther zu. Als Kompensation für die Senkung der Besitzsteuern konnte die SPD einige sozialpolitische Fortschritte durchsetzen. Die DNVP enthielt sich beim "Steuermilderungsgesetz" der Stimme. 49) Ziel der SPD war es, durch eine Fortsetzung der Tolerierungspolitik eine Annäherung der Regierungsparteien an die DNVP in innenpolitischen Fragen zu verhindern.

Die linken Parteizeitungen lehnten diese Taktik ab. Die Steuerreform und der Etat komme nur den Besitzenden zugute. Die SPD-Reichstagsfraktion habe durch das Nichtausnutzen des Erfolges des Volksbegehrens zu einem Sturz der Regierung Luther und zu Neuwahlen einen "wahrhaft großen Moment des proletarischen Klassenkampfes" verpaßt. 50)

Im April 1926 traten in der SPD wieder einmal die Differenzen in der Beurteilung der Außenpolitik Stresemanns offen zutage.

Am 24.4.1926 wurde in Berlin ein Freundschafts- und Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland unterzeichnet. Er sah unter anderem vor, daß bei einem Angriff auf ein Land das andere Land neutral bleiben müsse. 81)

Die SPD stimmte im Reichstag am 26.4. zusammen mit fast allen anderen Parteien von den Völkischen bis zur KPD für diesen Vertrag. Breitscheid erklärte diese Haltung damit, daß sich der Vertrag gegen kein anderes Land richte und daher die Vereinbarungen des Locarno-Paktes nicht berühre. Die Hoffnungen der DNVP und KPD auf ein Bündnis mit Sowjetrußland gegen Polen und Frankreich seien daher Illusionen. 52)

Levi sah in diesem Vertrag ein Bündnis gegen Polen, mit dem die Regierung Luther langfristig die Westgrenze Polens verändern wolle, notfalls auch mit kriegerischen Mitteln. Er verurteilte daher die Zustimmung der SPD und der KPD zum Berliner Vertrag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages: "... wir fürchten, daß unsere Partei wieder sei auf dem Weg zum Kreditbewilligen (wie am 4.8.1914 -E.W.) und wir sehen mit Bestimmtheit, wie die Kommunisten wieder sind auf dem Weg dahin, wo 1914 Neunundneunzighundertstel von ihnen waren: zum Kriegsfreiwilligen!" 53)

Die Verhandlungen der SPD mit den Parteien der Mitte über einen Kompromiß in der Frage der Fürstenenteignung gingen unterdessen weiter. Es kam jedoch zu keiner Annäherung, da die bürgerlichen Parteien auf der Zahlung einer Entschädigung für die Fürsten auch im 3. Gesetzesentwurf bestanden. Rosenfeld hielt daher eine Einigung in einem Artikel im "Vorwärts" für unmöglich: "Es sieht fast so aus, als ob die bürgerlichen Mittelparteien sich um die

Quadratur des Kreises bemühen. Die einzige befriedigende und klare Entscheidung kann nur die entschädigungslose Ent-eignung der Fürsten aussprechen." 54)

Trotz dieser Entwicklung befürchtete die SPD-Linke immer noch, daß in letzter Minute der Volksentscheid von der SPD-Partei-führung durch eine Verständigung mit den Regierungsparteien umgehen wollte. Levi forderte daher den einmal begonnenen Kampf zu Ende zu führen: "Volksbe-wegungen kennen nur in Entweder-Oder; das Kompromiß ist ihnen fern." 55) Er rechnete sich gute Chancen aus, daß die für den Erfolg des Volksentscheides notwendigen 20 Millionen Stimmen erreichbar sein würden. Auch Petrich hielt dies für realistisch. 56)

2.4.3. Der Sturz der Regierung Luther II wegen des Flaggenerlasses

Die Beziehungen der Regierung Luther wurden am 5.5.1926 durch einen Flaggenerlaß schwer belastet. Eine von der Reichsregierung beschlossene und vom Reichspräsi-denten unterzeichnete Verordnung gestattete den deutschen Auslandsvertretungen, neben der schwarzrotgoldenen Reichs-flagge auch die schwarzweißrote Handelsflagge zu hissen. 57) Die Regierung kam damit den Wünschen monarchistischer Ten-denzen in den Regierungsparteien und der DNVP entgegen. Sie unterschätzte dabei offensichtlich den Symbolwert dieser Konzession an die Monarchisten für die SPD, die DDP und den Republikanischen Flügel des Zentrums.

Der "Vorwärts" verurteilte diese Verordnung als Verstoß gegen den Geist der Verfassung: "Die neue Flag-genverordnung ist nach außen eine Schädigung der deutschen Interessen und nach innen eine Herausforderung der republi-kanisch gesinnten Bevölkerung." 58)

Am 6.5. lehnte der Reichstag verschiedene Anträge

der SPD, KPD und DDP zur Regelung der Fürstenabfindung ab. Der SPD-Antrag auf entschädigungslose Enteignung wurde mit 236:142 Stimmen abgelehnt, da er nur von der KPD unterstützt wurde. 59)

Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß daraufhin, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther wegen der Ablehnung dieses Antrages und wegen der Flaggenverordnung einzubringen.

Die SPD-Linke war natürlich mit diesem von ihr seit langem geforderten Schritt einverstanden. Die "Frankfurter Volksstimme" forderte den Sturz der "Regierung der Monarchisten" bzw. der "Regierung des Verfassungsbruchs", die keinen Deut besser sei als eine Rechtsregierung: "Wenn die deutsche Republik eine Regierung hätte, die ausschließlich aus deutschnationalen Scharfmachern bestände, sie könnte nicht anders handeln als diese 'Regierung der Mitte' ...". 60) Die "Leipziger Volkszeitung" sah in der Flaggenverordnung einen Versuch der Regierung, zu einer Verständigung mit der DNVP zu kommen. 61)

Am 9.5. enthielt sich die SPD-Reichstagsfraktion bei einem von der KPD eingebrachten Mißtrauensvotum der Stimme. Wahrscheinlich hoffte sie noch auf eine Annäherung an die DDP und das Zentrum, die mit der Flaggenverordnung nicht einverstanden waren. 62)

Die SPD-Linke befürchtete jetzt, daß die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion wieder die Bildung einer großen Koalition anstreben werde. Das "Sächsische Volksblatt" erinnerte daran, daß die Flaggenverordnung v.a. auf Drängen der DVP erlassen worden sei und der eigentliche Vater des Erlasses Stresemann sei und nicht Luther. Daher wäre es "wirklich mehr als ein Witz der Weltgeschichte, wenn die Sozialdemokratie Luther wegen der Flaggenverordnung stürzt und dann mit Stresemann, dem Vater der Flaggenverordnung, in eine neue Regierung geht." 63) Als Alternative zur großen

Koalition sah es eine Fortsetzung des mit dem gemeinsamen Volksbegehren begonnenen Prozesses der Zusammenarbeit der proletarischen Organisationen. Zweiling warnte in der "SPW" vor der Bildung einer großen Koalition, da die DDP und das Zentrum damit nur das Ziel verfolgten, den mit dem Volksbegehren begonnen Trend des Verlustes eines Teiles ihrer Wählerschaft an die SPD zu stoppen und rückgängig zu machen. 64)

Die innenpolitische Lage spitzte sich am 10.5. zu, als führende Vertreter rechter Wehrverbände wie Claß und Hugenberg unter dem Verdacht, einen Staatsstreich geplant zu haben, verhaftet wurden.

Am 11.5. beschloß auch die DDP, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther einzubringen wegen der Flaggenverordnung und kündigte an, bei einem Scheitern dieses Antrages ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Einen Tag später fanden im Reichstag die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge statt. Der Antrag der SPD wurde mit 176:144 Stimmen abgelehnt. Der Mißtrauensantrag der DDP wurde jedoch mit 176 Stimmen der SPD, DDP und KPD gegen 146 Stimmen des Zentrums, der Wirtschaftspartei, der BVP und der DVP und bei 103 Enthaltungen der DNVP und der Völkischen angenommen. 66)

Nach dem Sturz der Regierung Luther ging die Kontroverse in der SPD über die Möglichkeit einer großen Koalition weiter.

Der "Vorwärts" erklärte sofort die Bereitschaft der SPD, an Verhandlungen über die Regierungsbildung teilzunehmen, mit dem Ziel ein Kabinett zu formieren, das eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und den Schutz der Republik gegen reaktionäre Putschpläne garantiere. Dies war ein Angebot an die Mittelparteien, mit der SPD eine Koalition zu bilden. 67)

Die linken SPD-Zeitungen argumentierten gegen die große Koalition, da die Mittelparteien durch ihre Ablehnung des Volksentscheides wieder einmal bewiesen hätte,

daß sie nur die bürgerlichen Klasseninteressen verträgen. Sie forderten baldige Neuwahlen des Reichstages. Typisch für ihre Position war dieser Kommentar der "Leipziger Volkszeitung": "Es bleibt ein Rechtskabinett oder die große Koalition. Beide sind für die Arbeiterklasse gleichermaßen unakzeptabel. Die Koalition der Mitte unter Stresemann oder gar Dr. Geßler wäre die Verlängerung des Luther-Kurses unter einem noch schlechteren Firmenschild. Demzufolge bleibt als ultimo ratio die Auflösung des Reichsparlaments." 68)

Mit der Bildung einer Regierung der großen Koalition wurde der Kölner Oberbürgermeister Adenauer (Zentrum) beauftragt. Die Verhandlungen scheiterten schnell an der Ablehnung dieser Form der Regierung durch die DVP. Am 15.5. wurde der Exkanzler Marx mit der Kabinettsbildung betraut. 69) Der "Vorwärts" erklärte, daß nach dem Mißerfolg Adenauers die SPD bestrebt sei, die Regierungskrise möglichst schnell zu beenden und daher nicht auf ihrer Teilnahme an der Regierung bestehe. Dies war die Bereitschaftserklärung, ein Kabinett der Mitte zu tolerieren. 70)

2.5. Der sächsische Parteikonflikt (Januar 1924 - Mai 1926)

2.5.1. Der Konflikt zwischen der "rechten Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion und der "linken" Mehrheit der SPD-Parteigremien in Sachsen wegen der Bildung der SPD/DDP/DVP-Koalitionsregierung Held am 3.1.1924

Die Entscheidung der Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion zur Bildung der von der Tolerierung durch die DDP abhängigen Regierung Fellisch führte zu einem schweren Konflikt mit der Mehrheit des Landesarbeitsausschusses, des Landesvorstandes der sächsischen SPD. Der Landesarbeitsausschuß mißbilligte mit 15 zu 7 Stimmen die Bildung der Regierung Fellisch. Er beschloß, daß ein außerordentlicher Landesparteitag darüber entscheiden solle, ob die Landtagsfraktion das Recht habe, ohne Zustimmung des Landesarbeitsausschusses eine Regierung zu bilden. Die Mehrheit der Landtagsfraktion nahm für sich dieses Recht in Anspruch. 1)

Politischer Hintergrund dieses Konflikts war, daß unterschiedliche politische Richtungen in den beiden Gremien dominierten. In der Landtagsfraktion, die aus den noch vor der Vereinigung von SPD und USPD zur VSPD durchgeführten Landtagswahlen 1922 hervorgegangen war, dominierten Vertreter der ehemaligen SPD, die den politischen Kurs der Parteiführung im Reich billigten und in Sachsen eine Zusammenarbeit mit der DDP der mit der KPD vorzog. Im Landesarbeitsausschuß, der aus Vertretern der vier Bezirksvorstände der Partei gebildet wurde, dominierten Repräsentanten des linken Parteiflügels, die die Politik der Parteiführung im Reich ablehnten und in Sachsen eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der KPD anstrebten und meist aus der VSPD kamen.

Die linke Minderheit in der VSPD-Landtagsfraktion hielt sich an die Fraktionsdisziplin und stimmte am 8.11.1923

gegen den von der KPD gestellten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Fellisch, der mit den Stimmen der VSPD und DDP bei Stimmengleichheit mit 48 zu 48 Stimmen abgelehnt wurde. Dasselbe Ergebnis zeitigte ein Antrag der DVP zur Auflösung des Landtages. Fellisch forderte in seiner Regierungserklärung eine sofortige Beendigung der "Militärdiktatur" und verurteilte die Absetzung der Regierung Zeigner. 2)

Sächsische Parteigliederungen mit linker Mehrheit unterstützten die Entscheidung des Landesarbeitsausschusses. Eine Funktionärsversammlung des Bezirks Zwickau-Plauen forderte die Fortsetzung des auf dem Landesparteitag am 4.3.1923 begonnenen "Linkskurses" der Partei, der zu einer "fruchtbaren Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und KPD" geführt habe. Denjenigen Mitgliedern der Landtagsfraktion, die dem bevorstehenden Landesparteitag das Recht absprächen, über die Regierungs- und Koalitionsbildung entscheiden zu können, wurde das Mißtrauen ausgesprochen. 3) Angesichts der Mehrheit des linken Parteiflügels in den meisten Parteigliederungen war zu erwarten, daß der für den 1.12. einberufene außerordentliche Landesparteitag eine ähnliche Entscheidung treffen würde.

In dieser Situation kam die Parteiführung im Reich ihren Anhängern in Sachsen zur Hilfe. Der Parteiausschuß der VSPD beschloß am 27.11.1923 bei sechs Gegenstimmen der Vertreter der sächsischen Parteibezirke, daß die Landtagsfraktionen das Recht hätten, allein über die Art der Regierungs- und Koalitionsbildung zu entscheiden. Sie seien dabei allein der Gesamtpartei, also dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß, verantwortlich und nicht den Landesvorständen. Dies war eindeutig ein Versuch, dem sächsischen Landesparteitag das Recht abzusprechen, über die Art der Regierung zu entscheiden. 4) Das Zentralorgan der VSPD, der "Vorwärts", nahm ausdrücklich Partei für die Fortsetzung der Regierung Fellisch in Zusammenarbeit

mit der DDP, da die Regierung Zeigner bewiesen habe, daß die KPD ihre Regierungsbeteiligung nur zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes benutzt habe. 5)

Der außerordentliche Landesparteitag der VSPD Sachsens am 1. und 2.12.1923 in Dresden brachte einen vollen Erfolg des linken Parteiflügels. Mit 79 gegen 21 Stimmen wurde der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion das Mißtrauen ausgesprochen. Mit klarer Mehrheit wurde beschlossen, dem Beschluß des Parteiausschusses vom 27.11. für Sachsen die Anerkennung zu versagen. Dies wurde mit drei Argumenten begründet: 1. Er sei ein "Schlag gegen die Demokratie in der Partei", da er den Landesinstanzen der Partei die Kompetenz zur Mitwirkung an der Regierungsbildung abspreche. 2. Das Parteistatut sehe nicht diese vom Parteiausschuß vorgeschlagene Regelung vor. 3. Alle Vertreter der sächsischen Bezirke im Parteiausschuß hätten gegen diesen Beschluß gestimmt. Das Verbot der KPD, das am 23.11.1923 erlassen worden war, wurde bei 31 Gegenstimmen ausdrücklich verurteilt. Es wurde betont, daß dieses Verbot nur die sächsischen VSPD "in ihrer Politik der Zusammenarbeit mit der KPD" bestärke. Zur Landespolitik wurde gegen den Widerstand der rechten Minderheit und des anwesenden Vertreters des Parteivorstandes Dittmann folgender Beschluß gefaßt: "Die gewaltsame Beseitigung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung durch die Reichsexekutive war ein Bruch der Verfassung. Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, der eine Geltendmachung der proletarischen Landtagsmehrheit erstrebt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Minderheitsregierung das Gegebene. Wird die sozialistische Minderheitsregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen. Landesinstanzen und Landtagsfraktion sind an diesen Beschluß gebunden. Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die

formelle Zustimmung eines Parteitages gebunden."

Der "Vorwärts" gab diese Beschlüsse ohne Kommentar wieder. Die Zeitschrift der Parteilinken "SPW" feierte sie als Erfolg ihrer Richtung. 6)

Nur wenige Tage nach dem Landesparteitag wurde die Frage der Regierungsbildung aktuell. Die DDP beschloß, der Regierung Fellisch das Vertrauen zu entziehen, da sich Fellisch weigerte, ihrer Forderung nachzukommen, den Innenminister Liebmann zu entlassen, der im März 1923 angeblich der KPD versprochen haben sollte, die Landespolizei niemals gegen sie einzusetzen. Um einem Sturz durch den Landtag zuvorzukommen, trat das Kabinett Fellisch am 14.12.1923 zurück, amtierte aber als geschäftsführende Regierung weiter. 7)

Dem Beschluß des Landesparteitages folgend, verhandelte die VSPD zunächst mit der trotz des Verbotes der KPD weiterhin legalen Landtagsfraktion der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung oder die Tolerierung einer VSPD-Minderheitsregierung durch die KPD. Die KPD, die der VSPD Verrat an der Regierung Zeigner durch die schnelle Bildung der Regierung Fellisch vorwarf, war dazu jedoch nicht bereit und verlangte die Auflösung des Landtages und Neuwahlen. Am 18.12. wurden die Verhandlungen abgebrochen. 8)

Trotz des Widerspruchs durch die linke Minderheit der Landtagsfraktion begann die Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion daraufhin sofort Verhandlungen mit der DDP, die schnell zu einer Annäherung der Positionen führten. 9) Die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses und die Fraktionsminderheit forderten nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der KPD Landtagsneuwahlen, da beide eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnten. Die beiden Richtungen in der sächsischen VSPD einigten sich schließlich darauf, daß am 27.12. auf einer gemeinsamen Sitzung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion über das

weitere Vorgehen entschieden werden sollte. 10)

In dieser Situation intervenierte das Mitglied des Parteivorstandes Dittmann in einem "Vorwärts"-Artikel mit dem Titel "Sachsen. Ein proletarisches Trauerspiel" massiv zugunsten der Landtagsfraktionsmehrheit. Er kritisierte die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der DDP durch die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses und warf ihr vor, durch Landtagsneuwahlen die proletarische Mehrheit im Landtag auf Spiel zu setzen, mit dem Motiv, bei der Kandidatenaufstellung "sämtliche Vertreter der Fraktionsmehrheit zu beseitigen." Die linke Mehrheit der sächsischen VSPD griff er in polemischer Form an: "Ein halbes Dutzend solcher junger Redakteure und ein halbes Dutzend Schullehrer beherrschen heute Presse und Organisation unserer Partei in Sachsen, sie beherrschen den Landesarbeitsausschuß, sie beherrschten auch den letzten Landesparteitag. Sie geben offen die Parole aus, daß der Parteivorstand, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der sächsischen Landtagsfraktion entfernt werden müssen. ... Vor den größten Entstellungen und Unwahrheiten scheuen sie dabei nicht zurück. Wer z.B. das Zwickauer oder Plauener Parteiblatt liest, glaubt ein kommunistisches Revolverblatt vor sich zu haben, so sind die Parteizeitungen angefüllt mit Beschimpfungen und Verunglimpfungen von Vertretern und Instanzen der eigenen Partei." Namentlich griff er den Bezirksvorsitzenden von Zwickau-Plauen Seydewitz an, der in einem Artikel Wels und ihm vorgeworfen hatte "im Bunde mit der Reichswehr den Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront" geführt zu haben. Seydewitz und die anderen linken Führer der sächsischen Spzialdemokratie charakterisierte er so: "Politische Kinder maßen sich an, politische Führer zu sein und lassen sich von der Welle der Erregung, die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen ist, noch tragen in Partei- und Staatsämter." Sachsen sei so von einem einstigen sozialistischen Musterland zu einem "Tummelplatz parteizerstörender Tendenzen

geworden." 11)

Als Replik auf den Artikel Dittmanns erschien in der "SPW" ein anonymes Kommentar mit der Überschrift "Ein proletarisches Trauerspiel. Feststellungen zum Vorstoß des Genossen Dittmann gegen die sächsische Partei." 12) Darin wurde die Kritik Dittmanns als "völlig irreführend" und den "Boden der Sachlichkeit" verlassend verurteilt. Die Behauptung Dittmanns, die sächsische VSPD habe schon vor der Reichsexekutive geplant, die Koalition mit der KPD zu beenden, wurde als Lüge bezeichnet. Die VSPD habe sich stark genug gefühlt, "etwaige kommunistische Abenteuer unmöglich zu machen." Das Weiterbestehen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD wurde mit einem Zitat des Führers der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer begründet: "Wo die Kommunisten fehlen, irren und die Arbeiter zu Abenteuern oder einer falschen Politik zu verleiten suchen, sind sie mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit zu kritisieren. Aber wir dürfen nicht die Brücken abbrechen und nicht verkennen, daß der Feind des Proletariats rechts ist und nicht links und daß alle Kräfte gegen den Feind rechts jederzeit konzentrierbar sein müssen." Die Ablehnung der Politik des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde bestätigt, die sei aber das natürliche Recht eines jeden Parteigenossen.

Am 28.12.1923 sprach sich der Landesarbeitsausschuß mit Mehrheit gegen jede Koalition mit der DDP aus und forderte die Landtagsfraktion auf, im Parlament einen Antrag auf sofortige Auflösung des Landtages einzubringen. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wurde aber dem für den 6.1.1924 einberufenen Landesparteitag überlassen. 13)

Trotz dieses Beschlusses gingen die Verhandlungen von Vertretern der VSPD-Landtagsfraktionsmehrheit mit der DDP weiter. In diese Gespräche wurden auch Vertreter der DVP einbezogen, da die DDP nur zur Regierungsbildung bereit war, wenn auch die DVP sich daran beteiligen würde. Ziel dieser

Gespräche war nunmehr also die Bildung einer großen Koalition aus VSPD, DDP und DVP.

Der "Vorwärts" unterstützte indirekt dieses Vorhaben. Am 3.1.1924 gab er dem Leipziger Landtagsabgeordneten Illge die Gelegenheit, die Notwendigkeit dieser großen Koalition zu begründen. Illge sprach sich für diese Form der Regierungsbildung aus, da bei Landtagsneuwahlen die Gefahr einer bürgerlichen Mehrheit im Parlament bestehe und die VSPD dann keinerlei Einfluß auf die Landesregierung mehr haben werde. 14)

Die Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion wartete das mit Sicherheit für sie negative Ergebnis des Landesparteitages erst gar nicht ab. Am 3.1.1924 beschloß die VSPD-Landtagsfraktion mit 22 gegen 14 Stimmen bei der Abwesenheit von 4 Abgeordneten, der Bildung einer Regierung der großen Koalition unter dem Ministerpräsidenten Heldt (VSPD) zuzustimmen. Die Entscheidung, nicht den Beschluß des Landesparteitages abzuwarten, wurde damit begründet, daß die Gefahr bestünde, daß ansonsten der Antrag der KPD auf Auflösung des Landtages am 4.1.1924 eine Mehrheit bekommen würde. 15)

Heldt wurde am 4.1.1924 mit den 52 Stimmen der VSPD-Fraktionsmehrheit, der DDP und der DVP zum Ministerpräsidenten gewählt. Gegen ihn stimmten nicht nur die KPD und die DNVP, sondern auch 15 VSPD-Abgeordnete der linken Fraktionsminderheit, die sich auf den Beschluß des letzten Landesparteitages beriefen, der jede Koalition mit bürgerlichen Parteien abgelehnt hatte. Heldt bildete eine Regierung, die aufseiten der VSPD-Minister nur Vertreter der rechten Fraktionsmehrheit umfaßte und paritätisch aus Ministern der VSPD und der beiden bürgerlichen Parteien zusammengesetzt war. 16)

Der "Vorwärts" billigte das Vorgehen des Fraktionsmehrheit und forderte den Landesarbeitsausschuß auf, zu einem Kompromiß mit ihr zu kommen. Er erklärte zwar, daß

der SPD, KPD und DDP zur Regelung der Fürstenabfindung ab. Der SPD-Antrag auf entschädigungslose Enteignung wurde mit 236:142 Stimmen abgelehnt, da er nur von der KPD unterstützt wurde. 59)

Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß daraufhin, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther wegen der Ablehnung dieses Antrages und wegen der Flaggenverordnung einzubringen.

Die SPD-Linke war natürlich mit diesem von ihr seit langem geforderten Schritt einverstanden. Die "Frankfurter Volksstimme" forderte den Sturz der "Regierung der Monarchisten" bzw. der "Regierung des Verfassungsbruchs", die keinen Deut besser sei als eine Rechtsregierung: "Wenn die deutsche Republik eine Regierung hätte, die ausschließlich aus deutschnationalen Scharfmachern bestünde, sie könnte nicht anders handeln als diese 'Regierung der Mitte' ...". 60) Die "Leipziger Volkszeitung" sah in der Flaggenverordnung einen Versuch der Regierung, zu einer Verständigung mit der DNVP zu kommen. 61)

Am 9.5. enthielt sich die SPD-Reichstagsfraktion bei einem von der KPD eingebrachten Mißtrauensvotum der Stimme. Wahrscheinlich hoffte sie noch auf eine Annäherung an die DDP und das Zentrum, die mit der Flaggenverordnung nicht einverstanden waren. 62)

Die SPD-Linke befürchtete jetzt, daß die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion wieder die Bildung einer großen Koalition anstreben werde. Das "Sächsische Volksblatt" erinnerte daran, daß die Flaggenverordnung v.a. auf Drängen der DVP erlassen worden sei und der eigentliche Vater des Erlasses Stresemann sei und nicht Luther. Daher wäre es "wirklich mehr als ein Witz der Weltgeschichte, wenn die Sozialdemokratie Luther wegen der Flaggenverordnung stürzt und dann mit Stresemann, dem Vater der Flaggenverordnung, in eine neue Regierung geht." 63) Als Alternative zur großen

Koalition sah es eine Fortsetzung des mit dem gemeinsamen Volksbegehren begonnenen Prozesses der Zusammenarbeit der proletarischen Organisationen. Zweiling warnte in der "SPW" vor der Bildung einer großen Koalition, da die DDP und das Zentrum damit nur das Ziel verfolgten, den mit dem Volksbegehren begonnenen Trend des Verlustes eines Teiles ihrer Wählerschaft an die SPD zu stoppen und rückgängig zu machen. 64)

Die innenpolitische Lage spitzte sich am 10.5. zu, als führende Vertreter rechter Wehrverbände wie Claß und Hugenberg unter dem Verdacht, einen Staatsstreich geplant zu haben, verhaftet wurden.

Am 11.5. beschloß auch die DDP, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther einzubringen wegen der Flaggenverordnung und kündigte an, bei einem Scheitern dieses Antrages ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Einen Tag später fanden im Reichstag die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge statt. Der Antrag der SPD wurde mit 176:144 Stimmen abgelehnt. Der Mißtrauensantrag der DDP wurde jedoch mit 176 Stimmen der SPD, DDP und KPD gegen 146 Stimmen des Zentrums, der Wirtschaftspartei, der BVP und der DVP und bei 103 Enthaltungen der DNVP und der Völkischen angenommen. 66)

Nach dem Sturz der Regierung Luther ging die Kontroverse in der SPD über die Möglichkeit einer großen Koalition weiter.

Der "Vorwärts" erklärte sofort die Bereitschaft der SPD, an Verhandlungen über die Regierungsbildung teilzunehmen, mit dem Ziel ein Kabinett zu formieren, das eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und den Schutz der Republik gegen reaktionäre Putschpläne garantiere. Dies war ein Angebot an die Mittelparteien, mit der SPD eine Koalition zu bilden. 67)

Die linken SPD-Zeitungen argumentierten gegen die große Koalition, da die Mittelparteien durch ihre Ablehnung des Volksentscheides wieder einmal bewiesen hätte,

daß sie nur die bürgerlichen Klasseninteressen verträgen. Sie forderten baldige Neuwahlen des Reichstages. Typisch für ihre Position war dieser Kommentar der "Leipziger Volkszeitung": "Es bleibt ein Rechtskabinett oder die große Koalition. Beide sind für die Arbeiterklasse gleichermaßen unakzeptabel. Die Koalition der Mitte unter Stresemann oder gar Dr. Geßler wäre die Verlängerung des Luther-Kurses unter einem noch schlechteren Firmenschild. Demzufolge bleibt als ultimo ratio die Auflösung des Reichsparlaments." 68)

Mit der Bildung einer Regierung der großen Koalition wurde der Kölner Oberbürgermeister Adenauer (Zentrum) beauftragt. Die Verhandlungen scheiterten schnell an der Ablehnung dieser Form der Regierung durch die DVP. Am 15.5. wurde der Exkanzler Marx mit der Kabinettsbildung betraut. 69) Der "Vorwärts" erklärte, daß nach dem Mißerfolg Adenauers die SPD bestrebt sei, die Regierungskrise möglichst schnell zu beenden und daher nicht auf ihrer Teilnahme an der Regierung bestehe. Dies war die Bereitschaftserklärung, ein Kabinett der Mitte zu tolerieren. 70)

2.5. Der sächsische Parteikonflikt (Januar 1924 - Mai 1926)

2.5.1. Der Konflikt zwischen der "rechten Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion und der "linken" Mehrheit der SPD-Parteigremien in Sachsen wegen der Bildung der SPD/DDP/DVP-Koalitionsregierung Held am 3.1.1924

Die Entscheidung der Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion zur Bildung der von der Tolerierung durch die DDP abhängigen Regierung Fellisch führte zu einem schweren Konflikt mit der Mehrheit des Landesarbeitsausschusses, des Landesvorstandes der sächsischen SPD. Der Landesarbeitsausschuß mißbilligte mit 15 zu 7 Stimmen die Bildung der Regierung Fellisch. Er beschloß, daß ein außerordentlicher Landesparteitag darüber entscheiden solle, ob die Landtagsfraktion das Recht habe, ohne Zustimmung des Landesarbeitsausschusses eine Regierung zu bilden. Die Mehrheit der Landtagsfraktion nahm für sich dieses Recht in Anspruch. 1)

Politischer Hintergrund dieses Konflikts war, daß unterschiedliche politische Richtungen in den beiden Gremien dominierten. In der Landtagsfraktion, die aus den noch vor der Vereinigung von SPD und USPD zur VSPD durchgeführten Landtagswahlen 1922 hervorgegangen war, dominierten Vertreter der ehemaligen SPD, die den politischen Kurs der Parteiführung im Reich billigten und in Sachsen eine Zusammenarbeit mit der DDP der mit der KPD vorzog. Im Landesarbeitsausschuß, der aus Vertretern der vier Bezirksvorstände der Partei gebildet wurde, dominierten Repräsentanten des linken Parteiflügels, die die Politik der Parteiführung im Reich ablehnten und in Sachsen eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der KPD anstrebten und meist aus der VSPD kamen.

Die linke Minderheit in der VSPD-Landtagsfraktion hielt sich an die Fraktionsdisziplin und stimmte am 8.11.1923

gegen den von der KPD gestellten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Fellisch, der mit den Stimmen der VSPD und DDP bei Stimmengleichheit mit 48 zu 48 Stimmen abgelehnt wurde. Dasselbe Ergebnis zeitigte ein Antrag der DVP zur Auflösung des Landtages. Fellisch forderte in seiner Regierungserklärung eine sofortige Beendigung der "Militärdiktatur" und verurteilte die Absetzung der Regierung Zeigner. 2)

Sächsische Parteigliederungen mit linker Mehrheit unterstützten die Entscheidung des Landesarbeitsausschusses. Eine Funktionärsversammlung des Bezirks Zwickau-Plauen forderte die Fortsetzung des auf dem Landesparteitag am 4.3.1923 begonnenen "Linkskurses" der Partei, der zu einer "fruchtbaren Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und KPD" geführt habe. Denjenigen Mitgliedern der Landtagsfraktion, die dem bevorstehenden Landesparteitag das Recht absprächen, über die Regierungs- und Koalitionsbildung entscheiden zu können, wurde das Mißtrauen ausgesprochen. 3) Angesichts der Mehrheit des linken Parteiflügels in den meisten Parteigliederungen war zu erwarten, daß der für den 1.12. einberufene außerordentliche Landesparteitag eine ähnliche Entscheidung treffen würde.

In dieser Situation kam die Parteiführung im Reich ihren Anhängern in Sachsen zur Hilfe. Der Parteiausschuß der VSPD beschloß am 27.11.1923 bei sechs Gegenstimmen der Vertreter der sächsischen Parteibezirke, daß die Landtagsfraktionen das Recht hätten, allein über die Art der Regierungs- und Koalitionsbildung zu entscheiden. Sie seien dabei allein der Gesamtpartei, also dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß, verantwortlich und nicht den Landesvorständen. Dies war eindeutig ein Versuch, dem sächsischen Landesparteitag das Recht abzusprechen, über die Art der Regierung zu entscheiden. 4) Das Zentralorgan der VSPD, der "Vorwärts", nahm ausdrücklich Partei für die Fortsetzung der Regierung Fellisch in Zusammenarbeit

mit der DDP, da die Regierung Zeigner bewiesen habe, daß die KPD ihre Regierungsbeteiligung nur zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes benutzt habe. 5)

Der außerordentliche Landesparteitag der VSPD Sachsens am 1. und 2.12.1923 in Dresden brachte einen vollen Erfolg des linken Parteiflügels. Mit 79 gegen 21 Stimmen wurde der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion das Mißtrauen ausgesprochen. Mit klarer Mehrheit wurde beschlossen, dem Beschluß des Parteiausschusses vom 27.11. für Sachsen die Anerkennung zu versagen. Dies wurde mit drei Argumenten begründet: 1. Er sei ein "Schlag gegen die Demokratie in der Partei", da er den Landesinstanzen der Partei die Kompetenz zur Mitwirkung an der Regierungsbildung abspreche. 2. Das Parteistatut sehe nicht diese vom Parteiausschuß vorgeschlagene Regelung vor. 3. Alle Vertreter der sächsischen Bezirke im Parteiausschuß hätten gegen diesen Beschluß gestimmt. Das Verbot der KPD, das am 23.11.1923 erlassen worden war, wurde bei 31 Gegenstimmen ausdrücklich verurteilt. Es wurde betont, daß dieses Verbot nur die sächsischen VSPD "in ihrer Politik der Zusammenarbeit mit der KPD" bestärke. Zur Landespolitik wurde gegen den Widerstand der rechten Minderheit und des anwesenden Vertreters des Parteivorstandes Dittmann folgender Beschluß gefaßt: "Die gewaltsame Beseitigung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung durch die Reichsexekutive war ein Bruch der Verfassung. Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, der eine Geltendmachung der proletarischen Landtagsmehrheit erstrebt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Minderheitsregierung das Gegebene. Wird die sozialistische Minderheitsregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit dem Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen. Landesinstanzen und Landtagsfraktion sind an diesen Beschluß gebunden. Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die

formelle Zustimmung eines Parteitages gebunden."

Der "Vorwärts" gab diese Beschlüsse ohne Kommentar wieder. Die Zeitschrift der Parteilinken "SPW" feierte sie als Erfolg ihrer Richtung. 6)

Nur wenige Tage nach dem Landesparteitag wurde die Frage der Regierungsbildung aktuell. Die DDP beschloß, der Regierung Fellisch das Vertrauen zu entziehen, da sich Fellisch weigerte, ihrer Forderung nachzukommen, den Innenminister Liebmann zu entlassen, der im März 1923 angeblich der KPD versprochen haben sollte, die Landespolizei niemals gegen sie einzusetzen. Um einem Sturz durch den Landtag zuvorzukommen, trat das Kabinett Fellisch am 14.12.1923 zurück, antierte aber als geschäftsführende Regierung weiter. 7)

Dem Beschluß des Landesparteitages folgend, verhandelte die VSPD zunächst mit der trotz des Verbotes der KPD weiterhin legalen Landtagsfraktion der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung oder die Tolerierung einer VSPD-Minderheitsregierung durch die KPD. Die KPD, die der VSPD Verrat an der Regierung Zeigner durch die schnelle Bildung der Regierung Fellisch vorwarf, war dazu jedoch nicht bereit und verlangte die Auflösung des Landtages und Neuwahlen. Am 18.12. wurden die Verhandlungen abgebrochen. 8)

Trotz des Widerspruchs durch die linke Minderheit der Landtagsfraktion begann die Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion daraufhin sofort Verhandlungen mit der DDP, die schnell zu einer Annäherung der Positionen führten. 9) Die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses und die Fraktionsminderheit forderten nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der KPD Landtagsneuwahlen, da beide eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnten. Die beiden Richtungen in der sächsischen VSPD einigten sich schließlich darauf, daß am 27.12. auf einer gemeinsamen Sitzung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion über das

weitere Vorgehen entschieden werden sollte. 10)

In dieser Situation intervenierte das Mitglied des Parteivorstandes Dittmann in einem "Vorwärts"-Artikel mit dem Titel "Sachsen. Ein proletarisches Trauerspiel" massiv zugunsten der Landtagsfraktionsmehrheit. Er kritisierte die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der DDP durch die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses und warf ihr vor, durch Landtagsneuwahlen die proletarische Mehrheit im Landtag auf Spiel zu setzen, mit dem Motiv, bei der Kandidatenaufstellung "sämtliche Vertreter der Fraktionsmehrheit zu beseitigen." Die linke Mehrheit der sächsischen VSPD griff er in polemischer Form an: "Ein halbes Dutzend solcher junger Redakteure und ein halbes Dutzend Schullehrer beherrschen heute Presse und Organisation unserer Partei in Sachsen, sie beherrschen den Landesarbeitsausschuß, sie beherrschten auch den letzten Landesparteitag. Sie geben offen die Parole aus, daß der Parteivorstand, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der sächsischen Landtagsfraktion entfernt werden müssen. ... Vor den größten Entstellungen und Unwahrheiten scheuen sie dabei nicht zurück. Wer z.B. das Zwickauer oder Plauener Parteiblatt liest, glaubt ein kommunistisches Revolverblatt vor sich zu haben, so sind die Parteizeitungen angefüllt mit Beschimpfungen und Verunglimpfungen von Vertretern und Instanzen der eigenen Partei." Namentlich griff er den Bezirksvorsitzenden von Zwickau-Plauen Seydewitz an, der in einem Artikel Wels und ihm vorgeworfen hatte "im Bunde mit der Reichswehr den Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront" geführt zu haben. Seydewitz und die anderen linken Führer der sächsischen Spzialdemokratie charakterisierte er so: "Politische Kinder maßen sich an, politische Führer zu sein und lassen sich von der Welle der Erregung, die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen ist, noch tragen in Partei- und Staatsämter." Sachsen sei so von einem einstigen sozialistischen Musterland zu einem "Tummelplatz parteizerstörender Tendenzen

geworden." 11)

Als Replik auf den Artikel Dittmanns erschien in der "SPW" ein anonymes Kommentar mit der Überschrift "Ein proletarisches Trauerspiel. Feststellungen zum Vorstoß des Genossen Dittmann gegen die sächsische Partei." 12) Darin wurde die Kritik Dittmanns als "völlig irreführend" und den "Boden der Sachlichkeit" verlassend verurteilt. Die Behauptung Dittmanns, die sächsische VSPD habe schon vor der Reichsexekutive geplant, die Koalition mit der KPD zu beenden, wurde als Lüge bezeichnet. Die VSPD habe sich stark genug gefühlt, "etwaige kommunistische Abenteuer unmöglich zu machen." Das Weiterbestehen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD wurde mit einem Zitat des Führers der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer begründet: "Wo die Kommunisten fehlen, irren und die Arbeiter zu Abenteuern oder einer falschen Politik zu verleiten suchen, sind sie mit aller Schürfe und Rücksichtslosigkeit zu kritisieren. Aber wir dürfen nicht die Brücken abbrechen und nicht verkennen, daß der Feind des Proletariats rechts ist und nicht links und daß alle Kräfte gegen den Feind rechts jederzeit konzentrierbar sein müssen." Die Ablehnung der Politik des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde bestätigt, die sei aber das natürliche Recht eines jeden Parteigenossen.

Am 28.12.1923 sprach sich der Landesarbeitsausschuß mit Mehrheit gegen jede Koalition mit der DDP aus und forderte die Landtagsfraktion auf, im Parlament einen Antrag auf sofortige Auflösung des Landtages einzubringen. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wurde aber dem für den 6.1.1924 einberufenen Landesparteitag überlassen. 13)

Trotz dieses Beschlusses gingen die Verhandlungen von Vertretern der VSPD-Landtagsfraktionsmehrheit mit der DDP weiter. In diese Gespräche wurden auch Vertreter der DVP einbezogen, da die DDP nur zur Regierungsbildung bereit war, wenn auch die DVP sich daran beteiligen würde. Ziel dieser

Gespräche war nunmehr also die Bildung einer großen Koalition aus VSPD, DDP und DVP.

Der "Vorwärts" unterstützte indirekt dieses Vorhaben. Am 3.1.1924 gab er dem Leipziger Landtagsabgeordneten Illge die Gelegenheit, die Notwendigkeit dieser großen Koalition zu begründen. Illge sprach sich für diese Form der Regierungsbildung aus, da bei Landtagsneuwahlen die Gefahr einer bürgerlichen Mehrheit im Parlament bestehe und die VSPD dann keinerlei Einfluß auf die Landesregierung mehr haben werde. 14)

Die Mehrheit der VSPD-Landtagsfraktion wartete das mit Sicherheit für sie negative Ergebnis des Landesparteitages erst gar nicht ab. Am 3.1.1924 beschloß die VSPD-Landtagsfraktion mit 22 gegen 14 Stimmen bei der Abwesenheit von 4 Abgeordneten, der Bildung einer Regierung der großen Koalition unter dem Ministerpräsidenten Heldt (VSPD) zuzustimmen. Die Entscheidung, nicht den Beschluß des Landesparteitages abzuwarten, wurde damit begründet, daß die Gefahr bestünde, daß ansonsten der Antrag der KPD auf Auflösung des Landtages am 4.1.1924 eine Mehrheit bekommen würde. 15)

Heldt wurde am 4.1.1924 mit den 52 Stimmen der VSPD-Fraktionsmehrheit, der DDP und der DVP zum Ministerpräsidenten gewählt. Gegen ihn stimmten nicht nur die KPD und die DNVP, sondern auch 15 VSPD-Abgeordnete der linken Fraktionsminderheit, die sich auf den Beschluß des letzten Landesparteitages beriefen, der jede Koalition mit bürgerlichen Parteien abgelehnt hatte. Heldt bildete eine Regierung, die aufseiten der VSPD-Minister nur Vertreter der rechten Fraktionsmehrheit umfaßte und paritätisch aus Ministern der VSPD und der beiden bürgerlichen Parteien zusammengesetzt war. 16)

Der "Vorwärts" billigte das Vorgehen des Fraktionsmehrheit und forderte den Landesarbeitsausschuß auf, zu einem Kompromiß mit ihr zu kommen. Er erklärte zwar, daß

die Bildung der großen Koalition ein "schweres Opfer" für die VSPD darstelle. Diese sei aber die einzig richtige Entscheidung gewesen, da eine Koalition mit der KPD unmöglich sei und bei Landtagsneuwahlen eine bürgerliche Parlamentsmehrheit sehr wahrscheinlich sei. 17) Der VSPD-Parteivorstand gab keine eigene Erklärung zu dieser Frage ab, aber da der "Vorwärts" immer die offizielle Meinung des Parteivorstandes wiedergab, war eindeutig, daß dieser die Bildung der großen Koalition billigte. Erst später, auf dem Heidelberger Reichsparteitag 1925, gab das Parteivorstandsmitglied Stelling offen zu, daß der Parteivorstand die Landtagsfraktionsmehrheit bei ihrem Vorgehen unterstützt habe. 18)

Ein entscheidender Aspekt für die Entscheidung der Fraktionsmehrheit, den weder der "Vorwärts" noch diese selbst erwähnten, war der, daß fast alle Mitglieder dieser Richtung wegen der Dominanz des linken Flügels in den meisten Parteigliederungen bei vorzeitigen Landtagsneuwahlen nicht mit einer Wiederaufstellung rechnen konnten.

Am 6.1.1924 tagte, wie vorgesehen, der Landesparteitag. Nach heftigen Kontroversen, bei denen sich der Vorsitzende des Landesarbeitsausschusses Arzt gegen die große Koalition und der Parteivorsitzende Wels für die große Koalition aussprachen, wurde mit der großen Mehrheit von 77 gegen 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Resolution der Linken beschlossen. Das Verhalten der Fraktionsmehrheit wurde als "grober Bruch der Parteidisziplin" verurteilt, das eine "Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Bourgeoisie" dokumentiere. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionsminderheit wurde ausdrücklich gebilligt. Die Regierung Held wurde aufgefordert, sofort zurückzutreten und damit den Weg für Landtagsneuwahlen freizumachen. Sollten sich die Vertreter der Fraktionsmehrheit weigern, diesen Beschluß zu befolgen, sollte gegen sie ein Parteiausschlußverfahren gemäß § 23 des Reichsparteistatuts eingeleitet werden. Nach-

dem daraufhin der Vorsitzende der Landtagsfraktion Wirth erklärte, daß die Fraktionsmehrheit sich an diesen Beschluß nicht gebunden fühle, da die Entscheidung in dieser Frage allein Sache des für den 30.3. einberufenen Reichsparteitages sei und die Vertreter des rechten Parteiflügels aus Protest den Landesparteitag verließen, beschloß der Parteitag bei nur 2 Gegenstimmen, daß die VSPD als Partei nicht an der Regierung Heldtbeteiligt sei und für die Taten dieser Regierung keinerlei Verantwortung übernehme. 19)

Einen Tag nach dem Landesparteitag führte Dittmann im "Vorwärts" seinen Feldzug gegen die linke Mehrheit der sächsischen VSPD fort. Anlaß dazu bot ihm die Erklärung von Arzt auf dem Landesparteitag, daß der sächsische KPD-Führer am 29.12.1923 erklärt hätte, daß die Weigerung der KPD mit der VSPD eine Koalitionsregierung zu bilden oder eine VSPD-Minderheitsregierung zu tolerieren, nur für die gegenwärtige Zusammensetzung der VSPD-Landtagsfraktion gelte, nicht für eine andere zusammengesetzte VSPD-Landtagsfraktion nach Landtagsneuwahlen. Dittmann warf der sächsischen Parteiführung der VSPD vor, sich in "geistiger Abhängigkeit" von der KPD zu befinden und verglich sie sogar mit dem linken USPD-Flügel, der sich 1920 mit der KPD vereinigt hatte: "Auch damals (1920 -E.W.) herrschte die Einstellung: Unter allen Umständen zusammen mit den Kommunisten, selbst unter Preisgabe der politischen Selbständigkeit und Würde der eigenen Partei." Die VSPD-Linken in Sachsen wirke objektiv gesehen als "Spaltpilz in unserer Partei." Der Reichsparteitag am 30.3. habe die Aufgabe, "die geistige und politische Lösung der (sächsischen -E.W.) Partei von der Umstrickung und Umklammerung durch die Kommunisten" zu erreichen. Dittmann interpretierte das Vorgehen der Landtagsfraktionsmehrheit als legitim, da es dem Sinn des Parteiausschußbeschlusses vom 27.11.1923 entspreche. 20)

Auf diesen Artikel antwortete Seydewitz mit gleicher Schärfe. 21) Er stellte fest: "Der sächsische

Landesparteitag vom 6. Januar ist Dittmann die Antwort für seine in allen Punkten unwahren und falschen Darstellungen nicht schuldig geblieben," Im Gegensatz zu Dittmann interpretierte er den Beschluß des Landesparteitages am 6.1. als für die gesamte Landtagsfraktion verbindlich, solange bis der nächste Reichsparteitag eine endgültige Entscheidung über dieses Problem fälle. Er begrüßte ausdrücklich die Entscheidung des Landesparteitages, die besage: "Demokraten und Deutsche Volkspartei haben sich in Sachsen nicht mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern mit zwei Dutzend mißvergnügter Abgeordneter koalitiert, die lieber die Geschlossenheit der Partei und das Vertrauen ihrer Parteigenossen opfern, als die von der sächsischen Partei nicht gefürchtete Landtagsauflösung durchzuführen." Er warnte die Fraktionsmehrheit davor, durch die Nichtbefolgung des Beschlusses einen "zweiten Disziplinbruch" zu begehen.

Am 13.1.1924 erlitt die VSPD bei den sächsischen Kommunalwahlen größere Stimmenverluste. Sie erhielt nur 81607 Stimmen, während die SPD und USPD zusammen am 14.11.1921 noch 120988 Stimmen erhalten hatten. 22)

Dieses schlechte Wahlergebnis wurde sofort in die innerparteiliche Auseinandersetzung einbezogen. Der "Vorwärts" behauptete, daß gerade in den Hochburgen der VSPD-Linken die Verluste der Partei am größten gewesen seien: "Gerade in jenen Bezirken, in denen die heftigste Kritik an der Haltung der Gesamtpartei geübt wurde, ist das Resultat für uns überaus unerfreulich." Das Wahlergebnis beweise, daß die Prognose der Fraktionsmehrheit, die VSPD werde bei Landtagsneuwahlen eine schwere Niederlage erleiden, richtig sei. 23) Der linke VSPD-Landtagsabgeordnete Edel führte hingegen die Wahlniederlage nur auf Fehler der Parteiführung im Reich zurück. Er nannte dabei die Zustimmung zum wirtschaftspolitischen Ermächtigungsgesetz, die Haltung bei

der Reichsexekutive gegen die Regierung Zeigner und die Angriffe Dittmanns auf die angebliche Kommunistenthätigkeit der sächsischen Parteiführung, die von den bürgerlichen Parteien begierig aufgegriffen worden seien. Nur bei einem grundlegenden politischen Kurswechsel der VSPD im Reich könne die VSPD wieder Wahlerfolge erzielen: "Weniger staatspolitische Erwägungen und Bedenken, mehr sozialistische Tat- und Entschlußkraft. Mehr Rücksicht auf unsere Klasseninteressen, weniger Rücksicht auf nebelhafte Staatsinteressen." Er verlangte von der Fraktion baldige Landtagsneuwahlen, die die VSPD nur als "Partei des Klassenkampfes" erfolgreich bestehen könne. 24)

Am 15.1. gab Heldt seine Regierungserklärung vor dem Landtag, bei der er ständig von Zwischenrufen der KPD unterbrochen wurde und die in demonstrativer Abwesenheit der VSDP-Fraktionsminderheit stattfand. Er bekannte sich dabei zur Weimarer Verfassung und zu den sozialpolitischen Errungenschaften. Er befürwortete den "Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Vorbedingung für eine gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens."

Der "Vorwärts" lobte den Inhalt der Regierungserklärung und sprach sich erneut für die "Unterstützung der Gesamtpartei" für die Regierung Heldtaus. 25)

Die unter dem Chefredakteur Seydewitz erscheinende Zwickauer Parteizeitung "Sächsisches Volksblatt" kommentierte die Regierungserklärung hingegen so: "Der Ministerpräsident Heldt hat gestern dem Landtag seine Regierung vorgestellt und dabei das Regierungsprogramm des Bürgerblocks verkündet. Über das Programm selbst, das nach den Berichten starke Zustimmung der bürgerlichen Parteien fand, ist nicht sehr viel zu sagen." 46) Die Redaktion der "SPW" verurteilte das Regierungsprogramm als "beispiellose Kapitulation" der VSPD-Landtagsfraktionsmehrheit vor der Bourgeoisie, da es u.a. das Ende der Bildungsreform und Steuererleichterungen für

die Besitzenden vorsehe: "Es könnte auch von milde gestimmten und klug rechnenden Deutschnationalen ohne Gewissensbiase unterschrieben werden." 27)

Der Ton der Auseinandersetzung in der VSPD wurde immer schärfer. Auf die Bezeichnung der Regierungserklärung Heldts als Bürgerblockprogramm reagierte der "Vorwärts" erstmals offen mit dem Vorwurf an die sächsische Parteilinke, sie wolle die Partei spalten: "Die Leute, die diese schamlose Hetze nach verlogenster Kommunistenart betreiben, werden natürlich morgen wieder mit Biedermannsmiene versichern, sie seien die wahren Hüter der Parteieinheit. Den Mut offen auszusprechen, daß sie auf die Zertrümmerung des Werks von Nürnberg hinarbeiten, bringen sie nicht auf." 28)

Die Debatte im Landtag über die Regierungserklärung zeigte eine völlige Isolierung der VSPD-Fraktionsminderheit, die jede Verantwortung für die Regierung Heldt ablehnte, sich aber bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum der KPD nicht beteiligte. Der Redner der KPD Böttcher hatte vorher ausgerechnet die VSPD-Linke als "Hauptfeind" der Arbeiterklasse bezeichnet, da sie, solange sie nicht bereit sei, "mit den konterrevolutionären Banden" in der VSPD zu brechen, objektiv die Bourgeoisierregierung Heldt stütze. Das Mißtrauensvotum der KPD wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die DNVP beteiligte sich nicht an dieser Abstimmung, da sie der Regierung Heldt Zeit für "positive Arbeit" lassen wollte. Dies gab natürlich der Argumentation der VSPD-Linken Auftrieb, die Regierung Heldt betreibe faktisch eine Bürgerblockpolitik. 29)

Am 22.1.1924 beschloß der Landesarbeitsausschuß, die Landtagsfraktion erneut aufzufordern, im Landtag sofort einen Antrag auf Auflösung des Parlaments zu stellen. Sollte sich die Fraktionsmehrheit weigern, diesen Beschluß auszuführen, erhalte die Fraktionsminderheit in Zukunft allein das Recht, als Vertretung der sächsischen VSPD im Landtag aufzutreten. Wie schwach die Position der Fraktionsmehrheit

trotz der massiven Unterstützung durch den Parteivorstand war, zeigte, daß beide Beschlüsse mit 22 gegen 4 Stimmen gefaßt wurden. 30)

Die Fraktionsmehrheit hielt an ihrer These fest, daß allein der Reichsparteitag das Recht habe, über eine Landtagsauflösung zu entscheiden. Die VSPD-Fraktionsminderheit stellte daher am 24.1. allein einen Antrag auf Auflösung des Landtages, der abgelehnt wurde, da er nur die 35 Stimmen der 14 linken VSPD-Abgeordneten, der KPD und der DNVP erhielt, während die Regierungsparteien 51 Stimmen aufbringen konnten. 31)

In den von den Linken beherrschten Parteigliederungen wurden bei den Aufstellungskonferenzen für die Reichstagskandidaten auch neue Landtagskandidaten aufgestellt, wobei Vertreter der Fraktionsmehrheit und der Politik des Reichsparteivorstandes nicht mehr nominiert wurde. Alle Landtagskandidaten mußten sich verpflichten, sich in ihrer Arbeit im Parlament allein an den Beschlüssen der Landesparteitage zu orientieren. 32) Die Landtagsfraktionsmehrheit protestierte gegen diese Vorgehensweise und erklärte nochmals, daß allein der Reichsparteitag das Recht habe, über die Frage der Landtagsauflösung zu entscheiden. 33) Der politische Hintergrund dieser Argumentation war die Gewißheit, daß die Mehrheit des Reichsparteitages nicht die Position der sächsischen Parteimehrheit teilen werde.

Der Landesarbeitsausschuß der VSPD stellte Mitte Februar einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Auflösung des Landtages, der jedoch von der Regierung Heldt mit verfassungsrechtlichen Argumenten abgelehnt wurde. 34)

In allen Parteigliederungen Sachsen wurde über die Haltung der beiden Flügel der Landtagsfraktion heftig diskutiert. In den meisten Parteigliederungen wurde die Haltung der linken Fraktionsminderheit unterstützt. Der "Vorwärts" benutzte jedoch vereinzelte Erfolge der Anhänger der Fraktionsmehrheit in Plauen und Chemnitz dazu, voreilig

einen "Stimmungsumschwung" in Sachsen zu prognostizieren. 35) Die "SPW" warf daraufhin dem "Vorwärts" vor, bewußte Falschmeldungen zu verbreiten und kritisierte die "tendenziöse" Berichterstattung sogar als "parteischädigend". In einem anonym verfaßten Artikel in der "SPW" wurde behauptet: "Was ist nun Wahres an dem "Umschwung" in Sachsen? So gut wie gar nichts." Nur in einigen Orten sei es den Rechten gelungen, vorübergehend Mehrheiten zu erobern. Die Linke habe aber in allen vier Parteibezirken Sachsens weiterhin ein klares Übergewicht. 36)

In einem anderen Artikel in der "SPW" wurde zugegeben, daß die sächsische VSPD derzeit in einer schwierigen Lage sei, da ein "fast völliges Scheitern der Einheitsfront" mit der KPD festzustellen sei. Als Hauptschuldiger daran wurde allerdings die VSPD-Parteiführung im Reich genannt, die wegen ihres dubiosen Verhaltens bei der Reichsregierung gegen die Regierung Zeigner entscheidend dazu beigetragen habe, die KPD ins jetzige "putschistische, antisozialistische Fahrwasser" zu treiben. 37)

Am 20.3.1924 lehnte der Landtag einen Antrag der DNVP auf Auflösung des Parlaments mit 49 gegen 42 Stimmen ab. Für diesen Antrag stimmte auch die VSPD-Landtagsfraktionsminderheit und die KPD. Mit dem gleichen Ergebnis wurde ein Antrag der Regierungsparteien, den Landtag bis nach den Reichstagswahlen zu vertagen, angenommen. 38)

Der eine Lösung des sächsischen Parteikonflikts bringen sollende Reichsparteitag der VSPD, der am 30.3. beginnen sollte, wurde auf einer Sitzung des Parteiausschusses einstimmig, also mit den Stimmen der sächsischen Vertreter, auf die Zeit nach den Reichstagswahlen am 4.5.1924 vertagt. 39)

Wegen des Reichstagswahlkampfes und der Sitzungspause des Landtages wurde der Konflikt in der sächsischen VSPD nicht mehr so heftig ausgetragen. Es herrschte ein gewisser Burgfriede, um im Wahlkampf das Bild einer geschlossenen Partei zu geben. Bei der Aufstellung der Reichstags-

kandidaten wurden allerdings fast alle Anhänger der Politik des Parteivorstandes nicht mehr auf aussichtsreichen Listenplätzen berücksichtigt.

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen ging der Parteikonflikt in Sachsen mit unverminderter Schürfe weiter. In einem Artikel in der "SPW" wurde eine rein negative Bilanz der ersten fünf Monate der Regierung Heldt gezogen, in der sich in allen wesentlichen Fragen die bürgerlichen Minister durchgesetzt hätten. Die Folge sei eine zunehmende Erstarkung der Reaktion in Sachsen. Zahlreiche linke Sozialdemokraten seien aus der Landespolizei und den Landesministerien entfernt worden. 40)

Am 13.5.1924 lehnte der Landtag erneut einen Antrag der KPD auf Auflösung des Parlaments mit den 51 Stimmen der Regierungsparteien gegen die 40 Stimmen der VSPD-Fraktionsminderheit, der DNVP und der KPD ab. 41)

2.5.2. Der Kompromiß zur Lösung des sächsischen Parteikonflikts des Berliner Reichsparteitages

Zum für den 11.6.1924 anberaumten Reichsparteitag stellten alle vier sächsischen Parteibezirke Anträge zur Veränderung des Parteistatus, die erreichen sollten, die Landtagsfraktion an Beschlüsse des Landesparteitages zu binden. Der Antrag des Bezirks Leipzig lautete: "Die Parteiorganisationen eines Landes können Landesparteitage abhalten, die berechtigt sind, im Rahmen der Reichsparteitagsbeschlüsse über landespolitische Fragen entscheidende und für die Fraktionen der Landesparlamente bindende Beschlüsse zu fassen." 42)

Kurzvor dem Beginn des Reichsparteitages machte der inzwischen zum Reichstagsabgeordneten avancierte Seydewitz die Strategie der sächsischen Parteitagsdelegierten deutlich. Er verurteilte, daß der sächsische Parteikonflikt kein eigener Tagesordnungspunkt des Parteitages sein sollte. Er verlangte die Änderung des Parteistatuts im Sinne der säch-

sischen Anträge. Zur Lösung des Konflikts schlug er dem Reichsparteitag die Übernahme eines am 7.4.1924 gemeinsam gefaßten Beschlusses des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktionsminderheit vor. Darin wurde ebenso eine Koalition mit der KPD wegen ihres derzeitigen ultralinken Kurses abgelehnt, wie eine Koalition mit Parteien, die nicht eindeutig auf dem Boden der Republik stünden, womit implizit eine Koalition mit der DVP ausgeschlossen wurde. Die Entscheidung über die Form der Regierungsbildung sollte in der Regel der Landesparteitag fällen, in "schwierigen Situationen" die Landtagsfraktion im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsausschuß. Seydewitz betonte ausdrücklich, daß der Kern des sächsischen Parteikonflikts nicht das Verhältnis zur KPD sei: "Der Konflikt zwischen Partei und Fraktion brach aus in einem Stadium, wo durch die Linksentwicklung der KPD eine Frage des Zusammenarbeitens mit den Kommunisten überhaupt nicht mehr diskutierbar war." Es gehe nur noch um die Alternative Fortsetzung der großen Koalition oder Landtagsauflösung. 43)

Nach dem Willen der VSPD-Parteiführung sollte auf dem Reichsparteitag der sächsische Parteikonflikt möglichst nicht offen diskutiert werden. Er bildete daher keinen eigenen Tagesordnungspunkt, wie es von den sächsischen Parteibezirken gefordert worden war. Zu Beginn des Parteitages, der am 11.6.1924 in Berlin eröffnet wurde, schlug der Parteivorstand die Bildung einer aus 9 Mitgliedern bestehenden "Sachsenkommission" vor, die während des Parteitages in vertraulichen Sitzungen einen Lösungsplan für den sächsischen Parteikonflikt finden sollte. Von den 9 vorgeschlagenen Mitgliedern gehörte nur der Thüringer Delegierte Dietrich zur Parteilinken. Keiner stammte aus Sachsen. Der Parteivorstand begründete dies damit, daß dadurch betont werden sollte, daß es sich um eine Entscheidung der Gesamtpartei handelte. 44)

Im Namen der nur aus Vertretern der Parteiopposition bestehenden sächsischen Parteitagsdelegierten pro-

testierte Liebmann gegen die geplante Nichtberücksichtigung von sächsischen Genossen in der Kommission, da dies den Eindruck erwecken müsse, "daß die sächsische Parteiorganisation von vornherein an die Wand gedrückt werden sollte." Er forderte die zusätzliche Aufnahme von 2 sächsischen Vertretern in die Kommission. 45) Der Vorschlag des Parteivorstandes wurde jedoch mit großer Mehrheit unverändert übernommen. 46)

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes wurde am Rande auch über die Entwicklung in Sachsen diskutiert.

Wels bezeichnete im Rechenschaftsbericht die Bildung von VSPD/KDP-Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923 als "politischen Irrtum" und verteidigte ausdrücklich, daß der Parteivorstand nach der Absetzung der Regierung Zeigner auf die Bildung der Regierung Fellisch gedrängt hätte, da dies das einzige Mittel gewesen sei, die Herrschaft des Reichskommissars Heinze zu beenden. 47) Er vermied jede Stellungnahme zum sächsischen Parteikonflikt. Auch H. Müller verurteilte die Koalitionsregierung mit der KPD als "das politisch Unklugste", was die sächsischen Genossen hätten tun können, da sie nur dazu geführt hätte, das gesamte Bürgertum gegen die Arbeiterklasse zusammenzuschweißen und sich damit als "Schaden für die Republik" erwiesen hätte. 48) Sollmann stellte die These auf, daß ohne die Beteiligung der KPD an der Regierung Zeigner die VSPD-Reichsminister mit Sicherheit eine Reichsexekution hätten verhindern können. 49)

Seydewitz verteidigte die "Episode der Zusammenarbeit" mit der KPD im Jahr 1923, da sie eine politische Notwendigkeit im Kampf der Arbeiterschaft gegen die Offensive der Reaktion gewesen sei. Er bemühte sich, die Zusammenarbeit mit der KPD als besonders raffinierte Methode zur Schwächung der KPD darzustellen, was 1923 von der VSPD-Linken in Wahrheit in ihrem Willen zur Einheitsfront der Arbeit-

terschaft gar nicht intendiert worden war: "Die Meinungsverschiedenheiten in der KPD, die Tatsache, daß Brandler, der so etwas wie der liebe Gott in der KPD war, beiseite gedrückt worden ist, ist nicht zum wenigsten durch die Bindungspolitik erreicht worden, die wir mit den Kommunisten in Sachsen und Thüringen getrieben haben. Die Kommunisten haben unbestritten die Absicht unsere Partei zu zerstören. Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei besteht nur darüber, wie man diese Versuche der Kommunisten parieren kann. Wir glaubten es auf dem Wege zu erreichen, den wir beschritten haben." 50) Er lehnte das Argument ab, daß nur die Bildung der Koalitionsregierung mit der KPD die Ursache der Absetzung der Regierung Zeigner gewesen sei, da sich daraus die Schlußfolgerung ergeben müsse: "man darf die Reaktion nicht reizen, sonst wird sie noch schärfer gegen die Arbeiterschaft vorgehen." 51) Die Haltung der sächsischen VSPD im Jahr 1923 wurde auch von anderen Vertretern der Parteiposition wie Marckwald und Kieß gerechtfertigt.

In seinem Schlußwort griff Wels Seydewitz scharf an, den vergeblichen Versuch unternommen zu haben, die im Gegensatz zu dem Willen der breiten Parteimehrheit im Reich eingeschlagene Koalitionspolitik mit der KPD im Jahre 1923 als richtig darzustellen. 52)

In der Debatte über das neue Parteistatut wurde die Forderung der sächsischen Parteibeiräte, zu verankern, daß die Landtagsfraktionen sich allein an den Beschlüssen der Landesparteitage zu orientieren hätten, nicht akzeptiert. Der Berichterstatter der Statutenkommission Lipinski erklärte jedoch, daß die Landtagsfraktionen sich nach den Beschlüssen der Landesparteitage richten sollten, allerdings nur dann, wenn diese nicht gegen Entscheidungen der Reichsparteitage verstießen. Darüber könnten bei Konflikten in den Ländern nur der Parteiausschuß oder der nächste Reichsparteitag entscheiden.

Am 13.6.1924 legte die "Sachsenkommission" eine von

ihr einstimmig gebilligte "Erklärung zur Beilegung des Parteistreits in Sachsen" vor, der die Berichterstatter des sächsischen Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktionsmehrheit zugestimmt hatten.⁵³⁾ Sie stellte einen Kompromiß zwischen den Interessen der beiden verfeindeten Richtungen der sächsischen VSPD dar. Die Landtagsfraktion wurde darin verpflichtet, vor jeder Entscheidung über die Regierungsbildung den Landesarbeitsausschuß zu konsultieren. Beschlüsse des Landesparteitages seien für die Landtagsfraktion verbindlich. Dies wurde allerdings entscheidend eingeschränkt. Der Parteivorstand habe das Recht, Beschlüsse von Landesparteitagen bis zur Entscheidung durch den nächsten Reichsparteitag zu suspendieren, "wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen." Es wurde festgestellt, daß beide Richtungen der sächsischen VSPD zur Zeit gegen eine Koalition mit der KPD seien, da die KPD "an Stelle der 'Einheitsfront' offen die Vernichtung der Sozialdemokratie" betreibe. In Sachsen gehe es jetzt v.a. darum, zu verhindern, daß in der "kritischen Übergangszeit" bis zur Vorabschiedung der Durchführungsgesetze zum Sachverständigen-gutachten (Dawes-Plan) die Regierungsgewalt in die Hände der Reaktion falle. Damit erkannte die sächsische VSPD-Linke indirekt für diesen Zeitraum die Existenzberechtigung der Regierung Heldt an. Zum Schutz der Vertreter der Landtagsfraktionsmehrheit wurde festgehalten, daß bei der Aufstellung der Landtagskandidaten "die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit" nicht gewertet werden dürfe.

Dieser Vorschlag wurde vom Berliner Reichsparteitag ohne Aussprache einstimmig angenommen. ⁵⁴⁾

Die sächsische Parteimehrheit verzichtete also auf die Forderung nach sofortiger Auflösung des Landtages und war bereit, bis zur Durchsetzung der Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan die Regierung Heldt zu tolerieren.

Bieligk lobte in der "SPW" unmittelbar nach dem Parteitag diesen Beschluß als fairen Kompromiß" "Wir sehen also in der Verständigungserklärung die Möglichkeit einer endgültigen Beilegung des Konflikts." Aufgabe des nächsten Landesparteitages müsse es jetzt sein, für die Arbeit in der Regierung Heldt Richtlinien zu entwerfen, die zum Ziel haben müßten, jeden Abbau sozialer und demokratischer Rechte zu verhindern. 55)

In einem anonym verfaßten Artikel in der "SPW" wurde der Beschluß des Reichsparteitages allerdings etwas anders interpretiert. Der nächste ordentliche Landesparteitag im Herbst 1924 habe die freie Wahl, eine von drei Möglichkeiten auszuwählen: Sofortige Auflösung des Landtages, Bildung einer bürgerlichen oder einer SPD-Minderheitsregierung oder Fortsetzung der großen Koalition. Letztere habe aber wahrscheinlich keine Chance eine Mehrheit zu erhalten. 56)

2.5.3. Die Eskalation des Parteikonflikts bis zum Parteiausschluß der SPD-Landtagsfraktionsmehrheit Ende 1924 und das Scheitern aller Einigungsversuche im Jahr 1925

Unmittelbar nach der Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan im Reichstag am 29.8.1924 zeigte sich, daß der nach dem Reichsparteitag in der sächsischen SPD eingekehrte Burgfriede nicht zu einer Überwindung der Gegensätze geführt hatte.

Bieligk stellte am 24.9.1924 in der "SPW" das Scheitern der Resolution zum sächsischen Parteikonflikt des Reichsparteitages fest. Er machte dafür allein die Weigerung der Landtagsfraktionsmehrheit verantwortlich, den "Abbau der Demokratisierung und Republikanisierung im sächsischen Staatsleben" zu beenden. Als Beispiel für diese Politik erwähnte er die Entlassung sozialdemokratischer Ministerialbeamter und Polizisten. Als Konsequenz ergebe sich daraus, daß der

nächste Landesparteitag die Landtagsfraktion auffordern müsse, einen Antrag auf Auflösung des Landtages zu stellen. 57)

Der Redakteur des "Sächsischen Volksblatts" Victor machte deutlich, daß die sächsische Parteimehrheit im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit eine Koalition mit der KPD nicht prinzipiell ablehnte. Falls die KPD von ihrem jetzigen ultralinken Kurs abrücke und zur Einheitsfrontpolitik des Jahres 1923 zurückkehre, sei eine Zusammenarbeit mit ihr wieder möglich. 58)

Das Mehrheitsverhältnis innerhalb der sächsischen SPD-Parteioorganisation verschob sich immer weiter zugunsten des linken Flügels. Es war daher klar, daß der für den 25. und 26.10.1924 einberufene Landesparteitag den Antrag der Linken auf eine Beendigung der großen Koalition durch die Parlamentsauflösung beschließen würde. Ein führender Repräsentant der Landtagsfraktionsmehrheit, Bethke, deutete an, daß die Fraktionsmehrheit einen solchen Beschluß nicht anerkennen würde. Der linke Landtagsabgeordnete Edel sah in der Realisierung dieser Ankündigung ein Verhalten, das "schlechterdings mit dem Bestand einer demokratischen Partei" unvereinbar sei. Verdeckt warnte er den Parteivorstand davor, die Landtagsfraktionsmehrheit weiterhin zu unterstützen. Er könne nicht glauben, daß der Parteivorstand einen erneuten Disziplinbruch tolerieren würde. Gemäß dem Beschluß des Berliner Reichsparteitages habe der Landesparteitag nunmehr nach der Verabschiedung der Dawes-Plan-Gesetze das Recht, eine Auflösung des Landtages zu verlangen. 59)

Kurz vor dem Landesparteitag verabschiedeten zahlreiche linke Parteigliederungen Beschlüsse, die die Politik der Regierung Heldt verurteilten und Landtagsneuwahlen forderten. Der Bezirksparteitag Chemnitz-Erzgebirge kritisierte "die reaktionären Tendenzen dieser Koalitionsregierung". Als Belege dafür nannte er die Entlassung vieler sozialdemokratischer Beamter und die Weigerung, eine Amnestie für politische Straftäter zu erlassen. 60)

Auf die Kritik ihrer Beamtenpolitik reagierten die drei sozialdemokratischen Landesminister mit einer vom Ministerpräsidenten Heldt herausgegebenen Broschüre mit dem Titel "Die angefeindete Beamtenpolitik der Regierung Heldt". Darin wurde die Entlassung sozialdemokratischer Beamter, die alle dem linken Parteiflügel angehörten, mit ihrer geringen beruflichen Qualifikation begründet. Diese Maßnahme hätte daher keinerlei politische Hintergründe. Diese Broschüre verschärfte den Parteikonflikt in Sachsen.

Die linke "Leipziger Volkszeitung" bezeichnete diese Aktion als "Vorstoß der politischen Bankrotteure", die einen "Parteiskandal" darstelle, da sie "in der Einleitung und in fast jedem weiteren Absatz mindestens eine Unwahrheit" enthalte. Die Vorwürfe gegen die entlassenen sozialdemokratischen Beamten seien Denunziationen und Verleumdungen. Der Artikel schloß mit der Feststellung: "Mit der Lügenbroschüre haben die Minister den letzten Rest von Sympathie bei der großen Masse der Parteigenossen eingebüßt und außerdem die Partei auf das schwerste geschädigt. Der bevorstehende Parteitag der sächsischen SPD wird auf diese Broschüre die entsprechende Antwort erteilen." 61)

Als Antwort auf die Broschüre Heldts gab der ehemalige Innenminister Liebmann eine Broschüre mit dem Titel "Neun Monate sächsische Koalitionspolitik" heraus. Im Vorwort begründete er die Notwendigkeit des Erscheinens dieser Dokumentation mit der Aufgabe, die Broschüre Heldts "mit ihren kleinlichen persönlichen Anwürfen, mit unwahren, teilweise frei erfundenen Darstellungen und mit beschämenden, gehässigen und verlogenen Angriffen auf unsere Genossen in der Beamtenschaft, die ein Opfer der Koalitionspolitik geworden sind", richtigzustellen. 62) Seine Broschüre diene einer "Abwehr, die besser nicht notwendig gewesen wäre". In dem Heftchen wurde eine rein negative Bilanz der bisherigen Tätigkeit der Regierung Heldt gezogen. Ihr wurde u.a. vorgeworfen: die Entlassung sozialdemokratischer Beamter,

die Ablehnung einer politischen Amnestie, Steuererleichterungen für Besitzende und Rückschritte in der Bildungs- und Kulturpolitik.

Der "Vorwärts" verschwieg seinen Lesern das Erscheinen der beiden Broschüren. Der Parteivorstand der SPD bemühte sich, kurz vor dem Landesparteitag einen Kompromiß zwischen den beiden verfeindeten Lagern zu erreichen. Zu diesem Zweck berief er für den 19.10. in Dresden eine Sitzung der "Sachsenkommission" des Berliner Parteitages ein. Der Landesarbeitsausschuß der SPD Sachsen erkannte aber auf dieser Sitzung die Kompetenz dieser Kommission nicht an, da sie nur für die Dauer des Berliner Parteitages gewählt worden sei. Er erklärte sich zu einem gemeinsamen Treffen mit der Landtagsfraktion und Vertretern des Parteivorstandes bereit. Auf dieser Sitzung wurde beschlossen, daß die Landtagsfraktion sofort die Auflösung des Parlaments beantragen müsse. Bei der Aufstellung der Landtagskandidaten dürfe gemäß dem Berliner Parteitagsbeschuß die bisherige Haltung der Landtagsabgeordneten keine Rolle spielen. 63)

Der Landesparteitag der sächsischen SPD faßte am 25. und 26.10.1924 in Abwesenheit der Vertreter der Landtagsfraktionsmehrheit einstimmig den folgenden Beschluß zur Lösung des Parteikonflikts: "Der Landesparteitag entscheidet sich für die sofortige Auflösung des Landtages. Die Landtagsfraktion ist verpflichtet, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahl des Landtages zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfindet. Nachdem der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß empfohlen haben, die Kandidatenlisten für die Reichstagswahl tunlichst unverändert wieder gelten zu lassen, und nachdem der letzte Reichsparteitag in dem Sachsenkonflikt erklärt hat, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird, empfiehlt die Landesversammlung, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzu-

stellen, soweit nicht im einzelnen Fall besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen." Mit diesem letzten Satz bewahrte sich die sächsische SPD-Linke die Möglichkeit, nicht alle Vertreter der Fraktionsmehrheit wiederaufstellen zu müssen. Sie lieferte damit der Fraktionsmehrheit den Anlaß, diesen Beschluß als gegen den Geist des Berliner Parteitagebeschlusses gerichtet abzulehnen. 64)

In dieser Situation kam der SPD-Parteivorstand wieder einmal der Fraktionsmehrheit zu Hilfe. Er entschied am 3.11., der Landtagsfraktion zu empfehlen, "den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen ..., nachdem die Dresdener Vereinbarungen (vom 19.10. -E.W.) durchgeführt und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben sind." Er regte also an, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst dann zu stellen, wenn die Wiederaufstellung aller Landtagskandidaten gesichert sei. 65)

Die Landtagsfraktionsmehrheit der SPD konnte daher am 8.11. mit der Rückendeckung des Parteivorstandes gegen den Antrag der KPD auf Auflösung des Landtages stimmen, der mit 50 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurde. Die SPD-Landtagsfraktionsminderheit stimmte unter Berufung auf den Beschluß des letzten Landesparteitages für den Antrag der KPD. 66)

Am 12.11. verurteilten der Landesarbeitsausschuß und die Fraktionsminderheit auf einer gemeinsamen Sitzung einstimmig das Verhalten der Fraktionsmehrheit als "schweren Disziplinbruch" und Schädigung der Parteiinteressen. Im Beschluß hieß es u.a.: "Damit haben die 23 die Verbindung mit der Organisation eigenwillig und unter Mißachtung der Parteigenossen gelöst. Die Bezirksorganisationen werden ersucht, für die schnelle Abberufung der Disziplinbrecher von ihren Abgeordnetenmandaten zu sorgen. Die 23. betreiben eine Politik auf eigene Faust. ... Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens sprechen der Regierung Heldt

das schärfste Mißtrauen aus." 67)

Der "Vorwärts" ergriff in dieser Frage sofort offen Partei für die Fraktionsmehrheit und verurteilte diese scharfe Vorgehensweise gegen Parteigenossen, "die unter äußerst schwierigen Umständen an verantwortlicher Stelle und jahrelang der Arbeiterbewegung treue Dienste geleistet haben," 68)

Alle vier sächsischen Parteibezirke schlossen sich der Verurteilung der 23 Landtagsabgeordneten an, denen vorgeworfen wurde, nur aus Angst vor ihrer Nicht-Wiederaufstellung Landtagsneuwahlen abzulehnen. Viele Parteigliederungen, so z.B. der Unterbezirk Chemnitz, verlangten den sofortigen Parteiausschluß der 23. 69) Die bisherige Zurückhaltung gegenüber der Haltung des Parteivorstandes wurde aufgegeben. Der Bezirksparteitag Leipzig beschloß am 9.11.: "Gleichzeitig verurteilt die Bezirks-Generalversammlung die widerspruchsvolle Haltung des Parteivorstandes, der durch seine Einwirkung die Verantwortung für die jetzige Verschärfung des sächsischen Konflikts und alle sich daraus ergebenden Folgen trägt." 70)

Am 3.11. verhängte der SPD-Parteivorstand faktisch ein Diskussionsverbot über die SPD Sachsens. Er appellierte während des Reichstagswahlkampfes, "jede Differenz, die auf Grund landespolitischer Fragen entstanden ist, zurückzustellen". Er erklärte, bewußt auf eine Stellungnahme zum Beschluß der sächsischen Landesinstanzen vom 12.11. zu verzichten, denn: "... hinter der Gefahr des drohenden Bürgerblocks muß alles zurücktreten, was den einheitlichen Kampf zu stören geeignet ist." 71)

Die SPD-Linke in Sachsen und die "SPW" hielten sich an diese Empfehlung. Der rechte SPD-Flügel Sachsens hingegen veranstaltete noch am 19.11. in Dresden eine öffentliche Veranstaltung, an der führende Vertreter der Landtagsfraktionsmehrheit und des ADGB Sachsens teilnahmen. In einer Resolution wurde das Abstimmungsverhalten der 23 ausdrücklich be-

grüßt, die "Mundtodmachung des gemäßigten Flügels der Sozialdemokratischen Partei" verurteilt und die führenden Vertreter des linken Parteiflügels als "radikale Katastrophenpolitiker" bezeichnet. 72)

Sofort nach den Reichstagswahlen am 7.12.1924 brach der Konflikt wieder offen aus.

Bei einer Landtagssitzung am 12.12. lehnten die Regierungsparteien, darunter die 23 SPD-Abgeordneten, einen Antrag der KPD auf Erlass einer politischen Amnestie ab, den die SPD-Fraktionsminderheit unter Berufung auf einen einstimmig gefaßten Beschluß des letzten Landesparteitages unterstützte. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktionsminderheit und der KPD wurde eine Senkung der Besitzsteuern beschlossen.

Alle vier Bezirksvorstände forderten daraufhin in meist einstimmig oder fast einstimmig gefaßten Beschlüssen die 23 Landtagsabgeordneten auf, ihr Landtagsmandat niederzulegen. Diese weigerten sich jedoch, dieser Forderung nachzukommen. 73) Fleißner verurteilte diesen "Disziplinbruch in Permanenz" und forderte den Parteiausschluß der 23. Er forderte den Parteivorstand auf, diesen Schritt zu unterstützen: "Machen die sächsischen Disziplinbrecher Schule, dann ist es mit der Demokratie in der Partei vorbei und die Desorganisation die unvermeidliche Folge. Das wäre der Anfang der Auflösung der Partei." 74) Der Parteivorstand hüllte sich jedoch zunächst in Schweigen.

Ende Dezember 1924 schlossen die Bezirksvorstände von Ostsachsen und Chemnitz-Erzgebirge die Landtagsabgeordneten ihrer Gebiete aus der Partei aus, die am 8.11. gegen die Auflösung des Landtages gestimmt hatten. Begründet wurde dies mit dem wiederholten Verstoß gegen Beschlüsse des Landesparteitages, der Weitergabe von parteiinternen Informationen an die bürgerliche Presse und der Abhaltung von Sonderkonferenzen. 75) Die "Leipziger Volkszeitung" begrüßte diese Parteiausschlüsse mit folgender Argumentation: "Der Ausschluß

der Disziplinbrecher ist die einzige Möglichkeit, den Willen der Mitglieder, das heißt der Demokratie in der Partei durchzuführen. Es ist einfach unerträglich, daß eine Anzahl von Leuten, die auf den Schultern der Mitglieder emporgestiegen sind, diesen Mitgliedern dauernd auf der Nase herumtanzen. Bei dem Ausschluß der Disziplinbrecher muß scharf darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um eine Entscheidung über verschiedene politische Meinungen handelt, sondern um eine organisatorische Maßregel gegen Leute, die nunmehr seit Jahr und Tag den Willen der Parteimitglieder verhöhnt und Gesetze, der Partei zertrampelt haben. Die Disziplinbrecher haben das Vertrauen der Klassenfeinde des Proletariats bis zu den Deutschnationalen gewonnen. Ihr skandalöses Verhalten war parteischädigend in höchstem Grade, deshalb ist ihr Ausschluß nur zu berechtigt." 76)

Edel verurteilte die bisherige Haltung des Parteivorstandes, die erwarten lasse, daß er nun wieder einmal versuchen werde, der Fraktionsmehrheit zu helfen, worauf die Ausgeschlossenen jetzt hofften: " Leider ist ihre Hoffnung auch nicht unberechtigt. Denn würde der Parteivorstand korrekt gehandelt haben, er hätte die 23 längst zur Ordnung gerufen und ihr ganzer Spuk wäre vorüber," Ohne dies zu konkretisieren, drohte er an, daß die SPD Sachsens eine neuerliche Unterstützung der 23 durch den Parteivorstand nicht unbeantwortet lassen würde: "Wird der Parteivorstand die Unterordnung (der sächsischen SPD -E.W.) unter den eigenmächtigen Willen der 23 fordern, dann wird sein Diktat wirkungslos ein und bleiben. Maßnahmen, die sächsische Partei unter ein einseitiges Diktat zu zwingen, würden sicher das Gegenteil der gewollten Wirkung auslösen." 77)

Der Parteivorstand versuchte Anfang Januar 1925, den Parteikonflikt durch einen Vorschlag zu lösen, der allerdings nur der Fraktionsmehrheit entgegenkam. Die Auflösung des Landtages sollte nur mit der Einwilligung des Parteivorstandes und der gesamten Landtagsfraktion beantragt

werden können. Sie sei auch nur dann durchführbar, wenn vorher der Parteiausschluß von Mitgliedern der Landtagsmehrheit rückgängig gemacht werden würde und sich die Fraktionsminderheit bei den Abstimmungen an die Fraktionsdisziplin halten würde. Alle bisherigen Landtagsabgeordneten müßten erneut aufgestellt werden.

Auf einer Tagung der vier Bezirksvorstände der sächsischen SPD wurde dieser Plan des Parteivorstandes am 3.1.1925 kategorisch abgelehnt. Aus Anlaß der Entlassung des linken Sozialdemokraten Edel als Redakteur der "Sächsischen Staatszeitung" durch die Landesregierung wurde einstimmig die Personalpolitik der Regierung Heldt verurteilt, die nur der Reaktion nütze. Den "Opfern der Regierung Heldt" wurde "vollste Sympathie und Solidarität" bekundet. Der "Vorwärts" vermied jeden Kommentar zu diesem Beschluß, berichtete aber, daß nach Erklärungen der Regierung Heldt Edel nicht aus politischen, sondern aus rein finanziellen Gründen entlassen worden sei. 78)

Nach dem Scheitern des Vermittlungsversuches eskalierte der Konflikt in Sachsen immer mehr. Am 6.1. begrüßte der SPD-Bezirksvorstand Zwickau-Plauen ausdrücklich die Entscheidung aller vier Bezirksvorstände und erklärte die drei aus seinem Gebiet stammenden Abgeordneten der Fraktionsmehrheit für aus der Partei ausgeschlossen. Der Parteivorstand weigerte sich jedoch, die Parteiausschlüsse anzuerkennen. 79)

Das Mißtrauen zwischen der sächsischen Parteimehrheit auf der einen Seite und dem Parteivorstand und der Fraktionsmehrheit auf der anderen Seite wuchs weiter. Bieligk unterstellte den 23 Landtagsabgeordneten den "Willen zur Parteispaltung". Er äußerte die Vermutung, daß die Fraktionsmehrheit versuchen würde, mit Hilfe des Rechtes des Parteivorstandes auf der Grundlage des § 28 Absatz 5 des Partei-statuts den sofort wirksamen Parteiausschluß der Abgeordneten der Fraktionsminderheit wegen Bruchs der Fraktions-

disziplin durchzusetzen. Er gab dem Parteivorstand zu bedenken, daß der "Hinauswurf der sächsischen Parteiorganisation" den Verlust von einem Fünftel der Gesamtmitglieder der SPD bedeuten würde. 80)

Bei entscheidenden Parlamentsabstimmungen fiel die SPD weiterhin auseinander. Am 19.1.1925 lehnten 7 Abgeordnete der Fraktionsmehrheit zusammen mit der DDP, DVP und DNVP einen Antrag der SPD-Fraktionsminderheit ab, von der Reichsregierung die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zu verlangen. Die "Leipziger Volkszeitung" benutzte, dies, um die freien Gewerkschaften aufzufordern, ihre bisherige Unterstützung der Fraktionsmehrheit zu beenden, da sich klar zeige, daß sich deren Politik "nicht nur politisch gegen die Sozialdemokratie, sondern auch wirtschaftlich gegen die Arbeiterschaft bzw. die freien Gewerkschaften auswirkt." 81)

Der Parteiausschuß nahm auf seiner Sitzung am 17.2.1925 zum sächsischen Parteikonflikt nicht offiziell Stellung.

Ende Februar 1925 schloß als letzter Bezirk auch der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge seine Abgeordneten, die zur Fraktionsmehrheit gehörten, aus der Partei aus. Damit waren alle 23 Abgeordneten der Fraktionsmehrheit aus der Partei ausgeschlossen. 82) Der Parteivorstand versagte diesen Beschlüssen seine Anerkennung.

Wegen des Wahlkampfes zur Reichspräsidentenwahl wurde der Konflikt in der sächsischen SPD im März 1925 nicht mehr offen ausgetragen.

Nach dem ersten Wahlgang machte der Parteivorstand auf einem am 30.3. in Dresden stattfindenden Treffen mit der gesamten Landtagsfraktion und den vier Bezirksvorständen einen neuen Vermittlungsvorschlag. Der Konflikt sollte durch eine paritätisch aus drei Vertretern des Landesarbeitsausschusses und drei Vertretern der Fraktionsmehrheit zusammengesetzte

Schiedskommission gelöst werden, deren Vorsitzender von der Reichskontrollkommission der SPD ernannt werden sollte. Die getroffene Entscheidung sollte für beide Konfliktparteien verbindlich sein.

Der Landesarbeitsausschuß der sächsischen SPD lehnte diesen Plan jedoch zunächst ab. Er sei nicht bereit, ihm statutenmäßig zustehende Rechte an eine Kommission abzugeben und dadurch ein Sonderrecht zu schaffen. Der nicht genannte Hauptgrund für diese Haltung dürfte die sicherlich realistische Befürchtung gewesen sein, daß mit der Stimme des von der Reichskontrollkommission der Partei ernannten Vorsitzenden die Vertreter der Fraktionsmehrheit in dieser Kommission ihren Willen weitgehend durchsetzen könnten. Die Landtagsfraktionsmehrheit hingegen akzeptierte diesen Vorschlag sofort. Wegen des Wahlkampfes verschwieg der "Vorwärts" diese Ereignisse. 84)

Ende Mai 1925 wurde der sächsische Parteikonflikt wieder in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Die vier Bezirksvorstände der sächsischen SPD warnten am 21.5. die Regierung Heldt vor der Verabschiedung einer neuen Gemeindeordnung, die die wesentlichen Errungenschaften der von der Arbeiterbewegung nach 1918 durchgeführten Reform, wie die weitgehende Selbstverwaltung, die Abschaffung des Zweikammersystems und die Einführung des kommunalen Volksentscheides wieder rückgängig machen wolle. Der Aufruf endete mit dem Appell an den Parteivorstand, die Fraktionsmehrheit vor diesem Schritt abzuhalten: "Die Vorgänge in Sachsen sind nicht mehr eine Angelegenheit, die innerhalb unserer eigenen Landesgrenzen erledigt werden kann. Die festgefügte sächsische Partei, die seit Jahren den konzentrierten Angriff von Moskau standgehalten hat, die die Reichsexekutive überstanden und die furchtbare Strenge der "republikanischen" Gerichtsbarkeit in den Prozessen aus der Inflationszeit wie kein anderes Land kennengelernt hat, und die doch immer wieder unverzagt für die Sache des Sozialismus in dem Kampf

ging, ruft die Gesamtpartei an, Stellung zu nehmen gegen Personen, die alle demokratischen Grundrechte in der Partei mit Füßen treten." 85)

Ein Vermittlungsversuch des Parteivorstands in dieser Sache scheiterte. Die sächsische Parteiorganisation lehnte weiterhin die Schiedskommission ab, die Fraktionsmehrheit weigerte sich mit Rücksicht auf ihre Koalitionspartner DDP und DVP, die Kommunalreform bis zur Lösung des Parteikonflikts zu vertagen.

Am 25.5. verabschiedete der Landtag mit 62 gegen 26 Stimmen in erster Lesung den Gesetzentwurf der Regierung zur Reform der Gemeindeordnung. Dagegen stimmten die KPD und die SPD-Fraktionsminderheit. 86) Die ganze Verbitterung über dieses Ereignis spiegelte sich im Kommentar des "Sächsischen Volksblatts" wider: "Nirgends mehr einen Rückhalt, jeden Vertrauens im Lande bar, stützen diese (23 SPD- -E.W.) Abgeordneten, die einst als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in den Landtag einzogen, sich auf Beschlüsse irgendwelcher Sonderorganisationen innerhalb der Partei. Die lebendige Verbindung mit den Massen der Arbeiter ist ihnen verloren gegangen und heute treiben sie, trotz allen Zuredens, trotz aller Beschwörungen des Parteivorstandes als hilfloses Wrack im Kielwasser der Deutschen Volkspartei." 87) Linke Parteigliederungen forderten den Parteivorstand auf, die 23 Abgeordneten sofort aus der Partei auszuschließen. 88)

Am 29.6. wurde die Gemeindeordnungsreform in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD-Fraktionsmehrheit verabschiedet. Die SPD-Fraktionsminderheit brachte daraufhin sogar einen Mißtrauensantrag gegen den zur Fraktionsmehrheit gehörenden Landesinnenministers Max Müller ein, der jedoch nur ihre Stimmen und die der KDP erhielt. Alle anderen Parteien, darunter auch die DNVP, stimmten dagegen. Der "Vorwärts" enthielt sich jeden Kommentars dazu. 89) Die sächsische Parteiorganisation, die inzwischen fast vollständig

von der Parteilinken beherrscht wurde, betrachtete nunmehr die 23 Abgeordneten endgültig als "Verräter an der Arbeiterklasse". Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge beschloß am 29.5. nach dem "Verfassungsraub": "In dieser Situation hält es der Bezirksvorstand für seine Pflicht, die Genossen auf die scharfe Trennung hinzuweisen, die zwischen uns als Partei und den dreißig ausgeschlossenen Abgeordneten besteht. Die Heldt und Müller gehören nicht mehr zur Partei! Zu welchen Experimenten die Reaktion diese Leute auch noch gebrauchen wird, das eine wissen wir, daß der Parteitag als oberste Instanz, will er nicht die Existenz der Partei aufs Spiel setzen, diesen unerhörten Treuebruch, diese offene Widersetzlichkeit gegen alle Körperschaften der Partei bis zum Parteivorstand, mit allen Mitteln des Statuts ahnden muß." 90) In einem Artikel in der "SPW" wurden die 23 Abgeordneten als "angebliche Sozialdemokraten", "Werkzeuge der Reaktion" und "Hausknechte der Reaktion" bezeichnet, deren Namen nur noch "mit Abscheu" genannt werden könnten und gegen die "Kampf auf der ganzen Linie" erforderlich sei. 91)

Edel forderte den nächsten Reichsparteitag auf, den von den sächsischen Bezirken ausgesprochenen Partelausschluß der 23 endgültig zu bestätigen: "Personen, die sich willig der Reaktion als Helfershelfer anbieten, verdienen nur noch eine Behandlung, wie sie Renegaten zukommt." 92)

Anfang Juni 1925 stimmte die sächsische SPD überraschenderweise dem alten Vorschlag des Parteivorstandes zu, in den vier Parteibezirken paritätisch zusammengesetzte Schiedskommissionen zu ernennen, an deren Spitze als neutraler Schlichter ein von dem Parteivorstand entsandtes Mitglied gestellt werden sollte. Wahrscheinlich hoffte die sächsische SPD, daß nach der Zustimmung der 23 zur Gemeindeordnungsreform, die auch vom Parteivorstand als im Widerspruch zum kommunalpolitischen Programm der SPD des Reiches stehend betrachtet wurde, die Chancen für eine weitgehende

Durchsetzung ihrer Vorstellungen günstig seien. Als der Parteivorstand für alle vier Bezirke denselben Vorsitzenden der Schiedskommissionen ernannte, protestierte allerdings der Landesarbeitsausschuß dagegen, da er vier verschiedene Vorsitzende wünschte. 93)

Gleich das erste Schiedsgerichtsverfahren im Bezirk Ostsachsen endete mit einem Eklat. Die drei Vertreter des Bezirksvorstandes Ostsachsens verließen aus Protest gegen die parteiliche und befangene Haltung des Vorsitzenden Deist die am 21.6. tagende Schiedskommission. In einer am 30.6. beschlossenen Resolution billigte der Bezirksvorstand Ostsachsen dieses Verhalten seiner Repräsentanten damit: "Wir wollen nicht verhehlen, daß das Verhalten des Genossen Deist zu Beginn des Schiedsgerichtsverfahrens den bestimmten Eindruck erweckt hat, daß Genosse Deist in seinem Urteil schon vor der Verhandlung völlig fest war." 94) In seiner in Abwesenheit der drei Bezirksvertreter vorgetragenen Urteilsbegründung habe er sich "in der tendenziösesten und illegalsten Weise" Argumente zu eigen gemacht, "die wörtlich von Vertretern der Fraktionsmehrheit fortgesetzt geltend gemacht wurden." Der Parteivorstand wurde aufgefordert, einen neuen Vorsitzenden der Schiedskommission zu ernennen. 94) Auch im Bezirk Leipzig übernahm Deist weitgehend die Argumente der Vertreter der 23. Er erklärte, wie zuvor in Ostsachsen, die Parteiausschlüsse der Landtagsabgeordneten für unrechtmäßig und erkannte ihnen die vollen Mitgliedsrechte wieder zu. Er begründete dies mit formaljuristischen Mängeln der Ausschlußverfahren der Bezirke und damit, daß die Landtagsabgeordneten wegen ihrer Nichtwiederaufstellung als Kandidaten für den neuen Landtag nicht mehr verpflichtet gewesen seien, für die sofortige Auflösung des Landtages zu stimmen. 95)

Auf einem Treffen in Dresden am 3.7.1925 erklärten die vier Bezirksvorstände der sächsischen SPD, daß sie die Anerkennung der beiden ergangenen Schiedsgerichtsurteile ablehnten, da diese "weder sachlich noch formell haltbar" seien. 96)

Der Parteivorstand der SPD beschloß am selben Tag einen neuen Kompromißvorschlag. Der Parteiausschluß der 23 Landtagsabgeordneten sollte revidiert werden. Sobald die sächsische Parteiorganisation dazu bereit sei, sollte die gesamte Landtagsfraktion verpflichtet sein, einen Antrag auf Auflösung des Parlamentes zu stellen. 97)

Am 7.7. einigten sich zwei Vertreter des Parteivorstandes mit dem Führungsgremium der sächsischen SPD auf die Durchführung dieses Vorschlages: "Die Bezirksvorstände stellen sich auf dem Boden des vom Parteivorstand gefaßten Beschlusses, den Landtag aufzulösen und erklären, daß sie, um eine sofortige Beilegung des Sachkonfliktes zu erreichen, bereit sind die schwebenden Ausschlußanträge zurückzuziehen. Voraussetzung dafür ist die vom Parteivorstand selbst gesetzte Bedingung, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtages einmütig einem Antrag auf Auflösung zustimmt."

Die Landtagsfraktionsmehrheit lehnte jedoch diese zwischen dem Parteivorstand und der sächsischen Parteiorganisation zustandegekommene Einigung mit dem formalen Argument ab, daß die Schiedsgerichtsverfahren in den beiden anderen Parteibezirken Sachsens noch nicht durchgeführt worden seien. Der wirkliche Grund dürfte die Befürchtung gewesen sein, bei Landtagsneuwahlen nicht mehr aufgestellt zu werden. Die 23 Landtagsabgeordneten mißbilligten den Beschluß des Parteivorstandes vom 3.7. als politischen Kurswechsel in Richtung auf die Haltung der sächsischen Parteiführung: "Wenn der Parteivorstand entgegen seiner bisherigen klaren und sachlich begründeten Stellungnahme für die politische Taktik der Fraktionsmehrheit plötzlich ohne die Fraktion zu befragen und ohne die politische Situation in Sachsen zu berücksichtigen, die unverzügliche Auflösung des Landtages fordert, so ist das ein einseitiges Diktat, das jede Verständigung unmöglich macht." 98)

Trotz eines in einem Telegramm an die 23 Landtagsabgeordneten enthaltenen Appells des Parteivorstandes, die

Einigung vom 7.7. zu akzeptieren, stimmten sie am 8.7. im Parlament gegen einen Antrag der SPD-Fraktionsminderheit auf die sofortige Auflösung des Landtages, der mit 49 gegen 38 Stimmen abgelehnt wurde. 99) Der Landtag vertagte sich auf Antrag der Regierungsparteien gegen die Stimmen der SPD-Fraktionsminderheit, der KPD und der DNVP bis zum 3.11.1925. In einem Brief an den Parteivorstand begründeten die 23 Abgeordneten ihr Verhalten damit, daß sie der Erklärung der vier Bezirksvorstände, die Parteiausschlußverfahren einzustellen, keinen Glauben schenkten. Sie forderten den Parteivorstand auf, sich endlich auch in aller Öffentlichkeit zur Unterstützung ihrer politischen Taktik der Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte zu bekennen: "Warum hat der Parteivorstand nicht endlich den Mut zu bekennen, daß die Fraktionsmehrheit in Sachsen bisher im Einvernehmen und sogar auf Veranlassung des Parteivorstandes und im Gesamtinteresse der deutschen Partei gehandelt hat?" Sie verlangten vom Parteivorstand sogar, offen zu erklären, daß er auch nach Landtagsneuwahlen eine Fortsetzung der großen Koalition in Sachsen für notwendig halte. 100)

In der im "Vorwärts" abgedruckten Antwort aus dem "Bureau des Parteivorstandes" wurde die bisherige Zusammenarbeit mit der Fraktionsmehrheit offen zugegeben: "Der Parteivorstand hat nie bestritten, daß es ihm darauf ankam, die Politik in Sachsen mit der Politik im Reich in Einklang zu bringen. Für die großen Linien der sächsischen Politik hat der Parteivorstand auch nie die Verantwortung abgelehnt." Der Parteivorstand mißbillige jedoch das Abstimmungsverhalten der 23 Landtagsabgeordneten in den Fragen der Reform der Gemeindeordnung und der Landtagsauflösung. 101)

Die Position der sächsischen Parteiorganisation machte Lipinski in einem Brief an den "Vorwärts" deutlich. Er erklärte dabei, daß die vier Bezirksvorstände sich am 7.7. zu einer schnellen Beendigung der Parteiordnungsverfahren gegen die 23 bereit erklärt hätten und machte deut-

lich, daß die Verfahren in den beiden Bezirken mit demselben Ergebnis geendet hätten wie die bereits abgeschlossenen Schiedsgerichtsverfahren in Ostsachsen und Leipzig, nämlich mit der Rücknahme des Parteiausschlusses. 102)

Die SPD-Linke in Sachsen versuchte natürlich die erstmals auftretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fraktionsmehrheit und dem Parteivorstand auszunützen. Sie klagte die 23 an, eine eigene Partei gründen zu wollen und forderte den Parteivorstand auf, gegen diese Abgeordneten mit dem Parteiausschluß vorzugehen. Nach der Rebellion der 23 gegen die Empfehlung des Parteivorstandes war nach Meinung des "Sächsischen Volksblattes" die Lage in der sächsischen Sozialdemokratie endgültig klar: "Es gibt nur noch eine einzige, geschlossene sozialdemokratische Partei, die im sächsischen Landtag durch 17 Abgeordnete vertreten wird - und - 23 Privatpolitiker, für deren Tun niemand in der ganzen Sozialdemokratischen Partei mehr die Verantwortung trägt. 103)

Die Hoffnung der SPD-Linken in Sachsen auf einen Bruch zwischen dem Parteivorstand und der Fraktionsmehrheit erwies sich bald als Illusion. Der Parteivorstand verfolgte die Strategie, die endgültige Entscheidung über den sächsischen Parteikonflikt dem nächsten Reichsparteitag zu überlassen. Er war nicht bereit, die 23 fallen zu lassen, die ihm politisch näher standen als die sächsische Parteioorganisation. Der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Schumann erklärte daher auf einer Parteiveranstaltung in Stettin am 2.8.1925, daß die auffallende Nachsichtigkeit des Parteivorstandes gegenüber dem mehrmaligen Disziplinbruch der 23 ihre Ursache in der gemeinsamen Strategie der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte habe. Er stellte mit Recht die These auf: "Es unterliegt keinem Zweifel, wenn die sogenannte Linke eine derartige Disziplinlosigkeit begangen hätte, würde diese sofort aus der Partei ausgeschlossen werden." 104)

Das dritte durchgeführte Schiedsgerichtsverfahren endete am 22.8. mit einem Eklat. Nachdem der Vorsitzende der Schiedskommission Deist angedeutet hatte, dieses Verfahren werde dasselbe Ergebnis haben wie die beiden vorangegangenen Verfahren in Ostsachsen und Leipzig, lehnten die drei Mitglieder der Schiedskommission aus dem Bezirksvorstand Zwickau-Plauen Deist wegen Befangenheit ab und verließen aus Protest die Sitzung. Daraufhin erklärte Deist den Parteiausschluß der Vertreter der Fraktionsmehrheit auch dieses Bezirkes für ungültig, da der Bezirksvorstand durch sein Verhalten die Arbeit der Schiedskommission sabotiert habe. Die Zwickauer Parteizeitung "Sächsisches Volksblatt" sah sich dadurch in ihrem Mißtrauen gegenüber dem vom Parteivorstand ernannten Vorsitzenden der Schiedskommission Deist bestätigt: "Nach dieser Erklärung des von der höchsten Parteinstanz ernannten "Unparteiischen" ist klar erkenntlich, daß diese ganzen Schiedsgerichtsverfahren - was wir schon immer betonten - eine Farce sind, nur dazu bestimmt, der Partei auf loyalen Wege den Willen einiger Leute aufzuzwingen, die die elementaren Parteigrundsätze schnöde verraten haben." Zum Schiedsspruch Deists erklärte sie lapidar: "Das ist die Meinung des "Unparteiischen" Deist. Die Parteigenossen im Zwickau-Plauener Bezirk werden sich aber erlauben, anderer Auffassung zu sein." 105)

2.5.4. Der Beschluß des Heidelberger Reichsparteitages zur Lösung des sächsischen Parteikonfliktes

Bieligk äußerte kurz vor dem Reichsparteitag die Vermutung, daß der Parteivorstand trotz des mehrmaligen Disziplinbruchs der 23 Landtagsabgeordneten wieder versuchen werde, ihren Parteiausschluß abzuwenden, da er im Prinzip mit ihrer Koalitionspolitik übereinstimme. Der Parteivorstand denke daher nicht daran, das ihm laut Parteistatut

zustehende Recht zum sofort wirksamen Parteiausschluß gegen die 23 anzuwenden, was er, wenn es gegen Angehörige des linken Parteiflügels gehe, ohne zu zögern tun würde: "Eine derartige Desavouierung des Parteivorstandes, das Entgegenhandeln gegen einen zweimal gefaßten Parteivorstandsbeschluß hätte sich einmal eine sogenannte linke Gruppe der Partei erlauben sollen! Zweifelt einer daran, daß der Parteivorstand ohne Bedenken gegen sie mit dem Ausnahmeparagraphen mit dem Ausschluß eingeschritten wäre!" 106)

Kurz vor dem Beginn des Reichsparteitages verabschiedeten die vier sächsischen Bezirksvorstände einen Aufruf "Klarheit im Sachsen-Konflikt". Sie forderten vom Reichsparteitag, eine eindeutige Verurteilung der Fraktionsmehrheit auszusprechen. Der Aufruf unternahm den Versuch, den Streit von der politisch-inhaltlichen Ebene der Auseinandersetzungen um die Koalition mit den bürgerlichen Mittelparteien auf die formale Ebene des Parteistatuts zu transformieren: "Für die Entscheidung über den Konflikt kommt daher keine Stellungnahme für oder gegen die große Koalition in Betracht. Aber auf keinen Fall darf eine Koalition gegen den Willen und gegen die Beschlüsse der Parteiorganisationen eingegangen werden." 107)

Die Landtagsfraktionsmehrheit antwortete darauf mit einer eigenen Erklärung, in der betont wurde, daß, wie die Schiedssprüche Deists bewiesen, der Parteivorstand keinerlei Anlaß zu einer Bestrafung der 23 Abgeordneten sehe. 108)

Gleich zu Beginn des am 13.9.1925 beginnenden Reichsparteitages in Heidelberg zeigte sich, daß der Parteivorstand eine Kompromißlösung vorschlagen würde, die eher den Vorstellungen der Fraktionsmehrheit entgegenkommen würde als denen der sächsischen Parteiorganisation.

Der Chefredakteur des "Vorwärts" Stampfer machte in seinem Grußartikel zum Parteitag beide Richtungen der säch-

sischen SPD gleichermaßen für die Fortdauer des Konflikts verantwortlich, da beide unwillig seien, sich "auf irgend-einer mittleren Linie der Verständigung zu finden." Für die lange Dauer des Streits machte er "ein ganzes Stück partikularistischer Krähwinkelei" verantwortlich. 109)

Im Bericht des Parteivorstandes bestätigte Stellung den bisherigen Kurs der Parteiführung im sächsischen Parteikonflikt. Er bekannte offen, daß der Parteivorstand die Politik der Fraktionsmehrheit seit der Bildung der Regierung Heldt im großen und ganzen für richtig halte und nur ihr Verhalten bei der Reform der Gemeindeordnung und bei der Abstimmung über die Auflösung des Landtags am 8.7.1925 mißbillige. Er verurteilte hingegen scharf das Vorgehen der Bezirksvertreter von Ostsachsen und Chemnitz, die vor der Urteilsfindung die Schiedskommissionen verlassen hatten. Den von der sächsischen SPD gegen Deist erhobenen Vorwurf der Parteilichkeit zugunsten der Fraktionsmehrheit wies er im Namen des Parteivorstandes entschieden zurück. Den Parteiausschluß der 23 Landtagsabgeordneten lehnte er ausdrücklich ab. Zur Lösung des Konflikts wiederholte er den Vorschlag des Parteivorstandes: Einstellung der Parteiausschlußverfahren, Antrag im Landtag auf Auflösung und dann "Aufstellung der Landtagskandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen." 110)

Der Reichsparteitag wählte einstimmig eine aus 13 Mitgliedern bestehende Kommission zur Lösung des Sachsenkonflikts, der auch 3 Vertreter der Parteilinken (Rosenfeld, Broßwitz, Litke) angehörten, aber keine Mitglieder aus Sachsen. 111)

Danach erhielten mit einer jeweils einstündigen Redezeit der Repräsentant der Fraktionsmehrheit Bethke und der Repräsentant der Parteiorganisation Lipinski das Wort.

Bethke betonte, daß sich die Fraktionsmehrheit immer "im Einklang mit den Interessen der Gesamtpartei" be-

funden habe und - im Gegensatz zur sächsischen Parteimehrheit - mit "der Linie der Reichspartei" völlig einverstanden sei. 112) Die 23 Abgeordneten seien nicht aus Angst vor dem Verlust ihrer Mandate gegen eine sofortige Landtagsauflösung, sondern wegen der im Landtag bei Neuwahlen sicheren bürgerlichen Mehrheit, die die SPD in die Opposition drängen würde, und eine reaktionäre Politik verfolgen würde. Den inhaltlichen Kern des sächsischen Parteikonflikts stellte er so dar: "Es dreht sich bei dem sächsischen Parteistreit um die große Frage der Staatsbejahung oder Staatsverneinung. Ein Teil der sächsischen Genossen sagte: Wir wollen die Republik nicht in die Hände jener geraten lassen, die nicht innerlich zu ihr stehen, die sie nur zertreten wollen. Auf der anderen Seite stehen Genossen, die sagen: Jedes Paktieren mit dem Bürgertum zur Erhaltung der Republik ist eine Todsünde an dem klassenkämpferischen Geist der Sozialdemokratie. 113)

Er verurteilte die Zusammenarbeit mit der KPD im Jahre 1923 und beschimpfte Zeigner als "wankelmütigen, zu keinem Entschluß kommenden Pathologen." 114) Er billigte sogar im nachhinein den Einmarsch der Reichswehrtruppen nach Sachsen im Oktober 1923, da er zur Verhinderung des geplanten kommunistischen Aufstandes notwendig gewesen sei. Er rechtfertigte die Entlassung sozialdemokratischer Beamter in Sachsen, die nur aus rein finanzpolitischen Erwägungen erfolgt sei und die Verabschiedung der neuen Gemeindeordnung, die nur dazu diene unter dem Druck der KPD 1923 eingefügte Elemente wieder zu beseitigen. Die Weigerung am 8.7.1925, der Empfehlung des Parteivorstandes zur Zustimmung zur Auflösung des Landtages zu folgen, begründete er damit, daß zur Zeit die Wahlchancen der SPD noch nicht groß genug seien. Er bekannte sich ganz offen zur Notwendigkeit, manchmal die Disziplin der Partei zu brechen: "Wo die Disziplin mit dem Zweck, dem Proletariat zu dienen, in Konflikt kommt, wird die Disziplin gebrochen." 115)

Lipinski verteidigte die Politik der sächsischen

Parteimehrheit. Die Zusammenarbeit mit der KPD sei 1923 vor dem Hintergrund einer anderen Politik der KPD als heute erfolgt und in der Unkenntnis der Putschvorbereitungen der KPD. Die Ablehnung der Bildung der Regierung Heldt durch die Parteimehrheit habe sich längst als richtig erwiesen. Die unsoziale Politik der Regierung Heldt, die Entlassung sozialdemokratischer Beamter und die neue Gemeindeordnung nütze objektiv nur dem Bürgertum. Die Landtagsfraktionsmehrheit weigere sich permanent, den Beschlüssen ihrer Parteigliederungen Folge zu leisten und respektiere nicht einmal Aufforderungen des Parteivorstandes. Er forderte nicht direkt den Parteiausschluß der 23, erklärte aber, daß sie sich selbst wegen ihrer Disziplinbrüche "außerhalb der Partei" gestellt hätten. 116)

Am 17.9. gab Boß dem Parteitag den Bericht der Sachsenkommission. Die Kommission sei nach Anhörung von Vertretern beider Konfliktparteien, obwohl ihr "Vertreter der verschiedenen taktischen Richtungen" der Partei angehörten, einmütig zu folgendem Lösungsvorschlag gekommen: Eine objektive Klärung der Schuldfrage sei in diesem Konflikt nicht möglich. Zwischen den beiden Richtungen in Sachsen sei folgender Kompromiß anzustreben: Alle Parteiordnungsverfahren gegen die 23 sind sofort einzustellen und alle Landtagsabgeordneten müssen wieder ihre vollen Rechte als Parteimitglieder wahrnehmen können. Eine Auflösung des Landtages ist notwendig. Sie kann jedoch nur im Einvernehmen zwischen den sächsischen Bezirksvorständen, der gesamten Landtagsfraktion und dem Parteivorstand erreicht werden. Bei unüberbrückbaren Gegensätzen in dieser Frage hat der Parteivorstand letztlich das alleinige Entscheidungsrecht. 117)

Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der Fraktionsmehrheit gebilligt, da sie natürlich hofften, daß der Parteivorstand weiterhin eher ihrer Position zuneigen würde.

Die 51 sächsischen Parteitagsdelegierten, die

alle die Politik der Fraktionsmehrheit ablehnten, waren mit diesem Vorschlag hingegen nicht einverstanden. In ihrem Namen verurteilte der Chemnitzer Bezirksvorsitzende Böchel scharf die "arbeiterfeindliche" Politik der Regierung Heldt und begründete die Ablehnung des Vorschlages damit, daß er weitere Disziplinbrüche der 23 nicht ausschließen und die Landtagsauflösung nicht garantieren könne. Er verzichte zudem völlig auf eine Mißbilligung der von den 23 bisher begangenen Disziplinbrüche. Zugleich betonte er jedoch, daß die sächsische Parteiorganisation jeden Parteitagebeschuß respektieren und bei seiner Durchführung mitwirken würde. 118)

Die Rede Böchels wurde ständig durch Zwischenrufe gestört und endete in einem Tumult. Dies zeigte deutlich, daß die Reichsparteiagsmehrheit der sächsischen Querelen überdrüssig war und keine Fortsetzung des sächsischen Parteikonflikts vor dem Forum des Parteitages wollte.

Das Mitglied der Sachsenkommission Marum verurteilte den Beitrag Böchels, da er nur die bekannten Thesen wiederholt habe und damit "Öl ins Feuer" gegossen habe. 119) Der Parteitagevorsitzende Wels forderte die Delegierten auf, nach dieser Rede Marums keine weiteren Beiträge zur Debatte zuzulassen. Dies wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die sächsischen Delegierten erhielten also nicht mehr die Gelegenheit, auf die Vorwürfe Marums zu antworten.

Der Reichsparteitag billigte daraufhin, wie es im Protokoll heißt, "gegen die Stimmen der Sachsen" den Vorschlag der Kommission zur Lösung des sächsischen Parteikonflikts. Wels konnte sich bei der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses nicht verkneifen, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Erklärung Böchels "das letzte vergiftende Wort" in diesem Streit gewesen sein sollte. 120)

Nach dem Bericht des "Vorwärts" stimmten nur wenige nicht aus Sachsen stammenden Delegierte, die zur Parteioption gehörten, gegen diesen Beschluß. Er vermutete, daß

nach der Rede Böchels die sächsischen Delegierten selbst innerhalb der Parteilinken in dieser Frage isoliert seien. 121) Alle sächsischen Parteizeitungen verurteilten diesen nach ihrer Meinung die Haltung der Fraktionsmehrheit unterstützenden Beschluß. Der Landesarbeitsausschuß erklärte aber am 24.9., daß er trotz seiner Kritik an dieser Entscheidung des Reichsparteitages konstruktiv an der Ausführung mitarbeiten werde. 122) Die Empörung der Masse der sächsischen SPD-Mitglieder kam u.a. in einem am 22.9. gefaßten Beschluß des Unterbezirks Groß-Leipzig zum Ausdruck: "Die Mitgliederversammlung Groß-Leipzig erhebt stärksten Protest gegen die vom Heidelberger Parteitag getroffene Entscheidung im sächsischen Konflikt. Sie billigt die Haltung der Leipziger Delegierten auf dem Parteitag. In der Überzeugung, daß die Politik der Dreißundzwanzig durch die geschichtliche Entwicklung verurteilt worden ist, fordert die Mitgliederversammlung die Parteigenossenschaft auf, im Sinne der bisherigen Taktik der sächsischen Partei ihre Pflicht vollauf zu erfüllen." 123) Auch der geistige Führer der Parteioopposition in der SPD Levi verurteilte den Beschluß des Parteitages als Übervorteilung der Fraktionsmehrheit, gegen die allein das Mittel des Parteiausschlusses noch angemessen gewesen wäre, das gegen Mitglieder des linken Flügels schon längst ergriffen worden wäre: "... wenn die Widersponstigkeit von links gekommen wäre - wäre die Entscheidung des Parteitages dieselbe gewesen? Die wohl einmütige Antwort auf diese Frage beweist, wie unmöglich die Entscheidung des Parteitages war." 124)

2.5.5. Der Prozeß der Ablösung der Landtagsfraktionsmehrheit von der SPD bis zur Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens

Die nach dem Heidelberger Parteitag geführten Verhandlungen zwischen der sächsischen Parteiführung, der Frak-

tionsmehrheit und Vertretern des Parteivorstandes führten zu keiner Einigung in den Fragen der Vorgehensweise bei der Auflösung des Landtages und der Nominierung der Landtagskandidaten. Der Landesarbeitsausschuß der SPD berief daraufhin den Landesparteitag für den 30.1.1926 ein. 125)

Die politische Lage in Sachsen änderte sich zum Jahresende 1925 wesentlich. Die KPD vollzog die Abkehr vom ultralinken Kurs, den sie wie im Reich seit Ende 1923 eingeschlagen hatte, nachdem die Komintern in einem Offenen Brief dies vorgeschlagen hatte. Die sächsische KPD, die bisher den linken Flügel der SPD noch schärfer angegriffen hatte als den rechten SPD-Flügel, der durch seine "radikalen Phrasen" die sozialdemokratischen Arbeiter vom Wechsel zur KPD abhalte und in der Praxis eine rechte Politik betreibe, veränderte ihren Kurs. Die Reichsparteikonferenz der KPD beschloß am 1.11.1925, ihre sächsische Parteiorganisation anzuweisen, jeden Antrag der SPD zur Auflösung des Landtages zu unterstützen und sich prinzipiell bereitzuerklären, nach Landtagsneuwahlen eine SPD-Minderheitsregierung von Fall zu Fall zu tolerieren. 126)

Am 15.11.1925 richtete der Landesvorstand der sächsischen KPD einen Brief an den Landesarbeitsausschuß der SPD, in dem er seine Zusammenarbeit der beiden Parteien im Landtag beim Durchsetzen von sozialpolitischen Verbesserungen, einer politischen Amnestie und der Auflösung des Parlaments anbot. Ziel der Landtagsneuwahlen müsse eine proletarische Mehrheit sein. 127)

Erst am 1.12.1925 antwortete der Landesarbeitsausschuß der SPD auf diesen Vorschlag. Die SPD-Landtagsfraktion sei zwar bereit, mit der KPD zusammenzuarbeiten, wenn es um die Realisierung von Forderungen der Arbeiterschaft gehe. Den richtigen Zeitpunkt für die Auflösung des Landtages werde die SPD Sachsens aber völlig selbständig in Übereinstimmung mit dem Heidelberger Parteitagsbeschuß be-

stimmen. Die Stellungnahme der sächsischen SPD war vom Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Kurswechsels der KPD geprägt. 128). Die "Leipziger Volkszeitung" forderte "stärkstes Mißtrauen" gegenüber der KPD aufrechtzuerhalten, da die Kommunisten in der Vergangenheit schon oft ihre "Unehrlichkeit" bewiesen hätten. 129) Die "Dresdener Volkszeitung" begrüßte das Angebot der KPD, allerdings unter der Voraussetzung, daß es einen ehrlichen Willen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausdrücke. 130)

Der Konflikt in der sächsischen SPD spitzte sich nach einer kurzen Pause nach dem Heidelberger Parteitag wieder zu, als offenbar wurde, daß beide Richtungen nicht zum Nachgeben bereit waren. Die Regierung Holdt setzte ihre Politik der Entlassung hoher linkssozialdemokratischer Beamter mit der Entfernung des SPD-Landesarbeitsausschußvorsitzenden Arzt als Bezirksschulrat und des Ministerialbeamten Künstler aus dem Innenministerium unbeirrt fort. Wie immer wurde dies mit Sparmaßnahmen begründet. Linke SPD-Gliederungen, wie der Unterbezirk Plauen appellierten an den Parteivorstand, endlich gegen die Fraktionsmehrheit mit Parteiausschlüssen vorzugehen, da die sächsische Parteiorganisation ansonsten in eine Katastrophe schlittern würde. Weigerte sich die Fraktionsmehrheit weiterhin, einer sofortigen Auflösung des Landtages zuzustimmen, bleibe nichts anderes übrig, als der Parteiausschluß. Alle Beschlüsse der Vorbereitungskonferenz zum Landesparteitag der großen sächsischen Parteigliederungen hatten einen ähnlichen Wortlaut wie diesen. 131)

Kurz vor dem Beginn des Landesparteitages gelang es den Vertretern des Parteivorstandes, einen Kompromißvorschlag zu machen, der sowohl vom Landesarbeitsausschuß wie von der Mehrheit der Landtagsfraktion angenommen wurde. In der Landtagsfraktion stimmten allerdings nur die 17 Vertreter des linken Flügels und 5 Vertreter des rechten Flügels dafür, während 10 Vertreter des rechten Flügels dagegen stimm-

ten und 8 Vertreter dieser Richtung sich der Stimme enthielten oder sich an dieser Abstimmung nicht beteiligten. Die Fraktionsmehrheit war also in dieser Frage gespalten. Der Vorschlag des Parteivorstandes sah vor, daß die Landtagsfraktion fünf Anträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik im Landtag einbringen sollte. Sollten diese Anträge erwartungsgemäß von den bürgerlichen Koalitionspartnern der SPD in der Regierung Heldt abgelehnt werden, war die Landtagsfraktion verpflichtet, bis spätestens 26.3.1926 einen Antrag auf Auflösung des Landtages zu stellen. 132)

Der Landesparteitag der sächsischen SPD beschloß am 31.1.1926 fast einstimmig die Annahme dieses Vorschlages. Wie groß die Differenzen in der Partei aber immer noch waren, zeigte die Weigerung der großen Mehrheit der Parteitagsdelegierten, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion Wirth das Wort zu erteilen. Daraufhin verließen die Mitglieder der Fraktionsmehrheit aus Protest den Landesparteitag. Als Reaktion darauf beschloß die Versammlung, daß gegen die 23 Landtagsabgeordneten erneut Parteiausschlußverfahren eingeleitet werden würden, falls sie nicht gewillt seien, den Beschluß des Parteitages im Parlament durchzuführen. 133)

Der "Vorwärts" verschwieg dieses disharmonische Ende des Landesparteitages und lobte ausdrücklich die Bereitschaft der Landtagsfraktion zur Annahme des Vorschlages des Parteivorstandes, wobei er verschwieg, daß 18 der 23 Abgeordneten in der Fraktion nicht für diesen Vorschlag gestimmt hatten: "Überall wird es begrüßt werden, daß die Genossen von der Mehrheit der Fraktion das von ihnen verlangte Beispiel von Disziplin gegeben haben." 134)

Die sächsische SPD-Linke zweifelte von vornherein an dem Willen der Fraktionsmehrheit, sich an den Plan des Parteivorstandes und des Landesparteitages zu halten. Das "Sächsische Volksblatt" schrieb: "Es ist durchaus begreiflich, wenn die Parteigenossen im Lande dem Ergebnis des Landesparteitages mit Zurückhaltung und Mißtrauen gegenüber-

stehen. Das in den letzten Jahren durch mancherlei Vorkommnisse untergrabene Vertrauen ist nicht mit einem Schlage wieder hergestellt. Darum sagen wir, der sächsische Konflikt ist erst dann endgültig beigelegt, wenn die 23 ihr bei den Verhandlungen gegebenes Versprechen eingelöst haben, wenn der Landtag aufgelöst ist." 135) Diese Skepsis der SPD-Linken erwies sich bald als berechtigt. Die 23 Abgeordneten stimmten im Landtag den Anträgen ihrer Koalitionspartner DDP und DVP zu, die fünf Anträge der SPD nicht im Schnellverfahren zu behandeln, sondern zunächst an die Landtagsausschüsse zu überweisen. Bieligk zog daraus in der "SPW" den Schluß, daß die 23 einen neuen "Schurkenstreich" und ein "neues Verbrechen an der Partei" planten. 136)

Am 4.3.1926 fiel die SPD-Landtagsfraktion der SPD im Landtag bereits wieder auseinander. 14 Mitglieder der SPD-Fraktionsmehrheit stimmten im Gegensatz zur Fraktionsminderheit zusammen mit den bürgerlichen Parteien für die Wiedereinführung von Anstaltsgeistlichen und für die Verlängerung des Verbots für Strafgefangene, kommunistische Zeitungen zu beziehen. Die "Leipziger Volkszeitung" forderte daraufhin den Parteivorstand auf, gegen diese 14 Abgeordneten vorzugehen, "die gewissenlos genug sind, den Bürgerlichen zuliebe auf ihre sozialdemokratischen Grundsätze und auf die Beschlüsse der Fraktion zu pfeifen." 137)

Am 10.3.1926 kündigten die Vertreter der Fraktionsmehrheit der SPD im Rechtsausschuß des Landtages an, daß sie im Plenum gegen den Antrag der SPD auf eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer um 30 % stimmen würden. Damit machten sie deutlich, daß sie dieses in dem Beschluß des Landesparteitages genannte Gesetz nicht unterstützen würden und dadurch gegen den Kompromißvorschlag des Parteivorstandes verstoßen wollten. Die sächsische SPD-Parteipresse forderte daraufhin den Parteivorstand auf, nunmehr endlich die 23 Landtagsabgeordneten aus der Partei auszuschließen. 138)

Der Parteivorstand unternahm in letzter Minute

einen Versuch, die Fraktionsmehrheit von ihrem Vorhaben abzuhalten und zum Einlenken zu bewegen. Am 18.3. richtete Wels im Auftrag des Parteivorstandes an jeden der 23 Abgeordneten ein vertrauliches Schreiben, das nicht veröffentlicht wurde. Er forderte sie auf, für die von der SPD eingebrachten Gesetzentwürfe zu stimmen und für den Antrag auf die sofortige Auflösung des Landtages, da andernfalls Parteiordnungsverfahren gegen sie und ihre Nichtwiederaufstellung als Landtagskandidaten unvermeidbar sein würden. Indirekt gab Wels zu verstehen, daß der Parteivorstand dem landespolitischen Kurs der 23 weiterhin mit Sympathie gegenüberstand, aber nicht mehr länger den Widerstand der 23 gegen Vereinbarungen des Parteivorstandes mit der sächsischen Parteiorganisation tolerieren konnte. Wels appellierte an die Fraktionsmehrheit sich an den Ausspruch Ignatz Auers zu erinnern "Ihr habt zwar unrecht, aber ihr seid die Mehrheit, und darum muß ich mich fügen." Sie sollten sich daher der im Einverständnis mit dem Parteivorstand gefaßten EntschlieÙung des letzten Landesparteitages fügen. 139)

Der Konflikt wurde noch dadurch verschärft, daß Anhänger der Fraktionsmehrheit der rechtskonservativen Zeitung "Leipziger Neueste Nachrichten" Interna über den sächsischen Parteikonflikt zuspielten. Die "Leipziger Volkszeitung" verurteilte diese Weitergabe von Informationen an das "Hakenkreuzblatt" und verlangte den Parteiausschluß der "Lumpen". 140)

Am 22.3. brachten die 17 SPD-Abgeordneten des linken Parteiflügels im Landtag den Antrag auf sofortige Auflösung des Parlaments ein. Auf der Sitzung der Landtagsfraktion erklärten die Vertreter der Fraktionsmehrheit, daß sie diesen Antrag ablehnen würden. Sie waren also nicht dazu bereit, dem Wunsch des Parteivorstandes zu entsprechen. Entscheidend für diese Haltung war wohl die Gewißheit, daß kaum einer von ihnen die Chance haben würde, bei Landtagsneuwahlen von der Partei wieder als Kandidat nominiert zu werden. 141)

Am 25.3. lehnte der Landtag mit 60 gegen 27 Stim-

mon den Antrag auf Auflösung des Parlaments ab. Für ihn stimmten nur die Abgeordneten der SPD-Fraktionsminderheit und der KPD. Von den Vertretern der SPD-Fraktionsmehrheit votierten 14 gegen ihn, 9 beteiligten sich bewußt nicht an dieser Abstimmung. In der Debatte begründete Liebmann diesen Antrag und interpretierte dabei den Brief von Wels als Einverständniserklärung mit diesem Vorgehen. Bethke erklärte im Namen der Fraktionsmehrheit, daß sie sich weiterhin an den Heidelberger Parteitagebeschuß gebunden fühle, aber zur Zeit wegen der politischen Konstellation in Sachsen vorzeitige Landtagsneuwahlen ablehnen müsse. 141)

Der "Vorwärts" bedauerte das Verhalten der Fraktionsmehrheit, da sie durch die Zulassung der Verschleppung der Gesetzesinitiativen der SPD und die Ablehnung der Auflösung des Landtages die Ausführung des Beschlusses des letzten Landesparteitages sabotiert hätten. Er kündigte jedoch keinerlei politische Konsequenzen aus diesem neuerlichen Disziplinbruch der 23 an. 143)

Für die sächsische Parteiorganisation, die in fast allen Untergliederungen vom linken Parteiflügel beherrscht wurde, war hingegen klar, daß nunmehr der Parteiausschuß der 23 die einzige Möglichkeit zur Lösung des Parteikonflikts darstellte. Typisch für ihre Reaktion auf die Ablehnung des Antrages zur Landtagsauflösung war folgender Ausschnitt aus einem Kommentar der "Leipziger Volkszeitung": "Jetzt bleibt der Parteigenossenschaft nur noch übrig, die organisatorischen Schlußfolgerungen aus dem Verhalten der 23 zu ziehen und die Disziplinbrecher aus der Partei auszuschließen. Ohne viel Worte, ohne lange Auseinandersetzungen in der Parteiorganisation - nur Ausschluß nach den Bestimmungen des Parteistatuts. Mag dann der Landtag mitsamt der Regierung, die beide in Sünden am Proletariat gelebt haben, in Sünden sterben, wenn seine Wahlperiode am Ende dieses Jahres abgelaufen ist. Aus Verrat geboren, in Verrat verendet, wird diese politische Mißgeburt, die jetzt nicht sterben will, in

einigen Monaten doch unter dem Fluche des Proletariats auf dem Schindanger der Geschichte verscharrt werden." 144)

Die sächsische Parteipresse der SPD und viele Parteigliederungen forderten vom Parteivorstand die 23 Landtagsabgeordneten auf der Grundlage des § 28 Absatz 5 aus der Partei mit sofortiger Wirkung auszuschließen. 145) Der Parteivorstand teilte aber dazu im "Vorwärts" am 1.4. mit, daß er dieser Forderung nicht nachkommen könne, "denn der herangezogene Paragraph des Organisationsstatuts tritt nur in Wirksamkeit bei besonderen im Statut festgelegten Verfehlungen gegen die Partei, nicht aber bei Streitigkeiten, die aus politischen oder sachlichen Meinungsverschiedenheiten entstanden sind." Es seien daher nur ordentliche Parteiordnungsverfahren, die von den Bezirken eingeleitet werden müßten, möglich, bei denen der Parteivorstand die Vorsitzenden der Schiedsgerichte ernennen würde. Alle vier sächsischen Bezirksvorstände leiteten daraufhin ein ordentliches Parteiaus-schlußverfahren gemäß § 28 Absatz 1 des Parteistatuts ein. 146)

Die vier Bezirksvorstände der sächsischen SPD verabschiedeten am 31.3. eine gemeinsame "Kundgebung an die sächsische Parteigenossenschaft." 147) Darin wurden sämtliche gravierenden Disziplinbrüche der Landtagsfraktionsmehrheit aufgezählt. Mit ihrer Weigerung am 26.3. für die Landtagsauflösung zu stimmen, habe sie erneut einen schweren Disziplinbruch begangen und ein gegenüber dem Parteivorstand gegebenes Versprechen nicht erfüllt. Diese Landtagsabgeordneten hätten dadurch "jeden Zusammenhang mit der Partei" gelöst. Sie könnten daher nicht mehr als Vertreter der SPD im Landtag und in der Landesregierung gelten. Nur diejenigen Abgeordneten der SPD, die am 26.3. für die Landtagsauflösung gestimmt hätten, könnten noch als Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion wirken. Die Bezirke wurden in diesem Aufruf aufgefordert, "auf schnellstem Wege den formellen Ausschluß der Disziplinbrecher aus der Partei zu vollziehen". Die Parteimitglieder wurden ermahnt, "sich nicht durch das

Verhalten einiger völlig isolierter Abgeordneter isolieren zu lassen" und der Partei die Treue zu bewahren.

Die sächsische KPD machte am 1.4. der SPD das Angebot, ein Volksbegehren mit dem Ziel der Durchführung eines Volksentscheides zur Auflösung des Landtages einzuleiten. Die SPD-Parteizeitungen Sachsens lehnten aber dieses Projekt mit der Begründung ab, daß ein Erfolg des Volksentscheides nur kurze Zeit vor dem Ablauf der regulären Legislaturperiode des Landtages zu erzielen sein würde. Nur für den Fall, daß sich Gerüchte bewahrheiten würden, daß eine Mehrheit des Landtages die Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr plante, sei dieser Weg notwendig. Diese Position wurde vom Landesarbeitsausschuß der SPD übernommen. 148)

Die Anhänger der 23 Landtagsabgeordneten verstärkten ihre Bemühungen, innerhalb der sächsischen SPD eine organisierte Oppositionsgruppierung aufzubauen. Sie veranstalteten am 12.4. in Dresden eine Sonderkonferenz, obwohl dies im Widerspruch zum Verbot dieser Veranstaltungen durch einen vom Bezirk Zwickau-Plauen eingebrachten beschlossenen Antrag des Heidelberger Parteitages stand. Vor den ca. 550 Teilnehmern gab Bethke bekannt, daß die 23 Abgeordneten bereit seien, bei den nächsten Landtagswahlen auf einer eigenen Liste zu kandidieren, falls sie von der SPD nicht mehr aufgestellt werden würden. Dies war nichts anderes als die Ankündigung, auch eine Parteispaltung in Sachsen in Kauf zu nehmen. 149) In einer von der Konferenz beschlossenen Resolution wurden die 23 ausdrücklich dazu aufgefordert, ihre bisherige Politik fortzusetzen: "Getragen von der allgemeinen Erkenntnis, daß das radikale Wortheldentum und eine fruchtlose Opposition das werktätige Volk nicht um einen Schritt vorwärtsbringen, fordern die Versammelten von der Fraktionsmehrheit, diese ihre auf positive Staatsmitarbeit eingestellte erfolgreiche Politik mit allen Konsequenzen weiterzuführen." 150) Unterstützung fand die Politik der 23 nur in wenigen Parteigliederungen der sächsischen SPD. Sie wurde aber von der

Führung des Landesbezirk des ADCB gefördert.

Nach dieser Erklärung der Anhänger der 23, die bisherige Politik fortzusetzen, war klar, daß keinerlei Aussicht auf irgendeinen Kompromiß zwischen den verfeindeten Parteiflügeln mehr möglich war. Am 15.4. wurde die politisch schon seit dem 4.1.1924 bestehende Spaltung der SPD-Landtagsfraktion nunmehr auch organisatorisch anerkannt. In einem Brief an den Landtagspräsidenten verlangten 18 Landtagsabgeordnete der linken Fraktionsminderheit der SPD ein eigenes Fraktionszimmer und eigene Sitze in den Landtagsausschüssen, da sie sich als eigene Fraktion konstituiert hätten. Zu den 17 Abgeordneten der linken Fraktionsminderheit hatte sich inzwischen noch der Ex-Ministerpräsident Fellisch hinzugesellt. 151)

Auf diese Bildung einer selbständigen Landtagsfraktion reagierte die nunmehr aus 22 Landtagsabgeordneten bestehende Fraktion der SPD-Rechten mit der offenen Ankündigung, die SPD in Sachsen zu spalten. In einer Erklärung betonten sie ihren Willen, an ihrer Politik der verantwortungsvollen positiven Politik der Mitarbeit am demokratischen Staat festzuhalten und weiterhin die unfruchtbare und kommunistenfreundliche Oppositionspolitik der Mehrheit der sächsischen SPD abzulehnen. Sie würden bei den nächsten Landtagswahlen auf einer eigenen Liste unter dem Namen "Alte Sozialdemokratische Partei" kandidieren." Aus allen diesen Gründen erklären wir, daß wir die Politik der gegenwärtigen sächsischen Parteileitung ablehnen und daß wir als "Alte Sozialdemokratische Partei" den in den letzten Jahren erprobten und zum Vorteile des Volkes sich auswirkenden Kurs positiver Staatsmitarbeit weiter treiben werden." 152)

Im Landtag erwiderte der Vorsitzende der Landtagsfraktion der SPD-Linken, die inzwischen vom Landesarbeitsausschuß der SPD zur einzig legitimen Vertretung der SPD im Landtag erklärt worden war, Liebmann, daß es in Wahrheit

gar keine Spaltung der SPD-Landtagsfraktion gegeben hätte, da die Mitglieder der Fraktionsmehrheit "innerlich längst aufgehört haben, Sozialdemokraten zu sein". Er stellte klar, daß seine Fraktion die "reaktionäre Politik der Regierung Heldt" mit allen Mitteln bekämpfen würde. 153)

Nach der Erklärung der Fraktionsmehrheit, bei den nächsten Landtagswahlen auf einer eigenen Liste kandidieren zu wollen, was einer Parteispaltung gleichkommen würde, ließ der Parteivorstand diese Gruppierung fallen. Nach einer Anhörung von Arzt und Bethke beschloß der Parteiausschuß einstimmig, daß die von den sächsischen Bezirksvorständen eingeleiteten Parteiordnungsverfahren gegen die 22 Abgeordneten vor nur einem Schiedsgericht, dessen Vorsitzenden der Parteivorstand ernennen sollte, eine beschleunigte Durchführung erlangen sollten. Der Parteivorstand wurde beauftragt, allen Bestrebungen, die Parteeinheit in Sachsen zu zerstören, "sofort energisch zu begegnen". Damit wurde die organisierte Fraktionsbildung der Parteirechten indirekt verurteilt. Es war offensichtlich, daß die Parteiführung der SPD nicht mehr bereit war, den Kurs der Fraktionsmehrheit bedingungslos zu unterstützen. 154)

Die Anhänger der Fraktionsmehrheit intensivierten nach diesem Beschluß des Parteiausschusses die Bemühungen, ihre Anhängerschaft in der sächsischen SPD zu mobilisieren. Zwei Ende April 1926 stattfindende Bezirksparteitage zeigten jedoch, daß ihre Anhängerschaft nur eine kleine Minderheit der sächsischen Parteiorganisation umfaßte. Der Bezirksparteitag von Zwickau-Plauen verlangte einstimmig den Parteiaus-schluß der 22 Landtagsabgeordneten. Der Hauptreferent Levi warf ihnen vor, eine eigene "bürgerlich-sozialistische" Partei gründen zu wollen, was scheitern müsse und einen "hellen Wahnsinn" darstelle. 155) Der Bezirksparteitag von Chemnitz-Erzgebirge forderte mit 198 gegen 25 Stimmen den Parteiaus-schluß der 22 Abgeordneten. Ein Gegenkandidat des rechten Flügels bei der Wahl zum Bezirksvorsitzenden erhielt

nur 32 Stimmen, während der bisherige Vorsitzende Böchel mit 177 Ja-Stimmen wiedergewählt wurde. 156) Der Bezirksvorstand von Ostsachsen forderte einstimmig ebenfalls den Parteiausschluß. 157)

Es wurde immer deutlicher, daß die Fraktionsmehrheit gewillt war, die sächsische SPD zu spalten. Am 3.5.1926 kündigte Max Müller an, daß sie bald eine eigene Tageszeitung herausgeben wolle und bei den nächsten Landtagswahlen mit einer eigenen Liste kandidieren werden. 158) Die SPD-Linke prophezeite, daß diese "Spaltungsarbeit" zum Scheitern verurteilt sein würde, da die große Masse der Parteimitglieder diesen Kurs verurteile, wie die letzten drei Bezirksparteitage erneut bewiesen hätten. Der Versuch der Parteispaltung werde daher "an der Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Sachsen abprallen." Die Anhängerschaft der 22 Abgeordneten setze sich fast nur aus Kleinbürgern und Beamten zusammen: "Arbeiter befinden sich unter dem Häuflein fast gar nicht." 159)

Ende April 1926 wurde die Bildung einer eigenen Partei mit dem Namen "Alte Sozialdemokratische Partei" für das Gebiet Sachsens von den Anhängern der 22 Abgeordneten angekündigt. 160)

Der Landesarbeitsausschuß der SPD Sachsens verurteilte am 20.5. diesen Plan der Parteispaltung, der sich langfristig nicht auf Sachsen beschränken, sondern auch das Reich betreffen werde. Zugleich betonte er aber, daß dieses Projekt der "Helfershelfer der Reaktion" von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, da es innerhalb der Arbeiterschaft auf so gut wie keine Unterstützung rechnen könne. 161)

Einen Tag später vollzog auch der Parteivorstand der SPD den Trennungsstrich von den 22 Abgeordneten, indem er den Parteiausschluß der 21 Abgeordneten, die gegen den Parteiausschluß durch die Bezirksvorstände keinen Widerspruch eingelegt hatten, ohne Zusammentritt der Schiedskommission für rechtskräftig erklärte. Begründet wurde diese Maßnahme mit

dem Willen dieser Landtagsabgeordneten, eine eigene Organisation aufzubauen und damit die SPD in Sachsen spalten zu wollen. Dieser Versuch werde aber wegen des Widerstandes der Parteimitgliedschaft "kläglich zusammenbrechen". Die SPD Sachsen wurde ausdrücklich aufgefordert, allen Meinungen, die im Rahmen des Parteiprogrammes lägen, Raum zur Äußerung zu geben. Dies war ein Appell, die in der sächsischen SPD verbleibenden Mitglieder, die den Kurs des Parteivorstandes im Reich billigten, verstärkt zu Wort kommen zu lassen. 162)

Nach zweieinhalbjähriger Dauer wurde der sächsische Parteikonflikt also erst dadurch beendet, daß die Anhänger der Fraktionsmehrheit eine eigene Partei gründeten. Bis dahin unterstützte der Parteivorstand der SPD trotz gelegentlicher Kritik weitgehend die Politik der Fraktionsmehrheit, obwohl sie mehrmals Vereinbarungen mit dem Parteivorstand brach und von der großen Mehrheit der sächsischen Parteimitgliedschaft abgelehnt wurde.

Diese Haltung der Parteiführung der SPD ist nur vor dem politischen Hintergrund verständlich, daß der Erhalt der großen Koalition in Sachsen wichtig war für die Fortsetzung des Versuchs zur Zusammenarbeit mit der DDP, der DVP und dem Zentrum (das in Sachsen keine Rolle spielte, wegen des minimalen Anteils von Katholiken an der Bevölkerung) im Reich und in den Ländern, v.a. in Preußen. Gerade diese Strategie der Kooperation mit den Parteien der Mitte wurde von der sächsischen SPD, die die Hochburg der SPD-Linken bildete, aber abgelehnt. Dies erklärt, warum der Parteivorstand trotz seiner immer wieder beteuerten Neutralität im sächsischen Parteikonflikt faktisch, solange es möglich war, die Politik der Fraktionsmehrheit unterstützte. Gegen die dem Kurs der Parteiführung im Reich ablehnende Parteimehrheit in Sachsen vorzugehen, war für den Parteivorstand unmöglich, da dies mit Sicherheit die Abspaltung vieler Mitglieder der über ein Siebtel der Gesamtmitglied-

schaft der SPD repräsentierenden vier sächsischen Parteibezirke und weiterer Anhänger der Parteiopposition außerhalb Sachsens bewirkt hätte. Die Parteimehrheit in Sachsen lehnte im Gegensatz zu der im Reich eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte weitgehend ab und bevorzugte, wenn möglich, die Zusammenarbeit mit der KPD. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Parteivorstand einen permanenten Disziplinbruch von Landtagsabgeordneten und den Aufbau einer Sonderorganisation in der Partei nicht solange geduldet hätte, wenn er von Vertretern des linken Parteiflügels in Sachsen unternommen worden wäre. Dies bewies das Vorgehen der Parteiführung im Jahr 1931, das schließlich zur Abspaltung der SAPD führte.

Auch nach dem Parteiausschluß der Fraktionsmehrheit blieb ein starkes Mißtrauen der sächsischen SPD gegenüber der SPD-Parteiführung im Reich erhalten.

Am 6.6.1926 fand in Dresden der Gründungsparteitag der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens (ASPS) statt. Die neue Partei kündigte an, daß sie sich auf das Gebiet Sachsens beschränken wolle, da sie die Politik der SPD im Reich unterstütze. Die Parteispaltung in Sachsen sei nur solange erforderlich, wie in der regionalen SPD die radikalen Kräfte das Sagen hätten. Das Heidelberger Programm der SPD wurde ausdrücklich als Grundlage der eigenen Politik anerkannt. Die Partei werde im Landtag an der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der DDP und DVP festhalten. 163)

Die Reaktion der beiden Parteiflügel der SPD auf die Gründung der SDPD fiel sehr unterschiedlich aus. Der "Vorwärts" berichtete sehr sachlich über den Gründungsparteitag und verzichtete auffallenderweise auf jeglichen Kommentar zur Bildung einer Organisation, die immerhin ihr Hauptziel in der Bekämpfung der SPD Sachsens sah. 164) In der "SPW" hingegen wurde die SDPD von Bieligk heftig beschimpft und ihr vorgeworfen, in Sachsen und im Reich eine Koaliti-

on auch unter Einschluß der DNVP anzustreben. Ihr wurde das Schicksal einer politischen Sekte prophezeit, da ihre Basis nur aus einigen Beamten und Kleinbürgern, nicht aber aus Arbeitern bestehe. Nur einige Gewerkschaftsbürokraten würden sich ihr anschließen. 165)

Bieligk nahm die sächsische Parteiorganisation gegen den von einigen Parteizeitungen, die vom rechten Flügel der SPD beherrscht wurden, erhobenen Vorwurf in Schutz, sie sei wegen ihrer Unterdrückung der Fraktionsmehrheitsanhänger in der Parteiarbeit mitschuldig an der Abspaltung der ASPS. Die Anhänger der 23 Landtagsabgeordneten hätten nach dem Heidelberger Parteitag von sich aus kaum noch an der Parteidiskussion in Sachsen teilgenommen. Bieligk konnte es sich nicht verkneifen, auf die Scheinheiligkeit dieser Argumentation hinzuweisen, die von denjenigen gebraucht wurde, die in ihren Parteibezirken wenig Toleranz gegenüber der linken Minderheit in der Partei bewiesen: "O, wenn diese Genossen, die die Gruselgeschichten glauben, in ihrem eigenen Wirkungskreis allen Genossen die gleiche Meinungsfreiheit in der Partei gewähren, wie sie die 23 in Sachsen hatten, würde in verschiedenen Bezirken nur noch mit wenig Grund über den Mangel an Demokratie in der eigenen Partei geklagt werden könne. 166)

2.6. Die Tolerierung der Regierung Marx III durch die SPD (ab 17.5.1926)

2.6.1. Die Debatte in der SPD über die Tolerierungspolitik und die Lehren des Volksentscheides zur Fürstenenteignung

Am 17.5.1926 bildete Marx ein Kabinett der Mitte aus DDP, DVP, BVP und Zentrum, das aus denselben Ministern bestand, wie das Kabinett Luther. Die Regierungskrise nach dem Flaggenerlass endete also nur mit der Auswechslung des Reichskanzlers, wenn die SPD dies akzeptierte. 1)

Die SPD-Linke plädierte für die Ablehnung der neuen Regierung im Reichstag. Die "Chemnitzer Volksstimme" wies zur Begründung darauf hin, daß Marx im Kabinett Luther als Justizminister Monarchisten geschont und nicht gegen den Flaggenerlass gestimmt habe. Das Zentrum neige in seiner Mehrheit zur DNVP und verfolge kulturreaktionäre Ziele. Die Beteiligung der SPD an den Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition wurde auch nachträglich noch einmal kritisiert. "Daß es, wie aus den Meldungen über die Regierungsbildung hervorgeht, erst der entschiedenen Absage der Deutschen Volkspartei bedurfte, um die Bildung der großen Koalition zu verhindern, läßt auf eine Verkenennung der Situation in maßgebenden Kreisen unserer Partei schließen, die als bedauerlich bezeichnet werden muß". 2)

Am 18.5. entschied sich die Reichstagsfraktion der SPD gegen die Stimmen der linken Minderheit für eine Tolerierung der Regierung Marx. 3)

Einen Tag darauf beschloß der Reichstag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD eine Billigung der Regierungserklärung und die Nichtbehandlung der Mißtrauensanträge der KPD und der Völkischen. Die Regierung Marx verlangte, wahrscheinlich aus Rücksicht auf die SPD, kein offizielles Vertrauensvotum. Die DNVP enthielt sich

bei der Abstimmung der Stimme, um eine Annäherung an die Parteien der Mitte zu erreichen. Der "Vorwärts" erklärte die Haltung der SPD-Reichstagsfraktion mit dem Willen, eine längere Regierungskrise zu vermeiden, da zur Zeit weder eine große Koalition noch eine Rechtsregierung möglich sei. Die Regierung Marx sei nur eine Übergangsregierung, da nach dem Volksentscheid Neuwahlen des Reichstages sehr wahrscheinlich seien. 4)

Die SPD-Linke blieb bei ihrer Meinung, daß allein Reichstagsneuwahlen eine wirkliche Lösung gewesen wären. Die "Chemnitzer Volksstimme" stellte fest, daß das Kabinett Marx mit Ausnahme von Luther dem Kabinett entspreche, das die Flaggenverordnung beschlossen habe und die Kontakte der Reichswehr zu rechten Wehrverbänden geduldet habe. Sie zog daraus die Schlußfolgerung: "Es bleibt also die größte Gefahr für die Republik." 5)

Die ersten Wochen der neuen Regierung waren von der Auseinandersetzung um den für den 20.6.1926 geplanten Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser bestimmt.

Am 19.5. veröffentlichte der Parteivorstand der SPD einen Aufruf "Rüstet zum Volksentscheid". 6) Darin wurde unter Hinweis auf die vor wenigen Tagen aufgedeckten Putschpläne des Kreises um Claß und Hugenberg der Volksentscheid als "Entscheidungskampf zwischen dem demokratischen Deutschland und den sich wieder aufrichtenden Kräften der Vergangenheit" bezeichnet. Die SPD-Linke hielt einen Erfolg des Volksentscheides für möglich und rechnete damit, daß die bürgerlichen Parteien dann versuchen würden, mit allen Mitteln die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser zu verhindern. Petrich kalkulierte in einem Artikel in der "SPW" die Gefahr ein, daß dann eine Regierung auf der Grundlage des Artikels 48 der Reichsverfassung herrschen wolle oder die Bourgeoisie gar zur "nackten bürgerlichen Diktatur"

übergehen wolle. 7) Aber die Macht der über 20 Millionen Befürworter des Volksentscheides werde dann stärker sein: "Den Konsequenzen, die sich aus dem siegreichen Volksentscheid ergeben, können wir kaltblütig ins Auge sehen."

Die Befürchtung der SPD-Linken vor einem Staatsstreichversuch der Rechten erhielt neue Nahrung, als ein Brief des Reichspräsidenten Hindenburg an den Loebell-Ausschuß der Gegner des Volksentscheides bekannt wurde. Darin lehnte er den Volksentscheid als Angriff auf das Privateigentum scharf ab und ließ bewußt offen, ob er die bei einem Erfolg des Volksentscheides notwendigen Ausführungsgesetze unterzeichnen werde.

Der "Vorwärts" versuchte zunächst die Bedeutung des Hindenburg-Briefes herunterzuspielen, indem er betonte, daß der Brief sicherlich gegen den Willen des Reichspräsidenten veröffentlicht worden sei. Erst als Hindenburg daraufhin erklärte, er habe die Veröffentlichung zwar nicht initiiert, mißbillige sie aber nicht, beschuldigte der "Vorwärts" Hindenburg öffentlich, Partei ergriffen und damit "das Gefüge des Verfassungsstaates" erschüttert zu haben. 8)

Die SPD-Linke sah in dem Brief Hindenburgs ein Indiz für Pläne der Rechten, bei einem Erfolg des Volksentscheides die Demokratie zu zerstören. Die "Frankfurter Volksstimme" schrieb, daß "die Republik auf dem Wege des kalten Putsches immer näher an den Staatsstreich heran" rücke. 9) Georg Fuchs kommentierte in der "Leipziger Volkszeitung": "Es scheint, als werde der der holde Traum von der 'sieghaften Demokratie' des Stimmzettels in den nächsten Monaten grausam zerstört, denn immer offener tönt aus dem rechtsradikalen Lager die Forderung, unter keinen Umständen den 'Raub an den Fürsten' zu dulden." 10) Wahrscheinlich strebe die Reaktion eine "'verfassungsmäßige' Rechtsdiktatur mit Artikel 48" an. Die Regierung Marx werde dem keinen Widerstand leisten. Die "Chemnitzer Volksstimme" kündigte sogar gewaltsamen Widerstand der Arbeiterklasse gegen einen Rechts-

putsch an: "Das einheitlich geschlossene Volk ist stark und es wird gegen jede Vergewaltigung seiner Rechte die Mittel in Anspruch nehmen, die zu seiner Verteidigung tauglich sind. Es betrachtet den Stimmzettel als seine Waffe und wird mit dieser Waffe kämpfen, solange ihm keine anderen entgegengesetzt werden. Aber nur solange!" 11) Levi warf dem "Vorwärts" vor, die im Brief Hindenburgs versteckt enthaltene Staatsstreichdrohung nicht zu erkennen: "Diese Drohung ist so deutlich, daß sie - vom "Vorwärts" abgesehen - ein jeder erkennt; ...". 12)

Die SPD-Parteimehrheit sah die Lage bei weitem nicht so dramatisch wie die SPD-Linke. Sie hielt die Möglichkeit eines Rechtsputsches für sehr unwahrscheinlich.

Die SPD-Reichstagsfraktion machte am 10.6. eine Interpellation, in der sie den Hindenburg-Brief als Verfassungsbruch verurteilte. In der Debatte distanzierten sich auch die Redner der DDP und des Zentrums vom Brief des Reichspräsidenten, da er einen Eingriff in den Volksentscheid darstelle. Die KPD stellte erneut einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx. Die SPD enthielt sich geschlossen der Stimme. Diese Fortsetzung der Tolerierungspolitik begründete der "Vorwärts" mit der eindeutigen Distanzierung der DDP und des Zentrums von Hindenburg. 13)

Am 20.6.1926 fand der Volksentscheid statt. 14.485.184 (36,4 % aller Wahlberechtigten) stimmten für den Gesetzesvorschlag der SPD und KPD zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenthäuser. Damit scheiterte diese Initiative, da für den Erfolg des Volksentscheides die Zustimmung von mehr als 50 % aller Wahlberechtigten notwendig gewesen wäre, also von mehr als 20 Millionen Wahlberechtigten. 14)

Das Ergebnis wurde aber von beiden Flügeln der SPD als relativer Erfolg bewertet. Der "Vorwärts" betonte, daß fast die Hälfte der politisch aktiven Teile des Volkes (also bei der Wegrechnung der permanenten Nichtwähler) für dieses Vorhaben gestimmt haben. 15) Ein Teil der Befürworter habe aus Angst vor Repressalien sich nicht beteiligt, da wegen

es Boykottaufrufes der bürgerlichen Parteien - mit Ausnahme der DDP - die Beteiligung an der Volksabstimmung einem Bekenntnis zur Fürstenenteignung gleichgekommen wäre. Fast 4 Millionen Wähler der Mittelparteien, v.a. aus dem Zentrum und der DDP, habe sich der Initiative der Arbeiterparteien angeschlossen. Dies dokumentiere eine "Strömung nach links" in der Wählerschaft. Die Mittelparteien seien daher gezwungen, um baldige Neuwahlen zu vermeiden, der SPD in der Frage der Höhe der Entschädigung für die Fürsten weit entgegenzukommen: "Über diesem Reichstag hängt das Damoklesschwert der Auflösung. Wie Neuwahlen unter der Parole der Fürstenfrage ausfallen würden, können sich die Parteien leicht ausmalen." 16)

Die SPD-Linken schätzte den Ausgang des Volksentscheides ebenfalls als Erfolg ein, obwohl sie 20 Millionen Stimmen für möglich gehalten hatte. Levi bewertete ihn als Sieg der Arbeiterbewegung, die erstmals seit 1923 wieder gemeinsam aktiv geworden sei. 17) Ihr sei es erstmals gelungen, in größerem Umfange bisherige Wähler der DDP, des Zentrums und selbst der Rechtsparteien zu gewinnen. Im Gegensatz zum "Vorwärts" forderte er die SPD auf, sofort im Reichstag den Antrag auf die Parlamentsauflösung und Neuwahlen zu stellen, da der Linksrutsch sich auch bei Reichstagswahlen positiv für die SPD auswirken werde.

Die Tatsache, daß v.a. in ländlichen Gebieten die Beteiligung am Volksentscheid gering war, führte die SPD-Linken auf die Angst vor Repressalien zurück. Sie benutzte dies, um auf die "Unzulänglichkeiten der formalen Demokratie" hinzuweisen, die darin bestünden, "daß im kapitalistischen Staat fortwährend soziale Abhängigkeiten die Wirkungen der formalen demokratischen Rechte hemmen und durchkreuzen". 18) Die "Volkszeitung für das Vogtland" zog aus der Agitation gegen den Volksentscheid der bürgerlichen Presse, der Kirchen, dem Brief Hindenburgs und der Androhung von gesellschaftlichen Nachteilen bei der Beteiligung am Volksent-

scheid den Schluß: "Es gibt eben keine wahre Demokratie im Kapitalistischen Staat, die einer (eben der kapitalistischen Klasse) die Macht gibt über die gewaltige Volksmehrheit. Und diese Macht, die sich in einer kaum noch verhüllten Diktatur auswirkt, verhindert die Entfaltung selbst der politischen Demokratie und verbietet Millionen den Gebrauch kümmerlicher 'dekomokratischer' Rechte." 19)

Die SPD-Parteiführung versuchte weiterhin, durch Verhandlungen mit den Mittelparteien zu einem Kompromiß in der Frage der Regelung der Höhe der Entschädigungen für die Fürsten zu kommen. Im Rechtsausschuß des Reichstages beantragte die SPD abschnittsweise Abstimmung über die Gesetzesvorlage der Reichsregierung zur Fürstenabfindung. Sie stimmte bei einzelnen Abschnitten dagegen, billigte sie oder enthielt sich der Stimme, um durch eine pauschale Ablehnung nicht die Verhandlungen zu gefährden. 20)

Die SPD-Linke warnte vor jedem Kompromiß in dieser Frage, da er das Eintreten für die entschädigungslose Enteignung im nachhinein unglaubwürdig machen würde. Die "Frankfurter Volksstimme" erklärte, "Umfallen würde für die Sozialdemokraten Selbstmord bedeuten, ..." und verlangte von der SPD-Reichstagsfraktion, für die sofortige Auflösung des Reichstages einzutreten. 21)

Der SPD-Bezirksvorstand Chemnitz-Ergebirge beschloß einstimmig: "Bezirksleitung und Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge erwarten von der Fraktion, daß sie das völlig ungenügende Fürstenkompromiß ablehnt. Sie sehen in der Reichstagsneuwahl die einzig richtige Lösung und erwarten dementsprechende Stellungnahme. 22)

Am 1.7. beschloß die SPD-Reichstagsfraktion mit 71:38 Stimmen, den Gesetzesvorschlag der Regierung zur Fürstenabfindung in der 3. Lesung im Reichstag abzulehnen. Die SPD werde ein Sperrgesetz einbringen, das die Auszahlung von Entschädigungen an die Fürstenhäuser vor der Regelung durch ein Reichsgesetz verhindern solle. Die Mehrheit

in der Fraktion, die sich aus einem Teil der Vertreter der Parteimehrheit und den Vertretern des linken Flügels zusammensetzte, begründete diese Entscheidung mit der Weigerung der Mittelparteien, in der 1. und 2. Lesung der SPD entgegenzukommen. Die Minderheit in der Fraktion, die aus Vertretern des rechten Flügels bestand, wollte mit der Zustimmung zur Regierungsvorlage einen Zustand der Rechtsunsicherheit vermeiden und eine Annäherung der Mittelparteien an die DNVP verhindern. Unterstützung erhielt sie durch einen Brief des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion in Preußen an die SPD-Reichstagsfraktion, in dem die Billigung des Vorschlages der Regierung Marx verlangt wurde. Ursache für diesen Brief war wohl die Sorge um den Fortbestand der Regierung Braun in Preußen, der bei einem Sturz des Kabinetts Marx durch die SPD gefährdet gewesen wäre.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der Fraktionsmehrheit war, daß die Zustimmung zu einer Entschädigung für die Fürsten eine schwere Parteikrise bewirkt hätte und von großen Teilen der SPD-Wähler als Verrat an der ursprünglich erhobenen Forderung nach entschädigungsloser Enteignung aufgefaßt worden wäre.

In der 3. Lesung der Gesetzesvorlage der Regierung zur Fürstenabfindung erklärte Marx am 2.7., nachdem sich die Redner der SPD und der DNVP gegen diese Vorlage ausgesprochen hatten, und damit keine Mehrheit dafür mehr möglich war, daß die Reichsregierung den Gesetzesentwurf zurückziehe. Die Regierung sei bereit, dem Sperrgesetz der SPD zuzustimmen. Damit wollte Marx verhindern, daß die SPD den Antrag auf Auflösung des Reichstages stellte, was ihm auch gelang. Die Regierung werde trotz des Scheiterns ihrer Gesetzesvorlage im Amt bleiben, da in der ersten wirtschaftlichen Lage eine Regierungskrise vermieden werden müsse. Das Sperrgesetz wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD verabschiedet. Ein Mißtrauensantrag der KPD wurde mit den Stimmen der SPD

nicht befaßt. Trotz der Fortsetzung der Tolerierung durch die SPD verzichtete die Regierung nicht darauf, mit Unterstützung der DNVP gegen die SPD und KPD eine Erhöhung der Lebensmittelimportzölle durchzusetzen. Der Reichstag vertagte sich bis zum 3.11.1926 24) Damit stimmte die SPD faktisch dem Fortbestand der Regierung Marx für die nächsten vier Monate zu.

Die SPD-Linke war zwar mit der Ablehnung der Gesetzesvorlage zur Fürstenabfindung zufrieden, kritisierte aber den Verzicht der Reichstagsfraktion, die Auflösung des Reichstages zu beantragen. Dies kam in einem Beschluß einer Funktionärsversammlung der SPD Groß-Berlin am 6.7. zum Ausdruck. 25) Levi unterstützte diesen Beschluß. Neuwahlen würden der SPD, wie der Volksentscheid angedeutet habe, hohe Stimmengewinne bringen. Die Gefahr der Bildung einer Bürgerblockregierung nach den Wahlen bestünde nicht, da das Zentrum aus Angst vor dem Verlust vieler seiner Arbeiterwähler dies nicht wagen werde. 26)

2.6.2. Die Kontroverse in der SPD über das Verhältnis zu den Parteien der Mitte und zu den Unternehmern im Sommer und Herbst 1926: Kompromißbereitschaft oder bedingungsloser Klassenkampf

Während der Sitzungspause des Reichstages ging in der SPD die Debatte über eine mögliche Regierungsbeteiligung der Partei in einer großen Koalition bzw. über die Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Marx mit unverminderter Schärfe weiter. Anlaß dazu boten Initiativen des Zentrums-Politikers Wirth und des Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie Silverberg.

Ende Juli forderte Wirth, der kurz zuvor wieder in die Reichstagsfraktion des Zentrums zurückgekehrt war,

aus der er bei der Bildung der Bürgerblockregierung Luther ausgetreten war, alle Republikaner in der SPD, DDP und im Zentrum auf, eine Sammlungsbewegung der "Republikanischen Union" zum Schutz der Republik zu gründen.

Sollmann lobte im "Vorwärts" diesen Vorstoß Wirths und dessen Wiedereintritt in die Fraktion: "Der stärkste bürgerliche Republikaner steht wieder an seinem Platz." Er bedauerte nur, daß Wirth bloß einen Teil des Zentrums repräsentiere. 27)

Die SPD-Linke sah im Aufruf Wirths nur den Versuch, die SPD langfristig in eine Regierung der großen Koalition zu drängen. Ziel der Mittelparteien sei es dabei, nur mit diesem Kabinett ein "parteimäßig gesehen ein zu drei Viertel bürgerliches und ein Viertel sozialistisches politisches Konglomerat zur Unschädlichmachung der Sozialdemokratie" zu schaffen. 28) Wegen der unternehmerfreundlichen Haltung der DDP und des Zentrums in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hielt Petrich in der "SPW" jede Koalition mit diesen Parteien für ausgeschlossen: "So will uns scheinen, daß der von Zentrum und Demokraten entfachten Koalitionsdebatte eine Hundstagsidee zugrunde liegt, über die die Sozialdemokratie zur Tagesordnung überzugehen hat." Für die SPD dürfe gegenüber den Mittelparteien nur die "Fortsetzung und Festigung der Opposition auf der ganzen Linie" in Frage kommen.

Wirth kündigte an, daß er zusammen mit dem Reichstagspräsidenten Loebe (SPD) und Haase (DDP) eine Monatszeitschrift mit dem Titel "Die Republik" herausgeben werde, deren Aufgabe die Sammlung aller Republikaner sein werde. Nahziel sei die Verhinderung einer Rechtsregierung und die baldige Abhaltung von Neuwahlen, nach denen eine streng republikanische Regierung gebildet werden müsse. Der "Vorwärts" verzichtete auf jeden Kommentar zu diesem Projekt. 29)

Petrich sah sich dadurch nur in seiner Vermutung bestätigt, daß Wirth und seine Mitstreiter eine große Koalition anstrebten. Ziel der bürgerlichen Republikaner sei es,

durch eine Beteiligung der SPD an der Regierung "der unerquicklichen sozialdemokratischen Opposition die Spitze abzubrechen". 30) Levi warf Wirth vor, nicht zu erkennen, daß die Alternative in Deutschland heute nicht mehr Monarchie oder Republik sei, sondern Kapitalismus oder Sozialismus. Die "republikanische Reaktion" sei heute viel stärker als die monarchistische Reaktion. Erstere habe eingesehen, daß nicht die Staatsform entscheidend sei, sondern die reale politische und wirtschaftliche Macht des Bürgertums. Er behauptete: "Die Bourgeoisie hat sich in toto mit der Republik versöhnt und der Kampf ist geworden ein Kampf gegen die bestehende Republik der Bourgeoisie für die kommende Republik der Arbeiter." 31)

Anfang September wurde die Kontroverse in der SPD über die große Koalition zunächst etwas entschärft. Der DDP-Parteivorsitzende Koch erklärte in einem Interview, daß er zur Zeit wegen der radikalen Haltung der SPD in den Fragen der Fürstenabfindung und der Wirtschaftspolitik eine Koalition mit der SPD sowohl in der Form einer großen Koalition wie in der 'Weimarer Koalition' ablehne. Das Zentrum teile diese Einschätzung. Die Fortsetzung der Regierung der Mitte sei die einzige Lösung.

Der "Vorwärts" bedauerte diese Haltung Kochs. Die SPD sehe in der Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum immer noch die beste Form der Regierung. 32)

Die Debatte über das Verhältnis der SPD zum Bürgertum wurde aber schnell wieder aufgenommen. Anlaß dazu bot eine Rede des RDI-Vorsitzenden Silverberg auf einer Tagung seiner Organisation in Dresden am 4.9.1926. Er bekannte sich dabei zur bestehenden Staatsform und zur Verfassung: "Das deutsche Unternehmertum steht restlos auf staatsbejahendem Standpunkt. ... Alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen haben sich auf den Boden des heutigen Staates und der Reichsverfassung gestellt." 33) Er beklagte, daß das Zentrum in der Reichsregierung wegen der Konkurrenz mit

der SPD um Arbeiterstimmen häufig eine "Überspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen" vornehme. Als Gegenmittel dazu forderte er die Beteiligung der SPD an der Reichsregierung: "Deshalb ist es auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinspolitisch und wirtschaftspolitisch unerträglich und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig: es muß heißen: Es kann nicht ohne Sozialdemokratie regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben; es soll nicht mehr ohne Sozialdemokratie, in der die Überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden." Er appellierte an die SPD, sich auf den Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung zu stellen, "auf einen Kapitalismus als Grundlage einer durchorganisierten Produktion und einer rationalisierten Güterverteilung bis zum Güterkonsum." Der rechte Flügel des Unternehmertums um Thyssen und Reusch lehnte den Inhalt der Rede Silverbergs allerdings ab.

Die Reaktion auf die Rede Silverbergs zeigte wieder einmal die Gegensätze in der SPD und auch in den freien Gewerkschaften.

Der "Vorwärts" lobte das Bekenntnis zur Republik und zur Verfassung. [4] Dies beweise, daß das Unternehmertum die Macht der organisierten Arbeiterschaft anerkennen müsse. Die Forderung Silverbergs, die SPD solle dem Klassenkampf abschwören, wurde zwar zurückgewiesen, aber das Angebot zur Politik der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften nach dem Vorbild der Zentralarbeitsgemeinschaft der Zeit von 1918-1924 wurde vorsichtig akzeptiert: "Wenn die Industriellen das Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft suchen, so genügen nicht wohlgeschliffene Redewendungen. Sie werden durch Taten ihrer politischen

Interessenvertretung und durch Achtung der Ansprüche der Arbeiterschaft beweisen müssen, daß in einer derartigen Zusammenarbeit die Rechte der Arbeiterschaft ihren Raum erhalten. Nach den bisherigen Reden der Industriellen sieht man wohl ein Stück guten Willens, nicht aber jene Kenntnis der vielleicht dem Unternehmertum hart erscheinenden Erfordernisse, deren Erfüllung die Voraussetzung für ein Zusammenwirken ist."

Die rechte SPD-Parteizeitung "Magdeburger Volksstimme" sah in der Rede Silverbergs ein "Damaskus der Unternehmer", die ihren Kampf gegen die Arbeiterschaft verloren hätten: "Der industrielle Absolutismus hat nach jahrzehntelangem Kriege sein Sedan gefunden." 35)

Hilferding lobte in einem Artikel in der Theoriezeitschrift der SPD "Die Gesellschaft" die Rede Silverbergs. 36) Er erklärte ihre Entstehung mit politökonomischen Kategorien. Silverberg sei der Vertreter der Fertigindustrie, die exportorientiert sei und relativ niedrige Lohnkosten habe und daher im Gegensatz zur Schwerindustrie für eine friedliche Außenpolitik und ein Entgegenkommen an die Arbeiterschaft eintrete. Hilferding erklärte die Bereitschaft der SPD, dem Angebot Silverbergs entsprechend in eine Regierung der großen Koalition einzutreten: "Für die Sozialdemokratie erhebt sich die Frage, ob der Versuch möglich ist, die Regierung der Deutschnationalen zu verhindern, die Fortentwicklung der republikanischen Politik zu fördern, den Preis zu sichern, der die schwere Verantwortung des Regierungseintritts rechtfertigte und ihn den arbeitenden Massen als richtig erscheinen ließe. Die Antwort wird von der Bereitschaft der Mittelparteien abhängen, welchen Beitrag sie für eine Politik der sozialen Republik zu leisten bereit sind." 37) Er bestätigte damit die Vermutung der SPD-Linken, daß die Parteiführung zur großen Koalition prinzipiell bereit war. 37)

Der ADGB-Vorsitzende Leipart forderte in einem Interview des "Vorwärts" - unter positiver Bezugnahme auf

Silverberg - den Eintritt der SPD in die Regierung, da die freien Gewerkschaften der Ansicht seien, daß die Forderungen der Arbeiterklasse "durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen" besser durchzusetzen seien als durch "Beharrung in der Opposition". 38)

Die SPD-Linke sah in der Rede Silverbergs nur die erneute Bestätigung ihrer These, daß die große Mehrheit der Bourgeoisie in Deutschland "längst realpolitisch-republikanisch orientiert" sei. 39) Ziel der Aufforderung an die SPD, in die Regierung einzutreten, sei nur, "dem Kapitalismus wirtschaftlich und militärisch die ganze Macht zu erhalten, indem er der Sozialdemokratie mit viel höflichen Worten eine Scheinmachtstellung einräumt." Petrich wertete die Rede Silverbergs als klugen taktischen "Schachzug der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie um jeden Preis in eine politische Koalition zu zwingen, in der ihre politischen Kräfte gebunden werden, in der sie zu absoluter Ohnmacht verurteilt ist." Die SPD müsse daher die Beteiligung an der Regierung entschieden ablehnen. Levi wiederholte seine Behauptung, daß der gefährlichste Gegner der Arbeiterschaft zur Zeit nicht der Monarchismus sei, sondern die "reaktionären Republikaner", zu denen er neben den Mittelparteien insgesamt ausdrücklich auch den Flügel um Wirth im Zentrum rechnete. 40)

Die linken Parteizeitungen lehnten das Angebot Silverbergs natürlich ab. Die "Chemnitzer Volksstimme" sah in dem Plan zur Bildung einer großen Koalition nur das Bestreben der Mittelparteien, die SPD an arbeiterfeindlichen Maßnahmen in der sich im Winter 1926/27 verschärfenden Wirtschaftskrise zu beteiligen: "Mit ihrer (SPD -E.W.) Hilfe wäre es freilich ungefährlicher, dem 'Extrem des Fürsorgestaates' zuleibe zu gehen, mit solchem Schildhalter an der Seite wäre es freilich bequemer, all die schönen Absichten der Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen." 41)

Auch die "Leipziger Volkszeitung" warnte die SPD davor, die Verantwortung für die Folgen der "kapitalistischen Mißwirtschaft" zu übernehmen. 42) Sie dürfe nicht die Rolle eines "Fronvogts der deutschen Unternehmer" übernehmen, da jedes "Zusammengehen mit dem Klassenfeind" die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß schwäche. Sie forderte nach dem "Vorwärts"-Interview Leiparts sogar seinen Rücktritt, da es zeige, "daß in manchen Partei- und Gewerkschaftskreisen die Rückkehr zu den Volksgemeinschaftsmethoden ohne jede Rücksicht auf bitter erworbene Erkenntnisse propagiert wird." Leiparts Interview verrate "eine so katastrophale Augenmaßlosigkeit bei diesem verantwortlichen Führer der Gewerkschaften, daß man meinen sollte, er sei schon zu lange von seiner Verantwortung beschwert."

s.6.3. Die Kritik der SPD-Linken an der Außenpolitik Stresemanns und an der Fürstenabfindung in Preußen

Neben dieser Auseinandersetzung um die Regierungsbeteiligung wurde die Debatte in der SPD im Herbst 1926 von der Kontroverse über die Einschätzung der Außenpolitik der Regierung Marx und der Regelung der Fürstenabfindung in Preußen beherrscht.

In der Bewertung des Beitrittes zum Völkerbund offenbarte sich wieder der Gegensatz der beiden Parteiflügel in der Analyse der internationalen Politik.

Am 3.9.1926 wurde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen und erhielt auch einen Sitz im ständigen Völkerbundsrat.

Der "Vorwärts" begrüßte dies als weiteren Schritt zur Sicherung des Friedens in Europa und als "Beginn des europäischen Völkerrechts." 43) Er sah im Völkerbund ein, wie seine Rolle als Schlichter bei zwischenstaatlichen Kon-

flikten dokumentiere, wirksames Instrument zur Sicherung der gewaltlosen Lösung von Konflikten. Den Beitritt Deutschlands bezeichnet er als "Sieg der Idee der internationalen Gemeinschaft" über den Nationalismus. 44) Der Völkerbund wurde zu einem internationalen neutralen Schiedsrichter idealisiert: "Er ist eine demokratische Organisation, die Gesetze für das Verhalten aller aufstellt. Hier findet die Willkür der einzelnen Staaten die Schranke, die sie mit der Freiheit der anderen verträglich macht." 45)

Für die SPD-Linke hingegen war der Völkerbund nur "eine internationale politische Organisation, die von kapitalistischen und imperialistischen Kräften beherrscht wird." 46) Wegen der Konkurrenz der imperialistischen Staaten könne er letztlich Kriege nicht verhindern. Petrich warnte vor den "Völkerbundsillusionen" der SPD-Parteimehrheit. Die "Volkszeitung für das Vogtland" beurteilte den Beitritt Deutschlands lediglich als Ausdruck einer verstärkten Westorientierung und als Versuch - zunächst als Juniorpartner der Westmächte - Deutschland langfristig wieder zu einer Weltmacht aufzubauen. Die ihrer Auffassung nach einzig richtige Stellung von Sozialdemokraten zum Völkerbund definierte sie so: "Weder den Frieden in der deutschen Republik noch den europäischen, noch den Weltfrieden sehen wir in diesem Völkerbund gesichert ... Gewiss sollen Sozialdemokraten an (seinen -E.W.) Verhandlungen teilnehmen. Sie sollen die Pläne und Ränke der Kapitalisten überwachen und sie zu zerstören versuchen. Aber sie sollen sich nicht die Hände binden oder sich gar in die Pläne verstricken lassen." 47)

Auch in der Bewertung der Außenpolitik Stresemanns hielt der Gegensatz in der SPD an.

Der "Vorwärts" begrüßte die Ergebnisse des Außenministertreffens in Thoiry am 18.9. zwischen Stresemann und Briand - trotz einer gewissen Skepsis über die Realisierbarkeit aller Vereinbarungen - als weiteren Schritt zur Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk. 48)

Petrich bewertete in der "SPW" den "deutsch-französischen Staats- und Wirtschaftspakt" nur als Ergebnis des Interesses der deutschen und französischen Kapitalisten, gemeinsame Eisen-, Kohle- und Stahlkartelle zu bilden. Beide Regierungen handelten "im Auftrag gewaltiger Kapitalistengruppen beider Länder". 49)

Nach dem Scheitern der Regelung der Fürstenabfindung durch ein Reichsgesetz versuchten die Länder, diese Frage zu lösen. Auf Drängen der DDP und des Zentrums einigte sich der preußische Staat mit den Hohenzollern in einem Abfindungsvergleich auf die Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 1000 Millionen Reichsmark.

Die preußische SPD-Landtagsfraktion beschloß am 6.10.1926 gegen die Stimmen der kleinen linken Minderheit, die sich v.a. aus Abgeordneten des Bezirks Groß-Berlin und Halle-Merseburg zusammensetzte, sich bei der Abstimmung im Landtag über die Abfindung geschlossen der Stimme enthalten werde. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß die SPD prinzipiell gegen jede Entschädigung sei, aber bei einem Verzicht auf eine gesetzliche Regelung die Gerichte den Hohenzollern eine höhere Entschädigung zusprechen würden. 50)

Die SPD-Links verurteilte diese Entscheidung. Die "Leipziger Volkszeitung" zweifelte die offizielle Begründung der Landtagsfraktion an und stellte die These auf, daß damit verdeckt werden solle, daß das eigentliche Ziel der Fraktionsmehrheit sei, die Regierung Braun durch die Beteiligung der DVP zu verstärken und die Pläne für eine große Koalition im Reich nicht zu gefährden. Sie wiederholte die Ablehnung jeder großen Koalition im Reich oder in den Ländern: "Wir würden die Bildung einer großen Koalition als einen außerordentlichen Mißgriff bezeichnen, der sich verheerend auf die weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung Deutschlands auswirken müßte." 51) Der SPD-Unterbezirksvorstand Groß-Frankfurt, dem auch der Landtagsabgeordnete Marckwald angehörte, beschloß am 13.10. einstimmig, die Landtags-

fraktion aufzufordern, "der entsetzlichen Lage des werktätigen Volkes Rechnung" zu tragen und die Abfindung abzulehnen. 52)

Der SPD-Parteivorstand billigte hingegen in einem Aufruf zur Reichswerbewoche am 11.10. ausdrücklich die Entscheidung der Landtagsfraktion. 53) Bei der Abstimmung über den Hohenzollernvergleich enthielt sich die SPD-Fraktion geschlossen der Stimme. Alle anderen Parteien mit Ausnahme der KPD stimmten dafür. 54)

Alle linken Parteizeitungen verurteilten dieses Verhalten. Die "Frankfurter Volksstimme" stellte den Gegensatz zwischen den beiden Parteiflügeln, nicht nur in dieser Frage, treffend dar: "Die Frage war, ob die staatspolitischen Notwendigkeiten, die schwebenden Streitigkeiten mit den Hohenzollern zu bereinigen, wichtiger ist als die Rücksichtnahme auf die berechtigte Empörung des Proletariats. Die Landtagsfraktion hat sich für die staatspolitische Notwendigkeit entschieden. Wir sind der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, den Gefühlen der Arbeiter Rechnung zu tragen, ohne die auf die Dauer keine sozialdemokratische Politik möglich ist, sei sie staatspolitisch oder nicht." 55) Auch Petrich kritisierte das Abstimmungsverhalten, das "ewig eine Schande und ein Schimpf sein wird." Es sei nur vor dem Hintergrund der geplanten Regierungen der großen Koalition in Preußen und im Reich zu erklären. 56)

Auf der Funktionärsversammlung der SPD Groß-Berlin am 26.10. prallten die Meinungen in dieser Frage hart aufeinander. Heilmann betonte, daß der Parteivorstand und der Reichstagsfraktionsvorstand das Vorgehen der Landtagsfraktion vorher gebilligt hatten. Die Redner der Linken, Rosenfeld und Hoffmann, vertraten die Meinung, daß die Landtagsfraktion selbst das Scheitern der Regierung Braun wegen dieses Problems hätte in Kauf nehmen müssen und die SPD in diesem Fall Landtagsneuwahlen hätte fordern müssen. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag der Linken angenommen: "Die

stark besuchte Funktionärskonferenz erklärte, daß die Stimm-
enthaltung der Landtagsfraktion der Auffassung der großen
Mehrheit der Berliner Parteigenossenschaft widerspricht.
Die Konferenz bedauert die Haltung der Fraktion." 57)

Der Ortsverein Halle sprach am 5.11. der Landtags-
fraktion das Mißtrauen aus und lehnte eine große Koalition
in Preußen ab. Einen ähnlichen Beschluß hatte schon vorher
der Ortsverein Bochum gefaßt. 58)

Kurz vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages
verschärfte die SPD-Linke ihre Kritik an der "Koalitions-
kampagne" der Parteiführung. 59)

Petrich setzte sich mit dem bereits erwähnten Auf-
satz Hilferdings in der "Gesellschaft" auseinander. Er warf
Hilferding vor, die Gegensätze zwischen den beiden Fraktionen
der Bourgeoisie - Fertigindustrie und Schwerindustrie -
überzubewerten und die historischen Erfahrungen zu verdrän-
gen: "Das Ergebnis der Erfahrungen scheint mir zu sein, daß
die Gegensätze zwischen den einzelnen bürgerlich-kapitalisti-
schen Gruppen, die Agrarier eingeschlossen, in der Regel nur
relativ, in den allerseltensten Fällen nur absolut sind." 60)
Der Versuch, die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie
gegeneinander auszuspielen, sei zum Scheitern verurteilt:
"Im entscheidenden Augenblick stellen die bürgerlichen Grup-
pen ihre Händel und Streitereien unter sich ein, besinnen sich
auf das gemeinsame Klasseninteresse und handeln demgemäß."
Zur Unterstützung der Ablehnung der großen Koalition zitierte
er aus dem Zentralorgan der Österreichischen Sozialdemokratie
"Arbeiterzeitung": "Die Bourgeoisie regiert den Staat und ist
stark genug, ihn allein zu regieren. Aber sie ladet die So-
zialdemokratie ein, sich an dieser Regierung zu beteiligen,
um den Anstrich des Proletariats gegen die bürgerliche Regie-
rung abzuschwächen und die Sozialdemokratie für die bürger-
liche Regierung mitverantwortlich zu machen und sie dadurch
zu kompromittieren und zu schwächen." Petrich stellte die

These auf, daß 90 % der deutschen Arbeiterklasse die große Koalition ablehnten und daher die SPD-Parteiführung es schließlich doch nicht wagen werde, dieses Experiment einzugehen.

Levi sah im Staat seit 1923 in Deutschland ein Objekt der Bourgeoisie, der kaum Einfluß auf die Wirtschaft besitze und immer mehr zum Nachtwächterstaat zurückkehre. Daher sei eine Regierungsbeteiligung der SPD, solange die reale Macht weiterhin das Kapital besitze, völlig sinnlos, da sie die Interessen der Arbeiterschaft nicht durchsetzen könne. 61)

Der "Vorwärts" kündigte kurz vor der neuen Sitzungsperiode des Reichstages an, daß die SPD weiterhin willens sei, die Regierung Marx zu tolerieren und all ihre Vorlagen nur nach sachlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Eine Koalition der Mittelparteien mit der DNVP hielt er für ausgeschlossen: "Stresemann kann nicht mit ihr (DNVP -E.W.) gehen, ohne seine Außenpolitik zu zerstören und Marx nicht, ohne seine Partei schwerer Zerrüttung auszusetzen." 62)

2.6.4. Das Scheitern des Experiments der "Stillen Koalition"

Diese Einschätzung schien sich zunächst zu bestätigen. Die Beziehungen der SPD zu den Regierungsparteien wurden institutionalisiert. Am 11.11.1926 vereinbarte Marx mit der SPD, daß seine Regierung vor der Einbringung von Gesetzesvorlagen im Reichstag immer die SPD konsultieren werde. Zwischen den Regierungsparteien und der SPD sollten regelmäßig Gespräche stattfinden.

Der "Vorwärts" nannte als Ziel dieser Vereinbarung vonseiten der SPD, das "Abgleiten nach rechts" der Regierung hin zur DNVP zu verhindern. 63) Er wandte sich gegen alle Versuche, diese Absprache als "Arbeitergemeinschaft" bzw. "Stille Koalition" zu bezeichnen, da es sich nicht um eine

prinzipielle Tolerierung der Regierung Marx durch die SPD handle: "Die Verpflichtungen der Sozialdemokratie gehen nicht weiter als bis zu der Bereitwilligkeit, den Bemühungen um einen Ausgleich in strittigen Fragen nicht zu widerstreben. Man wird sie unterrichten, man wird ihre Argumente zur Kenntnis nehmen und es wird sich dann in jedem einzelnen Falle zeigen, ob und inwieweit eine Einigung zu erzielen ist."

Am 13.11. zeigte sich die erste Auswirkung dieser Vereinbarung. Das Krisenfürsorgengesetz wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD gegen die Stimmen der DNVP, Völkischen und der KPD verabschiedet und in derselben Konstellation vertagte sich der Reichstag auf den 22.11. 64)

Die SPD-Linke lehnte diese Form der Zusammenarbeit mit den Mittelparteien entschieden ab. Levi bezeichnete sie trotz des Dementis des "Vorwärts" als "Stille Koalition" 65) In der Einrichtung eines interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien und der SPD sah er eine Entmachtung des Reichstages, der faktisch als Entscheidungsorgan durch ein "Parteientriumvirat" ersetzt werde. In dieser Abmachung erblickte er nur eine Vorstufe zu einer großen Koalition, vor der er abermals warnte, da die SPD diesmal viel schwächer sei als 1923: "Die Sozialdemokratie hat sich mit den bürgerlichen Parteien koalitiert 1920 und 1923, als diese schwach waren und jene stark war und hat den kürzeren gezogen: wer wagt zu hoffen, daß dies anders sein werde, wo die Bourgeoisie sich einer Machtfülle erfreut, wie sie 1918 sich nie mehr zu hoffen wagte und wir ...".

Auch Bieligk schenkte den Erklärungen des "Vorwärts" keinen Glauben. Er erinnerte daran, daß die Parteiführung 1923 noch zwei Wochen vor der Bildung der großen Koalition diesen Plan energisch bestritten habe. Für ihn stand fest: "Aber alles Versteckspiel und alle unschuldigen Heulmeiertöne beiseite: die Regierung der großen Koalition steht bevor." 66) Sie sei bisher nur am Widerstand des rechten DVP-Flügels ge-

scheitert. Er warf der eigenen Parteiführung vor, daß ihre Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung kaum noch Grenzen kenne: "Ohne jedes Programm, ohne jede Forderung ist sie bereit, dem Ruf zu folgen, wenn er an sie ergeht." Als Alternative zur Politik der Parteiführung schlug er vor, daß die SPD im Reichstag ein Programm zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit einbringen solle und bei der zu erwartenden Ablehnung versuchen müsse, Reichstagsneuwahlen durchzusetzen.

Linke Parteigliederungen, wie der Unterbezirk Zwickau und der Unterbezirk Groß-Frankfurt verurteilten in Beschlüssen die Pläne zur Bildung einer großen Koalition und forderten eine Oppositionspolitik der SPD im Reichstag. Die Zwickauer Resolution lautete: "Die Funktionäre des Zwickauer Unterbezirktes wenden sich gegen die neuerlichen Bestrebungen im Reiche, eine Regierung der großen Koalition zu bilden. Die Funktionäre des Zwickauer Unterbezirktes erwarten vielmehr von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie in diesem Reichstag in entschiedener Oppositionsstellung die Interessen des werktätigen Volkes vertritt und eine Politik betreibt, die von den Arbeitermassen verstanden wird und Vertrauen für die Sozialdemokratische Partei wirbt." 67)

Die "Stille Koalition" wurde schnell beendet. Am 3.12.1926 beschloß der Reichstag mit 250 Stimmen der Regierungsparteien und der DNVP gegen 158 Stimmen der SPD, KPD und eines Teiles der DDP, das sogenannte Schmutz- und Schundgesetz, das einen Ausbau der staatlichen Zensurmöglichkeiten im kulturellen Bereich brachte. Das Zentrum setzte damit seine kulturpolitischen Ziele durch; die DVP und ein Teil der DDP verrieten ihre liberale Tradition, um eine Annäherung an die DNVP zu erreichen und die Zusammenarbeit mit der SPD abzubrechen. 68)

Am 5.12. erklärte der Vorsitzende der DVP-Reichstagsfraktion Scholz in einer Rede in Bad Insterburg kategorisch,

daß seine Partei jede Koalition mit der SPD wegen der Haltung in Fragen der Wirtschaftspolitik zur Zeit ablehne. Eine Koalition mit der DNVP sei jedoch möglich. 69)

Die SPD-Linke sah ihre Prognose bestätigt, daß die Gemeinsamkeiten der Parteien der Mitte in der Innenpolitik mit der DNVP so groß seien, daß früher oder später eine Bürgerblockregierung kommen werde. Sie verlangte von der SPD-Reichstagsfraktion, sofort einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx einzubringen. Die "Frankfurter Volksstimme" forderte: "Der Sturz dieser Regierung muß jetzt das nächste Ziel der sozialdemokratischen Politik im Reichstag und im Lande sein." 70)

Am 9.12. beriet die SPD-Reichstagsfraktion über ihre Stellung zur Reichsregierung. Sie beschloß, daß sie sich an die Vereinbarung vom 11.11. mit den Regierungsparteien nicht mehr gebunden fühle, da Scholz sie mit seiner Rede gebrochen habe. Der "Vorwärts" gab jetzt die Existenz einer "Stillen Koalition" zu, die er bisher immer abgeleugnet hatte: "Mit diesem Beschluß ist das Experiment der "Stillen Koalition" zu Ende. Es war ein Versuch. Dieser Versuch ist gescheitert an den Krisenmachern der Volkspartei und ihrer Sehnsucht nach dem Bürgerblock." 71) Die Mehrheit der Fraktion lehnte aber den Sturz der Regierung Marx ab. Sie hoffte darauf, daß DDP und Zentrum die Bildung einer Rechtsregierung ablehnen würden. Sie beschloß daher, daß die Fraktion sich beim Mißtrauensantrag gegen Innenminister Külz der Stimme enthalten werde. Erklärt wurde dies mit dem Willen, erst nach Verhandlungen mit der Regierung eine endgültige Stellungnahme zu ihr abzugeben.

Bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen Külz enthielten sich die SPD und die DNVP der Stimme. Beide Parteien wollten nicht durch die Abwahl von Külz ihre Beziehungen zu den Mittelparteien belasten.

Die Parteiopposition in der SPD lehnte den Versuch, mit allen Mitteln eine Bürgerblockregierung zu verhindern, ab,

und forderte weiterhin die Durchsetzung von Neuwahlen. Die linke Reichstagsabgeordnete Wurm bedauerte im "Sächsischen Volksblatt" die Haltung der Fraktionsmehrheit: "Nach allem, was vorgefallen, wäre nichts verständlicher gewesen, als daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entweder selbst ein Mißtrauensvotum eingebracht, oder für das der Kommunisten gestimmt hätte. Doch leider beschloß die Fraktionsmehrheit anders." 72) Die Tendenz der Regierungsparteien zur Annäherung an die DNVP beruhe auf gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen und sei auch durch ein ständiges Nachgeben der SPD nicht aufzuhalten. Durch ein Mißtrauensvotum gegen Külz hätte die SPD zeigen müssen, "daß sie nicht mit sich spielen lasse, und nicht daran denke, sich nur als Vorspann für die Außenpolitik benutzen zu lassen, indes die Innenpolitik, wie schon einmal, gegen sie gemacht wird." Auch Levi forderte, daß die SPD im Reichstag jetzt gegen die Regierung Marx in Opposition gehen müsse, selbst auf die Gefahr der Bildung einer Bürgerblockregierung hin, denn seit der Dominanz der "bürgerlichen republikanischen Reaktion" sei auch durch diese Form der Regierung die republikanische Staatsform nicht mehr in Gefahr. 73) Eine Bürgerblockregierung werde nur den ohnehin vorhandenen Klassegegensatz im Parlament widerspiegeln.

Am 15.12. beschloß die Regierung Marx, mit der SPD Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition aufzunehmen. Sie versuchte damit wahrscheinlich zu verhindern, daß die SPD bei der bevorstehenden Reichstagsdebatte über den Nachtragsetat des Reichswehrministeriums die geheime Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee aufdeckte.

Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß am selben Tag gegen eine starke Minderheit, das Angebot der Regierung anzunehmen. Sie forderte aber, daß die Regierung vor dem Beginn der Verhandlungen zurücktrete. 74)

Die Reichsregierung lehnte dies ab. Daraufhin beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, einen Mißtrauensantrag

gegen die Regierung Marx einzubringen.

In der Debatte über den Nachtragsetat übte der Redner der SPD Scheidemann heftige Kritik an der geheimen Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee. Die Redner der Rechten und der Regierungsparteien warfen ihm Landesverrat vor. 75)

Zu den Kritikern Scheidemanns gehörte auch Wirth. Dies bot dem "Sächsischen Volksblatt" die Gelegenheit, Wirth, den die SPD-Mehrheit für einen aufrechten Republikaner hielt, zu "entlarven": "Er (Wirth -E.W.), der in denselben (nur anders angestrichenen) nationalistischen Gedankengängen schwelgt wie die Herren der wilhelminischen Zeit, will die Proletarier begeistern für die Erhalten der Bourgeois-Republik, für die Stärkung der Wehrmacht. Und die Wehrmacht ... will er stark und mächtig machen zum 'Kampf für die deutsche Nation', zum Schutz der deutschen Bourgeois-Republik und wenn es darauf ankommt, zum Kampf gegen die proletarischen Schichten, die die jetzige Bourgeois-Republik umgestalten wollen zu einer wirklich sozialen Republik. Arbeiter! Haltet die Augen offen!" 76)

H. Müller begründete den Mißtrauensantrag der SPD mit dem Bruch der "Stillen Koalition" durch die DVP, die eine Rechtsregierung anstrebe. Die Redner der DDP und der DVP erklärten daraufhin, was die SPD verschwiegen hatte, daß die DVP sich von der Vereinbarung vom 11.11. sofort distanziert hatte.

Der Mißtrauensantrag der SPD wurde mit 249:171 Stimmen angenommen. Auch die DNVP stimmte dafür, da DDP und Zentrum in diesem Zeitpunkt noch eine Bürgerblockregierung ablehnten. Die Regierung Marx trat am 17.12. zurück. 77)

Das "Sächsische Volksblatt" beschuldigte einige Vertreter des rechten Flügels der SPD-Reichstagsfraktion, bei der Abstimmung am 17.12. absichtlich gefehlt zu haben, um bei einer Stimmenthaltung der DNVP die Regierung Marx zu retten: "Sie haben die Verantwortung für den Sturz des

Geßler-Külz-Kabinetts nicht übernehmen wollen. Dies dürfte zutreffen für die Genossen: Bernstein, Dr. David, Geck - Mannheim, Hildebrand - Stuttgart, Hünlich, König - Westfalen, Meier - Baden, Schlicke, Schöpflin, Schulz - Bremen und Unterleitner." 78) Diese Vermutung zeigte wieder einmal, wie groß das Mißtrauen der SPD-Linken gegenüber der Parteimehrheit war.

Bei einer Besprechung mit den Parteiführern schlug Hindenburg vor, daß die Konsultationen über die Regierungsbildung erst nach der Weihnachtspause beginnen sollten. Der Reichstag vertagte sich bis zum 19.1.1927.

2.6.5. Die Verhandlungen über die Regierungsneubildung an der Jahreswende 1926/27

Die SPD-Parteführung hielt auch nach dem Sturz der Regierung Marx noch die Bildung einer großen Koalition für möglich. Der "Vorwärts" sah drei Varianten, die Regierungskrise zu lösen: "Läßt sich das Zentrum nicht zum Bürgerblock zwingen, dann bleibt nur zweierlei: Entweder es muß mit der Sozialdemokratie regiert werden oder der Reichstag muß aufgelöst werden." 79)

Die SPD-Linke hingegen hielt die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen für die einzige Lösung. Die "Chemnitzer Volksstimme" forderte, den "Vorwärts" kritisierend: "Nein, nicht mehr große Koalition oder Auflösung, sondern Opposition mit dem Ziele der Auflösung. Tag für Tag in den letzten Monaten kamen neue Beweise für eine Klassendiktatur auf wirtschaftlichem, auf sozialem und politischem Gebiet, die mit Posaunenstößen jedem Proletarier ins Ohr dröhnten: zurück zum Klassenkampf!" 80) Levi verlangte ebenfalls den Kampf um Reichstagsneuwahlen, da die SPD im bestehenden Reichstag schon rein zahlenmäßig kein entscheidender Machtfaktor sei: "Wir können in diesem Reichstag

nichts mehr gewinnen: im Reichstag können wir nur noch verlieren und gewinnen können wir nur noch dadurch, daß wir die Massen und ihre Lage draußen sehen und die Grundlagen schaffen, um in einem anderen Reichstag zu einem politischen Einfluß zu gelangen, den wir in diesem nun einmal nicht haben. Es ist das alte Rezept: wir können den Einfluß nicht gewinnen, es sei denn durch klare, entschiedene Opposition." 81) Fleißner hoffte, daß, nachdem die Regierungsparteien der SPD die Distanzierung der DVP von der Vereinbarung vom 11.11. verschwiegen hatten, die Koalitionspolitik in der SPD keinen Raum mehr habe: "Nach diesen Vorschlägen müßte nicht nur die große Koalition erledigt sein, sondern bis auf weiteres unsererseits eine Koalition mit den Bürgerlichen überhaupt." 81)

Die Parteiführung schien zunächst die Forderung nach der Reichstagsauflösung zu übernehmen. H. Müller forderte sie in seinem Neujahresartikel. Eine Minderheitsregierung der Mitte oder ein Beamtenkabinet, das mit dem Artikel 48 regieren wolle, seien wegen der instabilen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag ohne Perspektive. Das Zentrum werde mit Rücksicht auf seine Arbeiterwähler eine Bürgerblockregierung wahrscheinlich ablehnen. 83)

Diese These vertrat auch Gurland in der "SPW", allerdings hielt er die Bereitschaft des Zentrums zur Bildung einer großen Koalition nur für einen taktischen Schachzug, um dessen Arbeiterwähler zu beruhigen. Sobald die DNVP sich der Außenpolitik Stresemanns annäherte, werde das Zentrum offen für die Bürgerblockregierung eintreten. 84)

Am 10.1.1927 beauftragte der Reichspräsident den DVP-Politiker Curtius mit der Regierungsbildung. Curtius plante, eine Bürgerblockregierung zu formieren. Eine große Koalition lehnte er ausdrücklich ab.

Dennoch beschloß der SPD-Parteiausschuß am selben Tag gegen die Stimmen der linken Minderheit, daß die SPD prinzipiell weiterhin bereit sei, mit allen verfassungs-

treuen Parteien eine Regierung zu bilden.

Aufgabe dieses Kabinetts seien u.a. die Fortsetzung der Verständigungspolitik, die Entpolitisierung der Reichswehr und die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages. 85)

Diese Entscheidung wurde vom rechten Parteiflügel der SPD begrüßt. Severing bemühte sich, die Gegensätze mit den bürgerlichen Parteien in einem Artikel in den "Sozialistischen Monatsheften" herunterzuspielen, in dem er für die Bildung einer großen Koalition plädierte. Er erinnerte die Parteien der Mitte an die Rede Silverbergs und kündigte Kompromißbereitschaft in den wirtschaftspolitischen Fragen an. Die SPD habe seit 1918 oft gezeigt, "daß sie die grundlegende Bedeutung der Produktion erkennt, und daß sie auch bereit ist zu ihrer Förderung beizutragen." 86) Die SPD müsse selbst dann zur Regierungsbeteiligung bereit sein, wenn sie dadurch Anhänger an die KPD verliere: "Aber dieser parteipolitische Gesichtspunkt darf jetzt ebensowenig eine Rolle spielen, wie in den Augenblicken höchster Not, in denen die Sozialdemokratie bis an die Grenzen der Selbstverleugnung das Volk über die Partei gestellt hat." 87)

Die SPD-Linke verurteilte diese Entscheidung des Parteiausschusses. Biedig begründete die Ablehnung der großen Koalition mit den unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den bürgerlichen Klasseninteressen der Mittelparteien und dem von der SPD zu vertretenden proletarischen Klasseninteressen: "Da alle anderen Parteien die Erhaltung und Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates wollen, ist es ausgeschlossen, daß sie zu irgendwelchen Fragen von einiger Bedeutung die gleichen Forderungen erheben und verfechten können, wie die Sozialdemokratie." 88) Dies gelte auch für die Außenpolitik, in der die Parteien der Mitte in Wahrheit imperialistische Ziele verfolgten. Die Bereitschaft der Parteiführung zur

großen Koalition lehnte er scharf ab: "Die Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, dieses immer im Anhängerkarren-der-anderen-Fahren, hat dem politischen Kampf des Proletariats wahrhaftig schon genug geschadet. Und auch der Sozialdemokratischen Partei." Nur durch eine "proletarisch-sozialistische" Oppositionspolitik gegen das Bürgertum könne die SPD an Stärke gewinnen.

Der Versuch von Curtius, eine Regierung zu bilden, scheiterte schnell an der Ablehnung seines Regierungsprogramm-Entwurfes durch das Zentrum. Das Zentrum schlug Curtius vor, eine Regierung der Mitte zu bilden, was er ablehnte. Er gab am 14.1. den Auftrag zur Regierungsbildung zurück. 89)

Nach dem Scheitern der Bildung einer Bürgerblockregierung wurde Marx mit der Formierung einer Regierung beauftragt. Er erklärte, ein Kabinett der Mitte bilden zu wollen, das von der SPD toleriert werden sollte. In Verhandlungen mit der SPD waren die Parteien der Mitte jedoch nicht bereit, nach dem Modell vom 11.11.1926 feste Absprachen über eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit der SPD zu treffen. 90)

Dennoch war die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion, mit der Absicht, eine Bürgerblockregierung zu verhindern, bereit, eine Minderheitsregierung der Mitte unter Marx zu tolerieren. Sie beschloß am 19.1.1927 gegen die Stimmen der linken Minderheit: "Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine grundsätzlichen Bedenken, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion kann aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammensetzung der Regierung bekannt sein werden." 91)

Die Pläne eines Kabinetts der Mitte wurden aber am selben Tag zerstört. Die DVP-Reichstagsfraktion entschied sich, eine Minderheitsregierung der Mitte abzulehnen, da eine Koalition unter Einschluß der DNVP die beste Lösung sei.

Die SPD-Linke registrierte diesen Beschluß der DVP

mit einer gewissen Schadenfreude über die Ablehnung des Angebotes der SPD-Reichstagsfraktion. Die "Frankfurter Volksstimme" schrieb: "Es bleibt demnach dabei, daß die Volkspartei nach wie vor nicht daran denkt, in eine Regierung zu gehen, die von der Sozialdemokratie unterstützt wird. Wie in dieser Situation unsere Fraktion für eine Regierung der Mitte um beinahe jeden Preis eintreten kann, ist uns unerfindlich. Selbst im Falle, daß eine solche Regierung zustande käme, würde sie doch niemals der Sozialdemokratie wirkliche Zugeständnisse machen. Es könnte nur genau so gehen, wie mit Luther und Marx, daß die Sozialdemokratie den Deutschnationalen die schöne Rolle der Opposition gestattet, während die Regierung deutschnationale Politik machte." 92) Das "Sächsische Volksblatt" wies auf die Paradoxie hin, daß die SPD jetzt die Regierung Marx stützen wolle, die sie vor einem Monat gestürzt hatte. 93)

Am 20.1. schaltete sich Hindenburg ein. Er forderte Marx auf, eine Bürgerblockregierung zu bilden, da dies nach dem Scheitern der großen Koalition und der Minderheitsregierung der Mitte die einzige Lösung sei. Der "Vorwärts" verurteilte den Brief Hindenburgs als Versuch, das Zentrum in eine Rechtsregierung zu pressen. 94)

Am 21.1. verabschiedete die Reichstagsfraktion des Zentrums ein Manifest, in dem sie ihre politischen Ziele darstellte. Darin forderte sie eine Fortsetzung der Verständigungspolitik und der sozialen Reformen, sowie eine christliche Kulturpolitik, die die Grundlage für das Reichsschulgesetz bilden müsse. Sie beschloß einstimmig, auf der Basis dieses Manifests Verhandlungen mit der DDP, DVP, BVP und DNVP über die Bildung einer mehrheitsfähigen Reichsregierung aufzunehmen. Damit war der Weg zur Bildung einer Bürgerblockregierung frei. 95)

Die Verhandlungen von Marx mit diesen Parteien führten schnell zu einer Annäherung. Am 25.1. meldete der "Vorwärts" bereits, daß die Gespräche kurz vor einem erfolg-

reichen Abschluß stünden.

Die SPD-Linke benutzte die bevorstehende Bildung der Bürgerblockregierung zu einer Generalabrechnung mit der Politik der Parteiführung in den letzten Jahren. Exemplarisch dafür war der Kommentar der "Frankfurter Volksstimme": "Die Politik, die unsere Reichstagsfraktion seit Jahr und Tag betrieben hat, ist gescheitert. Von der großen Koalition ist in keinem Stadium der Krise auch nur die Rede gewesen. Der Reichspräsident hat es nicht einmal für nötig gehalten, Vertreter der Sozialdemokratie überhaupt zu empfangen und sich von ihnen über ihre Wünsche unterrichten zu lassen. Alle Zugeständnisse, selbst das Angebot, eine neue Regierung der Mitte unter weitgehendem Verzicht auf die eigenen Forderungen zu unterstützen, sind also umsonst gewesen. Die Taktik des Verhinderns hat nichts genützt. Selbst das größere Übel, um dessentwillen wir so viel 'kleinere' geschluckt haben, ist eingetreten. Jahrelang hat die Partei fast alle sozialistischen und sehr viele demokratischen Notwendigkeiten zurückgestellt, um den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern. Sie hat damit nur erreicht, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft derart befestigen konnte, daß der Eintritt der Deutschnationalen sich jetzt ohne Schwierigkeiten vollziehen kann. Wir sind mit dieser Politik fast dorthin gekommen, wo wir 1914 standen." 96)

Levi warf der Parteiführung vor, durch ihre Taktikerei im Reichstag die reale Machtverteilung in Staat und Wirtschaft zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse völlig verkannt zu haben und statt auf die außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterschaft auf taktische Winkelzüge im Parlament vertraut zu haben. Die Bürgerblockregierung werde zwar negative Folgen für die soziale Lage der Arbeiterschaft haben, ihr aber die Augen über die reale Machtverteilung öffnen, die nunmehr auch im Reichstag zutage treten werden. Sie werde alle Illusionen über eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum beenden: "Parlamentarisch ist der Spuk von

der großen Koalition vorüber, der Spuk von der Gemeinsamkeit gewisser Interessen, der Spuk vom linken Zentrumsflügel." 97) Es habe sich wieder einmal gezeigt, daß das Zentrum sich in entscheidenden Augenblicken immer auf die Seite der Bourgeoisie stelle. Levi hoffte, daß nach dem Scheitern der Koalitionspolitik die SPD nach links schwenken werde, zu einer energischen Oppositionspolitik. Daher sei der Bürgerblock, "weil er die Niederlage der Revolution realisiert, den Sieg des Bürgertums vor Augen stellt, ... Bürge für eine bessere revolutionäre Zukunft. Denn jetzt steht nichts mehr zwischen der Arbeiterschaft und ihrer geschichtlichen Aufgabe: kein Blatt Papier mehr und keine Illusion ...".

2.7. Die Bürgerblockregierung Marx IV (ab 28.1.1927)

2.7.1. Die Haltung der SPD als Oppositionspartei

Am 28.1.1927 bildete Marx ein Kabinett aus Vertretern der DVP, BVP, DNVP und des Zentrums. 1)

In der Debatte über die Regierungserklärung kündigten die Redner der SPD, H. Müller und Landsberg, energischen Widerstand gegen die "Regierung des Besitzbürgerblocks" an. 2) Der SPD-Parteivorstand veröffentlichte am 5.2. eine Erklärung, in der er der neuen Regierung vorwarf, nur die Interessen des Großkapitals zu vertreten. 3) Der Klassenkampf werde sich daher verschärfen. Am 5.2. billigte der Reichstag mit den 235 Stimmen der Regierungsparteien gegen 176 Stimmen der SPD, KPD und DDF und bei 18 Enthaltungen der Völkischen und der Wirtschaftspartei die Regierungserklärung. 4)

Die SPD-Parteiführung fand sich mit der Oppositionsrolle zunächst nicht ab. Sie hoffte darauf, daß in der Wirtschaftspolitik und der Außenpolitik bald große Konflikte zwischen dem Zentrum und der DNVP ausbrechen würden, die schließlich zum Bruch der Koalition führen würden. Die Rede des DNVP-Politikers Westarp kommentierte der "Vorwärts" unter der Überschrift "Westarp gegen Marx! - Regierungserklärung für Republik und Locarno-Westarp für Monarchie" als erstes Indiz für die Gegensätze in der Koalition. 5) Bestärkt wurde sie in dieser Vermutung, als am 11.2. bei Mißtrauensanträgen gegen den Innenminister von Keudell - wegen seiner Verwicklung in den Kapp-Putsch - 16 Zentrums-Abgeordnete des linken Flügels der Abstimmung fernblieben und Wirth, wie schon bei der Billigung der Regierungserklärung, mit der Opposition stimmte. 6)

Die SPD-Linke hielt die Spekulation auf ein baldiges Auseinanderbrechen des Bürgerblocks für eine Illusion.

Die "Volkszeitung für das Vogtland" behauptete, daß sich das Zentrum wegen eines "sozial- und kulturellreaktionären" Charakters prinzipiell kaum von der DNVP unterscheide. Der linke Flügel des Zentrums habe nur eine Alibifunktion, um die reaktionäre Politik zu verdecken: "Er beruhigt die zuweilen etwas unruhigen Zentrumsarbeiter." 7)

Levi sah in der Opposition der SPD gegen die Bürgerblockregierung eine Gelegenheit, die katholischen Arbeiter, die bisher Anhänger des Zentrums seien, für die SPD zu gewinnen, wenn seine Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments ihnen zeige, daß das Zentrum bürgerliche Interessen vertrete. Auch die KPD-Anhänger seien durch eine entschiedene Oppositionspolitik für die SPD zu gewinnen. Die SPD habe jetzt die historische Chance, dem Bürgerblock einen "Arbeiterblock" gegenüberzustellen: "Nie ist es leichter für uns gewesen seit fünfzehn Jahren, die Partei aller Arbeiter zu werden." Voraussetzung dafür sei allerdings eine Abkehr von der Hoffnung auf eine Koalition mit den Mittelparteien und das Wiederaufgreifen der alten Programmatik: "Der Feind des Bürgertums zu sein, wie ehemals und der Feind des Klassenstaates zu sein wie ehemals." 8)

Auch Kaminski forderte eine energische Oppositionspolitik ohne Rücksichtnahme auf "sogenannte Staatsnotwendigkeiten" und warnte die SPD-Parteiführung vor der Illusion auf ein baldiges Auseinanderbrechen der Bürgerblockkoalition: "Es wäre eine verhängnisvolle Täuschung, wenn die Partei die neue Regierung nur für eine reaktionäre Gelegenheitsregierung hielte und versuchen wollte, etwa ihren linken Flügel durch Wohlverhalten davon zu überzeugen, daß er mit der Sozialdemokratie besser regieren könne, als mit den Deutschnationalen. Die neue Regierung wird nicht irgendeine reaktionäre Regierung; sie wird die Regierung der Bourgeoisie und des bürgerlichen Klassenkampfes sein." 9)

Anna Siemsen verlangte in der "Chemnitzer Volksstimme" - ebenso wie Levi -, durch die Entlarvung des

reaktionären Charakters des Zentrums die Arbeiterwähler dieser Partei für die SPD zu gewinnen. Die Parole der SPD müsse daher jetzt "Der Feind steht in der Mitte" sein. 10)

Auf diese scharfen Angriffe der SPD-Linken auf den potentiellen Koalitionspartner im Reich und den Koalitionspartner in Preußen und anderen Ländern, das Zentrum, reagierte der "Vorwärts" mit einem Grundsatzartikel. 11) Unter der Überschrift "Die eine reaktionäre Masse - Aus alter und neuer Zeit" warf der der SPD-Linken vor, - im Gegensatz zu Marx und Engels - den Fehler zu begehen, alle bürgerlichen Parteien als gleichermaßen reaktionäre zu betrachten und auf jede Differenzierung zu verzichten. Trotz der Bürgerblockregierung sei es nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft wieder taktische Verbindungen der SPD mit bürgerlichen Parteien notwendig würden, um Arbeiterforderungen in dieser Form durchsetzen zu können, solange die SPD im Reichstag nicht die Mehrheit besitze. Im Gegensatz zur SPD-Linken hielt die SPD-Mehrheit also an der Koalitionspolitik fest. Der "Vorwärts" bezeichnete Absprachen mit den bürgerlichen Parteien als taktische "Notbehelfe", die von der Sozialdemokratie bei ihrem Zustandekommen nicht mit "Freudentränen" begrüßt würden, und nach deren Auflösung sie nicht an "gebrochenem Herzen" sterbe.

Bieligk wies den Vorwurf des "Vorwärts" zurück, die Parteilinke verzichte auf jeden Versuch, Differenzen im bürgerlichen Lager zu erkennen und auszunutzen. Diese Anerkennung partieller Interessendivergenzen zwischen den bürgerlichen Parteien ändere aber nichts am prinzipiellen Gegensatz zwischen der SPD und allen bürgerlichen Parteien in Lebensfragen und an der Erkenntnis, daß auf absehbare Zeit mit der "kulturfeindlichen und sozialreaktionären" Zentrumspartei keine Zusammenarbeit möglich sei. 12) In der Debatte über den Etatentwurf der Regierung Marx versuchte sich die SPD als Opposition zu profilieren. Sie beantragte die Senkung des Wehretats von 697 auf 604 Millionen Reichs-

mark zugunsten des Sozialerats, u.a. für die Kinderspeisung in den Schulen. Gegen den Reichswehrminister Geßler brachte sie mit der Begründung, daß bei der Rekrutierung neuer Reichswehrangehöriger nur Nichtrepublikaner berücksichtigt würden, einen Mißtrauensantrag ein. Er wurde jedoch gegen die Stimmen der SPD und KPD abgelehnt. An der Wirtschaftspolitik der Regierung kritisierte die SPD das Festhalten an der Hochschutzzollpolitik, die Subventionen an die Großindustrie und die Hinnahme hoher Preissteigerungen. Als Alternative schlug sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, den Abbau der Zölle und die Stärkung der Massenkaufkraft vor. 13)

Am 6.4.1927 lehnte die SPD-Reichstagsfraktion zum erstenmal seit 1918 den Etat ab, der mit 238:166 Stimmen bewilligt wurde. Zwei Tage später stimmte sie gegen das Arbeitszeitnotgesetz, das zwar prinzipiell den Achtstundentag anerkannte, aber in zahlreichen Ausnahmeregelungen die Arbeitszeithöchstgrenze auf 10 Stunden festlegte. Die freien Gewerkschaften waren daher gegen dieses Gesetz. 14)

Durch diese Oppositionspolitik wurden die Beziehungen zum Zentrum schwer belastet. Der Zentrum-Politiker Steigerwald drohte in der Debatte über das Arbeitszeitnotgesetz offen mit dem Ende der Koalition in Preußen.

Die SPD-Linke nahm dies zum Anlaß, wieder einmal die Beendigung jeder Zusammenarbeit mit dem Zentrum zu fordern. Die "Chemnitzer Volksstimme" forderte als Reaktion der SPD auf die Rede Steigerwalds: "Schluß mit der Koalitions- und Staatspolitik! Klassenkampf mit allen Mitteln bis zur Überwältigung der bürgerlichen Diktatur, bis zur Machtergreifung durch das Proletariat, das muß die Lehre sein, die wir aus der republikanischen Epoche in Deutschland zu ziehen haben." Die Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion versuchten hingegen zu beweisen, daß das preußische Zentrum an der Regierung Braun festhalte.

In einer Bilanz der ersten drei Monate der Bürgerblockregierung stellte H. Müller lobend fest, daß sich an der

Außenpolitik Stresemanns nichts verändert habe. Er verurteilte aber die unternehmerfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Marx.

Der SPD-Linken ging die Kritik der Parteimehrheit an der Bürgerblockregierung nicht weit genug. Sie warf der Parteiführung vor, mit Rücksicht auf die Regierung Braun und in der Hoffnung auf einen Sinneswandel des Zentrums im Reich, die Regierung zu schonen. Die "Chemnitzer Volksstimme" attackierte H. Müller: "Wenn wir den Kampf nicht gegen diesen kapitalistischen Staat, sondern 'um ihn' führen, wie das Herr Müller möchte, so wird das kein Mensch verstehen, und wieder werden Tausende und aber Tausende kopfschüttelnd davongehen und nur noch zornig die Fäuste ballen über soviel Unverstand." 15) Eine Stärkung der SPD sei nur dann möglich, "wenn sich alle Kreise der Sozialdemokratischen Partei und auch die Berliner Führerschaft schleunigst und gründlichst von allen schwarzrotgoldenen Illusionen lösen und den Kampf auf der ganzen Linie und mit aller Kraft aufnehmen."

Auf besondere Kritik stieß bei der SPD-Linken die Rede Schöpflins zur Begründung der Ablehnung des Wehretats durch die SPD-Reichstagsfraktion, in der er betonte, daß die SPD nicht die Reichswehr ablehne, sondern nur die Höhe der Ausgaben der Reichswehr. Ein anonym bleibender linker sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter verglich in der "SPW" die Rede Schöpflins mit der Scheidemanns im Dezember 1926 und bewertete erstere negativ, da sie von der bürgerlichen Presse als gemäßigt gelobt worden sei - im Gegensatz zur Rede Scheidemanns: "So ist die Rechte und sind die Regierungsparteien angenehm überrascht von der sozialdemokratischen Kritik." 16)

Levi kritisierte, daß die Mehrheit der SPD nicht mehr wie vor 1914 die Armee des bürgerlichen Staates "prinzipiell" ablehne, wegen ihres Klassencharakters, sondern nur noch "graduell", wegen ihrer zu hohen Ausgaben. Aus diesem Grund sei die Kritik der SPD am Wehretat rein defensiver

Natur gewesen und ohne Biß: "Sie war noch mehr ein Gesang an die verflorenen Koalitionsfreunde: Ach, wie ist's möglich dann, daß ich dich lassen kann!" 18)

Die SPD-Linke forderte von der Parteiführung nicht nur im Reichstag eine konsequente Oppositionspolitik zu treiben, sondern außerhalb des Parlaments die Bevölkerung gegen die Bürgerblockpolitik zu mobilisieren. Mit welchen Mitteln (Demonstrationen, Veranstaltungen, Streiks) dies geschehen sollte, ließ sie offen. Bielig beließ es in der "SPW" bei abstrakten Postulaten: "So muß die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein, durch eine selbständige, durch nichts anderes als durch die proletarischen Interessen diktierte Oppositionspolitik die außerparlamentarische Macht zu verleihen, die sie auch im Parlament wieder zu einem Machtfaktor werden läßt. Nun darf es keine Ängstlichkeit, kein Zögern, kein zartes Rücksichtnehmen auf den Gegner geben, sondern nur draufgeben und durchsetzen unter Entfaltung der Macht, die die Sozialdemokratie außerhalb des Parlaments hüten und in Bereitschaft halten muß." 18)

2.7.2. Die Debatte in der SPD über die innerparteiliche Demokratie und über die Preußenkoalition

Im Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion der SPD zur Vorbereitung des für Ende Mai 1927 geplanten Reichsparteitages stand trotz der Oppositionsstellung der SPD im Reichstag wiederum die Koalitionspolitik. Dies hatte seine Ursache darin, daß die Parteimehrheit eine Koalition mit den Mittelparteien nach dem von ihr erwarteten Zusammenbruch der Bürgerblockregierung befürwortete und an der Koalition mit DDP und Zentrum in Preußen festhielt, während die Parteioption zu diesem Zeitpunkt jede Zusammenarbeit mit dem Zentrum und damit jede Koalition im Reich und in den Ländern ablehnte. Die Parteimehrheit hoffte auf einen baldigen Kurs-

wechsel des Zentrums im Reich unter dem Druck seines linken Flügels in Richtung auf eine Koalition mit der SPD.

Die SPD-Linke hielt dies für eine Illusion. Levi forderte daher erneut von der Parteiführung, "die Eröffnung des politischen Kampfes gegen das Zentrum auf der ganzen Linie." 19) Das Zentrum müsse von der SPD ebenso scharf bekämpft werden wie die KPD. Es sei trotz seiner Arbeiterwähler und -mitglieder objektiv eine prokapitalistische Partei: "Das Zentrum ist eine bürgerliche Partei; es ist eine Partei von Besitzern und Bauern; soweit Arbeiter in der Partei sind, sind deren Interessen den Interessen jener abhängig zu machen, sonst hätte die Partei ihren Sinn verloren." Die SPD müsse den katholischen Arbeitern immer wieder ohne Rücksicht auf Koalitionsaspekte die "antisoziale Funktion" des Zentrums aufzeigen. Dies habe v.a. in ökonomischen Fragen zu geschehen, in denen diese Gruppe häufig schon ein "Klassengefühl" besitze, und nicht in den politisch-ideologischen und kulturellen Fragen, in denen der Einfluß der Kirche noch zu stark sei. Die Gewinnung der Zentrums-Arbeiter hielt Levi neben der Gewinnung der KPD-Arbeiter für die einzige Möglichkeit für die SPD, die Mehrheit der Bevölkerung zu erobern: "In Wirklichkeit ist die Eroberung der Zentrumsarbeiter, die vielleicht bald für uns reif sind, die allerwichtigste Aufgabe, die der Sozialdemokratie zufällt; in ihr entscheidet sich die nächste Zukunft des Reiches, wie Preußen, wie der Partei: haben wir die Arbeiter des Zentrums, so schrecken uns keine Drohungen mehr. Gewinnen können wir sie aber nur von der sozialen Seite her." 20)

Im Gegensatz zur Koalitionsdebatte vor dem Heidelberger Parteitag 1925 griff die SPD-Linke nunmehr massiv die Koalitionsregierung Braun in Preußen an, in der sie ein überflüssiges Relikt der Verbindungen mit den Mittelparteien sah, das eine konsequente Oppositionspolitik im Reich hemme. Teile der Linken forderten offen den Austritt der SPD aus

dieser Koalition.

Als die Regierung Braun im März 1927 im Reichsrat einer Erhöhung der Mieten zustimmte, bezeichnete dies die "Chemnitzer Volksstimme" als "unerhörtes Geschenk an den Hausbesitz" und betonte, daß dies nur eine der vielen "volksfeindlichen Maßnahmen der Preußen-Regierung" gewesen sei. 20)

Die "Leipziger Volkszeitung" lehnte die Taktik der Parteiführung ab, mit Rücksicht auf den Erhalt der Regierung Braun, die Kritik an der Politik des Zentrums im Reich zu dämpfen: "Die größte Partei soll ihre Taktik und ihre politische Haltung bestimmen lassen durch die Rücksicht auf die bürgerliche Mittelpartei. Wer da will, daß uns die kaum wiedergewonnenen Arbeiter abermals davonlaufen - dann vielleicht auf Niewiedersehen - der mag so Politik machen. Wer aber will sie verantworten?" 21)

Der führende sächsische SPD-Politiker Fleißner stellte in einem Artikel in der "Dresdner Volkszeitung" das Zentrum fast auf eine Stufe mit der DNVP: "An reaktionärer Einstellung auf sozialem und kulturellem Gebiet gibt diese Partei den Deutschnationalen nicht viel nach." 22) Wie Levi verlangte er, daß die SPD das Zentrum schonungslos angreifen müsse: "Wenn die Sozialdemokratie die Massen der Zentrumsarbeiter zu sich herüberziehen will, dann muß die Zentrumspartei so oft wie möglich als die reaktionäre und arbeiterfeindliche Partei, die sie nun einmal ist, rücksichtslos entlarvt werden." Dabei dürfe keinerlei Rücksicht auf das Zentrum als potentiellen Koalitionspartner genommen werden: "In der Agitation gegen diese Partei darf uns das Wort nicht gelten, daß ein sozialdemokratischer Führer kurz nach Bildung der Regierung aussprach: 'Wir dürfen die Partei nicht im Ton verprellen, mit der wir später wieder regieren wollen!'."

Der Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung" und Reichstagsabgeordnete Saupe faßte den Kernpunkt der Kritik der SPD-Linken an der Fortsetzung der Koalition in Preußen

so zusammen: "Durch die Preußenkoalition aber werden der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Bürgerblock, werden der Reichstagsfraktion die Flügel beschnitten . . . In Wirklichkeit ist aber die Stellung der Sozialdemokraten in der preußischen Koalition nichts anderes als eine Rücken- deckung der Christlich-Sozialen im Reiche, für die Zentrums- partei, der es durch die gedämpfte Opposition der Sozialde- mokratie in der Reichspolitik möglich wird, die Zentrumsar- beiter noch längere Zeit an ihrem Gängelband zu halten." 23) Er stellte daher die rethorisch gemeinte Frage, "ob die preußische Koalition unter dem Gesichtswinkel der gesamt- politischen Situation im Reiche heute für den Kampf der Ar- beiter noch zweckdienlich ist."

Verschärft wurde die Kritik an der Regierung Braun durch die SPD-Linke noch durch das Bekanntwerden der Pläne Preußens, mit der katholischen Kirche ein Konkordat zu schlie- ßen. Der Bezirksparteitag der SPD Groß-Berlin lehnte dieses Konkordat ab und verlangte in einem Antrag an den Reichs- parteitag ausdrücklich: "Der Reichsparteitag erwartet darum, daß die Reichstagsfraktion gegen das Zentrum den gleichen scharfen Kampf führt, wie gegen die anderen Parteien des Bür- gerblocks." 24)

In den Anträgen linker Gliederungen an den Parteii- tag wurde jede Koalition mit den Mittelparteien im Reich als gegenwärtig ausgeschlossen erklärt, jedoch forderte kein einziger Antrag offen die Beendigung der Koalition in Preu- ßen. Exemplarisch dafür war der Antrag Breslaus: "Die Ver- sammlung erblickt in der Bildung des Rechtsblocks den Aus- druck der überall vor sich gehenden Verschärfung des Klas- sengegensatzes zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Sie fordert vom Parteivorstand den Kampf gegen den Bürger- block nicht nur im Geiste der parlamentarischen Opposition, sondern des proletarischen Klassenkampfes, auch mit außer- parlamentarischen Mitteln zu führen. Die Übernahme der Re- gierungsgeschäfte in diesem Reichstage ist unmöglich; bei

grundstürzender Veränderung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtverhältnisse käme unsere Regierungsbeteiligung nur bei ausschlaggebendem Einfluß auf die Führung von Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Heerespolitik in Frage. Bei in Einzelstaaten bestehenden Koalitionen ist heute mehr denn je unsere programmatisch vorgezeichnete Haltung zu wahren." 25)

Der Unterbezirk Zwickau stellte einen Antrag zum Tagesordnungspunkt "Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik", der von Levi und Seydewitz formuliert worden war. Er gab die prinzipielle Haltung der SPD-Linken zum bestehenden Staat und zur Strategie der Machteroberung wieder. Zudem analysierte er die Entwicklung Deutschlands seit 1918 aus der Sicht dieses Parteiflügels. Er wird daher hier in seinem wesentlichen Teil wiedergegeben:

"Die Republik an sich verbürgt aber nicht kraft ihrer Form die demokratischen Freiheiten und Ideale, die zu geben sie versprach. Diese sind vielmehr abhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des vorhandenen Staatswesens

In Deutschland hat die Bourgeoisie die errungene Republik rücksichtslos und mit Erfolg zur Förderung ihrer Interessen benutzt. In den wenigen Jahren nach der Revolution hat die deutsche Bourgeoisie die Wirtschaft tiefer umgestaltet, als in Jahrzehnten es geschah. Die Rationalisierung, die Konzentration des Kapitals erfolgt in beschleunigtem Tempo; die Vertrustung wächst ins Gigantische, der nächste Schritt wird sein die Vertrustung der gesamten Urproduktion.

Diese ganze Umgestaltung wird vorgenommen auf dem Rücken und zu Lasten der breiten Massen, der Arbeiterschaft. Der Achtstundentag, die Errungenschaft der Revolution von 1918, ist zerbrochen. Über zwei Millionen Arbeiter müssen feiern, seit Monaten, vielleicht für Jahre. Die Arbeit am fließenden Band stellt erhöhte Anforderungen an Nervenkraft

und Gesundheit der Arbeiter. Trotz steigender Produktivität der Arbeit fallen die Preise nicht; Trusts, Kartelle und Schutzzoll sichern den steigenden Profit der Unternehmer. Öffentliche Steuergelder werden verschleudert, um den herrschenden Kapitalisten das Risiko gewagter Unternehmungen abzunehmen.

So hat sich heute hinter der Form der Republik ein System schrankenloser wirtschaftlicher Unterdrückung, Ausbeutung und Korruption entwickelt.

Nicht nur aus diesem Grunde hält die Bourgeoisie an den republikanischen Formen fest. Die republikanische Form ist auch die Wehrform geworden, in der die Völker künftighin für die Interessen ihrer Kapitalisten bluten sollen.

Diese ihre Stellung in der Republik sichert die Bourgeoisie mit allen Mitteln. Mit kultureller Reaktion soll die Aufklärung der breiten Massen verhindert werden. In Hochverratsprozessen wird die Unantastbarkeit der politischen Interessen der Bourgeoisie gesichert. In Landesverratsprozessen wird die Militarisierung der öffentlichen Meinung erzwungen.

Faschistische Organisationen stehen zur Gewaltanwendung, zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur zur Verfügung für den Fall, daß das Proletariat mit Hilfe der Demokratie die politische Macht erringt.

Die Bourgeoisie hat die demokratischen Ideale längst vergessen; an die Stelle der Demokratie, die sie versprach, hat sie ihre politische und wirtschaftliche Diktatur errichtet. Der Versuch, in Koalition mit bürgerlichen Parteien, die Republik zu sichern, hat nicht geführt zur Stärkung der Demokratie, sondern hat in Wirklichkeit nur zur Stärkung der diktatorischen Stellung der Bourgeoisie in der Republik geführt. Ist also die Form der Republik zu einer Selbstverständlichkeit geworden, so sind die in ihr zu verwirklichenden Ideale der Freiheit und Gleichheit, der wirklichen Demokratie.

allein im Lager der Arbeiter zu finden.

Wehrt sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die sich auf dem Boden der Demokratie vollzieht, durch gewaltsame Auflehnung, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.

Indem die Sozialdemokratische Partei es unternimmt, in rücksichtsloser Opposition gegen jedes bürgerliche Diktaturregiment die Arbeitermassen zu sammeln und aufzuklären, sie vorzubereiten für ihre geschichtliche Aufgabe, die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu brechen, bereitet sie den Staat vor, in dem allein wahre Demokratie möglich ist: die staatliche Ordnung, gegründet auf sozialistischer Wirtschaftsweise mit wirklicher Freiheit und Gleichheit aller." 25)

Im Gegensatz zur Parteimehrheit ging die SPD-Linke davon aus, daß gegenwärtig die Wirtschaft und der Staat in Deutschland völlig und ausschließlich vom Bürgertum beherrscht wurden. Die Arbeiterschaft habe keinerlei realen Einfluß auf Staat und Wirtschaft. Die Rede Hilferdings auf dem Kieler Parteitag sollte zeigen, daß die Parteimehrheit dies energisch bestritt. Die SPD-Linke lehnte aufgrund ihrer Analyse die Koalitionspolitik ab und forderte die Stärkung der SPD durch eine konsequente Oppositionspolitik gegen alle bürgerlichen Parteien. Sie strebte eine demokratische Machtübernahme der Arbeiterparteien durch die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit an. Sollte das Bürgertum aber durch Gewaltanwendung diese Machtübernahme verhindern wollen, sei eine Diktatur der Arbeiterklasse notwendig. Sie übernahm damit die im Jahre 1926 beschlossenen Linzer Parteiprogramm enthaltene Strategie der österreichischen Sozialdemokratie. Von dem führenden Theoretikern der österreichischen Sozialdemokratie Max Adler übernahm sie auch die Trennung der politischen Demokratie, der Staatsform, in der trotz formaler Freiheit und Gleichheit die Bourgeoisie herrsche, von der sozialen Demokratie, der Gesellschaftsordnung, in der nach der Abschaffung des Privat-

eigentums an den Produktionsmitteln reale Freiheit und Gleichheit herrschen sollte.

Den in der SPD bestehenden grundlegenden Dissens in der Bewertung von Koalitionen mit den Parteien der Mitte stellte das "Sächsische Volksblatt" aus der Sicht der Parteiopposition so dar: "Die einen meinen, daß die Beteiligung an jeder Koalitionsregierung eine Machtposition bedeutet, während die anderen dagegen der Auffassung sind, daß eine schwächliche Koalitionspolitik, das Immer-dabei-sein-Wollen ohne genügendes Bestimmungsrecht der Partei unverantwortliche Verantwortung aufhalst, das Vertrauen der Arbeiter zur Partei erschüttert, die Partei schwächt und dadurch den Einfluß und die Macht der Sozialdemokratie vermindert." 26)

Die Parteiführung hielt an ihrer Meinung fest, daß eine Koalition im Reich mit den Mittelparteien nicht ausgeschlossen werden dürfe und warnte davor, "das preußische Porzellan zu zerschlagen." Teile der Parteimehrheit waren allerdings jetzt der Auffassung, daß im Reich die SPD noch längere Zeit in der Opposition bleiben müsse. Loebe schrieb im "Vorwärts": "Mir scheint also die Taktik der nächsten Jahre eine kräftige sozialistische Opposition im Reich zu fordern, wobei ich nicht so weit gehe, Koalitionen auf jeden Fall und unter allen Umständen zu verwerfen." 17) Er schloß sich der von Levi bereits seit drei Jahren vertretenen These an: "Der Trennungsstrich geht nicht mehr hier republikanisch - hier monarchistisch und in diesem Augenblick wird Opposition statt Koalition die Taktik der Partei."

Kurz vor dem Parteitag kam es noch zu zwei Kontroversen über die Frage der innerparteilichen Demokratie.

Der von der Linken dominierte Bezirksvorstand Halle schlug dem Parteivorstand vor, daß bei der Zusammenlegung der Unternehmen "Hallesches Volksblatt" und der "Druckereigenossenschaft mbH Halle" der Bezirk Halle 2/3 und die parteivorstandseigene Konzentrations-AG 1/3 der Anteile erhalten solle. Der Parteivorstand lehnte dies ab und

verlangte die Hälfte der Anteile. Biöligk unterstellte in der "SPW" dem Parteivorstand richtungspolitische Absichten bei dieser Forderung: "Es kommt dem Parteivorstand darauf an, außerhalb Sachsens die Partei nach Möglichkeit von oppositionellen Parteizeitungen zu reinigen, damit eine mögliche unmögliche Politik der Parteileitung in Zukunft nur auf äußerst geringen Widerstand stößt." 18) Dies zeige wieder einmal, wie wichtig die linke Parteipresse sei: "Sie ist eine Unentbehrlichkeit für die Sozialdemokratische Partei, solange sie der Parteivorstand führt, der ihr jetzt vorsteht."

Im Bezirk Groß-Berlin wurde der seit Ende 1923 schwelende Konflikt zwischen dem mehrheitlich linken Bezirksvorstand und der Redaktion des "Vorwärts", der ja zugleich die Berliner Lokalzeitung der SPD war, auf dem Bezirksparteitag am 10.4.1927 fortgesetzt. Der Bezirksparteitag beschloß, vom Reichsparteitag die Einrichtung einer eigenen lokalen Parteizeitung für Berlin zu fordern, da der "Vorwärts" als Organ der Reichspartei die Berliner Probleme nur ungenügend behandeln könne. 19) Der im Antrag nicht ausgesprochene politische Hintergrund war, daß die Redaktion des "Vorwärts" nur aus Vertretern der Parteimehrheit bestand und natürlich aus deren Gesichtspunkt über die von der Parteiopposition dominierte Berliner SPD berichtete. Die Einrichtung einer eigenen Berliner Lokalzeitung hätte der Parteiopposition die Gelegenheit gegeben, eine weitere Parteizeitung zu kontrollieren. Daher lehnte der Parteivorstand diese Forderung der Berliner SPD immer wieder ab.

Aus Anlaß der Konflikte in Halle und Berlin schlug der Redakteur der "Chemnitzer Volksstimme" Kleineibst der Parteiopposition vor, auf dem Reichsparteitag eine Reform der Parteidemokratie zu fordern, um die "Oligarchie" in der Partei durch eine "Demokratie" zu ersetzen. 30) Die Partei wurde nach seiner Meinung wegen der Apathie vieler Mit-

glieder von der Parteibürokratie beherrscht. Zur Belebung der Partei forderte er - nach dem Modell der französischen SFIO - die Einführung des Proportionalwahlrechts bei allen innerparteilichen Wahlen, damit auf allen Ebenen auch die jeweilige Minderheit vertreten sei. Dies werde nicht zur Parteispaltung führen: "Das Gegenteil dürfte richtig sein: Ein Kessel explodiert, wenn er unter zu starkem Druck gehalten wird - seelisch ist es nicht anders. Die entrechtete Minorität wird verärgert, selbstüchtig, machtlüstern um des Machtgenusses willen, gemeinschaftsfeindlich - nicht die anerkannte, nach ihrer Stärke berücksichtigte." Er forderte die Parteiführung auf, endlich in der Frage der Anerkennung der Existenz von Richtungen in der Partei ihre "Vogelstrauß-Politik" zu beenden: "Es gibt 'Richtungen', mit anderen Worten, Meinungsverschiedenheiten in der Partei, und nicht einmal nur taktische! Und es darf und soll sie geben, denn wir sind keine Kirche mit Dogma und Glaubensbekenntnis! Und wer wagt es, ernsthaft zu leugnen, daß es im wesentlichen nur zwei Richtungen in der Partei gibt, einen rechten und einen linken Flügel, wenn es auch an 'geschlängelten Mittellinien' nicht fehlt? Nun, die brauchen sich nicht zu 'organisieren', die treten ganz von selbst von Fall zu Fall als eine Meinungsfront auf." Auch der Ablauf des Parteitages solle dem Vorbild der SFIO folgen: Der Bericht des Parteivorstandes soll nicht länger dauern als die Redezeit jedes Diskussionsredners, in der Debatte sollen abwechselnd Befürworter und Gegner der Anträge reden, der Parteivorstand soll kein Recht auf ein Schlußwort mehr haben.

Keine linke Parteigliederung wagte es, die Forderung nach Einführung des Proportionalwahlrechtes als Antrag an den Reichsparteitag zu stellen, wohl aus der Befürchtung heraus, der Formierung einer "organisierten Opposition" verdächtigt zu werden. Wie auf den vorhergehenden Parteitag wurden aber eine Reihe von Anträgen zur Einschränkung der Macht des Parteivorstandes gestellt: 31)

Der Bezirk Leipzig forderte die Abschaffung des ex-officio-Stimmrechtes auf dem Reichsparteitag. Alle Parteitagsdelegierten sollten in Zukunft von den Bezirken gewählt werden. Die Ortsvereine Wittenberge und Altenburg verlangten, daß alle Parteitagsdelegierten in den Bezirken in Urwahl nominiert werden sollten. Der Bezirk Berlin forderte, daß über die Beteiligung der SPD an der Reichsregierung nur ein außerordentlicher Reichsparteitag entscheiden dürfe.

In seinem Artikel zur Eröffnung des am 22.5.1927 in Kiel beginnenden Parteitages stellte Stampfer die Position des Parteivorstandes dar. 32) Die SPD sei im ständigen Wachstum begriffen, während die Rechts- und Linksextremen immer schwächer würden. Durch die erfolgreiche Politik der SPD in den letzten Jahren sei die Republik heute gesichert. Im Hinblick auf die Kritik der Parteiopposition an der Koalitionspolitik erklärte er, daß die Partei eine Koalition mit den Parteien der Mitte nicht prinzipiell ablehnen dürfe, da dies nur zu einer Festigung des Bürgerblocks führen werde. Die Bildung von Koalitionsregierungen bleibe eine rein taktische Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Niemand in der SPD sei für eine "Koalitionspolitik unter allen Umständen und um jeden Preis."

2.7.3. Der Kieler Reichsparteitag der SPD: Die Kontroverse über die reale Machtverteilung in Staat und Wirtschaft und über die Einschätzung der Parteien der Mitte

Auf dem Kieler Parteitag kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteiflügeln. 33)

Gleich zu Beginn des Parteitages griff der Berichterstatter des Parteivorstandes Wels die Parteiopposition scharf an. Er warf ihr vor, daß ihre Kritik an der Haltung der preußischen SPD-Landtagsfraktion in der Frage der Ho-

henzollerabfindung beinahe wörtlich von der kommunistischen und der anderen gegnerischen Presse übernommen worden sei. Er griff dabei die "SPW" besonders heraus: "Es ist möglich, daß Herausgeber und Mitarbeiter einer gewissen Korrespondenz, die längst keine Korrespondenz mehr ist, sondern eine ausgewachsene Zeitung, auf die Partei erzieherisch wirken wollen und die Absicht der Illoyalität nicht besteht, wenn ich auch starke Zweifel daran habe. Aber ich muß doch die Frage aufwerfen, woher nehmen die Genossen die Legitimation als Schulmeister und Vormund für die Partei?" 34) Zwar müsse in der Partei größte Meinungsfreiheit herrschen, aber es gäbe in ihr "kein Heimatrecht einer geschlossenen Opposition in der Partei um ihrer selbst willen." 35) Er warf der SPD-Linken "Quertreiberei" vor und stellte sogar ihre Existenzberechtigung in Frage: "Dem Richtungsstreit aber wollen wir in der Partei keinen Platz mehr einräumen: denn nur so zerschlagen wir die Hoffnung der Kommunisten auf einen Erfolg in ihrer immer wieder versuchten Zellenbildung." 36) Die Forderung der Berliner SPD nach einer eigenen Lokalzeitung lehnte er als Versuch ab, ein neues Richtungsblatt der Parteioption zu installieren: "Mit dem Bestehen zweier Blätter in Berlin, radikal und weniger radikal, spinnen beide Blätter keine Seite. Das erlebten wir, als "Vorwärts" und "Freiheit" nebeneinander bestanden. 37) Er unterstellte dabei der Berliner SPD offen, ein "Richtungsblatt" aufbauen zu wollen.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes wehrten sich die Redner der Parteioption gegen den Vorwurf, eine organisierte Opposition zu bilden und rechtfertigten das Erscheinen der "SPW" mit dem Totschweigen der Position ihrer Richtung in den Publikationen des Parteivorstandes.

Rosenfeld bestritt die Existenz einer organisierten Opposition in der Partei, für die Wels auch keinen einzigen Beweis vorgebracht habe. 38) Künstler erklärte, er lehne

jede organisierte Opposition in der Partei ab, aber der Parteivorstand müsse konsequenterweise nicht nur Versuche der Linken in dieser Richtung ablehnen, sondern auch Versuche der Rechten wie z.B. die in der Berliner SPD bestehende Gruppe um den Reichstagsabgeordneten Heinig "Republik und Sozialismus". Er warnte davor, jede sachliche Kritik an der Parteiführung mit dem Vorwurf der Bildung einer organisierten Opposition zu belegen. Er wies den Verdacht zurück, die Berliner SPD wolle ein eigenes Richtungsorgan, wolle die eigene Lokalzeitung nur, um besser an die Massen heranzukommen als bisher. Rosenfeld warnte unter Hinweis auf die Ausschlußpraxis in der KPD und Komintern den Parteivorstand davor, "Moskauer Methoden" in der Bekämpfung innerparteilicher Opposition" anzuwenden. 39)

Die Herausgabe der "SPW" wurde von Rosenfeld damit begründet, daß die Linke im "Vorwärts", in der "Gesellschaft" und im "Sozialdemokratischen Pressedienst" nicht zu Wort komme und daher eine eigene Korrespondenz solange benötige, wie der Parteivorstand sie aus den zentralen Organen der Partei ausschalte. 40) Liebmann unterstützte Rosenfeld unter Hinweis auf den Konflikt zwischen dem Parteivorstand und dem Bezirk Halle: "Ein Beispiel ist der Fall Halle, der zeigt, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit der Parteivorstand bemüht ist, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, wenn sie ihm unbehagen wird (Lebhafter Widerspruch)." 41)

Die Redner der Linken versuchten zu belegen, daß ihre Kritik an der Parteiführung der Partei nur genützt habe und nicht wie von Wels behauptet, geschadet habe, indem sie die Abwanderung enttäuschter Anhänger verhindert habe. Liebmann erklärte: "Wer die Arbeit der letzten Jahre in der Partei übersieht, muß zugeben, daß gerade die Opposition große Massen der Arbeiter der Partei erhalten hat. (Lebhafte Zustimmung)." Daher sei ihre Existenz für die Partei kein Nachteil: "Es ist der geistige Tod der Partei, wenn von den offiziellen Instanzen die Opposition mit dem großen

Bannstrahl belegt wird. Wir brauchen die Opposition in der Partei. (Lebhafter Beifall).“ 42) Die Redner der Linken stammten alle aus den Bezirken Sachsens, aus Thüringen und aus Berlin.

In der Debatte spielte der Hohenzollernkompromiß in Preußen eine große Rolle, da ihn Wels mit dem Ziel des Erhalts der Regierung Braun verteidigte. Rosenfeld kritisierte die Stimmhaltung der SPD im Landtag, die die von der Partei durch den Volksentscheid gemachten Fortschritte in der Wählerschaft gefährde: "In der Fürstenfrage hätte es kein Kompromiß geben dürfen, das uns um die Früchte des Kampfes gebracht hat. Wir sollten daraus lernen, daß es Kämpfe gibt, die man ohne Kompromiß bis zum Ende führen muß.“ 43)

Der preußische Ministerpräsident Braun reagierte darauf mit dem Vorwurf, die Parteiopposition übe einen "Mißbrauch" der innerparteilichen Meinungsfreiheit. Trotz ihrer Kritik werde sie es nicht schaffen, daß die preußische SPD dem Beispiel der sächsischen SPD im Jahre 1923 "wie man es nicht machen soll" folgen werde: "Haben uns die Kommunisten gemeinsam mit den Deutschnationalen nicht aus der preußischen Regierung herausgebracht ... die Sachsen bringen es auch nicht fertig. Freiwillig geben wir die Machtposition in Preußen nicht auf. (Stürmischer Beifall).“ 44)

Die Redner der Parteimehrheit unterstützten Wels Kritik an der Parteiopposition. Stelling warf ihr vor, in gehässiger Form die Politik der Parteiführung anzugreifen: "Daß sie die Polemik gegen den Parteivorstand führen, läßt mich völlig kalt. Aber daß sie sie gegen Parteieinrichtungen und Parteibeschlüsse in dieser Weise führen, läßt einem manchmal den Ekel hochsteigen. (Sehr richtig!).“ 45) Der Chefredakteur des "Vorwärts" Stampfer rechtfertigte den politischen Kurs seiner Zeitung so: "Das Zentralorgan der Partei kann nichts anderes sein als die publizistische Vertretung der Politik der Gesamtpartei. Da kann man aber in diesem Zentralorgan nicht eine unbeschränkte Meinungsfrei-

heit statuieren." 46) Zudem seien die Kritiker unglaublich unwürdig, da in den von ihnen kontrollierten Parteizeitungen wie z.B. der "Leipziger Volkszeitung" innerparteiliche Gegner ihrer Politik kaum zu Wort kämen.

Wels warf in seinem Schlußwort den linken Delegierten vor, seine Rede bewußt als Ankündigung der Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Partei fehlinterpretiert zu haben. Er erinnerte ausdrücklich daran, daß der Hauptredner der Parteiopposition Rosenfeld noch auf dem letzten Parteitag der USPD im September 1922 die Vereinigung mit der SPD abgelehnt habe, um ihn als "unsicheren Kantonisten" hinzustellen. Wels wiederholte seine Kritik, daß trotz des Beschlusses des Parteiausschusses vom November 1923 gegen die organisierte Opposition der Kreis um die "SPW" an dem Versuch festhalte, die Partei zu fraktionieren. Er kündigte aber keine Sanktionen an. 47) Alle Anträge der Linken zur Reform der Parteidemokratie wurden abgelehnt, wie z.B. die Forderung der Wahl aller Reichsparteitagsdelegierten durch die Bezirke und der Pflicht des Parteivorstandes zur Entscheidung über die Beteiligung der SPD an einer Reichsregierung, einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen. Der Bezirk Berlin zog seinen Antrag auf die Gründung einer Lokalzeitung für sein Gebiet zurück, da der Parteivorstand Gespräche über eine Verbesserung der Lokalberichterstattung des "Vorwärts" anbot. 48)

Beim Antrag der Geschäfts- und Amtsführung des Parteivorstandes die Entlastung zu erteilen, stimmte erstmals seit 1922 ein Teil der Linken dagegen. Traditionsgemäß war bisher in der Partei diese Entlastung einstimmig erfolgt. Laut Protokoll stimmten die Delegierten "zweier Bezirke" dagegen. 49) Nach dem Bericht der "Roten Fahne" waren es einige der Chemnitzer, Zwickauer und Leipziger Delegierten". 51) Der "Vorwärts" meldete über die Abstimmung: "Dagegen stimmten unter großer Bewegung des Parteitages einige sächsische, besonders Chemnitzer Delegierte." 51a) Die Delegierten

der linken Bezirke Berlin, Halle Thüringen und Dresden stimmten für die Entlastung des Parteivorstandes. Hier zeigte sich erstmals eine Tendenz zur Differenzierung in der Parteiposition in einen radikalen Flügel mit Basis in den Bezirken Chemnitz-Erzgebirge, Zwickau-Plauen und Leipzig und einen gemäßigten Flügel mit Basis in den Bezirken Berlin, Dresden, Halle und Thüringen, die aber erst in der Frage der Tolerierung der Regierung Brüning offen ausbrechen sollte.

In seiner Autobiographie weist auch Max Seydewitz darauf hin, daß auf dem Kieler Parteitag innerhalb des linken Flügels eine Differenzierung eingetreten ist. Er unterscheidet zwischen der gemäßigten Linken um Aufhäuser und Sender und der radikalen Linken, dem "links von Aufhäuser und Sender stehenden Flügel der Opposition." 51b) Letzterer habe zwar für die Resolution Aufhäuser/Sender zur Koalitionspolitik gestimmt, habe aber seine eigene Position im Zwickauer Antrag zu diesem Thema vorher dargelegt. Den Inhalt der unterschiedlichen Positionen der beiden Strömungen stellt Seydewitz nur sehr abstrakt dar: "In der Einschätzung der formalen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus in der Weimarer Republik gab es Unterschiede zwischen Aufhäuser und den Zwickauern, aber so offensichtlich traten sie auch nicht in Erscheinung, daß wir die Resolution von Aufhäuser, Toni Sender und Genossen nicht hätten unterschreiben können. 51c) Beide Strömungen des linken Flügels der SPD seien zu diesem Zeitpunkt noch nicht prinzipiell gegen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien gewesen.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion, den Robert Schmidt gab, wurde eine sehr sachliche Debatte geführt. In der Notwendigkeit der entschiedenen Opposition gegen die Bürgerblockregierung waren sich alle Redner einig. Es kam daher zu keinen größeren Kontroversen, mit Ausnahme der Diskussion darüber, ob die Reichstagsfraktion prinzipiell den Reichswehretat ablehnen solle, wie die Linke forderte,

oder nur fallweise, wenn er zu hoch sei, wie die Parteimehrheit verlangte. 52)

Anträge der Linken, Konkordate in Reich und Ländern abzulehnen, wurden abgelehnt. Die Anträge, den Reichswehretat prinzipiell abzulehnen, wurde an die Reichstagsfraktion überwiesen. 52)

Zum Höhepunkt des Parteitages entwickelte sich das Referat Hilferdings zum Thema "Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Republik" 54) und die Debatte hierzu. Dabei entbrannte wiederum der Konflikt zwischen den beiden Parteiflügeln über die Stellung der Partei zum bestehenden Staat und zu den bürgerlichen Parteien der Mitte.

Aufgrund seiner Analyse der ökonomischen Entwicklung

gelangte Hilferding zu dem Schluß, daß der wechselseitige Beeinflussungsprozeß von Staat und Wirtschaft immer mehr zunehme. Der Staat habe die Möglichkeit, die Wirtschaft zu kontrollieren und in sie Planungselemente einzuführen. Ziel der SPD müsse es daher sein, durch ihre Mitarbeit im Staatsapparat aus ihm ein "Mittel zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse" zu machen. 55) Hilferding sah im demokratischen Staat nicht ein Instrument einer Klasse, sondern ein Werkzeug der sein Handeln beeinflussenden politischen Parteien. Die Politik des Staates sei die Resultante des Willens der ihn steuernden Parteien. Daher sei auch die SPD "ein Teil des Staates, und wenn sie nicht wäre, bestünde ein ganz anderer Staat und ein ganz anderer Staatswille ..." 56) Wegen dieser pluralistischen Staatstheorie lehnte Hilferding die von der Parteiopposition verwendete Unterscheidung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie als Formen der Klassenherrschaft explizit ab. Auf der Grundlage dieser prinzipiell positiven Einstellung zum bestehenden demokratischen Staat dürfe die SPD seine Institutionen wie z.B. die Reichswehr nicht prinzipiell ablehnen, sondern bei noch vorhandenen Mängeln müsse

sie für Reformen kämpfen. Die Bildung von Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien hielt Hilferding für eine rein taktische Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden müsse, unter dem Aspekt, ob in der Regierung oder in der Opposition die Ziele der SPD besser durchgesetzt werden könnten.

Die Redner der Parteiopposition teilten die Analyse der ökonomischen Entwicklung, kritisierten aber, daß Hilferding den bürgerlichen Klassencharakter des bestehenden Staates übersähe und daher in der Koalitionspolitik zu falschen Schlüssen gelange.

Sender bewertete den bestehenden Staat als Instrument der Bourgeoisie, die sich mit seiner demokratischen Form abgefunden habe, "weil die Republik noch nicht die Republik der Arbeiterschaft geworden ist, sondern es den Kapitalisten noch ermöglicht, vielleicht in noch krasserer Form als vorher (vor 1918 -E.W.) ihre wirtschaftliche Macht aufzurichten." 57) Daher sei zur Zeit eine Regierungsbeteiligung der SPD sinnlos, weil der Arbeiterschaft die reale Macht in Wirtschaft und Staat fehle. In der Opposition könne sie die proletarischen Wähler der bürgerlichen Parteien durch die Kritik an der Reichsregierung viel eher erobern als in der Koalition, die die Unterschiede zu den Parteien der Mitte nur verwische. Eckstein erklärte, daß wegen der Einigung der bürgerlichen Parteien im Bürgerblock in Deutschland die Zeit der Koalitionspolitik "für absehbare Zeit" vorbei sei. 58) Dies würden auch früher oder später die Parteigenossen erkennen müssen, die aus der Koalition als Mittel der Taktik eine feste "Gesinnungsgemeinschaft" mit dem Zentrum und der DDP machen sollten. Eine Koalition sei nur dann sinnvoll, wenn dadurch ein reaktionärer Staatsstreich verhindert werden solle, was derzeit nicht notwendig sei. Er forderte offen die Beendigung der Koalition in Preußen, "weil wir sonst in eine unmögliche Stellung vor den Massen kommen." 59)

Aufhäuser warf Hilferding vor, nicht zu sehen, daß

der Staat völlig von der Bourgeoisie beherrscht werde und daher zur Zeit nicht zur Beeinflussung der Wirtschaft im Interesse der Arbeiterschaft benutzt werden könne: "Ich habe bei Hilferding vermißt, daß er darauf eingeht, warum der Bürgerblock von heute entstanden ist. Der Bürgerblock ist eigentlich kein Zeichen dafür, daß der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft gewachsen ist, sondern dafür, daß die Kapitalisten heute mehr als je den Staat beherrschen." 60) Daher müsse die SPD in der Opposition alle bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, rücksichtslos angreifen. Die Partei müsse daran festhalten, daß unter der Staatsform der demokratischen Republik sowohl eine Klassenherrschaft der Bourgeoisie wie eine Klassenherrschaft der Arbeiterklasse existieren könne: "Wir haben es von niemand anders als von ihm (Hilferding in seinem Frühwerk "Das Finanzkapital" -E.W.) gelernt, welcher Unterschied zwischen der sozialen und der bürgerlichen und formalen Demokratie besteht. (Sehr richtig! und Zurufe)." 61) Auch Dietrich forderte an der Unterscheidung von sozialer Demokratie als Inhalt der proletarischen Klassenherrschaft und bürgerlicher Demokratie festzuhalten: "Wenn wir diesen Boden der Diskussion betreten, dann dürfen wir nicht abstrakt Demokratie gleich Demokratie setzen, sondern müssen soziologisch denkend den sozialen Inhalt und die soziale Bedeutung der Demokratie erörtern und dadurch eine Steigerung der Kräfte des Proletariats herbeiführen." 62)

Die Redner der Parteimehrheit gingen weniger auf die Staatstheorie ein, als auf die Strategie. Sie forderten alle mehr oder weniger offen, daß das Hauptziel der SPD die baldige Beteiligung an der Reichsregierung sein müsse. Scheidemann begründete dies damit, daß die SPD nicht zusehen dürfe, "wie unsere Republik in Grund und Boden regiert wird." 63) In der Regierung sei es für die Partei leichter, Forderungen der Arbeiterschaft zu realisieren. Er erklärte daher: "Es handelt sich jetzt für uns darum, so schnell wie möglich so

stark zu werden, daß wir in der Regierung den Einfluß ausüben können, der uns zukommt." 64) Severing schilderte die seiner Meinung nach in der preußischen Koalitionsregierung erzielten Erfolge und lehnte die von einem Teil der Parteiopposition vertretene These ab, daß die SPD erst bei einer proletarischen Mehrheit im Parlament die Regierung übernehmen dürfe: "Aber wenn wir erklären, daß wir grundsätzlich und freiwillig Opposition treiben wollen, so heißt das in der Praxis nichts anderes, als daß wir uns in die Rolle der Passivität begeben. Marxismus ist aber höchster Aktivismus!" 65) Breitscheid definierte die Haltung der Parteimehrheit zur Koalitionspolitik so: "Wir haben weder das Prinzip der Opposition noch das der Koalition (lobhafte Zustimmung), sondern wir wenden das an, was uns im jeweiligen Fall erfolgsversprechend für die Arbeiterklasse zu sein scheint (erneute lobhafte Zustimmung)." 66) Er forderte die Partei auf, die derzeitige Oppositionsstellung im Reichstag nicht als "Dauerstellung" zu betrachten und bereits in der Opposition darauf Rücksicht zu nehmen, was in einer eventuellen Koalitionsregierung durchsetzbar sei: "Unsere Pflicht ist es auch in der Opposition, jene Zurückhaltung zu üben, die durch die Tatsache geboten ist, daß wir genötigt sein werden, zunächst wieder mit anderen das Kabinett zu bilden." 67) Aus all diesen Beiträgen ging hervor, daß die Parteimehrheit dem Bürgerblock keine lange Lebensdauer gab und ihre ganze Taktik auch als Oppositionspartei auf ein Offenhalten der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Mittelparteien einstellte.

Aus diesem Grund lehnte sie eine von den linken Delegierten Aufhäuser und Sender eingebrachte Resolution zum Referat Hilferdings ab, in der scharfe Kritik an allen bürgerlichen Parteien geübt wurde und jede Koalition mit den Mittelparteien abgelehnt wurde. Die Resolution wurde mit 255:82 Stimmen abgelehnt. 68) Sie lautete:

"Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reich offenbart eine Verschärfung der Klassengegensätze in der

Deutschen Republik. Die bisherigen Versuche, im Reiche durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse in der Republik zu vertreten, haben zu keinem Erfolg geführt.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der deutschen Republik ist die Vertretung der proletarischen Klasseninteressen gegenüber der Klassenherrschaft des Kapitalismus, der Kampf für soziale Forderungen und für den Sozialismus. Gegenüber dieser Aufgabe tritt der Kampf für die Erhaltung der Republik, mit der sich die Bourgeoisie abgefunden hat, an Bedeutung zurück.

Die Kampffront in der deutschen Republik bildet sich nicht mehr unter der Parole: hier republikanisch - hier monarchistisch, sondern hier sozialistisch - hier bürgerlich.

Angesichts dieser Konstellation muß die Taktik der Sozialdemokratie sein: Opposition statt Koalition.

Der Parteitag beschließt, diese Opposition ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien im Geiste des proletarischen Klassenkampfes mit allen geeigneten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu führen." 69)

Angenommen wurde hingegen ein Antrag Hilferdings zu seinem Referat, in der im ersten Teil zwar die Politik der Regierung Marx scharf verurteilt wurde, aber im zweiten Teil die Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht ausgeschlossen wurde: "Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann." 70) Die Regierungsbeteiligung der SPD sei vor allem davon abhängig zu machen, inwieweit der Einfluß der SPD ausreiche, dadurch Arbeiterinteressen durchzusetzen und reaktionäre Gefahren abzuwehren. Im dritten Abschnitt wurde als Ziel genannt, neue Wähler aus den bürgerlichen Parteien und der KPD für die Sozialdemokratie zu gewinnen mit der Perspektive: "Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher

Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig." 71)

In der Einzelabstimmung stimmten die linken Delegierten für den ersten und dritten Abschnitt und gegen den die Frage der Koalitionspolitik behandelnden zweiten Abschnitt. Bei der Schlußabstimmung folgte die Mehrzahl der linken Delegierten aus den Bezirken Berlin, Halle, Thüringen und Dresden der Empfehlung Rosenfelds und enthielten sich der Stimme, während einige Delegierte der Bezirke Chemnitz-Erzgebirge, Leipzig und Zwickau-Plauen - wie schon bei der Entlastung des Parteivorstandes - dagegen stimmten. 72)

Bei der Wahl zum Parteivorstand, bei der wiederum kein einziger Kandidat der Linken gewählt wurde, zeigte sich, daß die Opposition gegen die Politik der Parteiführung größer war, als in den Stimmenergebnis des Antrages Aufhäuser und Sender zum Ausdruck kam, der wahrscheinlich von einem Teil der gemäßigten Linken abgelehnt wurde, weil er als Ablehnung jeder Koalition interpretiert werden konnte und nicht als zeitbedingte Ablehnung. Frölich erhielt 178 Stimmen (bei 378 abgegebenen Stimmen), Aufhäuser 135, Fleißner 106, Löwenstein 130, Ströbel 123 und Wurm 123. Der "Vorwärts" verschwieg in seinem Bericht die gescheiterten Kandidaturen der Linken. Alle vom bisherigen Parteivorstand vorgeschlagenen Kandidaten wurden gewählt. Die Parteimehrheit war weiterhin nicht dazu bereit, die immerhin etwa 1/3 der Parteitagsdelegierten stellende Linke am zentralen Machtgremium der Partei zu beteiligen. 73)

Der Parteitag verabschiedete einstimmig ein Agrarprogramm, in das einige Abänderungsvorschläge des linken Bezirks Leipzig eingearbeitet worden waren. Ebenfalls einstimmig wurde eine Resolution zur Arbeit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale verabschiedet.

Die SPD-Linke war mit dem Ergebnis des Parteitages sehr unzufrieden.

Levi, der an dem Parteitag wegen einer Krankheit

nicht teilnehmen konnte, wies die von Wels an seiner Zeitschrift "SPW" geäußerte Kritik scharf als unberechtigt zurück: "Um das genau zu definieren: es gibt in der Partei keine 'Opposition um der Opposition willen' und es gibt keine organisierte Opposition. Insoweit erledigt sich also der Angriff ganz von selbst. Was nicht ist, kann man nicht angreifen und nicht verteidigen." 74) Der Parteitag habe sich eineinhalb Tage mit diesem Scheinproblem beschäftigt. Als Hauptereignis wertete er die Rede Hilferdings, dessen ökonomische Analyse er teilte, aber dessen politische Schlussfolgerungen daraus er für falsch hielt. Hilferding begehe den Fehler, den bestehenden Staat "klassenneutral" zu betrachten und nicht als Instrument der Bourgeoisie: "Diese ganze Theorie, daß die wachsende Vergesellschaftung der Produktionsprozesses wachsenden Einfluß des Proletariats an der Staatsgewalt bedeute, wäre denkbar nur, wenn der Staat eine Organisation wäre, berufen und geeignet, allgemein gesellschaftliche Interessen zu verwalten. Ist er aber nur eine Organisation zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, so wird sich im Staat die wachsende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses ganz anders ausdrücken: wachsende Vergesellschaftung bedingt vermehrte Unterdrückung gerade um so mehr und in dem Grade, in dem die gesellschaftliche Produktionsform den herrschenden Eigentums- und Staatsbegriffen widerstreitet. Im Kapitalismus bedeutet wachsende Vergesellschaftung nicht wachsendes Recht der Arbeiter, sondern wachsende Unterdrückung." Eine Koalition der SPD mit bürgerlichen Parteien würde zur Zeit nur die in Wirtschaft und Staat bestehende "kapitalistische Diktatur" verbergen und eine Demokratie vorgaukeln. Daher komme nur eine "intransigente Opposition" der Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb des Parlaments in Frage.

Teuber verurteilte die beschlossene Resolution Hilferding als "unbeschränktes Bekenntnis zu bisherigen Koalitionspolitik." 75) Er bezweifelte sogar, ob diese wirklich

den Willen der Mehrheit der Parteimitglieder ausdrücke, da wegen der nicht erfolgten Urwahl der Reichsparteitagsdelegierten die Repräsentativität des Parteitages zweifelhaft sei. Er war sich aber sicher, daß die weitere ökonomische und politische Entwicklung der Resolution Aufhäuser und Sender rechtgeben werde: "Die überstimmte Minderheit hat keine Anlaß, die Ablehnung ihrer Anträge etwa tragisch zu nehmen. Die Logik des täglichen Geschehens wird die abgelehnten Wünsche der Linken schon noch zu Ehren bringen und genügend Wasser in den schäumenden Wein der Kieler Mehrheit schütten". Teuber warf der Parteiführung vor, neue Wähler für die SPD durch Anpassung an die Mittelparteien aus den Reihen des Kleinbürgertums, der Bauern und der Intelligenz gewinnen zu wollen, während die Linke v.a. Arbeiter, die bisher Zentrum oder KPD gewählt hätten, ansprechen wolle.

Die linken Parteizeitungen hielten Wels vor, den Parteitag durch seine ungerechtfertigten Angriffe auf die Linke belastet zu haben. Seydewitz kam in seiner Parteitagsanalyse im "Sächsischen Volksblatt" zum Ergebnis: "Von der Duldsamkeit und Kameradschaftlichkeit, die von der Parteimehrheit oft gepredigt wird, und die auch wir wünschen war ... nicht viel zu merken." 76) Die "Leipziger Volkszeitung" stellte fest, daß der Parteitag keine "wirkliche Befriedung des notwendigen Meinungskampfes" in der Partei gebracht habe. 77) Die "Volkszeitung für das Vogtland" kritisierte scharf die Staatstheorie Hilferdings, für die "ein oder zwei (SPD- -E.W.) Minister bereits die Verkörperung der Staatsmacht" darstellten. 78) Die beschlossene Resolution Hilferdings berge die Gefahr in sich, daß die Fehler der seit 1918 betriebenen Koalitions- und Tolerierungspolitik alle wiederholt würden. Diese Politik führe aber "weder zur Eroberung der Massen noch zur Eroberung der Staatsmacht: es sei denn durch die Reaktion!" Böchel mißbilligte, in der "Chemnitzer Volksstimme", daß der Parteitag in seiner Mehrheit eine Koalition nicht ausgeschlossen habe: "Der Partei-

tag ist aus dem Pendeln vorsichtiger Kritik und Bereitschaft zur Koalition nicht herausgekommen." 79)

Die Parteimehrheit lobte natürlich die Beschlüsse des Parteitages.

Stampfer versuchte den Eindruck zu erwecken, daß der Überwiegende Teil der Parteimitglieder die Koalition mit bürgerlichen Parteien allein als Frage der Taktik auffasse und nur eine Minderheit prinzipiell für oder gegen diese Koalition unter allen Umständen sei: "Wenn man sagt, daß es Genossen gibt, die hier die Koalition als Regel, die Opposition als Ausnahme betrachten und anderen, für die die Opposition die Regel, die Koalition aber die Ausnahme ist, so bezeichnet man damit schon die Extreme der beiden einander gegenüberstehenden Meinungen." 80) Die große Mehrheit des Parteitages habe sich durch die Annahme der Resolution Hilferding für die "positive Mitarbeit" der SPD im bestehenden Staat entschieden. Jetzt liege es allein bei den Mittelparteien, auf dieses Angebot zu antworten. Der preußische Innenminister Severin stellte ebenfalls v.a. den Beschluß zur Koalitionspolitik in einem Artikel in der "Gesellschaft" heraus: "Er (Parteitag -E.W.) hat zu den Fragen der Taktik Richtlinien aufgestellt, die der Partei die notwendige Bewegungsfreiheit sichern, die darüber hinaus aber auch die grundsätzliche Ablehnung jeder Politik bedeuten, die in ihrer Konsequenz den freiwilligen Verzicht auf politische Machtpositionen in sich schließt." 81)

2.7.4. Die Kritik der SPD-Linken an der inkonsequenten Oppositionspolitik gegenüber der Bürgerblockregierung

Nach dem Kieler Parteitag setzte die SPD, wie von Breitscheid in Kiel angekündigt, die Politik der maßvollen Opposition gegen die Regierung Marx fort. Bei einem

Mißtrauensantrag der KPD gegen den Außenminister Strese-
mann enthielt sich die SPD-Reichstagsfraktion geschlossen
der Stimme. Breitscheid begründete dies am 24.6.1927 im
Reichstag damit, daß die SPD zwar die Innenpolitik der
Reichsregierung scharf ablehne, aber die Außenpolitik
Stresemanns billige, da sie auf Verständigung gerichtet
sei und eine Einmischung Deutschlands in den aktuellen
englisch-russischen Konflikt ablehne. Auch Deutschlands
Wunsch, einen Sitz in der Mandatskommission des Völker-
bundes zu erhalten, sei richtig, sofern damit nicht der
Anspruch auf Kolonien dokumentiert werden solle. 82)

In dieser Frage zeigte sich wieder einmal der
grundlegende Dissens in der SPD bei der Beurteilung der
Außenpolitik Stresemanns. Levi warf Stresemann vor, Deutsch-
land in ein Bündnis mit Frankreich und Großbritannien gegen
Sowjetrußland einbeziehen zu wollen und mit Hilfe des Sitzes
in der Mandatskommission des Völkerbundes die deutschen
Ex-Kolonien wiedergewinnen zu wollen. Deutschland drohe bei
einer Fortsetzung dieser Politik in einen Krieg verwickelt
zu werden. Der Außenpolitik der Regierung Marx liege in
Wahrheit nichts anderes zugrunde als "die aus verständlichen
Gründen wiedererwachte Expansionslust der deutschen Bourgeoisie
mit ihrem Drang nach politischen Abenteuern und zwar in der
gefährlichsten Form, die überhaupt denkbar ist, nämlich in
der des kaiserlichen Deutschland." 83) Vor einer Versamm-
lung der SPD Chemnitz äußerte Zweiling die Vermutung, daß
Deutschland bei einem Konflikt Großbritanniens mit Sowjet-
rußland sich sogar an einer Intervention in Sowjetrußland
indirekt oder direkt beteiligen werde. Er forderte die SPD
auf, sich von der imperialistischen Außenpolitik der Regie-
rung Marx ebenso deutlich zu distanzieren wie von der Innen-
politik: "Wie sich innenpolitisch die Erkenntnis der Klassen-
fronten immer deutlicher durchsetzt, so muß die Partei noch
erkennen, daß keineswegs 'Stresemann die Außenpolitik der
deutschen Sozialdemokratie macht'. Wir müssen uns freimachen

von allen Illusionen, müssen erkennen, daß, solange eine kapitalistische Wirtschaft besteht, ständig Kriegsgefahr herrscht. Wer mit seiner Bourgeoisie, wer mit der europäischen Bourgeoisie geht, der hilft unbewußt mit am nächsten imperialistischen Krieg." 84)

Die Hoffnungen der SPD-Parteiführung auf ein Auseinanderbrechen der Bürgerblockkoalition erhielten neue Nahrung, als am 30.6. das Zentrum für die Verlängerung des Sperrgesetzes zur Fürstenabfindung stimmte, die DVP und die DNVP dagegen stimmte. Da das Gesetz nicht die notwendige 2/3-Mehrheit erhielt, lief es aus. 85)

Doch bereits zwei Tage später lehnten die Regierungsparteien geschlossen einen Antrag der KPD auf Amnestierung aller politischen Gefangenen ab, dem die SPD zustimmte. 86)

Die SPD stimmte im Gegensatz zur KPD zwei sozialen Reformgesetzen der Regierung Marx zu. Am 1.7. wurde das Arbeitsgerichtsgesetz verabschiedet. 87) Am 7.7.1927 beschloß der Reichstag die wichtigste sozialpolitische Reform seit 1919, das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung. Dagegen stimmte nur die KPD. Damit wurde die Arbeitslosenversicherung eingeführt, die zu gleichen Teilen durch Beiträge der Arbeitnehmer und Unternehmer finanziert werden sollte, und Arbeitslosen bis zu 26 Wochen Arbeitslosenhilfe gewähren sollte. 88)

Grundlage für diese Reformen war politisch der Wille des Zentrums, in dieser Regierung auch Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen, um eine Abwanderung von Wählern an die SPD zu verhindern und ökonomisch die relativ günstige Konjunkturlage, die durch hohe ausländische Kredite und eine Exportoffensive gestützt wurde.

Daß aber in der Regierung auch die Interessen der Klientel der DVP und DNVP nicht zu kurz kamen, zeigte am 9.7. die Erhöhung der Agrarimportzölle gegen den Widerstand der Oppositionsparteien SPD, KPD und DDP. 89)

Nach den Unruhen in Wien am 15.7.1927 und dem Austritt des Reichskanzlers Marx aus dem Reichsbanner Schwarz-

Rot-Gold verschärfte die SPD-Linke ihre Kampagne gegen die Koalitionspolitik und gegen die Mittelparteien, da sie immer noch befürchtete, daß nach den nächsten Reichstagswahlen die SPD-Parteiführung eine "Weimarer Koalition" mit Zentrum und DDP oder gar eine große Koalition unter Einschluß der DVP anstreben werde.

Bieligk vermutete, daß die Parteispitze den Reichstagswahlkampf gegen die potentiellen Koalitionspartner DDP und Zentrum nur mit "gedämpfem Trommelklang" führen werde, um diese nicht zu verschrecken. 90) Er warnte vor dieser Taktik: "Sowohl die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Deutschland als auch die Forderungen und Objekte, um die die Arbeiterklasse den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kampf in dieser Periode zu führen hat, sprechen gegen eine Verbindung mit Parteien, die eine kapitalistische Politik betreiben. Sie sprechen damit auch gegen eine Dämpfung des Wahlkampfes, von der grade jene Parteien profitieren, deren proletarischer Anhang von der Sozialdemokratie noch gewonnen werden muß: Zentrum und Demokraten." Keine Parole des Reichsbannervorsitzenden Hörsing ablehnend forderte er, die SPD müsse nicht für "republikanische Wahlen" kämpfen, sondern für "rote Wahlen".

Levi warnte in einer Analyse des Katholikentages in Dortmund davor, auf eine Durchsetzung des linken Flügels um Wirth im Zentrum zu hoffen. Ziel der SPD könne es nur sein, durch eine scharfe Kritik an der unsozialen Politik der Regierung Marx Arbeiterwähler des Zentrums zu gewinnen. Dieser Frage wies Levi entscheidende Bedeutung für die Strategie der SPD und der Arbeiterbewegung insgesamt zu: "Eine siegreiche Arbeiterrevolution in Deutschland solange das Zentrum noch 2 Millionen Arbeiter in der Hand hat? Ein unvorstellbarer Gedanke. Eine parlamentarische Reform durchgreifender Art zugunsten der Arbeiter? Bei derzeitiger parlamentarischer Lage ausgeschlossen." 91) Setze die Partei ihre schonende Behandlung des Zentrums

mit Rücksicht auf "Koalitionen, bestehende und erhoffte", fort, würden die Zentrums-Arbeiter nie die Notwendigkeit erkennen, sich der SPD anzuschließen. Frenzel kam zum selben Schluß wie Levi. Dortmund habe gezeigt, daß Wirth im Zentrum völlig isoliert sei und selbst bei den Zentrums-Arbeitern ohne Basis sei. Für die SPD ergäbe sich daraus als einzige mögliche Schlußfolgerung: "Die Zentrumspartei ist eine egoistisch-roktionäre Partei. Seit der Revolution war die sozialdemokratische Arbeiterschaft für diese Partei nur Mittel zum Zweck."

Die SPD-Linke hielt unverändert an ihrer auf dem Kieler Parteitag geäußerten Staatsanalyse fest. Bieligk bewertete den bestehenden Staat in Deutschland als "Monarchie mit republikanischer Abweichung und unverfälschter wirtschaftlicher, politischer und militärischer Diktatur der kapitalistischen Klasse." 92)

2.7.5. Die Gründung der zweiten reichsweiten Zeitschrift der SPD-Linken "Der Klassenkampf-Marxistische Blätter" im September 1927

Ab dem 1.10.1927 erschien eine zweite reichsweite Publikation der SPD-Linken neben der fortbestehenden "SPW" Levis. Die Warnungen von Wels auf dem Kieler Parteitag blieben also ohne Wirkung. Herausgeber der 14-tägig erscheinenden neuen Zeitschrift mit dem Titel "Der Klassenkampf - Marxistische Blätter" waren die drei Reichstagsabgeordneten Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel und der österreichische Parteitheoretiker Max Adler, der die SPD-Linke stark beeinflusste. Redakteur der in Berlin im Verlag des ehemaligen KPD-, KAG- und USPD-Funktionärs Otto Erass, der E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung, erscheinenden Zeitschrift, wurde Seydewitz, der Vorsitzender des SPD- Bezirks

Zwickau-Plauen und Chefredakteur des "Sächsischen Volksblatts" in Zwickau war. 93) Über die Auflage des "Klassenkampf" ist ebenso wie über die der "SPW" nichts bekannt. Auf eine Leserumfrage erhielt die Redaktion im Frühjahr 1931 nach eigenen Angaben "nach hunderten zählende Antworten. Die Schätzung der Auflagenhöhe durch den ehemaligen "Klassenkampf"-Mitarbeiter Bieligk (1000 Stück) erscheint daher zu gering. 94) Der Umfang der Zeitschrift war mit 60 Seiten viel größer als der der "SPW" (12 Seiten). Warum neben dem "Klassenkampf" die "SPW" zunächst weiter erschien, wurde weder von Levi noch von den Herausgebern der neuen Zeitschrift erklärt. Zu vermuten ist, daß viele SPD-Linken nicht damit einverstanden waren, daß Levi die "SPW" mehr oder weniger als sein Privatunternehmen und nicht als gemeinsames Organ aller SPD-Linken betrachtete und daher wichtige Führer der SPD-Linken relativ selten in der "SPW" zu Wort kamen. Am "Klassenkampf" arbeiteten bald alle führenden Vertreter der Parteiopposition mit, darunter war auch Levi. Am 1.10.1928 fusionierten die beiden Zeitschriften der SPD-Linken zu der Zeitschrift "Der Klassenkampf - Marxistische Blätter - Sozialistische Politik und Wirtschaft." Herausgeber blieben Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel, Adler, neu hinzu kam Levi.

In der programmatischen Erklärung der Herausgeber am 1.10.1927 mit dem Titel "Klassenkampf - unser Programm" wurde es als Hauptaufgabe der Zeitschrift bezeichnet, zu zeigen, daß "der Befreiungskampf des Proletariats auch innerhalb der demokratischen Republik nur in schärfster Vertretung der proletarischen Interessen geführt werden" könne. 95) Da die Staatsform der demokratischen Republik in Deutschland zur Zeit gesichert sei, könne der Gegensatz in der Politik nur lauten: "hie sozialistisch - hie kapitalistisch". Die demokratische Republik sei nicht das Endziel der Arbeiterklasse, sondern nur ein Mittel auf dem Weg zum Sozialismus. Als wichtigste Zielgruppe der Zeitschrift wurde die Arbeitererschaft genannt.

2.7.6. Die Fortsetzung der Debatte über die Stellung zu
den Parteien der Mitte Ende 1927/Anfang 1928

Im Herbst 1927 versuchte die SPD-Reichstagsfraktion verstärkt, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Marx anzugreifen. Zu diesem Zweck brachte sie im Reichstag eine Interpellation ein, in der sie u.a. einen Preisabbau, Lohn- und Rentenerhöhungen und die Senkung der Zölle und Zinsen verlangte. 96) Die SPD-Parteimehrheit hoffte weiterhin auf einen baldigen Zusammenbruch der Bürgerblockregierung wegen Konflikten zwischen den Koalitionspartnern. Aus Anlaß der Reichswerbewoche der SPD vom 6.-13.11.1927 prophezeite Breitscheid baldige Reichstagsneuwahlen als Folge der unlösbaren Differenzen zwischen den Regierungsparteien. Die SPD werde im Wahlkampf unter der Parole "für die Republik der Arbeiter - gegen die Republik der Besitzenden" für die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages, den Preis- und Zollabbau, die Erhöhung der Löhne und Renten und eine Steuerreform zugunsten der Besitzlosen eintreten. All diese Ziele lehne die Regierung Marx ab. Mit der Außenpolitik der Bürgerblockregierung erklärte er sich jedoch "im großen und ganzen einverstanden." 97)

Die Oppositionsstellung der SPD im Reichstag wirkte sich im Oktober und November 1927 günstig auf ihre Ergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen aus. 98) Am 9.10. steigerte sie bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg ihren Stimmenanteil von 32,2 auf 38,1 %. Bei den Landtagswahlen in Braunschweig am 27.11. verbesserte sie ihren Anteil von 37,4 auf 46,2 %. Ähnliche Erfolge erzielte sie in Danzig und Bremen. Nur in Hessen verlor sie am 13.11. Stimmen und Mandate. Der "Vorwärts" erklärte den Ausnahmefall Hessen mit der geringen Wahlbeteiligung aufgrund einer gewissen Wahlmüdigkeit. 99) Die SPD-Linke begründete hingegen das schlechte hessische Ergebnis mit der seit 1918 dort bestehenden "Weimarer Koalition" aus SPD, DDF und Zentrum. Die "Volkszeitung für das

Vogtland" kommentierte nicht ohne Schadenfreude: "In Hessen hat die Sozialdemokratie auch in der letzten Zeit unentwegt Koalitionspolitik getrieben und der geistige Führer der hessischen Sozialdemokratie ist der auf dem rechtesten Flügel der Partei stehende Reichstagsabgeordnete Eduard David ..." 100) Die erneute Bildung einer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum in Hessen nach den Wahlen bewertete die "Chemnitzer Volksstimme" negativ: "Un wäre es lieber, diese Koalition wäre zum Teufel gegangen und die Sozialdemokratie hätte nicht 70000 Stimmen verloren, sondern einen Zuwachs zu verzeichnen." 101) Die SPD-Linke plädierte in Hamburg und Braunschweig für eine Kooperation von SPD und KPD, die Parteilmehrheit war dagegen, da dies eine Koalition mit den Mittelparteien im Reich gefährdet hätte.

Die Wahlerfolge der SPD und im geringeren Ausmaß auch der KPD erklärte die SPD-Linke als Folge eines Linkstrends, der durch die unsoziale Politik des Bürgerblocks entstanden sei. Ströbel sah darin ein "Wetterzeichen" dafür, daß die Stagnation des Stimmenanteils der Arbeiterparteien zuende sei: "Die Linke ist wieder im breiten Vormarsch, während die Front der Bürgerlichen sich lichtet und zerbröckelt." 102) Dies beweiße, daß die SPD als Oppositionspartei wachse, während sie als direkte oder indirekte Regierungspartei keinen Boden gewinnen könne.

Auftrieb erhielt die Hoffnung der SPD-Parteiführung auf eine Regierungsbeteiligung nach den Reichstagswahlen durch eine Äußerung von Marx am 30.10. Er erklärte, daß das Zentrum in den Reichstagswahlkampf ohne jede Bindung gehen werde, sich also nicht auf irgendeine Form der Koalition festlegen werde. Das Zentrum sei wie bisher zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien bereit. Der "Vorwärts" sah durch diese Rede die Taktik der Parteilmehrheit bestätigt, eine Koalition mit den Mittelparteien nicht abzulehnen. 103)

Für die SPD-Linke war dies hingegen wieder einmal

ein Grund, auf den ihrer Meinung nach reaktionären Charakter des Zentrums hinzuweisen. Seydewitz bestritt sowohl dem Zentrum wie der DDP, "zuverlässig republikanische Parteien" zu sein. Sie seien nach den Wahlen nur zu einer großen Koalition bereit, um mit Hilfe der DVP die SPD-Minister - wie schon 1923 - wieder in allen wichtigen Fragen zu majorisieren. Die SPD würde in einer solchen Koalition das gerade durch die Oppositionspolitik wieder in der Arbeiterschaft gewonnene Vertrauen verlieren. 104) Böchel bemühte sich nachzuweisen, daß Wirth und der Arbeitnehmer-Flügel im Zentrum ohne jeden Einfluß sei. Die Hoffnung auf eine Linkswendung des Zentrums sei daher eine Illusion. Er bezeichnete Wirth, um ihn lächerlich zu machen, als "Marquis Posa des Zentrums". 105)

Vor dem Hintergrund der Kußierung des Reichsbanner-Vorsitzenden Hörsing, daß sich in drei republikanischen Parteien SPD, DDP und Zentrum im Reichstagswahlkampf nicht allzusehr angreifen dürften, um eine Koalitionsregierung nach den Wahlen nicht zu gefährden, diskutierten linke Parteigliederungen der SPD die Wahlkampfstrategie. Sie wandten sich gegen jede Schonung der Parteien der Mitte, da auch sie nur die Klasseninteressen des Bürgertums vertreten würden. Die Delegiertenversammlung des Unterbezirks Zwönitz im Bezirk Chemnitz beschloß hierzu Ende November 1927 u.a.:

"Insbesondere erwartet die Delegiertenversammlung des 19. Unterbezirkes, daß die Sozialdemokratische Partei die bevorstehenden Wahlkämpfe unter dem Gesichtswinkel Bürgerblock oder Arbeiterklasse führt. Die Delegiertenversammlung wendet sich gegen jeden etwa auftauchenden Versuch zu einer Volksgemeinschafts- oder Weimarer Koalitions-Parole aufzurufen. Die letzten Jahre deutscher Republik haben sehr zum Schaden der Bevölkerung gezeigt, daß es keinerlei Gemeinschaft zwischen Bürgertum und Proletariat gibt." 106)

Auf der Grundlage gemeinsamer Interessen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik regierte die Bürgerblockregierung weiter. Im Anschluß an die Debatte über die bereits

erwähnte von der SPD eingebrachte Interpellation brachte die SPD am 6.12.1927 einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx ein. Er wurde jedoch mit den 229 Stimmen der Regierungsparteien gegen 192 Stimmen der Oppositionsparteien SPD, KPD und DDP und der Stimme Wirths und bei 14 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und der Völkischen abgelehnt. 107)

In den Neujahrsartikeln wurden die unterschiedlichen Optionen der beiden SPD-Flügel für die Zeit nach den Wahlen wieder deutlich.

Bieligk verlangte unter Hinweis auf die "Verschärfung der Kämpfe zwischen der arbeitenden und der besitzenden Klasse", die sich u.a. in den zahlreichen Streiks und Aussperrungen widerspiegeln, in der "SPW" die Ablehnung jeder Koalition mit den Mittelparteien, da sonst die Wahlschancen der SPD stark sinken würden: "Vergessen wir weiter nicht, daß alle günstigen Aussichten, bei den allgemeinen Wahlen 1928 den Einfluß der sozialistischen Arbeiterschaft im Parlament wesentlich verstärken zu können, zuschanden werden müssen, wenn Teile der Sozialdemokratie in eine Politik zurückfallen, die 1924 bis 1926 zu einer so furchtbaren Katastrophe des Vertrauens führte." 108)

Seydewitz drückte im "Klassenkampf" offen die Befürchtung aus, daß die Parteiführung der SPD zur Regierungsbeteiligung bereit sei: "Die Gefahr besteht also, daß die Mehrheit der Partei nach einem dank der bisherigen Oppositionsstellung errungenen Wahlsieg zu jeder Koalition bereit ist und ihre Mitwirkung an der Regierung weniger von den im Interesse des Proletariats zu verwirklichenden Forderungen abhängig machen wird, als von der einfachen Bereitschaft der jetzt im Bürgerblock sitzenden bürgerlichen Parteien." 109) Die Parteimehrheit erkenne leider immer noch nicht, daß die Mittelparteien nur darum zeitweise zu einer Koalition mit der SPD bereit seien, "um nach der Schwächung der Sozialdemokratie (in dieser Koalition -E.W.) die Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat ausüben zu können." 110) Als Wahlparolen der SPD schlug er Schlag-

wörter vor, die von vornherein jede Verständigung mit den Mittelparteien ausschlossen: "Rücksichtsloser Kampf gegen den Bürgerblock, rücksichtslose Vertretung der proletarischen Interessen. Kampf für die Umgestaltung dieser von den Kapitalisten beherrschten Republik in eine wahrhaft soziale Republik, Kampf für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft." 111)

Eckstein forderte sogar, das Zentrum im Wahlkampf als "Hauptfeind" der SPD zu betrachten, da es durch seine Integration vieler katholischer Arbeiter in die bestehende Gesellschaftsordnung die "stärkste Stütze der kapitalistischen Klassenherrschaft" darstelle. 112)

Der SPD-Parteivorsitzende Wels legte sich in seinem Neujahrsartikel im "Vorwärts" nicht darauf fest, ob die SPD nach den Wahlen in die Regierung eintreten solle. Er kritisierte aber v.a. die Politik der DNVP und der KPD und griff das Zentrum nicht an. Er rechnete mit einem baldigen Auseinanderbrechen der Bürgerblockkoalition, da sich die DVP mit dem Zentrum nicht über ein Reichsschulgesetz werde einigen können. 113)

Der Reichstagspräsident Löbe sprach sich hingegen in einer Rede vor dem Reichsbanner in Königsberg am 9.1.1928 offen dafür aus, nach der Zertrümmerung der Rechtsregierung bei den Wahlen an ihre Stelle "eine klar auf republikanischem Boden stehende Regierung" zu bilden, die eine Beteiligung von SPD-Reichsministern voraussetze. 114)

In der innerparteilichen Diskussion der SPD wurde nunmehr fast jedes politische Ereignis unter dem Aspekt des Verhältnisses zu den Mittelparteien und der Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit diesen Parteien gesehen. Symptomatisch dafür war die unterschiedliche Beurteilung des neuen Reichswehrministers Gröner und einer Parteikrise des Zentrums durch die beiden SPD-Flügel.

Als nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geßler wegen des "Phoebus"-Skandals Gröner am 20.1.1928 zu seinem Nachfolger ernannt wurde, stellte dies der "Vorwärts"

als politischen Erfolg des Zentrums über die DNVP dar. Groener wurde als aufrechter Republikaner bezeichnet, der 1918 gut mit der Regierung der Volksbeauftragten Ebert zusammengearbeitet habe und 1920 gegen den Kapp-Putsch gewesen sei. Er sei gegen den Widerstand der DNVP Reichswehrminister geworden. 115)

Bieligk charakterisierte im "Klassenkampf" Groener völlig anders. Er habe bis Kriegsende für das Durchhalten gekämpft und 1922 als Verkehrsminister den Eisenbahnerstreik brutal niedergeschlagen. Bieligk porträtierte Groener so: "Groener ist ein geschworener Feind der sozialistischen Arbeiterschaft. Ihrem Kampfe steht er mit der Unterbittlichkeit, Unnachgiebigkeit und Brutalität des Militärs gegenüber. Nichts aus seiner Vergangenheit rechtfertigt es, ihn etwa soziales Verständnis oder einen 'demokratischen Zug' anzudichten." 116) Die Redaktion des "Klassenkampf" stellte unter der Überschrift "Wer hat da recht?" dem "Vorwärts"-Artikel über Groener einen Artikel der rechten "Deutschen Tageszeitung" gegenüber, in dem er als loyaler Anhänger Hindenburgs gelobt wurde. 117) Für die "Volkszeitung für das Vogtland" bestand zwischen Geßler und Groener kein Unterschied: "Die Reichswehr wird unter Herrn von Groener wie unter Herrn Geßler stets die letzte Reserve der Bourgeoisie im Klassenkampf gegen das Proletariat bereit stehen für den Fall, daß die Macht des Proletariats der Bourgeoisie gefährlich werden sollte. Und das wird so lang sein, bis eine rein proletarische Regierung die Zügel in die Hand nimmt und mit dem Bürgerblock Herrn Groener und die ganze Reichswehr zum Teufel jagt, um an ihre Stelle eine proletarisch zuverlässige Rote Armee zu setzen." 118) In dieser Frage traten die Gegensätze zwischen den beiden SPD-Flügeln auch in der Einschätzung der Reichswehr wieder besonders kraß zutage.

Im Zentrum kam es im Januar 1928 wegen der Ablehnung einer Erhöhung der Beamtengehälter durch die Regierung

zu einem Konflikt zwischen Marx und dem Gewerkschaftsflügel des Zentrums um Stegerwald. Der "Vorwärts" interpretierte dies sofort als "Rebellion der Zentrumsarbeiter" gegen die Wirtschaftspolitik der Bürgerblockregierung und als "Klassenkampf im Zentrum". 119)

Die SPD-Linke versuchte - im Gegensatz zur Parteimehrheit - den Konflikt im Zentrum herunterzuspielen, zum "Familienkrach zwischen Marx und Stegerwald". 120) Zweiling wies dem Gewerkschaftsflügel des Zentrums nur eine Alibifunktion zu: "Nichts törichter gäbe es, als zu glauben, daß die Aktion Stegerwalds und Imbuschs, eine Linksentwicklung des Zentrums, d.h. eine Entwicklung dieser Partei zu proletarischer Klassenpolitik zum Ziele habe. Das Ziel ist nur, den bürgerlichen Klassencharakter der Zentrums politik geschickter zu verschleiern als in den letzten Jahren, das offene Ausbrechen des Klassengegensatzes innerhalb des Zentrums, das als Folge der dreijährigen Bürgerblockpolitik drohte, zu verhindern." 121)

Am 29.1. beschloß der Reichsparteiausschuß des Zentrums, Marx sein Vertrauen auszusprechen und bekannte sich zur Fortsetzung der Sozialpolitik und zur Reichsverfassung. Der "Vorwärts" sah darin eine Bestätigung seiner These vom Trend des Zentrums weg vom Bürgerblock und eine "Niederlage für Marx". 122) Frenzel warnte in der "SPW" dagegen davor, diesen Beschluß überzubewerten. Das Zentrum werde weiterhin trotz einer gewissen Rücksichtnahme auf die Interessen seiner Arbeiterwähler eine rein bürgerliche Politik betreiben. 123)

Trotz des näherrückenden Wahltermins hielt die SPD im Reichstag an der Unterstützung der Außenpolitik der Regierung Marx fest. Breitscheid erklärte am 30.1. in der außenpolitischen Debatte des Parlaments ausdrücklich: "Mit der Führung der Außenpolitik sind meine Parteifreunde einverstanden." 124) Auch der "Vorwärts" betonte, daß Stresemann keinen Anlaß zur Kritik von links biete.

Die SPD-Linke verurteilte diese Billigung der Außenpolitik weiterhin, Zweiling bemerkte, daß, falls die These der Identität der Außenpolitik von SPD und Bürgerblock richtig wäre, in Deutschland zwei Regime nebeneinander bestünden: "ein Bürgerblock und eine ganz große Koalition (von SPD bis DNVP -E.W.) für die Außenpolitik." 125) Die SPD-Parteimehrheit verkenne immer noch, daß die Außenpolitik Stresemanns nur darauf abziele, langfristig wieder die Weltmachtstellung Deutschlands zu erreichen, selbst auf die Gefahr der Verwicklung in kriegsrische Abenteuer. Aufgabe der SPD sei es daher, den imperialistischen Charakter dieser Außenpolitik aufzuzeigen, statt sie zu loben: "Es gilt daher, außenpolitisch heute das Bewußtsein dafür zu wecken, daß die Außenpolitik der Bourgeoisie, die Politik Stresemanns, uns geraden Weges in den neuen Krieg führen muß." 126)

2.7.7. Der Bruch der Bürgerblockkoalition im Februar 1928 und die Wahlkampfziele der SPD

Anfang Februar 1928 geriet die Bürgerblockregierung in eine schwere Krise, allerdings nicht, wie von der SPD-Parteiführung erwartet, wegen Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Zentrum und DNVP, sondern wegen eines Streites in der Bildungspolitik. Den Koalitionspartnern gelang es nicht, sich auf einen gemeinsamen Entwurf für ein Reichsschulgesetz zu einigen, was vom Zentrum als eines der Hauptziele dieser Regierung betrachtet wurde. Die DVP bestand in Erinnerung auf ihre kulturliberalen Traditionen darauf, daß in diesem Gesetz neben der Bekenntnisschule als Regelschule die Existenz der in einigen Ländern bestehenden Simultanschulen festgeschrieben werden sollte. Das Zentrum war zu diesem Zugeständnis nicht bereit. Die DNVP unterstützte in dieser Frage das Zentrum. Im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien kam man zu keinem Kompromiß.¹²⁷

Reichspräsident Hindenburg unternahm in einem Brief den Versuch, die Bürgerblockkoalition zu erhalten. Er schlug vor, daß die Regierung sich zunächst mit dem Haushaltsplan befassen sollte und erst nach der Verabschiedung des Etats erneut das Reichsschulgesetz behandeln solle. 128) Doch dieser Vermittlungsversuch scheiterte.

Am 15.2.1928 erklärte das Zentrum die Verhandlungen über einen Kompromiß für das Reichsschulgesetz als ergebnislos beendet und die Koalition als gelöst. Auf Bitten Hindenburgs einigten sich die Regierungsparteien aber darauf, daß die Regierung Marx bis zu den Neuwahlen im Amt bleiben solle, um v.a. noch die Verabschiedung des Etats zu gewährleisten und noch ein gemeinsames Minimalprogramm durchzuführen. 129)

Wahrscheinlich mit Rücksicht auf den potentiellen Koalitionspartner Zentrum beschloß die SPD-Reichstagsfraktion gegen die Stimmen der linken Minderheit am 16.2. im Reichstag die beschleunigte Behandlung des Etats und weiterer Gesetze nicht zu verhindern, unter der Bedingung, daß die Regierungsparteien garantierten, daß bis spätestens 13.5. Reichstagsneuwahlen stattfinden würden. 130) H. Müller erklärte dies am 18.2. im Reichstag, kündigte aber zugleich an, daß die SPD den Etat ablehnen werde. 131)

Levi kritisierte diese Entscheidung der Fraktionsmehrheit. Die SPD müsse auf den sofortigen Rücktritt der Regierung Marx und möglichst schnelle Abhaltung der Neuwahlen drängen. 132)

Am 29.2. beschloß der Parteiausschuß gegen die Stimmen der Linken den für Ostern 1928 geplanten Reichsparteitag ausfallen zu lassen, damit sich die Partei ganz auf den Wahlkampf konzentrieren könne. 133) Ein weiterer Grund für diesen Beschluß war wohl die Absicht, mitten im Wahlkampf eine offene Kontroverse auf dem Parteitag über die Möglichkeit einer Koalition mit den Mittelparteien zu verhindern.

Der Bezirksparteitag des linken Bezirks Leipzig bedauerte diese Entscheidung des Parteiausschusses. Er forderte, unmittelbar nach den Reichstagswahlen einen Reichs-

parteitag einzuberufen, der allein über eine eventuelle Regierungsbeteiligung der SPD entscheiden sollte. Der Bezirksvorstand Leipzig wurde aufgefordert, sich an andere Bezirke um Unterstützung dieser Initiative zu wenden. 134) Für diese sprachen sich weitere linke Parteigliederungen aus, wie die Bezirke Berlin und Thüringen und der Ortsverein Breslau. Es gelang jedoch nicht, die nach dem Parteistatut erforderliche Zustimmung von 1/3 der Bezirke für diese Forderung zu erhalten. 135) Wegen der Ablehnung durch die Parteimehrheit, die die Entscheidung über die Regierungsbeteiligung - wie bisher üblich - allein der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand überlassen wollte, scheiterte dieser Vorstoß der Linken.

Bei der Beratung des Etatentwurfs der Regierung Marx konzentrierte sich die SPD auf die Kritik an den ihrer Meinung nach zu hohen Ausgaben für die Reichswehr und die Reichsmarine. Auf ihre besondere Ablehnung stieß der geplante Bau von vier Panzerkreuzern, der 320 Millionen Reichsmark kosten sollte, da die Panzerkreuzer militärisch wertlos seien und das Geld sinnvoller für die Kinderspeisung an den Schulen ausgegeben werden sollte. Am 27.3. wurde ein Antrag der SPD, der die Zustimmung der KPD, DDP und eines Teiles der Wirtschaftspartei erhielt, die Mittel für den Bau des ersten Panzerkreuzers zu streichen, abgelehnt. 136)

Der Gesamtetat der Regierung Marx wurde am 30.3. mit 200:170 Stimmen vom Reichstag verabschiedet. Das Parlament beendete damit seine Legislaturperiode. Die Reichstagswahlen sollten am 20.5.1928 durchgeführt werden, 137)

Während des Wahlkampfes ging in der SPD die Diskussion über die Frage der Regierungsbeteiligung weiter.

Der Parteivorstand veröffentlichte am 22.4. den Wahlauf Ruf der SPD. 138) Der Gegensatz der SPD zu den Parteien des Bürgerblocks wurde in plakativen Formeln dargestellt, wie: "gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für Befreiungspolitik und die Friedenssicherung ... Fortführung

oder Stillstand der Sozialpolitik." Als Ziele der SPD im neuen Reichstag wurden u.a. genannt: gesetzliche Absicherung des Achtstundentages, gerechte Steuerpolitik, verstärkter Wohnungsbau, Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden und Schutz der Republik gegen die Angriffe durch die "Reaktion" und die "Linksputschisten". Als Gegner wurden namentlich nur die KPD und die DNVP erwähnt, nicht aber die Mittelparteien DVP, DDP und Zentrum. Der Wahlaufuf äußerte sich nicht zur möglichen Regierungsbe- teiligung der SPD. Die Politik der Regierung Braun in Preu- ßen wurde aber lobend erwähnt.

Der Aufruf wurde von Düwell im "Klassenkampf" kritisiert, da er den Gerüchten über den Willen der SPD zur Koalition mit den Mittelparteien neue Nahrung gebe. Er erfülle nicht die Aufgabe, den Wahlkampf zu führen "als Klassenkampf, als Kampf der Arbeiterschaft gegen das Besitz- bürgerium ohne jede Ausnahme." 139)

Die SPD-Linke veröffentlichte erstmals eine Art eigenen Wahlaufuf. Am 15.4. erschien im "Klassenkampf" ein Artikel seiner Herausgeber mit dem Titel "Unsere Wahlkampf- forderungen". 140) Darin wurde nochmals die Ablehnung je- der Koalition mit den Mittelparteien begründet. Alle bür- gerlichen Parteien seien sich trotz gewisser Differenzen immer dann einig, wenn es darum gehe, politische Rechte oder soziale Forderungen der Arbeiterklasse abzulehnen. Ihr gemeinsames Ziel in der Außenpolitik sei die Weltherrschaft Deutschlands. Wegen dieser grundlegenden Unterschiede in den Zielen dürfe es keine "einheitliche Frontstellung bürger- licher und sozialistischer Republikaner" geben, sondern die Parole der SPD könne nur lauten: "Nie Sozialismus - nie Kapitalismus!" Zahlreiche im Artikel aufgestellte Forderungen waren für die Mittelparteien inakzeptabel, wie die nach der Beseitigung aller Lebensmittelzölle, Abbau aller Massen- steuern, Erhöhung der Besitzsteuern, Verstaatlichung der Kohlen- und Kaliwirtschaft, Abschaffung der Reichswehr und

Außenpolitik im Interesse der internationalen Arbeiterschaft. Sie tauchten daher im Wahlauftritt des Parteivorstandes nicht auf.

In zahlreichen Artikeln in den linken Parteizeitungen und in der "SPW" und im "Klassenkampf" wurde jede Koalition abgelehnt. Linke Parteigliederungen, wie z.B. der Bezirk Leipzig, äußerten diese Auffassung auch in Form von Beschlüssen. Im Leipziger Beschluß wurde die Zusammenarbeit mit dem Zentrum, dieser "sogenannten republikanischen Partei", abgelehnt und der Kampf der Arbeiterklasse nur dann als aussichtsreich bezeichnet, wenn er "gegen die bürgerlich-kapitalistischen Parteien ..., nicht aber im Bunde mit ihnen" geführt werde. 141)

Aus den vielen Artikeln gegen die Regierungseteiligung sei hier nur ein Beitrag Bieligs in der "SPW" herausgegriffen. 142) Aus der Schonung des Zentrums im Wahlkampf zog er den Schluß, daß die Parteiführung der SPD unter allen Umständen eine Koalitionsregierung mit den Parteien der Mitte anstrebe. Seine Prognose über die Folgen einer Mitarbeit der SPD in dieser Koalitionsregierung sollte sich in den nächsten beiden Jahren als richtig erweisen: "Die Koalition, in die jetzt die Sozialdemokratische Partei hineingeführt werden soll, wird eine kaum abgeschwächte Bürgerblockpolitik fortsetzen! Innenpolitisch wird sie sich um so drückender für die Arbeiterklasse auswirken, als für den nächsten Etat jetzt schon rund 200 Millionen Mark Defizit gerechnet wird, da die jetzige Bürgerblockregierung die Kassen leergeplündert hat und für die zum ersten Male voll zu entrichtende Reparationsrate keine entsprechenden höheren Mittel bereitgestellt hat. Es wird trotz der dreiviertel Milliarden für Heer und Marine nicht nur kein Geld da sein, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, es wird besonders ein verschärfter Kampf gegen die Sozialversicherung einsetzen, den die 'Wirtschaft' mit Nachdruck unterstützen

wird. Natürlich v.a. im Parlament. Und in der Koalition. Dann werden wir wieder erleben, daß 'um Schlimmeres zu verhüten' die sozialdemokratische Fraktion nicht nur auf das Durchdrücken von proletarischen Forderungen verzichtet, sondern auch den bürgerlichen Vorstößen nicht den erforderlichen Widerstand leistet." Die Konsequenz dieser Entwicklung werde eine Schwächung der SPD zugunsten der KPD und schwere innerparteiliche "Erschütterungen" sein, wie nach der Regierung der großen Koalition 1923. Als Alternative zur Koalition schlug Bieligk eine SPD-Minderheitsregierung oder ein Verbleiben der SPD in der Opposition vor.

Die SPD-Parteiführung hielt den gesamten Wahlkampf über den Kurs bei, nur die DNVP und die KPD scharf anzugreifen, aber die potentiellen Koalitionspartner Zentrum, DDP und DVP zu schonen.

Das Zentrum verabschiedete am 13.4. einen Wahlauf-
ruf, in dem es die Art der Regierungsbildung offenließ. Sein Parteivorsitzender Kaas bekannte sich zur Reichsverfassung. Der "Vorwärts" sah darin ein Anzeichen für die prinzipielle Bereitschaft des Zentrums, auch mit der SPD zu koalieren: "Mit diesem Wahlauf-
ruf kann das Zentrum nach den Wahlen sowohl eine Bürgerblockpolitik, als auch eine linksorientierte Politik der Weimarer Koalition treiben." 143)

Die SPD-Linke hob eine Passage der Rede von Kaas besonders hervor, die der "Vorwärts" verschwie. Darin bezeichnete er es als Verdienst seiner Partei durch die Koalitionspolitik mit der SPD 1918-1920 Deutschland vor dem Sozialismus gerettet zu haben. Bieligk bezeichnete das Zentrum als Hüterin der Macht des Kapitalismus und der katholischen Kirche und als "reaktionäre kapitalistische" Partei. 144) Die SPD müsse daraus endlich den Schluß ziehen: "Nicht Seite an Seite mit dem Zentrum, nur gegen das Zentrum kommt der Kampf für den Sozialismus vorwärts." Fleißner zählte alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Bürgerblockregierung auf,

wie z.B. Agrarzollerhöhung, Massensteuererhöhung, Abbau des Mieterschutzes und Ablehnung der gesetzlichen Absicherung des Achtstundentages. Die SPD müsse dies im Wahlkampf offensiv darstellen, um die proletarischen Wähler des Zentrums für die SPD zu gewinnen: "So sieht die Zentrumspartei aus, die sich u.a. auf zwei Millionen Arbeiter- und Angestelltenwähler stützt! Diesen Massen kann nur rücksichtsloser Kampf der Sozialdemokratie gegen das Zentrum die Augen öffnen." 145)

Neben dem Zentrum wurden in den Zeitschriften der SPD-Linken auch die beiden anderen potentiellen Koalitionspartner DDP und DVP scharf angegriffen. Kleineibst bewertete die DDP wegen ihrer Haltung in der Wirtschaftspolitik als "linke Verlängerung des Bürgerblocks", die die Interessen der nichtklerikalen Bourgeoisie und der höheren Angestellten und Beamten vertrete. 146) Nach der Anerkennung der republikanischen Staatsform durch die anderen bürgerlichen Parteien sei sie eigentlich ein "politischer Anachronismus". Sie sei kein Bündnispartner der SPD, sondern der Bourgeoisie: "So klein sie ist, die Demokratische Partei ist ein sicherer Hort der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, und ihr Auftreten im Reichsbanner ist nur ein Schattenspiel zur Täuschung des Publikums und einiger ehrlicher Anhänger in den eigenen Reihen. Von jeder sozialistischen Partei trennt sie eine Welt! Die Demokraten sind nie und nimmer Bundesgenossen der Sozialdemokraten gewesen, sondern immer - offen oder versteckt - Gegner der Arbeiterschaft; ...". F. Heller teilte diese Auffassung. Er stellte die DDP als "sozial- und kulturreaktionäre Partei" dar, deren Wesen er so beschrieb: "Profitstreben, Kampf um die Macht, die Geld bedeutet, Kampf um die Volksverdummung, die Macht, Geld und Geschäft einbringt, Verrat ihrer besten Tradition, Zwiespältigkeit ihrer Prinzipien, sozialreaktionäre Gewinnung unter dem Schleier der Menschenfreundlichkeit ...". 147) Auch die DDP werde wie alle anderen bürgerlichen Parteien die politische Demo-

kratie abschaffen wollen, wenn eine Machtübernahme der Arbeiterklasse drohe.

Die DVP schilderte Kleineibst als politische Interessenvertretung der Schwerindustrie: "Und was in dem ökonomischen Bezugssystem 'Schwerindustrie' heißt, trägt in der politischen Sphäre den Namen 'Deutsche Volkspartei'." 148) In der Innenpolitik sei ihr einziges Ziel die Zurückdrängung der Macht der Arbeiterschaft, in der Außenpolitik die Wiederherstellung der Weltmachtrolle Deutschlands. Ihre Wählerbasis seien Unternehmer, höhere Angestellte und Beamte.

Düwcll zog aus dem Vergleich der Wahlprogramme von Zentrum, DVP und DNVP den Schluß, daß in allen wichtigen Fragen zwischen ihnen "keine Unterschiede grundsätzlicher Natur mehr" bestünden. 149)

Kurz vor den Reichstagswahlen lecte Seydewitz nochmals unter der programmatischen Überschrift "Allein im Kampf" die Haltung der SPD-Linken zur Koalitionsfrage dar. 150) Der Wahlkampf habe wieder einmal bewiesen, daß ein "unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit" und damit auch zwischen der SPD und allen bürgerlichen Parteien bestehe. Dies gelte auch für das Zentrum. Bei dieser Argumentation konnte sich Seydewitz sogar auf ein Wahlkampfflugblatt des Parteivorstandes berufen: "Mit einer Partei, die den Parteivorstand vor der Wahl mit vollem Recht als in jeglicher Beziehung unzuverlässig und unsozial schildert, kann die Sozialdemokratie nach der Wahl keine Gemeinschaft zur Durchsetzung ihrer sozialen Forderungen finden und eingehen." Auch die DDP wolle in einer Koalition die SPD nur schwächen, wie ihr Vorsitzender Koch-Weser offen zugegeben habe. Er schloß jede Koalition mit diesen Parteien aus, da kein Zweifel bestünde, "daß die Sozialdemokratie nach der Wahl bei der Wahrnehmung der proletarischen Klasseninteressen ebenso allein gegen alle bürgerlichen Parteien steht, wie in diesem Wahlkampf, daß eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien unsere sozialen Forderungen nicht verwirk-

lichen, den zur Verwirklichung dieser Forderungen notwendigen Weiterrormarsch der Sozialdemokratie aber unterbinden wird."

